



WOMEN
AGAINST
VIOLENCE
EUROPE

WAVE HANDBUCH 2020

Wie geschlechtsneutrale Politik und Praxis
spezialisierte Unterstützungsdienste für Frauen
demonstrieren und wie sich gegensteuern lässt

IMPRESSUM

Herausgeber: WAVE – Women against Violence Europe, Bacherplatz 10/6, A-1050 Wien

WAVE Informationszentrum: Montag–Donnerstag: 9:00 bis 17:00, Freitag: 9:00 bis 15:00

Telefon: +43-1-548 27 20 **E-mail:** office@wave-network.org **Website:** www.wave-network.org

ZVR: 601608559

Autorinnen: Baljit Banga, Mariana Emídio da Cunha, Sylvia Králová, Silvia Menecali, Lina Piskernik, Elizabeth Spouse, Irene Zeilinger

WAVE Thematische Arbeitsgruppe: Schutz spezialisierter Unterstützungsdienste für Frauen vor geschlechterneutraler Politik und Praxis

WAVE Feedback und Korrektorat: Elena Floriani, Beverly Mtui

Graphische Gestaltung: Monika Medvey

Ort und Jahr der Veröffentlichung: Wien, Österreich, 2020


WAVE HANDBUCH 2020

Die beschriebenen Aktivitäten und Errungenschaften wurden durch großzügige Finanzierung seitens der folgenden Stellen ermöglicht:

- Das Programm Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft der Europäischen Union
- Bundeskanzleramt, Republik Österreich
- Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Republik Österreich
- Frauenservice Wien (MA57), Österreich
- Oak Foundation
- Open Society Foundations
- UN Women Europe and Central Asia



Mit finanzieller Unterstützung des Programms Rechte,
Gleichstellung und Unionsbürgerschaft der Europäischen Union

 **Federal Chancellery**
Republic of Austria

 **Federal Ministry**
Republic of Austria
Social Affairs, Health, Care
and Consumer Protection

 **Stadt
Wien** Frauenservice Wien

 **UN
WOMEN**

**OPEN SOCIETY
FOUNDATIONS**

 **OAK
FOUNDATION**

Der Inhalt dieser Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und spiegelt in keiner Weise die Ansichten der Europäischen Union oder anderer Geldgeber wider.

WAVE HANDBUCH 2020

Wie geschlechtsneutrale Politik und Praxis spezialisierte Unterstützungsdienste für Frauen demontieren und wie sich gegensteuern lässt

Inhalt

1.	Einleitung.....	4
2.	Definition der Geschlechtsneutralität im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext und Argumentation für eine Umkehrung durch Intersektionalität.....	5
2.1	Geschlechtsneutralität und die Bedeutung der Intersektionalität.....	7
2.2	Geschlechtsneutralität im Neoliberalismus führt zu strukturellem Schaden	10
2.3	Wirtschaftswachstumsmodell zur Förderung der Geschlechterneutralität und Risiko für die feministische Solidarität.....	11
2.4	Vom Neoliberalismus zum organisierten Backlash.....	12
3.	Identifizierung der Herausforderungen und gemeinsame Nutzung von Strategien zu ihrer Bewältigung.....	14
3.1	Geschlechtsneutrale staatliche Dienste.....	15
3.1.1.	Fallstudie: Slowenien	15
3.1.2.	Fallstudie: Finnland	15
3.2	Geschlechtsneutrale Gesetze gegen Gewalt	16
3.2.1.	Fallstudie: Ukraine	16
3.2.2.	Fallstudie: Türkei.....	16
3.3	Abschaffung von spezialisierten Diensten für Frauen zugunsten von allgemeinen Diensten	17
3.3.1.	Fallstudie. Dänemark	17
3.3.2.	Fallstudie: Vereinigtes Königreich	17
3.4	Inklusion und Gleichstellung als Argumente gegen geschlechtsspezifische Politiken.....	18
3.4.1.	Fallstudie: Schweden	18
3.5	Rückgewinnung frauenspezifischer Symbole für geschlechtsneutrale Anti-Gewalt-Kampagnen	18
3.5.1.	Fallstudie: Deutschland	19
4.	Der historische Hintergrund des Backlash gegen die genderspezifische Konvention in Bulgarien und der Slowakei.....	20
4.1	Warum lehnen Bulgarien und die Slowakei die Istanbul-Konvention ab?.....	20
4.2	Backlash und Anti-Gender-Kampagnen	21
4.3	Falsche Vorstellungen über die IK und den Begriff des Geschlechts	23
4.4	Probleme mit Daten über und Berichterstattung über Gewalt gegen Frauen	25
4.5	Wie die Istanbul-Konvention und eine geschlechtsspezifische Sichtweise Frauen stärkt	27
5.	Nicht finanziert oder unterfinanziert und wie man sich im feindlichen Raum bewegt	29
5.1	Der Neoliberalismus als zugrundeliegendes wirtschaftliches und politisches System	29
5.2	Finanzierung als zentrale Frage der Geschlechtsneutralität.....	31
5.3	Fallstudien	32

5.3.1.	5.3.1 Bulgarien - Bulgarische Stiftung für Geschlechterforschung (BGRF)	34
5.3.2.	Tschechische Republik - ROSA Centrum pro ženy, z.s.	36
5.3.3.	Dänemark - LOKK	39
5.3.4.	Ungarn – NANE Egyesület	41
5.3.5.	Italien - Donne in Rete Contro la Violenza (D.i.Re.)	43
6.	Geschlechtsneutralität bei der Auftragsvergabe - der Backlash und das feindselige Umfeld gegenüber dem Gegennarrativ	45
6.1	Der Kontext für Beschaffung und Auftragsvergabe: Bewertung der Kosten von Gewalt gegen Frauen und umfassendere wirtschaftliche Überlegungen zu einer geschlechtsspezifischen Wirtschaft	45
6.2	Die Einführung der Politik des öffentlichen Auftragswesens	48
6.3	Der durch Sparpolitik erreichte Backlash: Wenn die Sozialwirtschaft auf den Korporatismus trifft	49
6.4	Ausschluss von spezialisierten Diensten für Frauen von Auftragsvergaben: Der Fall des Vereinigten Königreichs	51
6.5	Geschlechtsneutralität und Rassenauslöschung: Eine Folge der Auftragsvergabepraxis des öffentlichen Sektors im Vereinigten Königreich	53
6.6	Das Gegennarrativ zur Rückeroberung des ungleichen Spielfelds	55
6.6.1.	Gleichbehandlung	55
6.6.2.	Effizienz	56
6.6.3.	Nachhaltigkeit	56
6.6.4.	Optimierung und Innovation	56
6.7	Die Auswirkungen der Politik des öffentlichen Auftragswesens auf spezialisierte Leistungen für Frauen: Vorschläge für einen strategischen Ansatz	57
6.8	Zusammenfassung der wichtigsten Fragen und Bedenken, Auswirkungen und Strategien	58
7.	Die Verantwortung der Staaten bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	60
7.1	Neudefinition der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung zur Gleichstellung der Geschlechter. Die Auswirkungen von Covid-19	60
7.2	Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)	62
7.3	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)	64
7.4	Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	67
7.5	Werkzeugkasten	69
7.5.1.	Prävention	69
7.5.2.	Schutz	70
7.5.3.	Strafverfolgung	73
8.	Feministische Kommunikation und wirksame Botschaften	75
8.1	Beispiele für wirksame Kommunikation im Kampf gegen die Geschlechtsneutralität	75
8.1.1.	Vielversprechende Praxis: Vereinigtes Königreich	75
8.1.2.	Vielversprechende Praxis: Belgien	78
8.1.3.	Vielversprechende Praxis: Dänemark	78
8.2	Nützliche und schädliche Allianzen	79
8.2.1.	Beispiel einer schädlichen Allianz: Deutschland	80
8.3	Kommunikation und Kampagnenarbeit in Zeiten einer Schattenpandemie	82
9.	Selbstfürsorge - Wie man sich organisiert, um die Reproduktion des Problems zu vermeiden, das wir bekämpfen	84
9.1	Folgen einer Unterschätzung	84
9.1.1.	Burnout	85

9.1.2. Stellvertretende Traumatisierung	86
9.2 Selbstfürsorge ist ein wirksamer Weg zur Unterstützung jeder Frau	87
9.3 Selbstfürsorge organisieren.....	87
9.4 Feministische Kommunikation und Unterdrückung von Kritik.....	88
9.5 Die Unterstützung von Frauen-NGOs und spezialisierten Unterstützungsdiensten für Frauen ist nicht nur eine Formalität.....	91
9.6 Bewährte Praktiken	92
9.6.1. Selbstfürsorge bei COHORT 4 - Vereinigtes Königreich.....	92
9.6.2. Selbstfürsorge für Mitarbeiterinnen von NGOs, die mit Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt arbeiten - Albanien	93
10. Schlussfolgerungen	95
11. Glossar	98

1. Einleitung

Dieses Handbuch entstand aus der Aufforderung des WAVE-Beirats während seiner halbjährlichen Sitzung im Mai 2016, sich mit der Frage des Schutzes von spezialisierten Diensten für Frauen vor geschlechtsneutraler Politik und Praxis zu befassen. Daraufhin wurde die Arbeitsgruppe Geschlechtsneutralität gebildet, die sich aus Expertinnen der WAVE-Mitglieder aus über 10 Ländern zusammensetzt. Die Arbeitsgruppe hat sich im Laufe der letzten drei Jahre mehrmals getroffen, unter anderem im August 2019 zu einem Studienbesuch in Schottland. Dieses Handbuch ist eine Zusammenstellung der wichtigsten Informationen und Maßnahmen, die die Arbeitsgruppe im Hinblick auf die Bekämpfung von und den Umgang mit geschlechtsneutraler Politik und Praxis für wichtig erachtet.

Ziel dieses Handbuchs ist es, Mitarbeiterinnen und Ehrenamtliche von Unterstützungsdiensten für Frauen über die Gefahren einer geschlechtsneutralen Politik und Praxis zu informieren und ihnen zu helfen, dem gegenzusteuern, indem Best-Practice-Beispiele geliefert werden, die sie in ihrer eigenen Region und Organisation anwenden können. Wenn die Leserinnen das Handbuch im ersten Kapitel aufschlagen, beginnt die Reise mit Hintergrundinformationen darüber, was Geschlechtsneutralität im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext bedeutet, wobei die Bedeutung der Intersektionalität betont wird. Im darauf folgenden Kapitel wird an Hand von Fallbeispielen verdeutlicht, welche Strategien erforderlich sind, um Unterstützungsdienste für Frauen vor einer geschlechtsneutralen Politik zu schützen. Anschließend wird in Kapitel 4 der historische Kontext der Geschlechtsneutralität beleuchtet und die Ursachen für die Gegenreaktion gegen die geschlechtsspezifische Sprache der Istanbul-Konvention in Bulgarien und der Slowakei erörtert. In Kapitel 5 erfahren die Leserinnen dann mehr über Techniken, wie man sich in feindlichen Räumen bewegen kann, wenn die eigene Organisation unterfinanziert oder gar nicht finanziert ist. Es folgt ein Kapitel über eine Fallstudie aus dem Vereinigten Königreich, in dem die Auswirkungen der Politik des öffentlichen Auftragswesens auf spezialisierte Frauenorganisationen und Organisationen schwarzer und minorisierter Frauen aufgezeigt werden. Das nächste Kapitel befasst sich mit der Verantwortung des Staates, die dann durch die Untersuchung der Istanbul-Konvention, der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und der Europäischen Menschenrechtskonvention näher analysiert wird, wobei Schlüsselbereiche im Zusammenhang mit dem umfassenden Ansatz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen (VAWG) durch verschiedene Staaten, die ihre Verantwortung als Unterzeichnerstaaten definieren, herausgestellt werden. Anschließend werden vielversprechende Kommunikationsstrategien für den Kampf gegen geschlechtsneutrale Politiken hervorgehoben und analysiert. Diese werden durch vielversprechende Praktiken verschiedener Organisationen veranschaulicht, auf die dann kurze Erläuterungen zu den Ergebnissen sowie Hinweise zur Anwendung dieser Strategien für Ihre eigene Organisation folgen. Das Handbuch endet mit einem Kapitel über Selbstfürsorgetechniken für diejenigen, die im Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen tätig sind. In diesem Kapitel geht es um die tiefe und reale Bedeutung von Gesundheit und darum, wie alle möglichen Maßnahmen zur Vorbeugung und Behandlung von stellvertretenden Traumata ergriffen werden können, wobei die Erfahrung der Selbstfürsorge im Vordergrund steht.

Dieses Handbuch wurde von sieben Arbeitsgruppenmitgliedern mit unterschiedlichem Fachwissen verfasst, die aus verschiedenen Frauenorganisationen und europäischen Ländern stammen. Sie werden daher feststellen, dass jedes Kapitel eine andere Stimme hat. Das Handbuch war eine gemeinsame Anstrengung dieser Frauen und ist daher in seiner Gesamtheit allen sieben Autorinnen zu verdanken.

Wir hoffen, dass Sie sich nach der Lektüre dieses Handbuchs gestärkt und bereit fühlen, gegen die Bedrohung durch eine geschlechtsneutrale Politik zu kämpfen!

2. Definition der Geschlechtsneutralität im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext und Argumentation für eine Umkehrung durch Intersektionalität

In diesem Kapitel wird der Kontext für das Aufkommen der Geschlechtsneutralität in Politik und Praxis dargelegt. In diesem Handbuch wird Geschlechtsneutralität als eine Reihe von Strategien und Vorschriften für die Finanzierung und Bereitstellung von Leistungen definiert, die vom Staat und den Regierungen auferlegt werden, um Leistungen, die mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, sowohl Männern als auch Frauen zur Verfügung zu stellen. Geschlechtsneutrale Politiken und Praktiken verschleiern oder vermindern die Ursachen von Geschlechterungleichheit und geschlechtsspezifischer Gewalt, indem sie Dienste, die nur Frauen zur Verfügung stehen, bedrohen und die Prävalenz von Gewalt von Männern gegen Frauen nicht anerkennen. Geschlechtsneutralität ist eine Denkweise, die speziell auf reine Frauenorganisationen abzielt, um Männern und Frauen den Zugang zu Leistungen zu ermöglichen, ohne die historisch ungleichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen zu berücksichtigen, die zu Ungleichheit führen. Geschlechtsneutralität droht das Ethos von reinen Frauenorganisationen zu zerstören, die das Patriarchat als Ursache für die Ungleichheit von Frauen und Gewalt gegen Frauen in Frage stellen. Geschlechtsneutralität verwehrt Frauen den Zugang zu sicheren frauenspezifischen Räumen.

Wo es geschlechtsneutrale Politiken gibt, sind spezialisierte Frauenorganisationen auf folgende Weise betroffen:

- Sie sind unterfinanziert und mit zu wenig Ressourcen ausgestattet, wobei Organisationen schwarzer und minorisierter Frauen durch Ausschlusskriterien in Finanzierungsanträgen, die spezielle Angebote für bestimmte Frauengruppen nicht berücksichtigen, unverhältnismäßig stark betroffen sind.
- Sie haben aufgrund kurzfristiger Finanzierungsstrukturen, die eine langfristige Planung verhindern, nur begrenzte Kapazitäten für die Erbringung von Leistungen oder die strategische Planung.
- Sie haben Schwierigkeiten, Rücklagen zu bilden, und arbeiten weit unter der Drei-Monats-Schwelle, was häufig zu Cashflow-Problemen und mangelnden Kapazitäten zur Deckung des Notfallbedarfs führt, wie etwa während der COVID-19-Pandemie.
- Das Back-Office und die Infrastruktur der Organisationen sind unterfinanziert und werden im Laufe der Zeit abgebaut, da die Gemeinkosten und die damit verbundenen Kosten nicht vollständig gedeckt werden können.
- Die Nachhaltigkeit und das Überleben von Organisationen über 12 Monate hinaus wird durch das Kulminieren der oben genannten Faktoren stark beeinträchtigt.

Das Fehlen staatlicher Mittel für den Sektor oder unangemessene Finanzierungssysteme, die durch geschlechtsneutrale Praktiken geschaffen werden, schaffen eine zusätzliche Gefährdung, die speziell Frauenorganisationen betrifft. Im Laufe der Zeit wird der Sektor durch Wettbewerb, ungleiche Partnerschaften und Fusionen sowie den Verlust von Spezialisierungen untergraben.¹ Diese Auswirkungen werden von verschiedenen Gruppen von Frauen in unverhältnismäßiger Weise erlebt, und dies muss bei der Behandlung der Geschlechtsneutralität berücksichtigt werden. Geschlechtsneutralität verschärft die Ungleichheit und schränkt die Teilhabe von Frauen an den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systemen ein, wodurch die Institutionalisierung von Sexismus und Frauenfeindlichkeit sowie die Rassifizierung dieser Diskriminierungen vertieft wird. Diese Themen werden in diesem Handbuch erörtert.

Das Kapitel beginnt mit einer Darstellung der Bedeutung der Intersektionalität bei der Behandlung der Geschlechtsneutralität und legt nahe, dass alle Formen der verschränkten Unterdrückung, denen Frauen ausgesetzt sind, die Antwort auf geschlechtsneutrale Politiken und Praktiken der Regierungen bilden müssen. Das Kapitel befasst sich dann damit, wie Geschlechtsneutralität aus dem Wirtschaftsmodell des Neoliberalismus erwächst. Der Neoliberalismus ist eine besondere

¹ Imkaan. 2017. *Uncivil Partnerships. Reflections on Collaborative Working in the End Violence against Women and Girls Sector.* London. Ascent Partnership.

Form des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung, die den sozialen Wert der sozialen und feminisierten Wirtschaft ignoriert und sich auf maskulinisierende wirtschaftliche Interaktionen und Verhaltensweisen stützt.² Geschlechtsneutralität wird unter dem neoliberalen System zu einem wesentlichen Instrument, weil sie Ungleichheit, Unverhältnismäßigkeit und Marginalisierung „neutralisiert“ und diese Erfahrungen der Unterdrückung von strukturellen und systemischen Prozessen auf individuelles Verhalten verlagert. Somit verursacht die Geschlechtsneutralität strukturelle Schäden. Das Kapitel befasst sich dann weiters mit dem Modell des Wirtschaftswachstums, das auf Kosten der sozialen Entwicklung geht, und mit der Frage, wie dies im Feminismus verinnerlicht wurde und zu einer Krise innerhalb der progressiven Bewegung geführt hat. Die Krise deutet darauf hin, dass Rechte, Schutz und Ressourcen in einem wirtschaftlichen Kontext, in dem Ungleichheiten verschärft werden, nicht gesichert werden können, weil dadurch eine interne Spaltung entsteht, welche die transformativen Ziele des Feminismus untergräbt und feministische Solidarität verhindert. Dies kann auch als eine Anwendung des „Teile und Herrsche“-Prinzips durch Geschlechtsneutralität verstanden werden. Geschlechtsneutralität führt in diesem Zusammenhang zu unzusammenhängenden Ansätzen in der Sozialpolitik, die Gewinne und Verluste in wirtschaftlicher Hinsicht akzeptiert, während soziale Bereiche kontinuierlich benachteiligt werden. Das Kapitel schließt mit einer Kritik am organisierten Backlash gegen Frauen, indem es wichtige Argumente gegen die Geschlechtsneutralität liefert.

² True, J. 2012. Die politische Ökonomie der Gewalt gegen Frauen. Oxford. Oxford University Press.

2.1 Geschlechtsneutralität und die Bedeutung der Intersektionalität

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Handbuchs sind die Regierungen in aller Welt damit beschäftigt, auf die COVID-19-Krise zu reagieren. Die Pandemie hat erhebliche Schwachstellen in den wirtschaftlichen und politischen Systemen aufgedeckt, welche angesichts der Pandemie zusammengebrochen sind. Die Sicherheitsnetze in den europäischen Ländern waren nicht in der Lage, den Anforderungen an die Wohlfahrtssysteme und sozialen Dienste zu entsprechen. Viele Personengruppen – Migrantinnen, Asylwerberinnen, Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen und viele andere - wurden von den allgemeinen Maßnahmen ausgeschlossen, und viele von ihnen sind von absoluter Armut und Ernährungsunsicherheit betroffen. Die COVID-19-Krise ist nicht losgelöst von bestehenden Ungleichheiten zu sehen. Sie verschärft jedoch die Ungleichheiten und schafft ein Umfeld, das der Gewalt gegen Frauen Vorschub leistet.³

Es gibt zwei Pandemien - Gewalt gegen Frauen und COVID-19, die eine koordinierte regionale und globale Reaktion erfordern. Es ist wichtig, dass WAVE die Geschlechtsneutralität im Zusammenhang mit den beiden Pandemien betrachtet, da COVID-19 den Schaden aufgedeckt hat, den geschlechtsneutrale Politiken und Praktiken der Regierungen den Frauen in ganz Europa zugefügt haben. Während dieser Krise hat die Gewalt gegen Frauen exponentiell zugenommen. Die COVID-19-Pandemie wird in den Griff zu bekommen sein, die Gewalt gegen Frauen wird aber weiter zunehmen, und bei denspezialisierten Frauenorganisationen an vorderster Front wird die Nachfrage kumulieren. Die beiden Pandemien verschärfen auch die bestehenden Ungleichheiten für verschiedene Gruppen von Frauen, zu denen etwa schwarze und minorisierte Frauen, Migrantinnen, behinderte Frauen und andere Gruppen gehören. Die Schwere und Häufigkeit von Gewalt nimmt zu, da Frauen bei restriktiven Lockdownmaßnahmen in Haushalten mit Gewalttätern gefangen sind. Es wird einen hohen Anteil an Fällen geben, die in die Kategorie der multiplen, komplexen, einander überschneidenden Bedürfnisse fallen und eine intensive, frauenzentrierte, traumainformierte Rundumbetreuung erfordern. Die Regierungen haben durch ihre Untätigkeit bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen oder durch unangemessene Maßnahmen ein politisches Umfeld geschaffen, das das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen in dieser Krise verschärft. Die beiden Pandemien zusammen verstärken die Unsicherheit und Verwundbarkeit, der Frauen ausgesetzt sind, und schaffen eine allgegenwärtige Situation, die sowohl unmittelbare Notfallmaßnahmen als auch langfristige Antworten braucht. Ein Umdenken der Regierungen, weg von geschlechtsneutralen Politiken und Praktiken, unterstützt durch nachhaltige Ressourcen, wird das Problem der Gewalt gegen Frauen angehen, während die Kurve der Infektionsraten und des COVID-19-Risikos abflacht.

Vor COVID-19 erlebten 22 % der Frauen, die an der FRA⁴-Umfrage teilnahmen, körperliche und sexuelle Gewalt in ihren intimen Beziehungen.⁵ 31 % wurden von ihrem derzeitigen Partner wiederholt vergewaltigt. 20 % erlebten Gewalt durch ihren Partner während der Schwangerschaft. Eine von drei Frauen hat seit ihrem 15. Lebensjahr eine Form von körperlicher und/oder sexueller Gewalt erlebt, und eine von zehn Frauen hat seit ihrem 15. Lebensjahr sexuelle Gewalt durch jemanden erlebt, der nicht ihr Partner war, wobei mehr als ein Täter am Gewaltakt beteiligt war. Die FRA-Erhebung ergab, dass das Ausmaß der körperlichen und sexuellen Gewalt, die Frauen in ganz Europa erfahren, eine verstärkte politische Aufmerksamkeit erfordert, um gegen Gewalt gegen Frauen vorzugehen und spezialisierte Dienste für Frauen nachhaltig zu unterstützen. Die FRA kam zu dem Schluss, dass die Istanbul-Konvention des Europarats und die EU-Opferschutzrichtlinie neue Standards für den Umgang mit Opfern und Überlebenden von Gewalt gegen Frauen setzen und dass die EU-Mitgliedstaaten ihre Rechtsvorschriften im Einklang mit der Konvention und der Richtlinie überprüfen müssen.⁶

³ EAW. 2020. EAW Briefing on the COVID-19 Pandemic and the Duty to Prevent Violence against Women and Girls. London. EAW.

⁴ Agentur der Europäischen Union für Grundrechte.

⁵ Die Daten in diesem Abschnitt stammen von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte. 2014 Violence against Women: A EU-Wide Survey. Luxemburg. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Diese Erhebung wurde im selben Jahr veröffentlicht, in dem die IC eingeführt wurde.

⁶ Ibid.

Es ist klar, dass sich die Regierungen bei der Reaktion auf die beiden Pandemien mit den Auswirkungen der Geschlechtsneutralität auseinandersetzen und sicherstellen müssen, dass Ressourcen für spezialisierte Frauenorganisationen bereitgestellt werden, einschließlich Diensten, die auf die Bedürfnisse schwarzer und minorisierter Frauen und anderer Frauengruppen in einem intersektionellen Rahmen der Unterstützung abzielen. In Bezug auf die Geschlechtsneutralität zeigen die beiden Pandemien, wie wichtig die Intersektionalität bei der Gestaltung der Politik und der Zuteilung von Ressourcen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist, und wie wichtig es ist, die unverhältnismäßigen Auswirkungen auf bestimmte Gruppen von Frauen zu berücksichtigen, die systemischen und institutionellen Hindernissen gegenüberstehen, welche ihre gleichberechtigte Teilhabe und ihren Zugang zu Rechten, Schutz und Ressourcen verhindern.

Ohne eine Antwort auf die Geschlechtsneutralität, mit der auf strukturelle Ungleichheit eingegangen und Diskriminierung aller Frauen (Rasse, Behinderung, Sexualität, Migrant*innenstatus und andere Benachteiligungen) in ihrer gesamten Tragweite eliminiert wird, wird die Pandemie der Gewalt gegen Frauen weiterhin unverhältnismäßig die Ungleichheiten verschärfen. Audre Lorde sagte: „Ein Großteil der westeuropäischen Geschichte zwingt uns dazu, menschliche Unterschiede in einem simplen Gegensatz zueinander zu sehen. Dominant/untergeordnet, gut/böse, oben/unten, überlegen/unterlegen. In einer Gesellschaft, in der das Gute in Form von Profit und nicht in Form von menschlichen Bedürfnissen definiert wird, muss es immer eine Gruppe von Menschen geben, die durch systematische Unterdrückung dazu gebracht werden kann, sich als überflüssig zu fühlen und den Platz der entmenschlichten Unterlegenen einzunehmen.“⁷ Geschlechtsneutralität ist keine verallgemeinerte Unterdrückung, da dies voraussetzen würde, dass Frauen in eine einzige Gruppe eingeordnet werden können, die in gleicher Weise einer repressiven staatlichen Politik unterworfen ist. Sie steht nicht außerhalb von Geschichte und Kontext.

Sie ist intersektionell für verschiedene Gruppen von minorisierten Frauen. In diesem Handbuch wird der Begriff der Geschlechtsneutralität kritisch in den Kontext der verschränkten Unterdrückung eingebettet betrachtet, welche die Regierungen durch eine intersektionelle Politikgestaltung ansprechen müssen.

Wir müssen die Welt neu denken, um die Pandemie der Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, wenn die COVID-19-Krise beendet ist. Dies bedeutet, dass neben dem Diskurs über die Geschlechtsneutralität auch umfassendere Formen der Unterdrückung, die sich auf verschiedene Gruppen von Frauen auswirken, in den Mittelpunkt der Antworten von Staaten und Regierungen gestellt werden müssen. Im Hinblick auf die Politik der Geschlechtsneutralität werden in diesem Handbuch die folgenden Ideen als zentral für die Umkehrung der Schädigung von Frauen betrachtet:

- Schaffung eines reaktionsfähigen gesellschaftspolitischen Rahmens, der sich mit der historisch und strukturell bedingten intersektionellen Unterdrückung befasst, welcher Frauen aus verschiedenen Regionen und mit unterschiedlichem Hintergrund ausgesetzt sind.
- Entwicklung eines Post-COVID-19-Ansatzes für soziale Gerechtigkeit in der Sozialpolitik, der auf Intersektionalität beruht und die Stimmen verschiedener Gruppen von Frauen in den Mittelpunkt stellt, die durch systemische und institutionelle Diskriminierung in der Gesellschaft an den Rand gedrängt und bisher ignoriert wurden.
- Anerkennung des Gedankens, dass die Auslöschung von Rasse zusätzlich zur Abkehr von geschlechtsneutralen Politiken und Praktiken notwendig ist, weil durch diese viele Frauen von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen sind und ihre Invisibilisierung fortgeschrieben wird.
- Anerkennung der Notwendigkeit der Auslöschung aller einander überschneidenden Formen von Unterdrückung.

⁷ Lorde, A. 1984. *Sister Outsider*. New York. Ten Speed Press.

- Herauslösung der Rechte der Frauen aus der neoliberalen Konzeptualisierung dieser Rechte, da diese ein ausgrenzendes Wirtschaftswachstumsmodell unterstützt, bei dem die Ungleichheit durch die sozialen und wirtschaftlichen Systeme verschärft wird, welche durch hyper-maskulinisierte politische Überzeugungen legitimiert sind.
- Suche nach einer gerechten Umverteilung, die damit beginnen muss, die Systeme der Anhäufung und Konzentration von Reichtum in Frage zu stellen.
- Abkehr von der Vorstellung, dass die Gleichstellung aller Frauen innerhalb eines bestehenden sozioökonomischen und politischen Systems erreicht werden kann, das darauf ausgerichtet ist, verschiedene Gruppen von Frauen zu entrechten und zu marginalisieren.

Dieses Handbuch legt nahe, dass Geschlechtsneutralität entweder durch den Neoliberalismus geschaffen wird oder dass der Neoliberalismus ein günstiges Umfeld für den Ausschluss von Frauen und Männern bietet. Das Handbuch schlägt vor, dass Intersektionalität, wenn sie richtig verstanden wird, dem Schaden, den Geschlechtsneutralität für verschiedene Gruppen von Frauen anrichtet, durch Inklusion gegensteuert. Die Idee der Geschlechterintegration im Rahmen der Intersektionalität⁸ erkennt die vielfältigen und verschränkten Unterdrückungsformen an, denen Frauen ausgesetzt sind.

Um die Geschlechtsneutralität in diesem Handbuch angemessen zu behandeln, ist es von entscheidender Bedeutung, die verschiedenen Gruppen von Frauen zu benennen, die einer verschränkten Unterdrückung ausgesetzt sind. Zu diesen Frauengruppen gehören die folgenden (keine erschöpfende Liste):

- Schwarze und Minderheiten angehörende Frauen
- Behinderte Frauen
- Lesbische, bisexuelle und transsexuelle Frauen
- Frauen, die in verschiedene Länder verschleppt wurden
- Frauen mit unsicherem Einwanderungsstatus
- Frauen mit Migrationshintergrund
- Frauen, die von der Unterdrückung durch die Kaste betroffen sind
- Frauen mit psychischen Problemen
- Frauen in und aus der Prostitution
- Frauen im und aus dem Strafvollzug
- Frauen im Pflegesystem
- Frauen aus Roma- und Traveller-Gemeinschaften
- Frauen mit problematischem Drogenkonsum
- Junge Frauen und Mädchen, die Anbahnungshandlungen zum Zweck des Missbrauchs und/oder einer Form des Online-Missbrauchs ausgesetzt sind, ohne dass sie den Täter kennengelernt oder körperlichen Kontakt mit ihm gehabt haben
- Frauen, die sexueller Belästigung ausgesetzt sind, die ihre Sicherheit im öffentlichen Raum beeinträchtigt
- Frauen, die am Arbeitsplatz, im Bildungswesen und in anderen Bereichen, zu denen sie Zugang haben, sexuell belästigt werden, um ihre Lebenschancen und Wahlmöglichkeiten zu optimieren

⁸ Collins, P.H. und S. Bilge. 2016. Intersectionality. Cambridge. Polity Press.

- Frauen, die durch Bandenmitgliedschaft und/oder -beteiligung gefährdet oder von Gewalt betroffen sind
- Frauen, die sogenannten "schädlichen Praktiken" ausgesetzt sind
- Andere Gruppen und Kategorien von Frauen, die häuslicher und gemeinschaftlicher, sektor- und branchenübergreifender sowie staatlicher geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind.⁹

Rasse und Geschlecht sind in der Politik vernachlässigte Begriffe.¹⁰ Andere einander überschneidende Identitäten, wie die oben Erwähnten, werden in der Politik ebenfalls marginalisiert. Ein Ergebnis dieses Prozesses ist die Geschlechtsneutralität. Geschlechtsneutralität besteht jedoch in einem Kontext, in dem die gelebten Erfahrungen aller Gruppen von Frauen, einschließlich schwarzer und minorisierter Frauen, von der Politik ausgegrenzt werden.¹¹ Dies geschieht, wenn die Politik es verabsäumt, die Bedürfnisse, Strategien und Analysen dieser Gruppen einzubeziehen. Vernachlässigung und Marginalisierung führen an dieser Fehlstelle zu eugenischen sozialen Konstrukten, und konservative Vorstellungen von Familie, Gesellschaft und Nation greifen Platz. Geschlechtsneutralität breitet sich in diesem Kontext aus, sie resultiert aus dem Versagen des Staates, darauf zu reagieren. Im nächsten Abschnitt wird die Praxis der Politik als Patriarchat, Kapitalismus und Neoliberalismus diskutiert.

2.2 Geschlechtsneutralität im Neoliberalismus führt zu strukturellem Schaden

Die Geschlechtsneutralität ist in den Neoliberalismus eingebettet. Der Neoliberalismus schafft eine wirtschaftliche und soziale Infrastruktur, die die Einführung der Geschlechtsneutralität in der öffentlichen Politik ermöglicht und sich auf die Entscheidungsfindung darüber auswirkt, welche Art von Politik entwickelt wird, wie Ressourcen zugewiesen werden und wie Sektoren, die auf soziale Probleme reagieren, gestaltet werden. Geschlechtsneutralität ist nicht das einzige Ergebnis des Neoliberalismus. Geschlechtsneutralität ist das Ergebnis von Defiziten oder Lücken in der neoliberalen Politik. Diese Defizite und Lücken schaffen einen Kontext für die Rassenauslöschung oder die Fortschreibung eines feindlichen Umfelds und die Verschärfung von Ungleichheiten.

Die Gefahr, die sich ergibt, wenn man die Geschlechtsneutralität losgelöst vom größeren Kontext der verschränkten Unterdrückung betrachtet, könnte bedeuten, dass die Marginalisierung reproduziert wird. Die institutionalisierte Ablehnung von Unterschieden ist eine absolute Notwendigkeit in einer Profitwirtschaft... als Mitglieder einer solchen Wirtschaft wurden wir alle darauf programmiert, auf menschliche Unterschiede zwischen uns mit Angst zu reagieren... mit Unterschieden auf eine von drei Arten umzugehen: sie zu ignorieren und, wenn irgend möglich, zu kopieren, wenn wir sie für dominant halten, oder sie zu zerstören, wenn wir sie für untergeordnet halten".¹² Ein gutes Beispiel hierfür ist der „Backlash“, der institutionalisierte Sexismus und die Frauenfeindlichkeit, die sich in der öffentlichen Politik widerspiegeln. Dieser Backlash resultiert aus dem Versagen der Regierungen, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Ressourcen von Frauen einzuführen. Dabei geht es jedoch nicht nur um Geschlechtsneutralität. Es geht auch um Unverhältnismäßigkeit, d. h. um die Auswirkungen zusätzlicher Hindernisse und Benachteiligungen auf bestimmte Gruppen von Frauen. Während der Backlash im Kontext der Geschlechtsneutralität diskutiert wird, ist das feindliche Umfeld, das sich auf eine Reihe von Maßnahmen für Migrantinnen, Asylwerberinnen und Menschen mit unsicherem Einwanderungsstatus bezieht, ebenfalls „geschlechtsspezifisch“ und rassistisch geprägt, wird aber in den Diskussionen über den Backlash isoliert. Auf diese Weise wird das feindliche Umfeld ignoriert. Die Diskussion über die Geschlechtsneutralität birgt die Gefahr, dass der Diskurs von den umfassenderen Erfahrungen mit Unterdrückung, Diskriminierung und Benachteiligung isoliert wird. Wenn Geschlechtsneutralität die Auswirkungen der Ungleichheit auf verschiedene Gruppen von Frauen nicht anerkennt, versäumt sie es, die Unterdrückung als intersektionell zu betrachten. Die folgenden Überlegungen befassen sich mit diesem Problem:

⁹ Imkaan. 2018. From the Margin to the Centre. An Alternative Bill Addressing Violence against Women and Girls. London. Imkaan.

¹⁰ Williams, F. 1989. Social Policy. A Critical Introduction. Oxford. Polity Press.

¹¹ Ibid.

¹² Lorde, A. 1986. Siter Outsider. New York. Ten Speed Press.

Intersektionalität als Kerngedanke, der die Art und Weise berücksichtigt, in der verschiedene Gruppen von Frauen einer verschränkten Unterdrückung ausgesetzt sind, welche sich auf ihre gleichberechtigte Teilhabe an den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Systemen auswirkt.¹³

- Eine sozioökonomische und politische Analyse der unverhältnismäßigen Auswirkungen der Geschlechtsneutralität auf verschiedene Gruppen von Frauen. Im Rahmen des Ansatzes der politischen Ökonomie der Gewalt¹⁴ muss die Auslöschung der Rasse eine kritische Kategorie sein, die mit der Intersektionalität verbunden ist und eine historische Linse zur Betrachtung der Unterdrückung bietet.
- Der Versuchung, Ungleichheiten, die als Sexismus und Frauenfeindlichkeit verstanden werden, für alle Gruppen von Frauen als gleich zu betrachten, muss widerstanden werden - um zu vermeiden, dass Ungleichheiten für einige Gruppen von Frauen reproduziert werden.
- Im Rahmen von Sexismus und Frauenfeindlichkeit gibt es unterschiedliche Auswirkungen von Ungleichheit, die verschiedenen Gruppen von Frauen erheblichen Schaden zufügen. Die Identifizierung unterschiedlicher Schäden durch die Benennung solcher Schäden durch die intersektionelle Linse gewährleistet, dass diese Schäden angesprochen werden können. Werden die verschiedenen Schäden nicht identifiziert, wird die Marginalisierung, der verschiedene Gruppen von Frauen ausgesetzt sind, fortgesetzt.¹⁵

2.3 Wirtschaftswachstumsmodell zur Förderung der Geschlechterneutralität und Risiko für die feministische Solidarität

Der Neoliberalismus stützt sich auf ein Modell des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung durch verstärkten Wettbewerb. Die neoliberale Infrastruktur wird durch fiskalpolitische Maßnahmen wie Steuersenkungen und die Einführung von privatwirtschaftlichen Marktmaßnahmen anstelle der Sozialwirtschaft unterstützt. Der Abbau des Wohlfahrtsstaates im Neoliberalismus ist geschlechtsspezifisch und rassistisch geprägt. Beispielsweise sind die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben weitreichend und betreffen unverhältnismäßig stark Frauen, die mit größerer Wahrscheinlichkeit unabhängig davon von Armut betroffen sind, ob sie erwerbstätig sind oder nicht, da die Sozialleistungen sowie die Beschäftigung und die Leistungen des öffentlichen Sektors aggressiv gekürzt werden.¹⁶ Gleichzeitig werden Löhne, Sozialleistungen und Renten eingefroren oder gekürzt, insbesondere im geschlechtsspezifischen öffentlichen Sektor.¹⁷ Kürzungen der Mittel, sei es bei staatlich finanzierten Diensten oder bei Zuschüssen für spezialisierte Frauenorganisationen, betreffen unverhältnismäßig stark Frauen, die überwiegend, wenn nicht sogar ausschließlich, in diesem Sektor beschäftigt sind und dessen Dienste in Anspruch nehmen. Die Idee der Gleichstellung im Rahmen eines Wirtschaftswachstumsszenarios ist umstritten, da die meisten Länder die Erfahrung gemacht haben, dass die Gleichstellungsgesetze weniger gut eingehalten werden.¹⁸

Die Auswirkungen dieser neoliberalen Maßnahmen sind Verlagerungen. So wird beispielsweise die Rolle der Regierungen bei der Bereitstellung von Sicherheitsnetzen zum Schutz derjenigen, die aufgrund zusätzlicher Hindernisse, mit denen sie konfrontiert sind, gefährdet und unsicher sind, eingeschränkt. Im Bereich der Gewalt gegen Frauen wird die Verantwortung der Regierungen für die Bekämpfung von Gewalt auf große, nicht spezialisierte Organisationen übertragen, die auf der Grundlage der Kosteneffizienz um die Erbringung von Leistungen konkurrieren. Insgesamt werden soziale Dienste durch Outsourcing im Rahmen öffentlich-privater Beschaffungsiniciativen abgebaut, sodass große Teile der Sozialwirtschaft zu einem Teil des privaten Sektors werden. Diejenigen, die Leistungen in Anspruch nehmen, werden zu Kunden. Als Kunden werden die Erfahrungen mit Leistungen individualisiert. Die Formulierung sozialer Probleme wird entpolitisiert und entfernt sich

¹³ Collins, P.H. und S. Bilge. 2016. Intersectionality. Cambridge. Polity Press.

¹⁴ True, J. 2012. The Political Economy of Violence against Women. Oxford. Oxford University Press.

¹⁵ Collins, P.H. 2000. Black Feminist Thought. New York. Routledge.

¹⁶ Durbin, S. Page, M. und S. Walby. 2017. Gender equality and austerity: vulnerabilities, resistance and change IN Gender Work and Organisation. 24:1.

¹⁷ Ibid.

¹⁸ Ibid.

von einem theoretischen Verständnis dieser Probleme innerhalb struktureller, institutioneller und wirtschaftlicher Systeme.

Beim Nachdenken über das Modell des Wirtschaftswachstums in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und den Schutz von Rechten und Ressourcen werden im Neoliberalismus erneut Spaltung und Uneinigkeit in den Feminismus eingeführt.¹⁹ Der Feminismus tritt in eine weitere Phase der Kooptation ein und wird eng definiert als „Durchbrechen der gläsernen Decke im Unternehmenskapitalismus“, verstärkte politische Partizipation für einige Gruppen von Frauen innerhalb der bestehenden politischen Systeme und die Errungenschaften der Frauen gemessen am neoliberalen Modell des Wirtschaftswachstums.²⁰ Das Problem mit dem kooptierten Feminismus oder dem korporativen und generischen Feminismus ist, dass er in die bestehenden Systeme der neoliberalen Marktorientierung integriert wird. Während die Klassenunterdrückung unsichtbar gemacht wird, rückt der Klassismus als wirtschaftliches und soziales System in den Mittelpunkt des Feminismus.²¹ Es gibt keine Intersektionalität, da Ideen über Gleichheit zu Experimenten mit Vielfalt werden. In diesem Kontext geht es um die Assimilierung verschiedener Gruppen innerhalb eines ungleichen Systems. Es geht nicht darum, Ungleichheit zu bekämpfen. Darüber hinaus wird das Thema Rasse aus dem feministischen Diskurs gestrichen, und die unterschiedlichen und ineinander greifenden Formen der Unterdrückung von Frauen durch das neoliberale marktorientierte System werden ignoriert.²² Das Verständnis von Unterdrückung als kritische Kategorie wird entfernt, und dadurch werden die historisch begründeten strukturellen, institutionellen und systemischen Ursachen der Unterdrückung im Diskurs unsichtbar gemacht.

Dies ist der Prozess der Internalisierung, der im Feminismus stattfindet, wenn die Rechte der Frauen mit den Marktkräften in Einklang gebracht werden. Dies führt zu einer exklusiven Chance, von der nur wenige Frauen profitieren, weil sie individualisierend, unternehmensgesteuert und korporatistisch ist. An diesem Punkt setzt die Geschlechtsneutralität in der öffentlichen Politik ein. Die neoliberale Infrastruktur, die Geschlechtsneutralität hervorbringt, wird in Politik und Praxis durch Strukturen der Mittel- und Ressourcenverwaltung legitimiert, die sich auf eine Internalisierung innerhalb des Feminismus stützen. Dies schafft eine exklusive Erfahrung mit Frauenrechten und schafft eine Loslösung von der Intersektionalität. Intersektionalität wird als zu komplex angesehen, weil sie auf der Linderung der Ursachen der Unterdrückung aller Frauen beruht und in Konzepte des sozialen Wandels und der Gerechtigkeit eingebettet ist, die in krassem Gegensatz zu neoliberalem Wachstum und Entwicklung stehen und diese zu ersetzen suchen.

2.4 Vom Neoliberalismus zum organisierten Backlash

Der Backlash ist eine Bewegung, die sich gegen die Rechte, den Schutz und die Ressourcen verschiedener Gruppen von Frauen richtet und versucht, viele der Errungenschaften, die Frauenrechtlerinnen, -aktivistinnen und -organisationen über viele Jahre hinweg erzielt haben, rückgängig zu machen. Diese Gegenreaktion hat ihre Wurzeln in der Strukturanpassungspolitik im Rahmen der neoliberalen Expansion, die den westlichen Demokratien aufgezwungen wurde. Es handelt sich um eine Bewegung, die in sozioökonomischen Wachstums- und Entwicklungsmodellen verwurzelt ist, die diese Formen des Wachstums und der Entwicklung auf der Grundlage bestehender Systeme der Ressourcenausbeutung, der Massenmarktproduktion und der Globalisierung der Produktion legitimieren. Sie führt sogenannte „ausgleichende“ Maßnahmen auf dem Markt ein.²³ Beispielsweise werden Arbeitnehmerrechte als unfairer Vorteil angesehen.²⁴ Im Neoliberalismus werden Rechte nicht erweitert, sondern eher reduziert und den

¹⁹ An diesem Punkt wird der Begriff Feminismus in einem generischen Sinne verwendet, um den Prozess der Entfremdung zu diskutieren. Feminismus als transformativer Feminismus wie Schwarzer Feminismus, intersektionaler Feminismus, schwarzer intersektionaler Feminismus, Dritte-Welt-Feminismus, sozialistischer Feminismus, Ökofeminismus und viele andere Formen, die versuchen, bestehende Strukturen der Ungleichheit und Ausbeutung zu ersetzen, stehen im Gegensatz zum generischen Feminismus und stellen eine Herausforderung für die kooptierenden Kräfte (neoliberale Marktorientierung) dar.

²⁰ Mies, Maria. 2014. *Patriarchy and Accumulation on a World Scale. Women in the International Division of Labour*. London. Zed Books.

²¹ Ibid.

²² Collins, P.H. und S. Bilge. 2016. *Intersectionality*. Cambridge. Polity Press.

²³ True, J. 2012. *The Political Economy of Violence against Women*. Oxford. Oxford University Press. Gleichermaßen: Mies, Maria. 2014. *Patriarchy and Accumulation on a World Scale. Women in the International Division of Labour*. London. Zed Books.

²⁴ Ibid.

Arbeitnehmerinnen entzogen, um „gleiche Wettbewerbsbedingungen“ mit Ländern zu schaffen, in denen solche Rechte nicht existieren.²⁵ Die Folge dieser Art von Wachstum und Entwicklung ist die Vergrößerung der Kluft zwischen verschiedenen Gruppen von Menschen und Frauen (Schwarze, Minderheiten, Behinderte, Migrantinnen und viele andere Gruppen).

Wenn sich die sozioökonomischen und politischen Unterschiede vergrößern, führt dies zu einer kontinuierlichen Marginalisierung, die durch kapitalistische Akkumulation und patriarchalische - Reproduktion zur Entmündigung und mangelnden Teilhabe großer Teile der Gesellschaft führt.²⁶ Dies wirkt sich unverhältnismäßig stark auf diejenigen am unteren Ende der sozioökonomischen Skala aus, da es die Ungleichheiten, die im Neoliberalismus erzeugt und reproduziert werden, noch verschärft.²⁷ In diesem Modell sind die „Anderen“ und „Außenseiter“ permanente Kategorien. Auch wenn es zu sozioökonomischen Veränderungen kommen kann, die Ungleichheiten beseitigen, sind die Dynamiken, die Ungleichheiten erzeugen, permanente Merkmale des Systems. Das bedeutet, dass das System nicht in der Lage ist, sich zu verändern und einen progressiven sozialen Wandel herbeizuführen. Dies zeigt sich deutlich an den Rückschlägen, auf die das System mit dem Abbau von Rechten und Schutzmaßnahmen reagiert, die einst gesichert waren. Der Backlash gegen Migrantinnen, Flüchtlinge, Asylsuchende, LGBTQI-Rechte, Menschen mit Behinderungen, Traveller- und Roma-Gemeinschaften wird durch das System hervorgerufen, das Rechte und Schutzmaßnahmen sowohl garantiert als auch abbaut.

Die Gegenreaktion in diesem Zusammenhang negiert, dass Gewalt gegen Frauen „geschlechtsspezifisch“ ist. Der Begriff „geschlechtsspezifisch“, der als unverhältnismäßige Auswirkung von männlicher Gewalt gegen Frauen verstanden wurde, wird angefochten, da er bedeutet, dass Gewalt sowohl Männer als auch Frauen betrifft und es keine unterschiedlichen Auswirkungen gibt. Die politischen Maßnahmen ähneln dann dem Diskurs über Geschlechtsneutralität. Der Backlash besteht in der Wiedereinführung der Idee der traditionellen Familie, die von einem breiten Spektrum unterstützt wird, von rechtsextremen konservativen Parteien bis hin zu Parteien, die sich für einzelne Themen wie die Bekämpfung der Einwanderung einsetzen. Diese Themen bilden zusammen die Herausforderung für die Rechte und den Schutz, den Frauen im Allgemeinen genießen.

Das Risiko für den Feminismus besteht darin, dass er zwar viele verschiedene Ausdrucksformen hat, aber wenn der Feminismus bedroht ist, neigt er dazu, zu marginalisieren und einen korporativen Mainstream oder einen konservativen Feminismus, der an den neoliberalen Markt gebunden ist, wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Progressive Ansichten innerhalb des Feminismus, die sich mit strukturellen Ungleichheiten befassen, werden reduziert und vom zentralen Diskurs isoliert, weil sie zu komplex erscheinen. Der Feminismus konzentriert sich auf die Rechte und den Schutz einiger Gruppen von Frauen, während andere Frauen weiterhin warten müssen. Dasselbe System, das den Backlash hervorbringt, reduziert auch den Feminismus auf spezifische Forderungen, zum Beispiel Abtreibungsrechte anstelle von reproduktiver Gerechtigkeit. Der Backlash wird durch den allmählichen Abbau von Rechten, Schutz und Ressourcen organisiert, und dieser Prozess wird durch wirtschaftliche Gewinne legitimiert (die als „Chancen“ für einige Gruppen von Frauen betrachtet werden könnten).

Geschlechtsneutralität ist eine Maschine der Männlichkeit in allen Aspekten der Politik²⁸ und muss bekämpft werden. In diesem Kapitel wurde argumentiert, dass die Geschlechtsneutralität in das Wirtschaftssystem des Neoliberalismus eingebettet ist, das den sozialen Sektor verdrängt. Das System nutzt die Politik des öffentlichen Auftragswesens, um geschlechtsneutrale Maßnahmen durchzuführen und den Aufbau und die Zusammensetzung der Dienste zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu verändern. Für Opfer und Überlebende werden sichere Räume ausgehöhlt, wenn geschlechtsneutrale Politiken und Praktiken überhandnehmen. Die Idee gemeinsamer Erfahrungen verschiedener Frauengruppen zur Heilung und Genesung von Gewalt wird durch die Auftragsvergabe umgestaltet, weil das System sie als zu teuer erachtet.

²⁵ Ibid.

²⁶ Mies, Maria. 2014. *Patriarchy and Accumulation on a World Scale. Women in the International Division of Labour*. London. Zed Books.

²⁷ Ibid.

²⁸ True, J. 2012. *The Political Economy of Violence against Women*. Oxford. Oxford University Press.

Diese Argumente, die zur Rechtfertigung der Geschlechtsneutralität vorgebracht werden, lassen sich umkehren. So hat eine Studie im Vereinigten Königreich gezeigt, dass für jedes in Dienste für Frauen investierte Pfund Sterling ein sozialer Wert zwischen 5 und 11 Pfund für Frauen, ihre Familien und den Staat geschaffen wird.²⁹ Der von solchen Organisationen geschaffene soziale Wert liegt durch die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, durch die Verhinderung einer erneuten Viktimisierung und durch die Verhinderung des Auftretens oder der Verschlimmerung von Gesundheitsproblemen zwischen 1,7 und 5,2 Millionen Pfund.³⁰ Diese Argumente sind wichtig, weil sie den Wert einer frauenzentrierten, traumainformierten Unterstützung hervorheben.

Neben den ökonomischen Aspekten wurde in diesem Kapitel auch erörtert, dass die Idee der Intersektionalität für die Auseinandersetzung mit der Geschlechtsneutralität am wichtigsten ist. Intersektionalität befasst sich mit den Bereichen der Macht und bietet eine kritische Untersuchung und Praxis darüber, wie heterogene Formen der Gewalt zu sozialer Ungleichheit und sozialer Ungerechtigkeit beitragen.³¹ Das bedeutet, dass Intersektionalität, die Rasse, Behinderung, Sexualität, Migrant*innenstatus und andere Kategorien einschließt, eine wesentliche Linse ist, um die öffentliche Politik zu verändern und Geschlechtsneutralität in Frage zu stellen. Es ist jedoch nicht nur die Einbeziehung dieser Kategorien, die den Unterschied ausmachen wird. Es muss einen Ruf nach sozialer Gerechtigkeit geben, und die angestrebte Veränderung muss eine grundlegende Verschiebung der Machtverhältnisse bewirken, weg von der transaktionalen hin zur relationalen Ebene.³² Auch wenn es weiterhin Diskussionen darüber geben mag, ob dies innerhalb des bestehenden Systems erreicht werden kann, bedeutet die Auseinandersetzung mit der Geschlechtsneutralität durch Intersektionalität, dass ein anderer Ansatz für sozioökonomische und politische Systeme in Betracht gezogen werden muss.

3. Identifizierung der Herausforderungen und gemeinsame Nutzung von Strategien zu ihrer Bewältigung

In diesem Kapitel wird Geschlechtsneutralität an Hand von Fallstudien untersucht. Sie verdeutlichen die heterogene Zusammensetzung des geschlechtsneutralen Lagers sowie die vielen Formen, die Geschlechtsneutralität annehmen kann: wie Sprache verwendet wird, um Geschlechtsneutralität zu fördern, wie Finanzmittel von spezialisierten Diensten für Frauen zurückgehalten werden, wie Gesetze den perversen Effekt haben können, als Waffen gegen Überlebende der Gewalt, die sie bekämpfen wollen, eingesetzt zu werden. Unabhängig von ihren Wurzeln und den Beweggründen ihrer Befürworter hat die Geschlechtsneutralität in allen Fällen unmittelbare, schwerwiegende und zerstörerische Auswirkungen auf überlebende Frauen und ihre Kinder.

In der Istanbul-Konvention wird ausdrücklich ein geschlechtersensibler Ansatz als zentrale Voraussetzung für die wirksame Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt gefordert. Die geschlechtsneutralen Kritiker der Istanbul-Konvention haben zwei Hauptstrategien angewandt. Einerseits gibt es unverhohlenen Widerstand gegen die Ratifizierung der Istanbul-Konvention - oder, im Falle Polens, die Absicht, die Konvention nach der Ratifizierung zu verlassen, weil sie als ein wichtiges Instrument zur Förderung von Politiken und Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter angesehen wird. Andererseits beherzigen mehrere Staaten, die die Konvention ratifiziert haben, den geschlechtsspezifischen Ansatz der Istanbul-Konvention nicht und schaffen geschlechtsneutrale Politiken und Dienste, um ihr zu entsprechen. Wenn die Konvention jedoch geschlechtsneutrale Politiken der zweiten Gruppe von Ländern zuließe, bräuchte die erste Gruppe keine Angst vor ihren geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu haben und könnte sie ratifizieren. Diese widersprüchliche Auslegung der Istanbul-Konvention ist nur ein Beispiel für die komplexe Zusammensetzung des Lagers der geschlechtsneutralen Länder, einer heterogenen Ansammlung von Akteuren mit sehr unterschiedlichen politischen Hintergründen und Zielsetzungen.

²⁹ Women's Budget Group und Women's Resource Centre. 2018. Life-Changing and Life-Saving. Funding for the Women's Sector. London. WBG and WRC.

³⁰ Women's Budget Group und Women's Resource Centre. 2018. Life-Changing and Life-Saving. Funding for the Women's Sector. London. WBG and WRC.

³¹ Collins, P. H. und S. M. Bilge. 2016. Intersectionality. Cambridge. Polity Press.

³² Villanueva, E. 2018. Decolonising Wealth. Indigenous Wisdom to Health Divides and Restore Balance. Oakland. Berrett-Koehler Publishers.

So komplex, wie das geschlechtsneutrale Lager ist, so komplex sind auch seine Strategien und die Formen, die die Geschlechtsneutralität annimmt. Die folgenden Beispiele bilden eine nicht erschöpfende Liste häufiger Erscheinungsformen von Geschlechtsneutralität mit direkten Auswirkungen auf Gewalt gegen Frauen und Überlebende.

3.1 Geschlechtsneutrale staatliche Dienste

In vielen Ländern behandeln die staatlichen Sozialdienste Fälle von Gewalt gegen Frauen geschlechtsneutral. Da die Sozialdienste wichtige Pforten zu grundlegenden Rechten wie Sozialversicherung, Gesundheitsversorgung, Wohnung oder Sorgerecht sind, ist ihre Geschlechtsneutralität für Überlebende von Gewalt höchst problematisch. Sie erschwert es auch den auf Frauen spezialisierten Diensten, sich erfolgreich für die Rechte ihrer Klientinnen einzusetzen.

Historisch gesehen sind spezialisierte Dienste für Frauen seit den 1970er Jahren entstanden, weil die Sozialdienste nicht auf die Gewalt gegen Frauen reagierten. Feministische Wissenschaftlerinnen haben die (mangelnden) Maßnahmen der öffentlichen Behörden als Mitschuld des Staates an der Gewalt gegen Frauen bezeichnet.³³ Trotz der Macht und des so genannten Gewaltmonopols des Staates scheinen seine Institutionen nicht in der Lage zu sein, Frauen vor Gewalt im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz, in der Schule und zu Hause zu schützen. Der Staat und seine Institutionen, einschließlich der sozialen Dienste, vertreten und sichern die Interessen der dominanten Gruppe, d. h. der Männer, jedes Mal, wenn sie auf Gewalt gegen Frauen nicht reagieren, sie nicht ernst nehmen oder die Opfer für die Gewalt mitverantwortlich machen und so feststellen, dass Frauen „weniger gleich“ und zweitklassige Bürgerinnen sind, womit sie ihre systemische Unterdrückung aufrechterhalten. Frauenspezifische Dienste spielen eine entscheidende Rolle bei der Wahrung der Grundrechte von Frauen. Sie überbrücken die Kluft zwischen den Bedürfnissen ihrer Klientinnen und den Sozialdiensten, die die systemische Unterdrückung von Frauen nicht anerkennen, die die von ihnen erlebte Gewalt ermöglicht, legitimiert und verschlimmert.

3.1.1. Fallstudie: Slowenien

In Slowenien praktizieren die staatlichen Sozialdienste Geschlechtsneutralität, indem sie Frauen für die Gewalt verantwortlich machen, die sie erleben (und von der man annimmt, dass sie sie durch ihr Verhalten provoziert), und Männern glauben, die sich als Opfer bezeichnen, wenn ihnen ihr männliches Privileg abgesprochen wird, ihre Partnerinnen und Kinder zu kontrollieren und zu disziplinieren. Indem sie versuchen, „beide Seiten der Geschichte“ zu sehen, bagatellisieren diese Dienste männliche Gewalt gegen Frauen und vernachlässigen die historischen und strukturellen Machtungleichheiten, die zu geschlechtsspezifischer Gewalt führen. Für die spezialisierten Dienste für Frauen bedeutet dies mehr Arbeit, da sie sich intensiver für ihre Klientinnen, die sich ausgeschlossen fühlen, einsetzen müssen, z. B. in multidisziplinären Teamsitzungen.

3.1.2. Fallstudie: Finnland

Als Finnland die Istanbul-Konvention ratifizierte, richtete es eine staatliche, geschlechtsneutrale Hotline, Nollalinja, ein, die sich an alle Personen richtet, die von Gewalt betroffen sind, sowie an Organisationen, die Rat zu diesem Thema suchen. Während in der englischen Präsentation von Nollalinja Gewalt gegen Frauen erwähnt wird, wird auf der finnischen Website nur geschlechtsneutrale Sprache verwendet. Die Darstellung von Gewalt, von der Frauen und Männer gleichermaßen betroffen sind, verwischt die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Bezug auf Täterschaft, Viktimisierung, Kontexte, kurz- und langfristige Folgen usw. Die Tatsache, dass diese Darstellung von einem staatlichen Dienst stammt, verleiht der Fehlinformation Legitimität und Sichtbarkeit, was unwissende Akteure daran hindert, geschlechtsspezifische Gewalt zu erkennen und wirksam zu intervenieren.

³³ Jalna Hanmer (1977). Gewalt und soziale Kontrolle der Frauen. *Questions féministes* 1, 68-88.

3.2 Geschlechtsneutrale Gesetze gegen Gewalt

Die meisten Gewaltgesetze sind geschlechtsneutral, was schwerwiegende Auswirkungen auf die Verteilung der Ressourcen zur Bekämpfung von Gewalt hat. In Norwegen führte ein geschlechtsneutrales Gesetz über Schutzräume für Opfer häuslicher Gewalt dazu, dass 22 der 51 Schutzräume für Männer reserviert wurden. Zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes waren jedoch wegen mangelnder Nachfrage 10 der Männerhäuser nicht in Betrieb.³⁴ Dies ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie geschlechtsneutrale Gesetze dazu geführt haben, dass spezialisierte Dienste für Frauen zugunsten von parallelen Diensten für Männer, die nicht so dringend benötigt wurden wie die für Frauen, abgebaut wurden. Dies ist besonders ärgerlich, weil es mehrere Jahrzehnte intensiver feministischer Lobbyarbeit und Aktivismus brauchte, um die Anerkennung der Notwendigkeit von Fachdiensten für Frauen zu erreichen, während es so gut wie keine soziale Mobilisierung für ähnliche Dienste für Männer gibt.

Geschlechtsneutralität in Gesetzestexten kann auch andere verheerende Folgen haben. Wenn die Sorgerechtsgesetze die Gewalt des Vaters gegen die Mutter nicht berücksichtigen, wie es in den meisten Ländern der Fall ist, können gewalttätige Väter das alleinige Sorgerecht erhalten, insbesondere wenn die Gewalt zu körperlichen und/oder psychischen Gesundheitsproblemen der Mutter, Armut oder Obdachlosigkeit geführt hat. Wenn es gemeinsame Obsorge gibt oder gewalttätige Väter ein Besuchsrecht haben, ermöglicht dies den Tätern, die Gewalt gegen ihre Partnerinnen auch lange nach einer Trennung fortzusetzen, unter anderem durch die Instrumentalisierung der Polizei. Sie berufen sich auf eine Verletzung ihres elterlichen Rechts, ihre Kinder zu sehen, ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Mutter oder der Kinder.

3.2.1. Fallstudie: Ukraine

Im gesamten Gesetz zur Prävention und Bekämpfung häuslicher Gewalt, das im Januar 2018 in Kraft getreten ist, wird eine geschlechtsneutrale Sprache verwendet. Das Gesetz verwendet den Begriff „eine Person, die häusliche Gewalt erlitten hat“ (особа, яка постраждала від домашнього насильства; постраждала особа), um das Opfer zu bezeichnen, und den Begriff „Täter“ (кривдник), um die Person zu bezeichnen, von der die Gewalt ausgeht. Weder in diesem noch in anderen ukrainischen Gesetzen wird speziell auf Gewalt gegen Frauen Bezug genommen. Aufgrund der geschlechtsneutralen Sprache nutzen männliche Täter das Gesetz aus und erstatten fälschlicherweise Anzeige gegen ihre angeblich gewalttätigen Partnerinnen. In vielen Fällen ermittelt die Polizei nicht weiter und geht einfach davon aus, dass er das Opfer und sie die Täterin ist. Die Polizei kann es dann nicht nur verabsäumen, das wirkliche Opfer zu schützen und ihr - der (Ex-) Partnerin - dringende Schutzanordnungen zu verweigern, da sie nun als Täterin behandelt wird. Im Gegenteil kann die Polizei sogar eine dringende Schutzanordnung gegen sie erlassen oder sie wegen der Ordnungswidrigkeit der häuslichen Gewalt anzeigen, was dann an ein örtliches Gericht weitergeleitet wird. Dies ist ein besonders krasses Beispiel dafür, dass geschlechtsneutrale Gesetze gegen häusliche Gewalt von Tätern als Waffe eingesetzt werden.

3.2.2. Fallstudie: Türkei

Die türkische Regierung räumt der Förderung der Familie Vorrang vor den Rechten der Frauen ein. Dies zeigt sich schon im Titel des Gesetzes zum Schutz der Familie und zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen.³⁵ Dieses Gesetz ist wie auch andere Gesetze über Gewalt in Familienbeziehungen geschlechtsneutral formuliert, und in den Gesetzen über erschwerende Umstände wird nicht auf Gewalt gegen Frauen Bezug genommen.

³⁴ Halperin-Kaddari R., Freeman MA (2016). Backlash Goes Global Men's Groups, Patriarchal Family Policy, and the False Promise of Gender Law. *Canadian Journal of Women and Law* 28, S. 182-210.

³⁵ NATLEX: Türkei (781). (o.D.). Abgerufen am 05. August 2020, von http://ilo.org/dyn/natlex/natlex4.detail?p_lang=en

3.3 Abschaffung von spezialisierten Diensten für Frauen zugunsten von allgemeinen Diensten

Die neoliberale Politik hat die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in einen Markt verwandelt, auf dem spezialisierte Dienste für Frauen mit allgemeinen Diensten konkurrieren müssen. Der ermächtigende, opferzentrierte und bedarfsorientierte Ansatz der Leistungserbringung, der für spezialisierte Dienste für Frauen typisch ist, wird nicht als Qualitätskriterium anerkannt, wodurch der Markt verzerrt und geschlechtsneutrale Anbieter begünstigt werden. Wie unsere Fallstudien zeigen, schränken öffentliche Vergabeverfahren und immer exklusivere Auswahlkriterien für öffentliche und private Finanzierungen die Finanzierungsmöglichkeiten von spezialisierten Diensten für Frauen ein und zwingen sie, ihre Standards zu senken oder sich auf Männer einzustellen, so dass sie manchmal ganz vom Markt verdrängt werden.

3.3.1. Fallstudie. Dänemark

Obwohl das Land seit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention große Fortschritte bei der Verbesserung des Leistungsangebots für Frauen, die häusliche Gewalt überlebt haben, gemacht hat, gibt es immer noch viele geschlechtsneutrale Maßnahmen, die die vollständige Umsetzung der Konvention behindern. Auf politischer Ebene ist der nationale Aktionsplan auf die Bekämpfung von Gewalt in engen Beziehungen ausgerichtet, dem in Dänemark bevorzugten geschlechtsneutralen Begriff. Die Gesetze zur Bekämpfung von Gewalt sind geschlechtsneutral formuliert; bis heute gibt es kein spezifisches Gesetz über Gewalt gegen Frauen und Mädchen, und das Gesetz über erschwerende Umstände bezieht sich nicht auf Gewalt gegen Frauen. Da alle Dokumente zur Umsetzung der Istanbul-Konvention geschlechtsneutral sind, müssen auch die Leistungen geschlechtsneutral sein. So wurde beispielsweise eine nationale Organisation gegen Gewalt in engen Beziehungen gegründet und finanziert. Sie wendet sich an Opfer und Täter von Gewalt, während die spezialisierten Dienste für Frauen nicht finanziert werden. Außerdem verwenden die Sozialdienste nach wie vor den Begriff "natürliche Person" und unterscheiden nicht zwischen den besonderen Bedürfnissen von Frauen, die Gewalt ausgesetzt sind. Trotz der Notwendigkeit einer geschlechtsspezifischen Reaktion auf den Menschenhandel ist der dänische Ansatz zur Bekämpfung des Menschenhandels angesichts des höheren Gewaltrisikos für Frauen, die Opfer von Menschenhandel sind oder einen unsicheren Einwanderungsstatus haben, geschlechtsneutral.

3.3.2. Fallstudie: Vereinigtes Königreich

Die Finanzierung ist für die spezialisierten Dienste für Frauen in dieser Region von entscheidender Bedeutung, und die Geschlechtsneutralität stellt für sie eine große Herausforderung dar. Die Regierungen bevorzugen die Finanzierung sehr großer Wohltätigkeitsorganisationen, da diese zum einen über viel mehr Ressourcen verfügen, um für ihre Organisationen zu werben und Mittel zu generieren, und zum anderen der Verwaltungsaufwand für die Regierungen geringer ist, wenn sie wenige große Zuschüsse verwalten als viele kleine. Diese zentralisierte Finanzierung zugunsten großer Organisationen bedeutet, dass die Mittel oft nicht die lokalen frauenspezifischen Dienste erreichen. Der Tampon Tax Fund beispielsweise, der sich der Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Frauen und Mädchen widmet und Gewalt gegen Frauen und Mädchen als eines von drei Themen ausdrücklich in den Mittelpunkt stellt, hat eine untere Zuschussschwelle von 1 Million Pfund Sterling; infolgedessen werden Zuschüsse nicht an auf Frauen spezialisierte Dienste, sondern an allgemeine Organisationen wie Victim Support (Opferunterstützung) und große Wohnbaugesellschaften vergeben, die über keinerlei Fachwissen im Bereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen verfügen. Bei der Vergabe von Fördermitteln und Aufträgen wird häufig festgelegt, dass die Begünstigten alle Geschlechter berücksichtigen müssen. Dies kann ein erhebliches Problem darstellen, da die geschützten Räume für Frauen dann aufgrund der systemischen Unterfinanzierung bedroht sind, insbesondere die spezialisierten Organisationen für BME (Black and Minority Ethnic), LGBTIQ+- oder behinderte Frauen, die unverhältnismäßig stark von Mittelkürzungen und dem Ausschluss von Finanzierungsmöglichkeiten betroffen sind.

3.4 Inklusion und Gleichstellung als Argumente gegen geschlechtsspezifische Politiken

Eine oberflächliche Analyse der geschlechtsspezifischen Gewalt kann zu der irrigen Vorstellung führen, dass jede Gewalt geschlechtsspezifisch ist, da Frauen nicht die einzigen Menschen mit einem Geschlecht sind. Dieser Ansatz betrachtet Gewalt nur auf der individuellen Identitätsebene und vernachlässigt die Berücksichtigung von strukturellen Ungleichheiten und Machtverhältnissen. Spezialisierte Dienste für Frauen werden häufig dahingehend kritisiert, dass sie Männer diskriminieren, und in mehreren Ländern schließen geschlechtsneutrale Maßnahmen frauenspezifische Dienste entweder von der Finanzierung aus oder zwingen sie, im Namen der Gleichberechtigung allen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht Dienste anzubieten.

In einigen Fällen wird frauenspezifischen Diensten auch vorgeworfen, dass sie nicht-binäre oder Trans*-Menschen ausschließen, da sie bei der Bereitstellung von Diensten von einer binären Definition von Frauen und Männern ausgehen. Während es langfristig eine notwendige und wertvolle Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter ist, das binäre Geschlechterkonzept in Frage zu stellen, hat dasselbe Konzept unmittelbare, materielle Folgen, auch in Form von geschlechtsspezifischer Gewalt. Die spezialisierten Dienste für Frauen sind auf die besonderen Bedürfnisse von Überlebenden zugeschnitten, die sich als Frauen lesen und identifizieren. Um den Bedürfnissen von nicht-binären und Trans*-Menschen gerecht zu werden, wären spezialisierte Dienste erforderlich, die auf die besonderen Bedürfnisse von nicht-binären und Trans*-Menschen eingehen.

3.4.1. Fallstudie: Schweden

Schweden wird zwar oft als gutes Beispiel für die Gleichstellung der Geschlechter angeführt, aber dies schlägt sich nicht immer in einer geschlechtsspezifischen Politik zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen nieder. 2016 verabschiedete die schwedische Regierung eine auf zehn Jahre angelegte nationale Strategie zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt von Männern gegen Frauen, die körperliche, sexuelle und psychische Gewalt gegen Frauen und Mädchen berücksichtigt und geschlechtsspezifische Gewalt als Hindernis für die Gleichstellung der Geschlechter darstellt. In dem dezentralisierten politischen System des Landes liegen jedoch viele Zuständigkeiten bei den Kommunalverwaltungen, und ihre Umsetzung der nationalen Strategie lässt viel zu wünschen übrig. So hat beispielsweise der Bezirk Stockholm eine geschlechtsneutrale regionale Strategie und einen Aktionsplan gegen Gewalt verabschiedet. Obwohl die Strategie die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den Akteuren der Zivilgesellschaft zu einem ihrer acht Hauptziele erklärt, werden die spezialisierten Dienste für Frauen mit keinem Wort erwähnt. Obwohl sich die Strategie auf die Formen von Gewalt konzentriert, denen Frauen und Kinder besonders ausgesetzt sind, bleibt die Sprache im gesamten Text geschlechtsneutral, und die Gleichstellung der Geschlechter wird nicht definiert. In der Strategie wird betont, dass sowohl Erwachsene als auch Kinder, „unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität“, Gewalt ausgesetzt sein und auch Gewalt ausüben können. Selbst die Beschreibung der sexualisierten Gewalt, bei der 98 % der Täter Männer sind, ist nicht geschlechtsspezifisch. In der Strategie fehlt jegliche Analyse struktureller Ungleichheiten oder ungleicher Machtverhältnisse.

3.5 Rückgewinnung frauenspezifischer Symbole für geschlechtsneutrale Anti-Gewalt-Kampagnen

Die Frauenbewegung hat in ihrem 50 Jahre währenden und immer noch andauernden Kampf gegen Gewalt gegen Frauen erfolgreich Begriffe, Aktionsformen und Symbole geschaffen. Wann immer jedoch die Mehrheit der Gesellschaft die Terminologie, die Aktionen und die Symbole einer sozialen Bewegung übernimmt, neigt sie dazu, diese zu pervertieren, um den Status quo von Herrschaft und Ungleichheit aufrechtzuerhalten. So wurde beispielsweise die White Ribbon-Kampagne entwickelt, um die Gewalt von Männern gegen Frauen anzuprangern und Männern die Möglichkeit zu geben, ihre Verantwortung für die Beendigung der Gewalt zu übernehmen. Aufgrund ihres Erfolgs werden weiße Schleifen vielerorts unterschiedslos an Männer und Frauen verteilt, wodurch die radikale Bedeutung und das Ziel der Kampagne untergraben werden.

3.5.1. Fallstudie: Deutschland

Die Sensibilisierungskampagne „Stärker als Gewalt“³⁶ befasst sich mit häuslicher und sexueller Gewalt, Stalking, Gewalt am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum, Cybergewalt, Menschenhandel, sogenannter „Ehren“-Gewalt und weiblicher Genitalverstümmelung. Die Sprache und das Bildmaterial sind sehr oft geschlechtsneutral, d. h. männliche und weibliche Täter werden durchweg gleichberechtigt genannt, unabhängig vom Geschlechterverhältnis. Auf der Website der Kampagne wird für die meisten Formen von Gewalt anerkannt, dass Frauen überproportional häufig Opfer sind, aber auch Männer werden konsequent als Opfer genannt. Die Kampagne startete am 25. November 2019 anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Vor diesem Hintergrund lenken die angesprochenen Gewaltformen, die geschlechtsneutrale Sprache und das Beharren auf weiblichen Tätern und männlichen Opfern die öffentliche Aufmerksamkeit von der Gewalt gegen Frauen und Mädchen auf einen allgemeineren Diskurs über Gewalt.

Die geografische, politische und kulturelle Vielfalt der Fallstudien in diesem Kapitel veranschaulicht die Allgegenwärtigkeit der Geschlechtsneutralität in den Diskursen und der Politik zur Gewalt gegen Frauen. In einigen Fällen verbergen die Akteure, die für Geschlechtsneutralität eintreten, - nicht ihre Absicht, den Status quo der Geschlechterungleichheit aufrechtzuerhalten. In anderen Beispielen erwecken sie durch ihren enthusiastischen Gebrauch von Gleichstellungsvokabular und -symbolen den Eindruck, dass sie sich ernsthaft für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen, während sie gleichzeitig die strukturelle Ungleichheit zwischen Frauen und Männern auslösen und negative Folgen für weibliche Überlebende produzieren. Andere Beispiele zeigen die Kommerzialisierung eines sozialen und politischen Themas wie der geschlechtsspezifischen Gewalt auf. Unabhängig von den Ursachen und Formen der Geschlechtsneutralität organisieren die Frauenfachdienste überall ihren Widerstand. In den folgenden Kapiteln werden Strategien aufgezeigt, die sich als wirksam erwiesen haben, um die Flut aufzuhalten und qualitativ hochwertige, wirksame und emanzipatorische Dienste für weibliche Überlebende zu erhalten.

³⁶ <https://staerker-als-gewalt.de>

4. Der historische Hintergrund des Backlash gegen die genderspezifische Konvention in Bulgarien und der Slowakei

Ein tieferer Blick in die Geschichte, warum Bulgarien und die Slowakei die Istanbul-Konvention (IK) nicht ratifiziert haben, hilft dabei, die schwierige Situation zu beleuchten, in der sich Frauen in Ländern mit rechtsextremen Regierungen oder unter dem Einfluss nationalistischer und populistischer Ideologie befinden, wo es einen Backlash gegen die geschlechts(gender)spezifische Sprache der Konvention gegeben hat. Bulgarien und die Slowakei lehnen die Ratifizierung der Istanbul-Konvention ab und haben jeweils erklärt, dass sie gegen ihre eigenen Verfassungen und traditionellen Familienwerte verstößt.³⁷ Die Debatten um die Istanbul-Konvention tragen dazu bei, die „Anti-Gender“-Bewegungen in diesen Ländern zu erklären, und werfen ein Licht darauf, wie und warum patriarchalische Gesellschaftsstrukturen aufrechterhalten werden.

4.1 Warum lehnen Bulgarien und die Slowakei die Istanbul-Konvention ab?

Die Istanbul-Konvention versteht Gewalt gegen Frauen als eine Menschenrechtsverletzung und eine Form der Diskriminierung von Frauen; eine Negierung des Grundsatzes der Gleichstellung der Geschlechter und der gleichen Rechte von Männern und Frauen.³⁸ Die Hauptziele der Konvention sind die Verhinderung aller Formen von Gewalt gegen Frauen, der Schutz der Opfer und die Beendigung der Straflosigkeit der Täter sowie ein Beitrag zur Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen, die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und die Förderung der Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene, um diese Ziele zu erreichen.³⁹ Die Verwendung des Ausdrucks „geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen“ in der Istanbul-Konvention (IK) wird als Äquivalent zum Ausdruck „geschlechtsspezifische Gewalt“ in der Allgemeinen Empfehlung Nr. 19 (1992) des CEDAW-Ausschusses zu Gewalt gegen Frauen verstanden und steht im Einklang mit dem Konzept der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen, das in der Allgemeinen Empfehlung 35 der CEDAW aus dem Jahr 2017 angenommen wurde; dies ist so zu verstehen, dass es auf den Schutz von Frauen vor Gewalt aufgrund von Geschlechterstereotypen abzielt.⁴⁰

Die IK ist von Bedeutung, weil sie rechtsverbindlich ist und über einen eigenen Überwachungsmechanismus, GREVIO (Expertengruppe für Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen), verfügt, um sicherzustellen, dass die Staaten sie einhalten.⁴¹ Die Agentur für Grundrechte (FRA) hat erklärt, dass es auf EU-Ebene keine Rechtsvorschriften gibt, die sich umfassend mit Gewalt gegen Frauen befassen, und dass die Ratifizierung der IC durch die EU hier Abhilfe schaffen könnte.⁴² Die FRA hat erklärt, dass die IC derzeit das umfassendste regionale Instrument zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist.⁴³

Sowohl Bulgarien als auch die Slowakei haben die IK nicht von Anfang an blockiert. Die bulgarische Regierung war bereit, das Übereinkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren, und die Slowakei gehörte zu den ersten Mitgliedstaaten des Europarats, die es unterzeichneten. Was hat sich also geändert?

Bulgarien

In Bulgarien hatte eine groß angelegte Social-Media-Kampagne, in der Botschaften über die Konvention verbreitet wurden, die eine Gender-Ideologie propagierten, großen Einfluss auf die Entscheidung der Regierung, ihren ursprünglichen Beschluss zur Unterstützung der Konvention zurückzunehmen. Im März 2018 brachten die Abgeordneten der Regierungspartei GERB den Gesetzentwurf zur Ratifizierung der Konvention, der in der Nationalversammlung anhängig war,

³⁷ Darakchi, Shaban (2019). 'The Western Feminists Want to Make Us Gay': Nationalism, Heteronormativity and Violence Against Women in Bulgaria in Times of "Anti-gender Campaigns". *Sexuality & Culture*, 10. Mai 2019, S. 1-22.

³⁸ Europarat (2011). Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. 12. April 2011. <https://rm.coe.int/168046031c>.

³⁹ Ibid.

⁴⁰ Ibid.

⁴¹ Allwood, Gill (2016). Gender-based violence against women in contemporary France: Domestic violence and force marriage policy since the Istanbul Convention. *Modern & Contemporary France*, 24:4, S. 377-394.

⁴² FRA - Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2014). Violence against Women: An EU-wide survey. Main results, Wien: FRA.

⁴³ Ibid.

vor das bulgarische Verfassungsgericht, und unter dem Druck der öffentlichen Meinung beschloss der Ministerrat, die Ratifizierung bis auf Weiteres zurückzuziehen.⁴⁴ Im Juli 2018 entschied das Verfassungsgericht, dass die Konvention als Ganzes dem Grundsatz der Rechtssicherheit widerspricht und nicht mit der Definition von Mann und Frau in der Verfassung übereinstimmt, und wurde daher für verfassungswidrig erklärt.⁴⁵ Die Kampagne gegen die Konvention in Bulgarien wurde hauptsächlich von der Society and Values Association (SVA) initiiert.⁴⁶ Die SVA ist als öffentliche Einrichtung zum Schutz der Familie und der Ehe deklariert, außerdem hat ihre Leiterin Mihaela Djorgova für verschiedene religiöse Institutionen und die apostolische „Prelom“-Kirche gearbeitet, in der ihr Mann Priester war.⁴⁷ Als das bulgarische Parlament im Januar 2018 ein Verfahren zur Ratifizierung der Istanbul-Konvention einleitete, initiierte die SVA eine massive Social-Media-Kampagne dagegen, die dann von der bulgarischen nationalistischen Koalition „Vereinigte Patrioten“, die 27 von 240 Mandaten im Parlament hielt, unterstützt und weiter intensiviert wurde.⁴⁸ Tatsächlich war die Kampagne der genannten NGO gegen die Istanbul-Konvention nicht der ausschlaggebende Faktor, sondern eine Inszenierung, die von subversiven rechten Kräften zusammen mit einer groß angelegten Fake-News- und Verhetzungskampagne genutzt wurde - eine Tatsache, die von Menschenrechts- und Frauenrechts-NGOs in Bulgarien hervorgehoben, aber von der Regierung nicht rechtzeitig und angemessen berücksichtigt wurde. Da die Kampagne gegen die IK und gegen die Menschenrechte auch aus dem Ausland sehr gut finanziert wurde, kam der organisierte Menschenrechtshass einem Durchbruch in der nationalen Sicherheit gleich / *Meinung der Vertreterin einer Frauen-NGO aus Bulgarien, Juni 2020* /

Slowakei

Die Blockade der IK in der Slowakei war auch deshalb ein ziemlicher Schock, weil das Land bereits auf „eine jahrzehntelange Geschichte in der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter“ zurückblickte, wobei die erste Regierungsstrategie zur Gleichstellung der Geschlechter 2009 verabschiedet wurde, und es zusätzlich zwei weitere Aktionspläne zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ gab.⁴⁹ Katja Farkasova von der Allianz der Frauen in der Slowakei (einer WAVE-Mitgliedsorganisation) schreibt, dass die Fortschritte alles andere als bedeutend waren, aber niemand jemals an der Agenda der Gleichstellung der Geschlechter zweifelte.⁵⁰ Robert Fico, der damalige slowakische Ministerpräsident, erklärte: „Die Konvention spricht von Stereotypen und Gleichstellung der Geschlechter im Sinne der Beseitigung der so genannten traditionellen Rollen von Männern und Frauen in der Familie. Das weckt Zweifel. Solange die Bestimmungen der Konvention mit der Definition der Ehe als Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau nicht vollständig eingehalten werden, werde ich der Ratifizierung nicht zustimmen.“⁵¹ Das slowakische Parlament hatte bereits 2014 seine Verfassung geändert, um die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau zu definieren, was damals den Protest von Menschenrechtsgruppen auslöste.⁵² Fico sagte weiter: „Wir werden alle notwendigen gesetzlichen Regelungen verabschieden, um sicherzustellen, dass unsere Gesetzgebung auf europäischem Niveau ist, wenn es um den Schutz von Frauen vor Gewalt geht“; aber niemand wird das Land dafür zur Verantwortung ziehen.⁵³

4.2 Backlash und Anti-Gender-Kampagnen

Die IK wurde zum Ziel und Symbol der Anti-Gender-Bewegung, vor allem aufgrund der in ihrem Text enthaltenen Definition von „Geschlecht“.⁵⁴ Gemäß Artikel 3 der IK bedeutet „Geschlecht“ „die

⁴⁴ Darakchi, Shaban (2019). 'The Western Feminists Want to Make Us Gay': Nationalism, Heteronormativity and Violence Against Women in Bulgaria in Times of "Anti-gender Campaigns". *Sexuality & Culture*, 10. Mai 2019, S. 1-22.

⁴⁵ Ibid.

⁴⁶ Ibid.

⁴⁷ Ibid.

⁴⁸ Ibid.

⁴⁹ Farkasova, Katja (2018, Jan). From Istanbul to a clash of civilisations. The story of a hijacked Convention in Slovakia. *Fempower Magazine*, Band Nr. 29, S. 13-15.

⁵⁰ Ibid.

⁵¹ Gotev, Georgi (2018, Feb). After Bulgaria, Slovakia too fails to ratify the Istanbul Convention. Euractiv. Veröffentlicht 23. Feb 2018. Abgerufen 14. Juli 2019 von <https://www.euractiv.com/section/future-eu/news/after-bulgaria-slovakia-too-fails-to-ratify-the-istanbul-convention/>.

⁵² Ibid.

⁵³ Ibid.

⁵⁴ Farkasova, Katja (2018, Jan). From Istanbul to a clash of civilisations. The story of a hijacked Convention in Slovakia. *Fempower Magazine*, Band Nr. 29, S. 13-15.

sozial konstruierten Rollen, Verhaltensweisen, Aktivitäten und Eigenschaften, die eine bestimmte Gesellschaft für Frauen und Männer als angemessen erachtet“.⁵⁵ Dies ist eine große Sache, da die IK der erste internationale Vertrag ist, der eine Definition von Geschlecht als soziales Konstrukt enthält.⁵⁶ Aus diesem Grund sehen sich mehrere Teile Europas mit neuen Wellen des Widerstands gegen eine sogenannte „Gender-Ideologie“ oder „Gender-Theorie“ konfrontiert.⁵⁷ Die Opposition gegen die fortschreitende Gleichstellung der Geschlechter stellt die Gleichstellung der Ehe, Abtreibung, Reproduktionstechnologien, Gender-Mainstreaming, Sexualerziehung, sexuellen Liberalismus, Transgender-Rechte, Antidiskriminierungsmaßnahmen und sogar den Begriff des Geschlechts selbst in Frage.⁵⁸ Darüber hinaus sind die Übersetzungen des IK durch religiöse Organisationen wie die römisch-katholische Kirche zu einem Mobilisierungsinstrument für diese sozialen Bewegungen geworden.⁵⁹

Bulgarien

Die Ratifizierung der Istanbul-Konvention in Bulgarien hat patriarchalische, sexistische und homophobe Einstellungen und Vorstellungen aufgedeckt und zum Ausdruck gebracht, die andernfalls vielleicht passiv und ungehört geblieben wären.⁶⁰ Darüber hinaus wurde das Thema der geschlechtsspezifischen Gewalt in Bulgarien vernachlässigt, da sich die Diskussion von der Gewalt gegen Frauen auf die Bedrohungen der "Gender-Ideologie" verlagerte.⁶¹ Eine der am meisten geteilten Überzeugungen in der Social-Media-Kampagne gegen die IK ist die Vorstellung, dass Frauenbewegungen für die Zukunft der Nation gefährlich sind und dass der Feminismus als eine mächtige „westliche Waffe“ zur Zerstörung kleiner Nationen angesehen wird, wobei die UN, die USA und die WHO als die wichtigsten „Initiatoren“ dieses „globalen Plans“ identifiziert werden.⁶² In einer Erklärung der Kampagne heißt es: „Sie wollen genau das. Sie wollen kleine Nationen wie Bulgarien zerstören und in sie eindringen. Dies ist Teil eines von der UNO organisierten globalen Plans, der darauf abzielt, den Feminismus durchzusetzen und den Frauen vorzugaukeln, dass sie unabhängig sein können. So haben sie [die Frauen] aufgehört, Kinder zu gebären, und wir sind die am schnellsten schrumpfende Nation der Welt.“⁶³ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Hauptargumente in diesen Auffassungen auf dem Verständnis beruhen, dass einige Frauen auf Rache aus sind und, sobald sie die politische Macht erlangt haben, die Männer zerstören werden, und dass es sich um einen Prozess des „Social Engineering“ handelt, bei dem weiße Männer des Mittelstands als Opfer einer feministischen Ideologie dargestellt werden, „die ständig versucht, sie als Missbraucher und Vergewaltiger darzustellen.“⁶⁴

Am selben Tag, an dem der bulgarische Ministerrat die Konvention verabschiedete, übernahm die Kampagne in den sozialen Medien die Rolle des Wortführers, und die Vorsitzende der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP), Kornelia Ninova, veröffentlichte die offizielle Position der Partei, in der sie erklärte, dass „die BSP immer für den Schutz der Frauen gekämpft hat, der Begriff ‚Gender‘ und die Idee der Revision traditioneller Werte jedoch ihrer Vision widersprechen, Der Begriff ‚Gender‘ und die Idee der Revision traditioneller Werte sowie die Einführung eines ‚unangemessenen‘ Unterrichts in den Schulen widersprechen ihrer Vision und es wird die Rücknahme des Dokuments gefordert.“⁶⁵ Dieser schnelle Sinneswandel war überraschend, da die BSP erfolgreich war und immer wieder betont hat, wie wichtig die Gleichstellung der Geschlechter sei und wie leidenschaftlich die Vorsitzende der BSP dieses Thema verfolge.⁶⁶

⁵⁵ Europarat (2011). Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. 12. April 2011. <https://rm.coe.int/168046031c>.

⁵⁶ Gotev, Georgi (2018, Feb). After Bulgaria, Slovakia too fails to ratify the Istanbul Convention. Euractiv. Veröffentlicht 23. Feb 2018. Abgerufen 14. Juli 2019 von <https://www.euractiv.com/section/future-eu/news/after-bulgaria-slovakia-too-fails-to-ratify-the-istanbul-convention/>.

⁵⁷ Kuhar, Roman und Paternotte, David (2017). Anti-gender campaigns in Europe: Mobilizing against equality. Rowman & Littlefield, London.

⁵⁸ Ibid.

⁵⁹ Ibid.

⁶⁰ Darakchi, Shaban (2019). 'The Western Feminists Want to Make Us Gay': Nationalism, Heteronormativity and Violence Against Women in Bulgaria in Times of "Anti-gender Campaigns". Sexuality & Culture, 10. Mai 2019, S. 1-22.

⁶¹ Ibid.

⁶² Ibid.

⁶³ Ibid.

⁶⁴ Darakchi, Shaban (2019). 'The Western Feminists Want to Make Us Gay': Nationalism, Heteronormativity and Violence Against Women in Bulgaria in Times of "Anti-gender Campaigns". Sexuality & Culture, 10. Mai 2019, S. 1-22.

⁶⁵ Ibid.

⁶⁶ Ibid.

Slowakei

In der Slowakei wurde durch das Buch der umstrittenen deutschen Autorin Gabriela Kuby, einer orthodoxen Katholikin, ein „Kampf der Kulturen“ ausgelöst.⁶⁷ In ihrem Buch *Die globale sexuelle Revolution: Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit* - das in mehrere Sprachen Mittel- und Osteuropas übersetzt wurde - wurde sie zu einer unverblühten Stimme der slowakischen konservativen Bewegung, die Gender mit Faschismus und Kommunismus verglich.⁶⁸ Die Zahl der von der Anti-Gender-Bewegung organisierten Aktivitäten ist zu groß, um sie hier aufzuzählen, aber sie begannen mit einer Erklärung gegen geschlechtersensible Erziehung, die von 300 konservativen Psychologen und Lehrern unterzeichnet wurde, gefolgt von einem offenen Brief von hundert Organisationen, der an den Justizminister geschickt wurde, um gegen die Ratifizierung der IK zu lobbyieren.⁶⁹ Das war erst der Anfang. Im Jahr 2013 nahmen etwa 50.000 Menschen an einem „Marsch für das Leben“ in Kosice teil, um gegen Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehen und die „Gender-Ideologie“ zu protestieren, und die Bischofskonferenz gab einen Brief heraus, in dem sie die neue „Gender-Ideologie“ als „Kultur des Todes“ bezeichnete: „Die Aktivisten der ‚Gleichstellung der Geschlechter‘ geben nicht auf, sondern warten auf eine geeignete Gelegenheit, diese verderbte Ideologie in die Schulbildung einzubringen. Die Kultur des Todes bedroht die Existenz der Nation...“.⁷⁰

Trotz der offiziellen Trennung von Staat und Kirche, die in der slowakischen Verfassung verankert ist, bleibt die katholische Kirche eine wichtige gesellschaftliche Kraft, die sich den Menschenrechten und der Gleichstellungsagenda widersetzt.⁷¹ Im Jahr 2014 sammelte eine konservative Organisation mit der Bezeichnung „Allianz für die Familie“ mit massiver Unterstützung der katholischen Kirche rund 400.000 Unterschriften in Kirchen im ganzen Land, um ein Referendum zu initiieren, mit dem die Meinung der Bevölkerung zu drei Themen eingeholt werden sollte, darunter die Definition der Ehe als Vereinigung zwischen einem Mann und einer Frau. 2015 wurde eine Referendumskampagne durchgeführt, in der gleichgeschlechtliche Paare als Bedrohung der traditionellen Familie dargestellt wurden.⁷² Daraufhin wurde die Definition der Ehe als Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau in die Verfassung der Slowakei aufgenommen.⁷³ Dies war wohlüberlegt, denn im Februar 2018 gab Ministerpräsident Robert Fico seine Entscheidung bekannt, die Konvention nicht zu ratifizieren, indem er erklärte, dass die Konvention die „Gender-Ideologie“ fördere und dass es einige Diskrepanzen zwischen dem Text der Konvention und der slowakischen Verfassung gebe, insbesondere die Definition der Ehe als Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau; er schloss sich damit dem bulgarischen Ministerpräsidenten an, der nur einen Monat zuvor eine sehr ähnliche Erklärung abgegeben hatte.⁷⁴

4.3 Falsche Vorstellungen über die IK und den Begriff des Geschlechts

Kritiker behaupten, dass die Definition des Geschlechts als soziales Konstrukt der Legalisierung der Homo-Ehe und der Förderung von Homosexualität in Schulen Tür und Tor öffnet, obwohl die Homo-Ehe im Vertrag nicht ausdrücklich erwähnt wird.⁷⁵ Dennoch sehen viele Bulgarinnen und Slowakinnen den Wortlaut des Vertrags als Bedrohung für die traditionelle Familienstruktur an.⁷⁶ Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass das Einzige, was im IK ausdrücklich über die Ehe gesagt wird, Artikel 37 ist, der die Zwangsehe unter Strafe stellt.⁷⁷

⁶⁷ Farkasova, Katja (2018, Jan). From Istanbul to a clash of civilisations. The story of a hijacked Convention in Slovakia. *Fempower Magazine*, Band Nr. 29, S. 13-15.

⁶⁸ Ibid.

⁶⁹ Ibid.

⁷⁰ Ibid.

⁷¹ Ibid.

⁷² Ibid.

⁷³ Ibid.

⁷⁴ Farkasova, Katja (2018, Jan). From Istanbul to a clash of civilisations. The story of a hijacked Convention in Slovakia. *Fempower Magazine*, Band Nr. 29, S. 13-15.

⁷⁵ Gotev, Georgi (2018, Feb). After Bulgaria, Slovakia too fails to ratify the Istanbul Convention. *Euractiv*. Veröffentlicht 23. Feb 2018. Abgerufen 14. Juli 2019 von <https://www.euractiv.com/section/future-eu/news/after-bulgaria-slovakia-too-fails-to-ratify-the-istanbul-convention/>.

⁷⁶ Ibid.

⁷⁷ Europarat (2011). Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. 12. April 2011. <https://rm.coe.int/168046031c>.

Bulgarien

Interessant an Bulgarien ist, dass die BSP bei ihrem Spiel mit der Bedeutung des Begriffs „Gender“ und der darin implizierten „versteckten Agenda“ die Tatsache völlig ignoriert, dass sie mit mehreren Organisationen zusammengearbeitet hat, die das Wort Gender ohne Übersetzung verwenden und die Bedeutung des Wortes noch nie in Frage gestellt haben.⁷⁸ Ein Hauptproblem könnte eine mehrdeutige Übersetzung der Konvention sein oder die Tatsache, dass das Fehlen unterschiedlicher Wörter für „sex“ und „gender“ in der bulgarischen Sprache eine Grundlage für Manipulationen bezüglich des Inhalts der Konvention bietet.⁷⁹ Der Begriff „gender“, der für das Verständnis von „geschlechtsspezifischer Gewalt“ grundlegend ist, wurde offiziell mit „soziales Geschlecht“ übersetzt, was zu der weit verbreiteten Vorstellung führte, dass das Geschlecht im Sinne von „sex“ und nicht „gender“ sozial konstruiert ist - was dann als Strategie zur Durchsetzung „unnatürlicher“ Werte bezeichnet wurde, die mit den christlichen Normen und der Moral Bulgariens nicht vereinbar sind.⁸⁰ Den Gegnern der Konvention zufolge zielt der Begriff „gender“ auf drei Dinge ab: die Zerstörung der moralischen Grundlage der Gesellschaft, indem die Identifizierung des Geschlechts unabhängig vom biologischen Geschlecht ermöglicht wird, die Förderung von Homosexualität und Transgenderismus in den Schulen durch Sexualerziehung und die Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen, indem gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit gegeben wird, sich „manipulativ“ mit dem anderen Geschlecht zu identifizieren und die Gesetzgebung zu umgehen, die eine Ehe nur zwischen einem Mann und einer Frau anerkennt.⁸¹ Der Begriff „Geschlecht“ im Sinne von „Gender“ wird somit als „politische Waffe“ angesehen und sein Verständnis in den Sozialwissenschaften als „unnatürlich“ abgelehnt - hauptsächlich aufgrund der Tatsache, dass sich die Mehrheit der Menschen mit dem Unterschied zwischen „sex“ und „gender“ nie näher beschäftigt hat.⁸² Nun wird der Begriff einfach für politischen Opportunismus und die Schaffung negativer politischer Bilder erwünschter politischer und gesellschaftlicher Akteure verwendet.⁸³

Dubravka Simonovic, die UN-Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen (UN SR VAW), ihre Ursachen und Folgen, die Bulgarien in der Zeit vom 14. bis 21. Oktober 2019 besuchte, wies auf die Fehlinterpretation des Begriffs „gender“ und seine Verwendung zur Aufstachelung von Hass hin. Sie stellte fest, dass die Kampagne gegen die Ratifizierung der Istanbul-Konvention zur Entstehung einer „Anti-Gender-Bewegung“ führte, die zu Angriffen auf Frauen und auf alle Dienste, die Gewaltopfer betreuen, führte. Dies war zum Teil auf die Fehlinterpretation und die falsche Übersetzung des in der Konvention enthaltenen Begriffs „gender“ ins Bulgarische zurückzuführen.⁸⁴ Das Urteil des Verfassungsgerichts stoppte den Ratifizierungsprozess, bot aber auch eine Plattform für eine massive Kampagne gegen die Istanbul-Konvention und den Begriff „gender“, so die Sonderberichterstatterin.⁸⁵ Die UN-sonderberichterstatterin empfahl in ihrem Bericht zum Abschluss der Mission, das Urteil des Verfassungsgerichts zu überdenken bzw. die Istanbul-Konvention zu ratifizieren. Auch der CEDAW-Ausschuss empfiehlt in seinen abschließenden Bemerkungen zum achten periodischen Bericht Bulgariens vom 2. März 2020 die Ratifizierung der IK, Paragraph 24 "a".⁸⁶

Slowakei

Zusätzlich zu den Missverständnissen in Bezug auf den Begriff „gender“ in der Slowakei hat eine von Kirche zu Kirche des Landes gehende Tour mit dem Namen „Stoppt das Böse aus Istanbul“ die Konvention mit Ereignissen aus der Geschichte verglichen, als die Türken die Region besetzten: „Die allgemeine populäre Haltung in der Slowakei, die sich gegen Muslime und Migranten richtet, wird ausgenutzt, wenn man sich auf die Istanbul-Konvention bezieht; natürlich

⁷⁸ Darakchi, Shaban (2019). 'The Western Feminists Want to Make Us Gay': Nationalism, Heteronormativity and Violence Against Women in Bulgaria in Times of "Anti-gender Campaigns". *Sexuality & Culture*, 10. Mai 2019, S. 1-22.

⁷⁹ Ibid.

⁸⁰ Ibid.

⁸¹ Ibid.

⁸² Ibid.

⁸³ Ibid.

⁸⁴ Bulgaria: UN expert concerned about pushbacks on women's rights and misinterpretation of the term "gender" that stopped the ratification of the Istanbul Convention <https://www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25178&LangID=E> -

⁸⁵ Missionsabschlussbericht der Sonderberichterstatterin

<https://www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25173&LangID=E>

⁸⁶ CEDAW/c/BGR/C0 8

unter Vorenthaltung grundlegender Informationen über ihren wahren Inhalt.⁸⁷ Viele Menschen nehmen an, dass das Dokument etwas mit dem Import islamischer Gesetze in die Slowakei zu tun hat - Farkasova sagt sarkastisch: „Schade, dass die Konvention nicht in Rom unterzeichnet wurde.“⁸⁸

Der Erfolg dieser Anti-Gender-Kampagnen und die Aufrechterhaltung traditioneller Familienwerte sind nicht überraschend, wenn man die Popularität der katholischen Kirche in Osteuropa betrachtet. Das erste postkommunistische Jahrzehnt in der Slowakei war von einer Hinwendung zur Religion geprägt, in der die Zahl der Kirchenbesucher und das Vertrauen in die Kirche stark zunahm.⁸⁹ So wurde beispielsweise 1991 das „allgemeine Vertrauen“ in die Kirche mit 49 % angegeben, während es 1999 fast 65% erreichte.⁹⁰ Die Einschätzung, inwieweit die Kirche in Bezug auf spirituelle, moralische und familiäre Fragen adäquate Antworten hatte, lag 2008 in der Slowakei über dem europäischen Durchschnitt.⁹¹ Obwohl das Vertrauen in die Kirche im zweiten postkommunistischen Jahrzehnt leicht abnahm,⁹² war 2018 die überwiegende Mehrheit der Bulgarinnen christlich-orthodox, und 62 % der Slowakinnen bezeichneten sich als katholisch.⁹³

4.4 Probleme mit Daten über und Berichterstattung über Gewalt gegen Frauen

Vor 2001 gab es so gut wie keine konkreten Daten über das Ausmaß und den Grad der häuslichen Gewalt in den MOE-Ländern.⁹⁴ Ein größeres Problem, so die Theorie der UNICEF, besteht darin, dass das Nichtmelden von Vergewaltigungen das eigentliche Problem verdeckt: das allgemeine Wissen, dass eine Anzeige nutzlos ist, wenn eine Strafverfolgung unwahrscheinlich ist oder eine Misshandlung des Opfers wahrscheinlich ist.⁹⁵ Die FRA-Erhebung ist die erste ihrer Art über Gewalt gegen Frauen in den 28 EU-Mitgliedstaaten,⁹⁶ und demnach sind sich die Vereinten Nationen, der Europarat, die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Zivilgesellschaft einig, dass es nach wie vor an umfassenden, vergleichbaren Daten über das Phänomen der Gewalt gegen Frauen mangelt.⁹⁷ Frauen erstatten im Allgemeinen keine Anzeige bei der Polizei oder bei einer Reihe anderer Dienste, die sie unterstützen könnten, und es ist klar, dass die Bedürfnisse und Rechte von Frauen in der Praxis derzeit nicht erfüllt werden.⁹⁸

Bulgarien

Die FRA-Erhebung hat ergeben, dass 28 % der befragten Frauen in Bulgarien seit ihrem 15. Lebensjahr Opfer körperlicher und/oder sexueller Gewalt durch einen Partner oder einen Nicht-Partner waren, und von diesen wurden 78 % von ihren Partnern missbraucht.⁹⁹ Der Bericht betont, dass die Situation der Gewalt gegen Frauen in Bulgarien im Vergleich zu den meisten anderen EU-Staaten schlechter ist.¹⁰⁰ Dies wird auf das Fehlen wirksamer politischer Maßnahmen und Präventionsmaßnahmen sowie auf das Fehlen angemessener Änderungen im Gesetzgebungssystem zurückgeführt.¹⁰¹ Die FRA-Erhebung war wichtig, weil sie europaweit durchgeführt wurde, und da es in Bulgarien kein zentrales statistisches System zur Erfassung und Überwachung von Gewalt gegen Frauen gibt, war sie besonders wichtig; die vorhandenen Daten,

⁸⁷ Farkasova, Katja (2018, Jan). From Istanbul to a clash of civilisations. The story of a hijacked Convention in Slovakia. Fempower Magazine, Band Nr. 29, S. 13-15.

⁸⁸ Ibid.

⁸⁹ Podolinská, T. (2010). The Religious Landscape in Post-communist Slovakia. Anthropological Journal of European Cultures, 19(1). doi:10.3167/ajec.2010.190107.

⁹⁰ Ibid.

⁹¹ Ibid.

⁹² Ibid.

⁹³ Gotev, Georgi (2018, Feb). After Bulgaria, Slovakia too fails to ratify the Istanbul Convention. Euractiv. Veröffentlicht 23. Feb 2018. Abgerufen 14. Juli 2019 von <https://www.euractiv.com/section/future-eu/news/after-bulgaria-slovakia-too-fails-to-ratify-the-istanbul-convention/>.

⁹⁴ Smolens, S. (2001). Violence against women: Consciousness and law in four Central European emerging democracies: Poland, Hungary, Slovakia and the Czech Republic. The Tulane European and Civil Law Forum, 15, 1-42.

⁹⁵ Ibid. Smolens.

⁹⁶ FRA - Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2014). Violence against Women: An EU-wide survey. Main results, Wien: FRA.

⁹⁷ Ibid.

⁹⁸ FRA - Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2014). Violence against Women: An EU-wide survey. Main results, Wien: FRA.

⁹⁹ Ibid.

¹⁰⁰ Ibid.

¹⁰¹ Darakchi, Shaban (2019). 'The Western Feminists Want to Make Us Gay': Nationalism, Heteronormativity and Violence Against Women in Bulgaria in Times of "Anti-gender Campaigns". Sexuality & Culture, 10. Mai 2019, S. 1-22.

über die Bulgarien verfügt, stammen hauptsächlich aus Polizeiberichten, die jedoch als unvollständig gelten, da viele Fälle von Übergriffen auf Frauen nicht gemeldet werden.¹⁰²

Die Daten über Gewalt gegen Frauen, über die bisher in Bulgarien berichtet wurde, könnten auf ein geringes Ausmaß an Gewalt hinweisen, oder auch einfach darauf, dass häusliche Gewalt gegen Frauen weitgehend als Privatangelegenheit betrachtet wird, über die man nicht einmal mit der Familie oder Freundinnen spricht, und die infolgedessen nur selten der Polizei oder anderen relevanten Institutionen gemeldet wird.¹⁰³

Laut dem EIGE-Gleichstellungsindex von 2017 hat Bulgarien eine der niedrigsten Raten bei der Meldung von häuslicher Gewalt in Europa.¹⁰⁴ Die Regierung muss Sensibilisierungsmaßnahmen ergreifen, um die Meldung von Gewalttaten zu fördern. Diese Tendenz wird durch eine repräsentative Studie von Alpha Research aus dem Jahr 2011 über sexuelle Gewalt in Bulgarien gestützt, aus der hervorgeht, dass das Verständnis von Frauen darüber, was sexuelle Gewalt ist, zu einem beobachteten Unterschied in den Prävalenzraten führt.¹⁰⁵ Der Studie zufolge wird das Problem dadurch verharmlost, dass es bulgarischen Frauen peinlich ist, über sexuelle Gewalt zu sprechen, und dass in den bulgarischen Medien in der Regel nur über die schwersten Formen von Gewalt, wie Vergewaltigung, berichtet wird.¹⁰⁶

Ein weiteres Problem in Bulgarien ist das insgesamt geringe Bewusstsein der Frauen für die spezifischen Rechtsvorschriften und Initiativen zur Prävention und zum Schutz bei häuslicher Gewalt.¹⁰⁷ Laut den Barometern der Europäischen Frauenlobby zu den nationalen Aktionsplänen zur Gewalt gegen Frauen aus dem Jahr 2011 und zu Vergewaltigung in der EU aus dem Jahr 2013 stand ein nationaler Aktionsplan zur Gewalt gegen Frauen nicht auf der Agenda der bulgarischen Regierung.¹⁰⁸ Darüber hinaus legt die Regierung keine Daten über weibliche Vergewaltigungsopfer vor, und es gibt weder eine spezifische staatliche Politik zu diesem Thema noch einen Mechanismus, der Frauen hilft, Zugang zu Beratung und Justiz zu erhalten, trotz der häufigen und oft schweren Fälle von sexueller Belästigung.¹⁰⁹ Das geringe Bewusstsein, die Lücken in der Gesetzgebung und in der Koordinierung der Institutionen spiegeln sich auch in der neueren Studie wider, die 2015-2016 von der Partners Bulgaria Foundation und dem Center for the Study of Democracy im Rahmen des Projekts „National Study of Domestic and Gender-based Violence (DGBV) and Elaboration of a Victims Support Model (VSM)“ durchgeführt wurde, das vom Norwegischen Finanzierungsmechanismus 2009-2014 finanziert wurde.¹¹⁰

Slowakei

Die FRA-Erhebung hat ergeben, dass 34 % der befragten Frauen in der Slowakei seit ihrem 15. Lebensjahr Opfer von körperlicher und/oder sexueller Gewalt durch einen Partner oder einen Nicht-Partner waren, und von diesen wurden 64 % von ihren Partnern missbraucht.¹¹¹ Aus dem Bericht geht hervor, dass die Slowakei europaweit am schlechtesten abschneidet, wenn es darum geht, dass Frauen sich sicher fühlen, wenn sie allein das Haus verlassen, weil sie Angst haben, überfallen zu werden.¹¹² Darüber hinaus ist das Bewusstsein für Gesetze und politische Initiativen zur Verhinderung von häuslicher Gewalt gegen Frauen sowie das Bewusstsein für Einrichtungen oder Dienste für Opfer von Gewalt gegen Frauen nach wie vor geringer als im EU-Durchschnitt.¹¹³

¹⁰² Ibid.

¹⁰³ FRA - Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2014). Violence against Women: An EU-wide survey. Main results, Wien: FRA.

¹⁰⁴ Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen der Europäischen Union (2017), "Gender Equality Index 2017: Bulgaria", abgerufen am 15. August 2019, <http://eige.europa.eu/gender-equality-index>.

¹⁰⁵ FRA - Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2014). Violence against Women: An EU-wide survey. Main results, Wien: FRA.

¹⁰⁶ Ibid.

¹⁰⁷ Ibid.

¹⁰⁸ Ibid.

¹⁰⁹ Ibid.

¹¹⁰ https://partnersbg.org/en/domestic-and-gender-based-violence/https://csd.bg/search/?id=33&tx_kesearch_pil%5Bsword%5D=gender&x=0&y=0&tx_kesearch_pil%5Bpage%5D=1&tx_kesearch_pil%5BresetFilters%5D=0&tx_kesearch_pil%5BsortByField%5D=&tx_kesearch_pil%5BsortByDir%5D=asc

¹¹¹ FRA - Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2014). Violence against Women: An EU-wide survey. Main results, Wien: FRA.

¹¹² Ibid.

¹¹³ Ibid.

Laut Fenestra braucht die Slowakei eine umfassende Politik zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, da es beispielsweise noch keine Präventionsprogramme gibt.

Das EIGE hat Empfehlungen zur Datenerhebung über Gewalt gegen Frauen in der Slowakei herausgegeben, die helfen sollen, problematische Bereiche aufzuzeigen. Die Slowakei ist fest entschlossen, die Verwaltung von Statistiken und Aufzeichnungen über Gewalt gegen Frauen zu verbessern - wie die Annahme des nationalen Aktionsplans zur Verhütung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen 2014-2019 im Jahr 2013 zeigt.¹¹⁴ Allerdings gibt es in der Slowakei keine vertikale Integration der Datenerhebung über die Phasen des Strafverfahrens hinweg (d. h. es gibt keine einheitliche Kennung für jeden Fall/Opfer/Täter), was es unmöglich macht, einen Fall von der Anzeige bis zum Ende des Strafverfahrens zu verfolgen.¹¹⁵ Das EIGE empfiehlt, die indikativen Daten zu den polizeilichen Ermittlungen nach Geschlecht aufzuschlüsseln, damit sie als Näherungswerte verwendet werden können, und es wäre sinnvoll, die von der Generalstaatsanwaltschaft verwendeten Erfassungssysteme zu ändern, damit sie die bei der Polizei eingehenden Fälle auf der Grundlage der Strafanzeigen überwachen kann.¹¹⁶

4.5 Wie die Istanbul-Konvention und eine geschlechtsspezifische Sichtweise Frauen stärkt

Die IK enthält zwar keine eigene Definition von Empowerment - sie unterstreicht jedoch, dass sie die Grundsätze des Empowerment von Frauen in Bezug auf eine geschlechtsspezifische Perspektive, die Umsetzung von Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, unterstützt.¹¹⁷ Darüber hinaus stimmen die Verfasserinnen der IK mit den Werten des Rates der Europäischen Union überein, der dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) die zentrale Rolle dabei zugewiesen hat, sich mit den Herausforderungen der Gleichstellung von Frauen und Männern in der gesamten Europäischen Union zu befassen und diese zu fördern.¹¹⁸ Das EIGE definiert Empowerment von Frauen als den „Prozess, durch den Frauen Macht und Kontrolle über ihr eigenes Leben erlangen und die Fähigkeit erlangen, strategische Entscheidungen zu treffen.“¹¹⁹

Gleichberechtigung der Geschlechter

Die IK stellt die Verbindung zwischen der Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen her und erkennt damit den strukturellen Charakter von Gewalt gegen Frauen an, der Ausdruck historisch ungleicher Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern ist.¹²⁰ Die Literatur zeigt, dass die Gleichstellung der Geschlechter in Bulgarien und der Slowakei stark unterentwickelt ist, und wie wir gesehen haben, hat die falsche Berichterstattung über den Inhalt der IK in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter dazu geführt, dass die Konvention in diesen Ländern blockiert wurde. Es scheint, dass ein genaueres Verständnis der Geschlechterfrage und dessen, was tatsächlich in der Konvention steht, dazu beitragen würde, viele Meinungen darüber zu zerstreuen, was die IK in der Praxis tut. Die IK kann jedoch Missverständnisse über das Konzept der Geschlechtergleichstellung nicht allein ausräumen, vor allem nicht im derzeitigen Klima. Was sie tut, ist, kleine Fortschritte bei den alltäglichen Normen zu fördern, um der nächsten Generation zu helfen, Geschlecht als soziales Konstrukt zu normalisieren. Zum Beispiel durch die Förderung gleicher Lernmöglichkeiten und Karrierewege für Jungen und Mädchen, wodurch es schwieriger wird, die Lehrpläne in den Schulen nach Geschlechtern zu trennen.¹²¹ Aktivitäten wie diese bauen die Gleichstellung der Geschlechter in die Struktur der Gesellschaft ein, was ein Beispiel für die „Bildung, Ausbildung,

¹¹⁴ EIGE - Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen der Europäischen Union (2017), Recommendations to improve data collection on intimate partner violence by the police and justice sectors: Slovakia, abgerufen von [https://eige.europa.eu/publications?a\[0\]=619&page=2](https://eige.europa.eu/publications?a[0]=619&page=2)

¹¹⁵ Ibid.

¹¹⁶ Ibid.

¹¹⁷ Europarat (2011). Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. 12. April 2011. <https://rm.coe.int/168046031c>.

¹¹⁸ EIGE - Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (2019). Empowerment of Women. Abgerufen von <https://eige.europa.eu/thesaurus/terms/1102>.

¹¹⁹ Ibid.

¹²⁰ Europarat (2011). Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. 12. April 2011. <https://rm.coe.int/168046031c>.

¹²¹ Ibid.

Bewusstseinsbildung, Aufbau von Selbstvertrauen und Erweiterung der Wahlmöglichkeiten“ ist, die diese Definition von Empowerment fordert.

Durchsetzung von Gesetzen zum Schutz von Frauen und zur spezialisierten Unterstützung

In vielen Fällen erfordert die Umsetzung der IK auch den Erlass neuer Gesetze und staatlicher Strategien, um sicherzustellen, dass jedes Land mit der IK im Einklang steht. So hat beispielsweise Frankreich nach seiner Ratifizierung im Jahr 2014 das Gesetz für die Gleichstellung von Frauen und Männern verabschiedet, um genau dies zu tun.¹²² Dies ist wichtig, da es immer mehr Belege dafür gibt, dass Staaten, die internationale Menschenrechtsverträge ratifizieren, nicht wirklich Veränderungen in der innerstaatlichen Menschenrechtspraxis bewirken - sie reagieren lediglich auf den wahrgenommenen oder realen sozialen Druck, sich formal an andere Staaten in der globalen Arena anzupassen.¹²³ Dies gilt insbesondere für postkommunistische Länder in Mittel- und Osteuropa.¹²⁴

Die IK würde eine wichtige Aufgabe übernehmen, indem es Bereiche aufspürt, in denen es an Rechtsvorschriften zum Schutz von Frauen vor Gewalt mangelt, einen Politikwandel anregt und diese neuen Maßnahmen auch durchsetzt. Im Jahr 2014 hat die Slowakei in Zusammenarbeit mit NGOs und dem Regierungsrat für Menschenrechte, ethnische Minderheiten und Gleichstellung der Geschlechter¹²⁵ eine neue nationale Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und einen damit verbundenen Aktionsplan für die Jahre 2014 bis 2019 verabschiedet, über dessen tatsächliche Wirksamkeit jedoch wenig berichtet wurde. Bulgarien und die Slowakei blockieren die IK, was problematisch ist, weil sie diese neuen Maßnahmen schaffen können, um auf internationaler legislativer Ebene gut auszusehen, ohne sie tatsächlich durchsetzen zu müssen.

Ein Ende der Normalisierung von Gewalt

Eine Änderung der Sichtweise der Öffentlichkeit auf Gewalt gegen Frauen in Bulgarien und der Slowakei ist von entscheidender Bedeutung für die Änderung von Verhaltensnormen und folglich für die Verbreitung von Gewalt. Andrea Cornwall machte eine bemerkenswerte Aussage über die Denormalisierung von Gewalt, indem sie sagte: „Indem privates Leid öffentlich gemacht wird, trägt eine solche Organisation dazu bei, eine Kultur der Inakzeptanz und der Verantwortlichkeit zu schaffen, die sich auch auf diejenigen in den staatlichen Institutionen erstrecken kann, die ansonsten ihren Verpflichtungen zum Schutz von Frauen und zur Verfolgung männlicher Täter nicht nachkommen.“¹²⁶ Die IK zielt auf Nulltoleranz für geschlechtsspezifische Gewalt (GBV)¹²⁷ und ist ein wichtiger Schritt, um zu einem Mentalitätswandel in Bezug auf alle Formen von Gewalt gegen Frauen (VAW) beizutragen. Wie bereits bei den Fallstudien in Bulgarien erwähnt, führt ein mangelndes Verständnis dessen, was verschiedene Formen von Gewalt ausmacht, zu Problemen bei der Berichterstattung darüber. Mit einer Gesetzgebung, die nicht nur Regierungsbeamte, sondern auch lokale Behörden, Ersthelfer und Notdienste darüber aufklärt, was als VAW/GBV gilt und was nicht, wäre die Öffentlichkeit besser gerüstet, ihre Rechte zu kennen, wenn sie in eine Gewaltsituation gerät.

¹²² Allwood, Gill (2016). Gender-based violence against women in contemporary France: Domestic violence and force marriage policy since the Istanbul Convention. *Modern & Contemporary France*, 24:4, S. 377-394.

¹²³ Avdeyeva, Olga (2007). When Do States Comply with International Treaties? Policies on Violence against Women in Post-Communist Countries, *International Studies Quarterly*, Band 51, Ausgabe 4, Dezember 2007, Seiten 877-900.

¹²⁴ Ibid.

¹²⁵ Porubanová, Silvia (2017). Gender equality policies in Slovakia. Fachabteilung für Bürgerrechte und konstitutionelle Angelegenheiten, Europäisches Parlament, Brüssel, April 2017. <http://www.europarl.europa.eu/supporting-analyses>.

¹²⁶ Cornwall, A., 2016. Women's empowerment: What works? *Journal of International Development*, 28(3), S. 342-359.

¹²⁷ Europarat (2011). Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. 12. April 2011. <https://rm.coe.int/168046031c>.

5. Nicht finanziert oder unterfinanziert und wie man sich im feindlichen Raum bewegt

In diesem Kapitel werden Frauen-NGOs untersucht, die keinen Zugang zu öffentlichen und/oder staatlichen Mitteln haben oder unterfinanziert sind, sowie NGOs, deren Nachhaltigkeit und Autonomie aufgrund ihrer starken Abhängigkeit von Mitteln gefährdet sind, die es staatlichen und/oder öffentlichen Stellen ermöglichen, Macht und Kontrolle über sie auszuüben. In diesem Kapitel wird der Neoliberalismus als Kontext für die Finanzierung von Frauen-NGOs kurz erörtert und anschließend werden einige Fallstudien vorgestellt. Ziel ist es, zu zeigen, wie er sich auf die Finanzierung von Frauen-NGOs und ihre Arbeit mit Frauen, die Gewalt überlebt haben, auswirkt, und verschiedene Ideen und Wege aufzuzeigen, wie die NGOs Widerstand leisten und sich in diesem feindlichen Raum bewegen.

5.1 Der Neoliberalismus als zugrundeliegendes wirtschaftliches und politisches System

Im Hinblick auf die Finanzierung ist es wichtig, das Konzept des Neoliberalismus im Hinblick auf die Veränderungen zu betrachten, die er in Bezug auf die Rolle des Staates, des Marktes, der Politikgestaltung, der sozialen Werte und der Solidarität bewirkt hat. Als komplexes System bezieht sich Neoliberalismus „auf ein globales Wirtschaftssystem, das durch die Deregulierung des Marktes, umfassende Privatisierungen, Steuersenkungen, eine strenge Sparpolitik in Zeiten permanenter Wirtschaftskrisen und den Rückzug des Staates zum Ausgleich der negativen Auswirkungen des wirtschaftlichen Niedergangs charakterisiert werden kann. Zweitens bezieht er sich in einem politisch-ideologischen Sinne auch auf eine Art des Regierens, ein Regime, eine Reihe politischer Prinzipien und Regeln, die darauf abzielen, die bestehenden ungleichen politischen und sozialen Machtverhältnisse, die Herrschaft globaler wirtschaftlicher und politischer Eliten, Techniken, die demokratische Praktiken und die Beteiligung der Bürger an und den Einfluss auf Entscheidungsprozesse gefährden, aufrechtzuerhalten. Schließlich prägt der Neoliberalismus auch die gesellschaftlichen Werte und die Kultur. Indem er die oben genannten wirtschaftlichen und politischen Praktiken einführt und fördert, dient er als Bezugspunkt für Wertvorstellungen im täglichen Leben, für Beziehungen in persönlichen Interaktionen, für Vorstellungen über verschiedene soziale Gruppen und deren Verhalten.“¹²⁸

Wie in den Kapiteln über die Definition der Geschlechtsneutralität im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext und über die Verantwortung der Staaten bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erörtert, zwingt der Neoliberalismus daher nicht nur den Unternehmen das Gebot des Wirtschaftswachstums und der Effizienz auf, sondern auch der politischen Entscheidungsfindung und der Sozialpolitik. Sozial benachteiligte oder gefährdete Personengruppen sind eine Belastung für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Die Zivilgesellschaft und die NGOs, einschließlich der Frauen-NGOs, müssen ebenfalls beweisen, dass sie im streng quantitativen Sinne der Marktwirtschaft einen Gegenwert für ihr Geld bieten. Mit anderen Worten: „Die neoliberale Gouvernementalität und die Kürzungen der staatlichen Mittel für NGO haben den Kontext für die Politik des staatlichen Feminismus erheblich verändert, was Frauen-NGOs dazu veranlasst hat, sich bei Marktunternehmen und privaten Stiftungen um Finanzmittel zu bemühen, und diese Organisationen gezwungen hat, sich an die Erfordernisse des Marktes (Effizienz, Produktivität) anzupassen und ihre Wirkung mit quantitativen Indikatoren zu messen.“¹²⁹

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Tatsache, dass im neoliberalen System wirtschaftliche Wahrheiten als evidenzbasiert und damit als politisch und ideologisch „neutral“ angesehen werden. Tatsächlich sind sie aber keineswegs neutral, sondern tragen dazu bei, Ungleichheiten und Unterdrückungen innerhalb des neoliberalen Wirtschaftssystems wirksam zu verbergen. Dies führt zu einer Politik, die sich ausschließlich auf wirtschaftliche Analysen stützt, was es den Frauenbewegungen zunehmend erschwert, eine Politik zu fördern, die auf Werten wie Menschen- und Frauenrechten basiert. Wie Walby (2011) argumentiert, führen die durch den Neoliberalismus

¹²⁸ Solidarity in Struggle: Feminist Perspectives on Neoliberalism in East-Central Europe, ESZTER KOVATS (ED.), Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest, 2016, S. 11-12, http://www.aspekt.sk/sites/default/files/Obalka_knihy.pdf.

¹²⁹ Kantola, Johanna & Squires, Judith: „From State Feminism to Market Feminism“, 2012: 382-383 in Johanna Oksala, Feminism and Neoliberal Govern-mentality, in: Foucault Studies, Nr. 16, S. 32-53, 2013, <https://rauli.cbs.dk/index.php/foucault-studies/article/view/4116/4533>

herbeigeführten Veränderungen unter anderem dazu, dass „ein weniger gastfreundlicher politischer Kontext für das wirksame Engagement von Frauen im öffentlichen Raum und für eine innovative Geschlechterpolitik geschaffen wird“¹³⁰ oder wie Oksala (2013) es ausdrückt, „wenn alle politischen Entscheidungen einer ‚wertneutralen‘ wirtschaftlichen Bewertung unterzogen werden, werden Formen radikaler Politik, einschließlich feministischer Politik, bedeutungslos.“¹³¹

Wenn wir diesen Aspekt der "Neutralität" verstehen, kommen wir zur „Geschlechtsneutralität“ als einer anderen Form der „politischen und wertneutralen“ Form des Neoliberalismus. Es gibt zahlreiche Studien darüber, wie einige der feministischen Ideen, die dem Gender Mainstreaming zugrunde liegen, nicht nur im Rahmen des neoliberalen Systems missbraucht und verdreht wurden, sondern auch darüber, wie ihre spezifischen Versionen (ungewollt) der neoliberalen Agenda dienen. Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, ob Gender Mainstreaming bei der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Rolle der Frau erfolgreich war, aber es ist nicht das Ziel dieses Abschnitts, die verschiedenen Positionen zu untersuchen. Es ist jedoch interessant festzustellen, dass diejenigen, die die Ergebnisse des Gender Mainstreaming und seine Fähigkeit, "die neoliberale Wirtschaftsagenda anzufechten"¹³², in Frage stellen, argumentieren, dass aufgrund seiner stark technokratischen Umsetzung und der Konzentration auf die so genannte „Mittel“-Gleichstellung (Männer und Frauen werden gleich behandelt) und nicht auf die „Ergebnis“-Gleichstellung (die darauf abzielt, gleiche Ergebnisse durch ungleiche Anwendung von Mitteln zu erzielen) (z. B. durch eine Politik der positiven Maßnahmen).¹³³ Dies hatte einige negative Auswirkungen - viele Länder haben Geschlechtsneutralität als Konzept zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen eingeführt, und einige haben die Gender-Mainstreaming-Agenda als Vorwand benutzt, um Programme zu kürzen, die speziell auf die Stärkung von Frauen abzielen. Hearn (2008) kommt zu dem Schluss, dass „der Fokus auf gleiche Ergebnisse verloren gegangen ist. In neoliberalen Kreisen wird die Forderung, Männer und Frauen ungleich zu behandeln, um die Auswirkungen von Ungleichheiten auf Frauen zu verringern, inzwischen als inakzeptabel angesehen. Dies ist insofern eine Ironie des Schicksals, als ein gleichberechtigter Schutz von Frauen vor Missbrauch und Gewalt erfordern würde, dass man sich mit der Gewährleistung von Sicherheit befasst und sich mit den "Problemverursachern" und den sozialen und wirtschaftlichen Praktiken auseinandersetzt, die Ungleichheiten schaffen und verstärken.“¹³⁴

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Wesen des Neoliberalismus als wirtschaftliches und politisches System einen starken Einfluss auf die Entwicklung hat, die wir in den letzten zwei Jahrzehnten bei der Verringerung des Umfangs verfügbarer und zugänglicher finanzieller Mittel für spezialisierte Dienste zur Unterstützung der Überlebenden von Gewalt gegen Frauen durch NGOs beobachten konnten. Wenn wir den Neoliberalismus als ein System verstehen, das über ein reines Wirtschaftssystem hinausgeht, erhalten wir außerdem einen wertvollen Einblick, wie er die zunehmende Ablehnung von Frauen- und Menschenrechten ermöglicht.

¹³⁰ Sylvia Walby, *The Future of Feminism*, Cambridge: Polity Press, 2011, S. 158.

¹³¹ Johanna Oksala, *Feminism and Neoliberal Governmentality*, in: *Foucault Studies*, Nr. 16, S. 32-53, 2013, - <https://rauli.chs.dk/index.php/foucault-studies/article/view/4116/4533>

¹³² Carol Bacchi & Joan Eveline (2003) *Mainstreaming and Neoliberalism: A Contested Relationship*, *Policy and Society*, 22:2, 98-118, S. 5, [https://doi.org/10.1016/S1449-4035\(03\)70021-6](https://doi.org/10.1016/S1449-4035(03)70021-6)

¹³³ Jeff Hearn & Linda McKie, *Gendered policy and policy on gender: The case of 'domestic violence'*, *Policy and Politics*, vol. 36 no. 1, 75-91, 2008, p. 10, https://www.researchgate.net/publication/233613037_Gendered_policy_and_policy_on_gender_The_case_of_%27domestic_violence%27

¹³⁴ *Ibid.*

5.2 Finanzierung als zentrale Frage der Geschlechtsneutralität

Die WAVE-Arbeitsgruppe für Geschlechtsneutralität hat 2018 einen Fragebogen mit dem Titel ‚Protecting Women’s Specialist Services from Gender Neutrality and Practice‘ an die WAVE-Mitglieder verschickt. Von den rund 140 angeschriebenen Mitgliedern wurde der Fragebogen von einem Drittel der Mitglieder (53 Befragte) beantwortet. Auch wenn nicht alle Befragten alle Fragen beantworteten, bot der Fragebogen einen guten Überblick über die Erfahrungen der WAVE-Mitglieder mit geschlechtsneutralen Maßnahmen und Praktiken, die unterschiedlichen Auswirkungen, die sie auf die Bereitstellung von spezialisierten Unterstützungsdiensten und die Finanzierung von spezialisierten Frauen-NGOs haben können.

Dieser Teil des Kapitels wirft einen kurzen Blick auf die wichtigsten Ergebnisse des Fragebogens im Zusammenhang mit der Finanzierung von spezialisierten Unterstützungsdiensten, bevor spezifische Fallstudien vorgestellt werden. Die folgenden Ergebnisse und die von den WAVE-Mitgliedern geäußerten Hauptanliegen in Bezug auf die Finanzierung sind Teil eines zusammenfassenden Berichts der Arbeitsgruppe Geschlechtsneutralität an den Beirat, der am 24. Oktober 2018 während der WAVE-Konferenz in Malta präsentiert wurde.

Was den Umfang der Finanzierung betrifft, so zeigt der Bericht, dass 47 % der Organisationen in den letzten fünf Jahren Finanzmittel verloren haben, 72 % haben aufgrund des verschärften Wettbewerbs Mittel verloren, und 66 % gaben an, dass geschlechtsneutrale Organisationen die Hauptkonkurrenten um staatliche Mittel sind. Darüber hinaus gab es einen Wettbewerb um öffentliche Mittel ohne Rücksicht auf die unverhältnismäßigen Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen. In einigen Ländern wurde bei der Finanzierung von Frauenspezialdiensten nicht unterschieden, und der Bedarf an frauenspezifischen Räumen wurde untergraben oder überhaupt nicht berücksichtigt. Einige Mitglieder berichteten, dass es überhaupt keine staatliche Finanzierung für reine Frauenorganisationen und NGOs gibt.

Die Hauptbedenken im Zusammenhang mit den Auswirkungen der geschlechtsneutralen Finanzierung auf spezialisierte Dienste zur Unterstützung von Frauen waren die folgenden:

- Jeder Dienst, der mit öffentlichen Mitteln finanziert wird, muss für Männer und Frauen zugänglich sein.
- Frauenorganisationen werden aufgrund des Verlustes von Finanzmitteln oder aufgrund der Struktur der Finanzierung (Betonung allgemeiner Angebote, Fehlen eines geschlechtsspezifischen Ansatzes, vermehrte Verfügbarkeit kleinerer Zuschüsse und fehlende Investitionen in die organisatorische Infrastruktur) schließen.
- Frauenorganisationen werden zu einer geschlechtsneutralen Politik übergehen, indem sie auch Männer einbeziehen, und dies wird das Ethos der Organisationen verändern.
- Die Frauenhäuser sind bedroht oder in einem ständigen Zustand, in dem sie ihre Existenz rechtfertigen müssen und gleichzeitig massive Kürzungen der Zuschüsse hinnehmen müssen.
- Leistungen für Frauen wie Beratung und therapeutische Arbeit, Interessenvertretung und andere individuelle Unterstützungsdienste für Frauen werden bedroht sein.
- Die aufsuchende und frühzeitige Interventions- und Präventionsarbeit für Frauen wird bedroht sein.
- Die Dienststellen könnten verpflichtet werden, Männer zu unterstützen, Männer zu beschäftigen und Männer in die Leitungsgremien aufzunehmen.
- Die Dienste werden sich verteidigen müssen, indem sie immer wieder Nachweise vorlegen müssen, sie werden mit der Bedrohung von Skalierungseffekten konfrontiert und das Gleichgewicht zwischen dem Angebot und der Notwendigkeit, die eigene Existenz zu rechtfertigen, wird beeinträchtigt.
- Frauenorganisationen werden unter Druck gesetzt, Partnerschaften mit anderen zu bilden, um sich um Fördermittel zu bewerben, wenn sie kaum eine Wahl haben. Dies wirkt sich auf die Machtdynamik innerhalb solcher Partnerschaften aus. In Partnerschaften ist es

unwahrscheinlich, dass Frauenorganisationen bei Ausschreibungen federführend sind, was sich auf die geschlechtsspezifische Führung innerhalb der Partnerschaft auswirkt und die Stimme und Vertretung der Frauen beeinträchtigt.

Nicht zuletzt kommt der Bericht zu dem Schluss, dass „es nicht ausreicht, das Finanzierungsargument als Verlust oder Kürzung von Mitteln zu betrachten, sondern dass wir uns auch mit strukturellen Fragen befassen müssen, z. B. damit, wie sich die verfügbaren Mittel auf die Art und Weise auswirken, wie wir Leistungen erbringen, und wie solche Strukturen in Bezug auf die Einbeziehung bzw. den Ausschluss von Diensten aus Finanzierungsrunden funktionieren. Wenn zum Beispiel die Finanzierung von der lokalen Unterstützung der Angebote abhängt, dann ist es unwahrscheinlich, dass minderjährige Frauenorganisationen diese Unterstützung erhalten, was bedeutet, dass ihre Chancen geschmälert werden“.

Geschlechtsneutralität als Produkt des neoliberalen Systems stellt somit ein erhebliches Risiko und eine Bedrohung für die Existenz und Zukunftsfähigkeit von spezialisierten Diensten für die Unterstützung von Frauen dar. Daher ist es wichtig, dass der Fragebogen auch zeigt, wie sich viele Frauen-NGOs gegen geschlechtsneutrale Politiken und Praktiken in ihren Ländern wehren, was die Möglichkeit eröffnet, gemeinsam als Netzwerk Strategien zu entwickeln, die auf den Erfahrungen der einzelnen Mitglieder aus verschiedenen Regionen Europas basieren. Der letzte Teil dieses Kapitels enthält mehrere Beispiele dafür, wie sich Mittelkürzungen auf die Arbeit und die Existenz von Frauen-NGOs, die WAVE-Mitglieder sind, in einigen europäischen Ländern auswirken und welche Strategien sie anwenden, um sich dem feindlichen Raum zu widersetzen.

5.3 Fallstudien

Die folgenden Fallstudien versuchen, ein besseres Verständnis dafür zu vermitteln, wie sich der aktuelle Backlash gegen Frauen- und Menschenrechte, geschlechtsneutrale oder geschlechtsblinde Politiken auf die Finanzierung von Unterstützungsdienste für Frauen und deren Arbeitsweise auswirken. Die Fallstudien konzentrieren sich in erster Linie auf die Beispiele von Frauen-NGOs in den Regionen Mittel- und Osteuropas (MOE) und des Balkans, die gleichzeitig EU-Mitgliedsstaaten sind und die Istanbul-Konvention als Folge der Anti-Gender-Bewegungen nicht ratifiziert haben. Dies ist auf die Natur des Backlash zurückzuführen, den viele Länder in diesen Regionen erlebt haben, und auf die Folgen, die dies bisher für Frauen-NGOs und Frauen- und Menschenrechte im Allgemeinen hatte. Neben Fallstudien zu Frauen-NGOs in den Regionen der MOE-Länder und des Balkan gibt es auch Fallstudien zu NGOs aus Westeuropa und Skandinavien.

Ziel dieser Fallstudien ist es, konkrete Beispiele für Frauen-NGOs¹³⁵ zu liefern, die nicht finanziert werden, unterfinanziert sind oder sich in einer Situation befinden, in der ihre Abhängigkeit von staatlichen und öffentlichen Geldern sie verwundbar macht, da die Gelder mit erheblichen Risiken für ihre Nachhaltigkeit verbunden sind und oft mit feindseligen Handlungen und Haltungen des Staates gegenüber NGOs einhergehen. Auch wenn die nachstehenden Fallstudien kein umfassendes Bild der verschiedenen und komplexen Ebenen des aktuellen Backlash und seiner Auswirkungen vermitteln, so sollen sie doch eine gute Grundlage für die Fortsetzung der Debatte innerhalb des WAVE-Netzwerks über Backlash und Geschlechterblindheit und deren Bewältigung bieten.

Um für die Fallstudien detailliertere Informationen über die Finanzierung und ihre Auswirkungen auf spezielle Unterstützungsdienste von Frauen-NGO zu erhalten, wurde ein Fragebogen entwickelt, der nach den Hindernissen, Einschränkungen und Risiken der derzeitigen Finanzierung fragte. Der Fragebogen holte auch Informationen über die wichtigsten politischen, sozialen und anderen Entwicklungen ein, welche einen Einfluss auf die derzeitige Situation im Bereich der Finanzierung haben, und nach den Strategien, die NGOs anwenden, um sich im feindlichen Raum zurechtzufinden. Schließlich wurde auch eine Frage zu den möglichen künftigen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Finanzierung von Unterstützungsdiensten für Frauen gestellt. Nicht alle Fragen wurden von allen antwortenden Frauen-NGOs beantwortet, sodass die Struktur der einzelnen Fallstudien unterschiedlich sein kann.

¹³⁵ Die Fallstudien in diesem Abschnitt stammen von WAVE-Mitgliedern in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Dänemark, Ungarn und Italien.

Neben den Informationen aus dem Fragebogen und weiteren Informationen zur Geschlechtsneutralität, die von mehreren anderen WAVE-Mitgliedern zur Verfügung gestellt wurden, werden in den Fallstudien auch Informationen über spezielle Unterstützungsdienste aus dem WAVE-Länderbericht 2019 und andere relevante Ressourcen verwendet.

Bei der Untersuchung der Beispiele für geschlechtsneutrale Tendenzen in einigen westeuropäischen oder skandinavischen Ländern, die von mehreren WAVE-Mitgliedern angeführt wurden, wird deutlich, dass Geschlechtsneutralität oder Geschlechtsblindheit durchaus Auswirkungen auf die Finanzierung von spezialisierten Unterstützungsdiensten hat. Einige Länder berichten von zunehmender Institutionalisierung, mangelnder Partnerschaft staatlicher Behörden mit Frauen-NGOs und Bestrebungen, der sogenannten (traditionellen) Familie mehr Bedeutung beizumessen und Gewalt in Familien zu leugnen (z. B. Italien). Andere Befragte beschreiben, wie der geschlechtsspezifische Ansatz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen durch eine geschlechtsneutrale Sprache und einen geschlechtsneutralen Ansatz ersetzt wird (z. B. Schweden, Dänemark). Schließlich wurde von mehreren Befragten ein offener Backlash gegen die Gleichstellung der Geschlechter und feministisches Fachwissen im Bereich der Gewalt gegen Frauen in Ländern mit populistischen, systemfeindlichen und/oder rechtsgerichteten politischen Parteien an der Macht (auch in Verbindung mit einer Anti-EU- und Anti-Migranten-Rhetorik) als Bedrohung angesehen.

Obwohl es in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas und auf dem Balkan ähnliche Probleme gibt, stellt die Gegenreaktion gegen die Gleichstellung der Geschlechter, den Begriff „Gender“ und insbesondere gegen die Istanbul-Konvention in Verbindung mit einer sehr feindseligen Rhetorik und Maßnahmen staatlicher Behörden gegen Menschenrechts- und Frauenrechts-NGOs in diesen Regionen ein besonderes Problem dar. Der Begriff „Gender“ und „Gleichstellung der Geschlechter“ sind in vielen Ländern zu einem Instrument konservativer und rechtsextremer Gruppen und Politiker geworden, mit dem viele falsche Ideen und Konzepte gefördert und verbreitet werden. Außerdem ist die Istanbul-Konvention für sie zu einem politischen Schlachtfeld geworden. In den letzten Jahren haben ihre Behauptungen, das in der Istanbul-Konvention definierte Geschlechterkonzept sei feministische Propaganda, die darauf abziele, die so genannte „natürliche Ordnung“ oder die „natürlichen Rollen von Frauen und Männern“ und die „traditionelle Familie“ zu zerstören, Menschen und Politiker so stark polarisiert, dass es fast inakzeptabel geworden ist, speziell über Gewalt gegen Frauen als ein Problem der Menschenrechte und der strukturellen Geschlechterungleichheit zu sprechen. In vielen Ländern werden die Ideen von Geschlecht und Geschlechtergleichheit inzwischen als „Gender-Ideologie“ bezeichnet. Dieser politische und öffentliche Diskurs geht häufig mit einer starken Anti-LGBTI-Rhetorik und/oder einer Anti-Migranten-Rhetorik sowie mit fortgesetzten Versuchen einher, die reproduktiven Rechte von Frauen einzuschränken (z. B. in Polen oder kürzlich in der Slowakei). In vielen Ländern unterstützen die großen Kirchen offen solche Bestrebungen. Infolgedessen haben mehrere Länder die Istanbul-Konvention nicht ratifiziert, und einige haben sogar Schritte unternommen, um sie vollständig abzulehnen und dem Europarat mitzuteilen, dass sie der Konvention nicht beitreten oder sie für verfassungswidrig erklären werden (z. B. die Slowakei, Ungarn und Bulgarien). Damit wird ein gefährlicher Präzedenzfall für andere Länder geschaffen, die diesem Beispiel folgen möchten. Zusammen mit der zunehmenden Institutionalisierung von Gewalt gegen Frauen und dem historisch bedingten allgemeinen Charakter der sozialen Dienste in vielen Ländern schafft dies einen günstigen Boden für eine geschlechtsblinde Politik und die Förderung allgemeiner Dienste gegenüber spezialisierten Diensten für Frauen und/oder Unterstützungsdiensten für Frauen, die auf einer feministischen Analyse der Gewalt gegen Frauen basieren.

Darüber hinaus wurden Menschenrechts-NGOs, einschließlich Frauenrechtsorganisationen, die im Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen tätig sind und spezielle Unterstützungsdienste für Frauen anbieten, in vielen Ländern als „ausländische Agenten“ bezeichnet, die ausländischen Interessen dienen und „Konzepte und Ideen einbringen, die der nationalen kulturellen Identität zuwiderlaufen“. In einigen Ländern stehen Frauen-NGOs auf der schwarzen Liste und haben fast keinen Zugang zu staatlichen Mitteln. In anderen Ländern nutzen staatliche Behörden die Abhängigkeit von Unterstützungsdiensten für Frauen von staatlichen und öffentlichen Geldern, um direkt oder indirekt ihre Macht zu demonstrieren, und nutzen ihre Position als Geldgeber, um die NGOs einzuschüchtern, indem sie Regeln und Bedingungen für die Verwendung oder Verwaltung

von Geldern einführen, die unklar sind und jederzeit (auch rückwirkend) geändert werden können, unabhängig von den ursprünglichen Projektvorschlägen und Budgets, die von denselben Behörden genehmigt wurden. Infolgedessen laufen einige NGOs Gefahr, dass sie die ihnen gewährten Mittel, die sie bereits für die Erbringung von Leistungen verwendet haben, zurückzahlen müssen. Dies verschärft die ohnehin schon schwierigen Bedingungen, unter denen sich Frauen-NGOs bewegen müssen, wenn sie versuchen, die weitere Erbringung der Leistungen zu sichern.

Schließlich ist es wichtig zu erwähnen, dass die Fallstudien in diesem Abschnitt nicht die spezifischen Kämpfe im Zusammenhang mit der Geschlechtsneutralität und der Finanzierung von NGOs, die mit minderjährigen Frauen arbeiten, darstellen - auch wenn dieses komplexe Thema in diesem Kapitel nicht speziell behandelt wird, müssen das Verständnis und die Berücksichtigung der Auswirkungen von Backlash, Rassismus, wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit und anderer Faktoren, die dazu beitragen, von einem intersektionellen Standpunkt aus betrachtet werden. Dazu gehören nicht nur feministische Perspektiven auf Geschlechterungleichheit und kulturelle Identitäten, sondern auch feministische Überlegungen und Analysen sozialer Ungerechtigkeiten.

5.3.1. Bulgarien - Bulgarische Stiftung für Geschlechterforschung (BGRF)

■ **Unterstützungsdienste für Frauen in Bulgarien**¹³⁶

Laut dem WAVE-Länderbericht 2019 erfüllt Bulgarien die Standards für die Bereitstellung der nationalen Frauenberatungsstelle, da es zwei nationale Frauenberatungsstellen gibt, die rund um die Uhr und kostenlos erreichbar sind. Allerdings erfüllt es nicht die Mindeststandards für die Bereitstellung von Frauenhäusern - mit 11 reinen Frauenhäusern mit einer Kapazität von etwa 120 Betten fehlen Bulgarien 83 % der empfohlenen Betten. Was die Frauenzentren betrifft, so gibt es in Bulgarien etwa 18. Zu den von ihnen angebotenen Unterstützungsdiensten gehören Beratung und Vertretung in Bezug auf rechtliche Möglichkeiten, Wohnraum, Beschäftigung, Verweisung an andere Unterstützungsdienste und Vertretung vor Gericht und bei der Polizei. Die Frauenzentren werden von Frauen-NGOs betrieben.

■ **Finanzierung der Unterstützungsdienste für Frauen**

Die Hauptfinanzierungsquellen für Frauenhäuser und nationale Beratungsstellen waren im Jahr 2018 staatliche Mittel von nationalen/lokalen Behörden. Die Frauenzentren erhielten 2018 vor allem Mittel von staatlichen und nationalen Behörden, hauptsächlich über Ausschreibungen für spezifische Projekte. Ein Teil der Mittel wurde auch durch Spenden von Stiftungen und Einzelpersonen aufgebracht, und es wurden auch einige internationale Mittel bereitgestellt.¹³⁷

In den letzten fünf Jahren hat die bulgarische Stiftung für Geschlechterforschung (BGRF) einen Rückgang der ihr zur Verfügung stehenden Finanzmittel erlebt, nicht nur für die Bereitstellung spezialisierter Unterstützungsdienste für Frauen, sondern auch für ihre anderen Aktivitäten wie Kampagnen, Schulungen und Lobbyarbeit. Es stehen weniger staatliche/öffentliche Mittel und auch weniger EU-Mittel zur Verfügung. Darüber hinaus meldet die BGRF auch einen Rückgang des Volumens an privaten Mitteln und Spenden.

Der Rückgang der Finanzmittel wirkt sich auf verschiedene Weise negativ auf die Erbringung von Leistungen aus: Die BGRF kann es sich leisten, bezahlte Mitarbeiterinnen zu beschäftigen, aber die Vergütung, die die Organisation ihren Mitarbeitern bieten kann, ist unzureichend und/oder die Mitarbeiterinnen werden im Rahmen der anderen Aktivitäten und Projekte der Organisation bezahlt, aber nicht für die Erbringung von Unterstützungsleistungen. Außerdem musste die BGRF aufgrund von Mittelkürzungen den Umfang der Unterstützung für Frauen reduzieren.

Zu den weiteren negativen Folgen einer unzureichenden Finanzierung gehört die Tatsache, dass die BGRF die Nachfrage nach ihren Unterstützungsdiensten nicht befriedigen kann und nicht in der Lage ist, sie allen Frauen anzubieten, die sie benötigen. Die Organisation kann ihre Unterstützungsdienste nicht erweitern und/oder neue Arten von Leistungen anbieten, die sie gerne anbieten würde.

¹³⁶ WAVE Country Report 2019, S. 65-67, https://www.wave-network.org/wp-content/uploads/WAVE_CR_200123_web.pdf

¹³⁷ Ibid.

Da die Bereitstellung von Unterstützungsdiensten und die anderen Aktivitäten der BGRF in hohem Maße projektbezogen sind und ein umfassender Rahmen für die Finanzierung von Unterstützungsdiensten auf Systemebene fehlt, leidet die Organisation unter einem erheblichen Mangel an finanzieller Sicherheit. Dies und die oben genannten aktuellen politischen Entwicklungen im Lande gefährden die Autonomie und Unabhängigkeit der Organisation ernsthaft. Ähnlich wie andere Frauen-NGOs, die wir mit unserem Fragebogen angesprochen haben, berichtet die BGRF, dass sie unverhältnismäßig viel Zeit mit Verwaltungsaufgaben verbringen muss. Infolgedessen hat die Organisation weniger Zeit und Energie für ihre anderen Aktivitäten und fühlt sich durch die (oft) sinnlosen bürokratischen Anforderungen und Kontrollen erschöpft.

■ **Die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, die sich auf die Finanzierung auswirken**

Es gibt mehrere politische Entwicklungen, die dazu beigetragen haben, dass die Finanzierung von Frauen-NGOs in Bulgarien im letzten Jahrzehnt gekürzt wurde. Als eine der wichtigsten Entwicklungen in Bulgarien bezeichnete die BGRF das kürzlich forcierte falsche Verständnis des Wortes „Gender“ als ein Konzept, das den „natürlichen Rollen von Frauen und Männern“ und den „traditionellen Werten“ zuwiderläuft. Sie steht in engem Zusammenhang mit der jüngsten politischen Debatte über und der Kampagne gegen die Istanbul-Konvention in Bulgarien, die dazu führte, dass das bulgarische Verfassungsgericht die Konvention 2018 für verfassungswidrig erklärte.¹³⁸ Hinzu kommt, dass die Organisation das Wort „Gender“ in ihrem Namen trägt, was an sich schon ein Risiko darstellt. Die allgemeine Ablehnung feministischer Politiken wurde als ein weiterer Grund für die jüngsten Kürzungen der Mittel für Frauen-NGOs sowie für die problematische Umsetzung internationaler und regionaler politischer Standards im Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten durch die Regierung genannt.

■ **Risiken für die Nachhaltigkeit von Frauen-NGOs**

Auf die Frage nach Risiken für die künftige Finanzierung und die Nachhaltigkeit der Organisation und ihrer Arbeit stellte die BGRF fest, dass geschlechtsneutrale Politiken und Gesetze zu zwischenmenschlicher und geschlechtsspezifischer Gewalt (IPV/GBV) den Zugang von Frauen-NGOs zu angemessenen Finanzmitteln weiter einschränken werden. Darüber hinaus ist eine Verschiebung des politischen und öffentlichen Diskurses über IPV/GBV von geschlechtsspezifisch zu geschlechtsneutral zu erwarten, was einen Verlust des Diskurses über die strukturellen Ursachen von Gewalt gegen Frauen bedeuten wird. Ein solcher Verlust wird ein größeres Risiko für Frauen-NGOs in Bulgarien mit sich bringen, dass sie gezwungen werden, ihre Werte und Prinzipien zu kompromittieren, um ihre Arbeit für Frauen aufrechtzuerhalten.

¹³⁸ <https://balkaninsight.com/2018/07/27/bulgaria-s-constitutional-court-says-istanbul-convention-not-in-line-with-basic-law-07-27-2018/>

Wie viele andere feministische Frauen-NGO in Europa ist auch die BGRF besorgt über den weiteren Machtzuwachs populistischer oder rechtsgerichteter politischer Kräfte im Land und anderer Gruppen, wie konservativer und religiöser Gruppen und Vereinigungen, die zum Rückschlag gegen Menschenrechte, Frauenrechte und Frauen-NGOs beitragen.

▪ **Wie man sich im feindlichen Raum bewegt**

Die BGRF versucht auf verschiedene Weise, sich im für Frauen-NGOs und spezialisierte Unterstützungsdienste für Frauen feindlichen Raum zurechtzufinden. Angesichts des Risikos des Verlusts des geschlechtsspezifischen Diskurses über Gewalt gegen Frauen sowie weiterer - Einschränkungen der verfügbaren finanziellen Mittel besteht eine der von der BGRF umgesetzten Strategien darin, die positiven Auswirkungen ihrer Unterstützungsdienste und ihrer anderen Aktivitäten auf das Leben von Frauen intensiver zu fördern. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, dass Frauen-NGOs ihre Stimme weiterhin in den Diskurs und die Politik zum Thema Gewalt gegen Frauen einbringen. Um dies zu erreichen, hält es die BGRF für wichtig, über bewährte Praktiken, die ihre Arbeit bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen darstellt, zu sprechen und sie bekannt zu machen. Nicht zuletzt ist die BGRF der Ansicht, dass die Durchführung von Datenerhebungen, Forschungen und Analysen sowie die Verbreitung der Ergebnisse und der politischen Auswirkungen dieser Arbeit von entscheidender Bedeutung sind, um dem weit verbreiteten politischen Argument zu begegnen, dass Bulgarien die Istanbul-Konvention nicht benötige, da es über alle erforderlichen Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verfüge.

5.3.2. Tschechische Republik - ROSA Centrum pro ženy, z.s.

■ **Unterstützungsdienste für Frauen in der Tschechischen Republik¹³⁹**

Aus dem Länderprofil der Tschechischen Republik im WAVE-Länderbericht 2019 wird deutlich, dass es ein erhebliches Missverhältnis zwischen der Zahl der allgemeinen Dienste für alle Überlebenden häuslicher Gewalt einerseits und den von Frauen-NGOs betriebenen speziellen Dienste für Frauen andererseits gibt. Dies gilt insbesondere für Beratungs- und andere Zentren für Überlebende häuslicher Gewalt - 21 Zentren für alle Überlebenden häuslicher Gewalt, einschließlich Frauen, und fünf nur für weibliche Überlebende von GBV. Bei den 21 Zentren für alle Überlebenden häuslicher Gewalt handelt es sich um allgemeine Interventionszentren, die die geschlechtsspezifische Komponente häuslicher Gewalt nicht erkennen und daher keinen geschlechtsspezifischen Ansatz für Gewalt gegen Frauen bieten. Fünf Frauenzentren werden von Frauen-NGOs betrieben, und drei von ihnen bieten auch stationäre Dienste für Überlebende - häuslicher Gewalt an, einschließlich einer Notunterkunft in einem von ihnen.

Auch gibt es in der Tschechischen Republik keine nationale Frauenberatungsstelle, aber es gibt eine Beratungsstelle für Opfer von Kriminalität und häuslicher Gewalt, die kostenlos und rund um die Uhr besetzt ist. Diese Beratungsstelle wird jedoch nicht nach einem feministischen Ansatz geführt. Darüber hinaus können sich Überlebende von geschlechtsspezifischer Gewalt an die von Frauen-NGOs betriebenen Beratungsstellen wenden, die jedoch nicht rund um die Uhr besetzt sind und nur eine erste Unterstützung bieten.

Was Frauenhäuser betrifft, so gibt es in der Tschechischen Republik drei reine Frauenhäuser, die von Frauen-NGOs mit einem geschlechtsspezifischen/feministischen Ansatz betrieben werden. Es gibt zwar noch weitere Frauenhäuser in der Tschechischen Republik, doch diese konzentrieren sich auf die Lösung der Wohnungskrise von Einzelpersonen und nicht speziell auf die Unterstützung von Überlebenden von Gewalt gegen Frauen.

¹³⁹ Adaptiert aus: WAVE Country Report 2019, S. 71-72, https://www.wave-network.org/wp-content/uploads/WAVE_CR_200123_web.pdf

▪ Die Finanzierung von Unterstützungsdiensten für Frauen

Laut dem WAVE-Länderbericht 2019 stammen die Finanzmittel für Frauenzentren in der Tschechischen Republik aus staatlichen Mitteln von nationalen/lokalen Behörden, aus Spenden, z. B. von Trusts, Stiftungen oder Einzelpersonen, und aus finanziellen Zuwendungen von kommerziellen Unternehmen. Die beiden wichtigsten Finanzierungsquellen für reine Frauenhäuser sind staatliche Mittel von nationalen/lokalen Behörden und Spenden, z. B. von Trusts, Stiftungen und Einzelpersonen.¹⁴⁰

Im Falle des ROSA Centrum pro ženy, z.s., das ein Frauenhaus und eine Beratungsstelle betreibt, sind die Hauptfinanzierungsquellen für die Bereitstellung von Unterstützungsdiensten öffentliche und staatliche Mittel sowie EU-Mittel, die von der lokalen Regierung verwaltet werden. Mit diesen Mitteln kann die Organisation die Bereitstellung von Unterstützungsdiensten für Frauen nur teilweise abdecken. Obwohl sie über genügend Mittel verfügt, um bezahltes Personal zu beschäftigen, bräuchte die Organisation mehr bezahlte Mitarbeiterinnen, um die Nachfrage nach ihren Leistungen zu decken. Insbesondere werden mehr Mitarbeiterinnen benötigt, damit das Frauenhaus rund um die Uhr zur Verfügung steht, sowie Spezialistinnen für die Beratung im Frauenhaus, um einen hohen Qualitätsstandard der Arbeit mit den Frauen zu gewährleisten. Außerdem müssen die Personalkosten manchmal aus anderen Projekten der Organisation kofinanziert werden, aber der Umfang dieser Mittel ist in den letzten zwei Jahren stetig zurückgegangen.

Obwohl der Umfang der Finanzierung für die Bereitstellung von Unterstützungsdiensten für Frauen in den letzten fünf Jahren nicht abgenommen hat, hat ROSA Centrum pro ženy, z.s. Schwierigkeiten, die Betriebskosten im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Unterstützungsdiensten vollständig zu decken. Dies liegt daran, dass die Zahlungen aus staatlichen und öffentlichen Mitteln in den letzten vier Jahren gleich geblieben sind, während die Betriebskosten gestiegen sind.

Darüber hinaus war die Organisation gezwungen, den Umfang einiger Leistungen, die sie den Frauen anbietet, aufgrund unzureichender Finanzierung einzuschränken. So wurde etwa die Rechtsberatung eingeschränkt und die psychologische Betreuung der Überlebenden, die zuvor im Frauenhaus angeboten wurde, wurde vollständig eingestellt.

Es ist eine alltägliche Realität für Frauen-NGOs in vielen MOE-Ländern, dass das Finanzierungssystem sie durch seine Inflexibilität, kurzfristige und/oder projektbasierte Verträge für die Erbringung von Unterstützungsleistungen oder durch die Ausübung von Macht über Leistungserbringerinnen in einem ständigen Zustand finanzieller Unsicherheit hält. Dies wird in den Beispielen deutlich, die ROSA Centrum pro ženy, z.s. in ihren Antworten auf unseren Fragebogen gegeben hat. Anfang Mai 2020 hatte die Organisation immer noch keine Mittel erhalten, die ihr als Zuschuss für den Betrieb des Frauenhauses für dieses Jahr gewährt wurden; die Organisation wurde von der lokalen Behörde, die für die Verwaltung des Europäischen Sozialfonds zuständig ist, mit einem Bußgeld belegt, weil sie nicht nur die Miete für die Räumlichkeiten des Frauenhauses bezahlt hat, sondern auch für einen separaten geschützten Raum, den die Organisation für die Zwecke des ersten Treffens mit den Frauen nutzt, bevor sie das Frauenhaus aufsuchen, und um dort die Erstberatung durchzuführen. Obwohl die Kosten für den separaten geschützten Raum bei der Bewertung des Projektantrags der Organisation genehmigt wurden, sind Vertreter der örtlichen Behörde kürzlich zu dem Schluss gekommen, dass die Organisation einen solchen Raum nicht benötigt. Dies bedeutet, dass ROSA Centrum pro ženy, z.s. die bereits für Miete, Strom und Telekommunikationsdienste im Zusammenhang mit dem Schutzraum verwendeten Mittel zurückgeben muss. Die Organisation verfügt jedoch nicht über zusätzliche Gelder oder Ressourcen, die sie dafür verwenden könnte, was sie in eine ernste Gefahr bringt.

Auf die Frage nach weiteren negativen Auswirkungen des derzeitigen Finanzierungssystems äußerte die Organisation ihre Besorgnis über die Tatsache, dass sie nicht in der Lage ist, ihre Unterstützungsdienste zu erweitern, indem sie neue Arten von Leistungen und Betreuung anbietet, die sie gerne anbieten würde, und dass sie gezwungen ist, zu viel Zeit mit der übermäßig

¹⁴⁰ Adaptiert aus: WAVE Country Report 2019, S. 71-72, https://www.wave-network.org/wp-content/uploads/WAVE_CR_200123_web.pdf

bürokratischen Verwaltung der Mittel zu verbringen, die sie für die Bereitstellung von Unterstützungsleistungen erhält. Die Erledigung der Formalitäten nimmt so viel Zeit und Energie in Anspruch, dass nur sehr wenig Zeit für die anderen Aktivitäten der Organisation bleibt. Außerdem sehen sie in der starken Abhängigkeit von öffentlichen und staatlichen Mitteln ein erhebliches Risiko für ihre Autonomie.

▪ **Risiken für die Nachhaltigkeit von Frauen-NGOs**

Angesichts der jüngsten Entwicklungen im Land in Bezug auf den Diskurs über die Istanbul-Konvention sieht ROSA Centrum pro ženy, z.s. geschlechtsneutrale Politiken und Gesetze, die den Zugang von spezialisierten Unterstützungsdiensten zu angemessenen Finanzmitteln einschränken, sowie weitere Kürzungen der öffentlichen Mittel und Sparmaßnahmen als potenzielle zukünftige Risiken für ihre Nachhaltigkeit. Schließlich befürchtet die Organisation, dass Frauen-NGOs in Zukunft auf eine schwarze Liste gesetzt werden könnten und gezwungen wären, ihre Werte und Prinzipien zu kompromittieren, um ihre Arbeit aufrechtzuerhalten.

Neben der Bereitstellung von fachlichen Unterstützungsdiensten führt ROSA Centrum pro ženy, z.s. Sensibilisierungskampagnen und Lobbyarbeit durch. In den letzten fünf Jahren wurden auch für diese Arbeit immer weniger Mittel zur Verfügung gestellt. Die Kampagnen werden aus Spenden von privaten Stiftungen oder Unternehmen finanziert. Nach Angaben des ROSA Centrum pro ženy, z.s. sind diese Mittel jedoch nicht immer verfügbar und werden immer knapper.

▪ **Wichtige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen, die sich auf die Finanzierung auswirken**

In unserem Fragebogen wurde nach den drei wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und/oder sozialen Entwicklungen gefragt, die sich auf die aktuelle Finanzierungssituation von Frauenorganisationen ausgewirkt haben. In ihrer Antwort nannte ROSA Centrum pro ženy, z.s. die Folgenden:

- Die Einrichtung von Interventionsstellen, die einen geschlechtsneutralen Ansatz zur Gewalt gegen Frauen verfolgen und Argumente verwenden, die dem geschlechtsspezifischen Ansatz entgegenstehen. Wie bereits erwähnt, sind die Interventionsstellen in der Tschechischen Republik ein allgemeiner Dienst. Während des Prozesses der Einrichtung von Interventionsstellen wurden die Unterstützungsdienste für Frauen umgangen und der Status von Interventionsstellen wurde in einigen Fällen an Organisationen vergeben, die weniger Erfahrung mit häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen haben, aber einen geschlechtsneutraleren Ansatz verfolgen.
- Angriffe gegen die Organisation – Verhetzung, Täter, die bei der Stadtverwaltung Beschwerde gegen die Organisation erheben, usw.
- Die Methode der Finanzierung in den letzten drei Jahren, bei der die Gemeinde als die für die Finanzierung der sozialen Dienste zuständige Behörde kommunale und staatliche Mittel in Kombination mit EU-Mitteln zur Finanzierung von Unterstützungsdiensten für Frauen einsetzt.

▪ **Künftige Risiken für die Finanzierung von Diensten für Frauen in der Zeit nach der COVID-19-Pandemie**

Einige Organisationen wiesen auf mögliche Risiken für die künftige Finanzierung als Folge der COVID-19-Pandemie hin, nach der im Fragebogen gefragt wurde. ROSA Centrum pro ženy, z.s. ist besorgt, dass die Gemeinde und/oder die Regierung die Mittel für Unterstützungsdienste für Frauen im Jahr 2021 weiter kürzen werden. Da auch in anderen Bereichen Sparmaßnahmen zu erwarten sind, geht die Organisation davon aus, dass weniger Mittel aus dem privaten Sektor kommen werden. Die Organisation ist insbesondere besorgt über das Spendenaufkommen von Kleinspendern und Einzelpersonen aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen, die die Pandemie haben wird, sowie aufgrund der wachsenden extremistischen Ansichten in der Gesellschaft.

■ **Wie man sich im feindlichen Raum bewegt**

Schließlich hat das ROSA Centrum pro ženy, z.s. uns einige der Strategien mitgeteilt, die es einsetzt, um die schwierige Situation zu meistern und im feindlichen Raum zu navigieren. Die

positive Kommunikation über ihre Arbeit in den sozialen Medien ist eine dieser Strategien. Die Organisation setzt auch ihre Bemühungen fort, alternative Finanzierungsquellen und -wege zu finden, um ihre Abhängigkeit von staatlichen und öffentlichen Mitteln auszugleichen. Die Organisation hält es für wichtig, im Zentrum des Diskurses über Gewalt gegen Frauen zu bleiben, und versucht dies durch kontinuierliche Lobbyarbeit über ihre Mitgliedschaft im Ausschuss für die Verhütung von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen, einem beratenden Gremium, bei der Regierung zu erreichen. Schließlich hält die Organisation auch ihre Mitgliedschaft im WAVE-Netzwerk für wichtig.

5.3.3. Dänemark - LOKK

■ **Unterstützungsdienste für Frauen in Dänemark**¹⁴¹

In Dänemark gibt es eine nationale Frauenberatungsstelle, die rund um die Uhr arbeitet und kostenlos ist. Der nationale Notruf richtet sich nicht ausschließlich an Frauen - er kann von allen Überlebenden von Gewalt in Paarbeziehungen oder in der Familie genutzt werden, z. B. von Frauen und Männern, Tätern und Vertreterinnen diverser unterstützender Berufsgruppen. Die Helpline ist rund um die Uhr besetzt und kostenlos, bietet jedoch keine mehrsprachige Unterstützung an.

In Dänemark gibt es 48 Frauenhäuser mit 451 verfügbaren Betten und 578 fehlenden Betten. In Dänemark gibt es mehrere Frauenzentren, die spezielle Unterstützung anbieten. Die meisten bieten Zugang rund um die Uhr, sieben Tagen in der Woche, und die Frauen müssen für ihre Unterbringung bezahlen. Die dänische Gesetzgebung sieht vor, dass Einzelpersonen 84 Kronen/Tag zahlen,¹⁴² die Gemeinde bezahlt jedoch die Gesamtkosten für den Aufenthalt, und der Staat erstattet 50 % der Gesamtkosten. In Dänemark gibt es 20 NGOs mit einem geschlechtsspezifischen/feministischen Ansatz, 15 andere Frauen-NGOs, 1 glaubensbasierte Organisation, 11 staatliche Organisationen und 5 sonstige NGOs, die ausschließlich Frauen Zuflucht gewähren.

Darüber hinaus gibt es staatliche Stellen, die Überlebende sexualisierter Gewalt unterstützen, wie z.B. regionale Gesundheitszentren und zahlreiche Frauenzentren, die spezielle Unterstützung anbieten (Frauenhäuser mit ambulanten Diensten für Überlebende von Menschenhandel und Prostitution sowie Beratungsstellen für so genannte „ehrenbezogene“ Gewalt).

Dänemark ratifizierte die Istanbul-Konvention im Jahr 2014.

▪ **Finanzierung von Unterstützungsdiensten für Frauen**¹⁴³

Laut dem WAVE-Länderbericht 2019 wird die Beratungsstelle hauptsächlich von den nationalen/lokalen Behörden finanziert. Die Finanzierung der Frauenhäuser in Dänemark erfolgt hauptsächlich durch den Staat über lokale und nationale Behörden. Einige der Frauenhäuser sind in kommunalem Besitz und werden von den Kommunen finanziert, andere sind private Einrichtungen, die Finanzierungsvereinbarungen mit ihren jeweiligen Gemeinden haben, und wieder andere sind private Unternehmen/NGOs, die den Gemeinden den Aufenthalt in Rechnung stellen.

Die Finanzierung der Frauenzentren in Dänemark erfolgt hauptsächlich durch staatliche Mittel der nationalen und lokalen Behörden sowie durch Spenden von Stiftungen und Privatpersonen. Die Zentren sind auf die großen Städte beschränkt, und es liegen keine Zahlen über die Gesamtzahl der Frauen vor, die durch ihre Dienste unterstützt werden.

■ **Risiken für die Nachhaltigkeit von Frauen-NGOs**

Im Fragebogen gab LOKK an, dass die Finanzierung der Unterstützungsdienste für Frauen in den letzten fünf Jahren zurückgegangen ist. Infolgedessen steht weniger Personal für die Bereitstellung von Unterstützungsdiensten zur Verfügung, und die LOKK kann weder die Nachfrage nach ihren

¹⁴¹ Adaptiert aus: WAVE Country Report 2019, S. 73-75, https://www.wave-network.org/wp-content/uploads/WAVE_CR_200123_web.pdf

¹⁴² Ungefähr 11,30 Euro/Tag

¹⁴³ Adaptiert aus: WAVE Country Report 2019, S. 73-75, https://www.wave-network.org/wp-content/uploads/WAVE_CR_200123_web.pdf

Unterstützungsdiensten befriedigen noch ihre Dienste erweitern und/oder neue Arten von Leistungen für Frauen anbieten.

Ein weiteres von LOKK identifiziertes Risiko für spezialisierte Unterstützungsdienste für Frauen ist die begrenzte oder fehlende finanzielle Sicherheit aufgrund der Art ihrer Finanzierungsquellen (z.B. kurzfristige Verträge, nicht systematische und/oder projektbezogene Finanzierung von Leistungen usw.).

Auch wenn sich der Umfang der Fördermittel in den letzten fünf Jahren nicht verringert hat, gibt es mehr Frauenhäuser und Beratungsstellen, die sich um Fördermittel bewerben, da die NGOs für Frauen zunehmend gezwungen sind, mit allgemeinen Diensten und von der Regierung eingerichteten Diensten um die Mittel zu konkurrieren.

■ **Die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, die sich auf die Finanzierung auswirken**

LOKK ist besorgt darüber, dass geschlechtsneutrale Politiken und Gesetze zu GBV/IPV den Zugang feministischer Frauen-NGOs zu Finanzmitteln für ihre sonstige Arbeit (Ausbildung, Kampagnen, Lobbyarbeit usw.) einschränken, dass sich der politische und öffentliche Diskurs über GBV/IPV von geschlechtsspezifisch zu geschlechtsneutral verlagert, was einen Verlust des Diskurses über die strukturellen Ursachen von Gewalt gegen Frauen und einen Verlust der Autonomie und Unabhängigkeit von Frauen-NGOs bedeutet.

Ähnliche Bedenken wurden im GREVIO-Bericht in Bezug auf die Geschlechtsneutralität geäußert. In Dänemark wurde vor kurzem eine neue nationale Stelle gegen häusliche Gewalt eingerichtet. Auf der Grundlage der Ergebnisse einer öffentlichen Ausschreibung wird diese Stelle von einer Koalition aus vier nationalen NGOs geleitet - dem Frauenhaus Danner, einem Haus für männliche Opfer häuslicher Gewalt, dem Täterprogramm (Dialog gegen Gewalt) und dem Netzwerk der Frauenhäuser, LOKK. Gleichzeitig litt LOKK als das am stärksten etablierte Netzwerk von Frauenhäusern unter einem Mangel an finanziellen Mitteln und musste sich verkleinern.¹⁴⁴

GREVIO äußerte Bedenken, „dass diese neue Einrichtung die Rechtsberatung und die Beratung sowie den Betrieb des nationalen Hilfetelefon für häusliche Gewalt, das bisher ausschließlich von LOKK angeboten wurde, übernehmen wird. Während GREVIO die Notwendigkeit anerkennt, solide Strukturen und Mandate zu gewährleisten, bedauert GREVIO dennoch die mögliche damit verbundene Verringerung des Einflusses von LOKK bei Kampagnen für Frauenrechte und insbesondere für die Anerkennung von häuslicher Gewalt als eine Form von geschlechtsspezifischer Gewalt. GREVIO stellt fest, dass dies auf eine Verlagerung hin zu einem weniger feministischen und geschlechtsspezifischen Ansatz in der Beratung bei häuslicher Gewalt hindeutet.“¹⁴⁵

■ **Künftige Risiken für die Finanzierung von Dienste für Frauen in der Zeit nach der COVID-19-Pandemie**

Im Zusammenhang mit der aktuellen COVID-19-Pandemie erwartet LOKK eine höhere Nachfrage nach Fördermitteln und mehr Wettbewerb. Darüber hinaus befürchtet LOKK, dass es neue und spezifische Bedingungen und Regeln im Zusammenhang mit der Beantragung von Fördermitteln geben wird, die ein Risiko für die Art der Beratung darstellen könnten, die sie anbieten.

■ **Wie man sich im feindlichen Raum bewegt**

Auf die Frage, wie man mit den Veränderungen und Risiken im Bereich der Finanzierung umgeht, sieht LOKK es als entscheidend an, mit der Regierung in Kontakt zu bleiben und ein wichtiger Akteur in der Debatte über Gewalt gegen Frauen zu bleiben. Da private Gelder die Hauptfinanzierungsquelle von LOKK für Unterstützungsdienste für Frauen sind, hält es die Organisation für wichtig, weiterhin gute Beziehungen zu ihren derzeitigen Geldgebern aufzubauen.

¹⁴⁴ Adaptiert aus: WAVE Country Report 2019, S. 73-75, https://www.wave-network.org/wp-content/uploads/WAVE_CR_200123_web.pdf

¹⁴⁵ GREVIO's (Baseline) Evaluation Report on legislative and other measures giving effect to the provisions of the Council of Europe Convention on Preventing and Combating Violence against Women and Domestic Violence (Istanbul Convention), Dänemark, 2017, S.17, <https://rm.coe.int/greviofirst-baseline-report-on-denmark/16807688ae>

5.3.4. Ungarn – NANE Egyesület

■ **Unterstützungsdienste für Frauen in Ungarn**¹⁴⁶

In Ungarn gibt es eine nationale Frauen-Helpline, die von dem Verein NANE betrieben wird. Die Beratungsstelle ist für erwachsene und minderjährige Überlebende häuslicher Gewalt da und steht kostenlos zur Verfügung, ist aber nicht rund um die Uhr besetzt. Es gibt zwei weitere Beratungsstellen für Überlebende sexualisierter Gewalt, die ebenfalls von NANE betrieben werden, sowie PATENT Jogsegély (PATENT Rechtshilfe) für Frauen, die in missbräuchlichen Beziehungen leben. Es gibt auch einen nationalen telefonischen Krisenmanagement- und Informationsdienst (OKIT), der jedoch nicht ausschließlich für Frauen zuständig ist. Er steht rund um die Uhr kostenlos zur Verfügung und versorgt Überlebende von häuslicher Gewalt, Kindesmissbrauch, Menschenhandel und Prostitution mit Informationen und hilft ihnen, in einer akuten Krise eine sichere Unterkunft zu finden.

In Ungarn gibt es keine reinen Frauenhäuser. Es gibt 25 andere Häuser, in denen man Zuflucht finden kann und die alle Überlebenden von Gewalt gegen Frauen unterstützen, und es gibt andere Arten von Diensten, die Überlebende von häuslicher Gewalt aufnehmen.

In Ungarn gibt es keine Frauenzentren. Allerdings wurde 2018 eine neue Art von Dienst vom Staat eingerichtet - es handelt sich um einen ambulanten Dienst, der Beratungen in Fällen von häuslicher Gewalt anbietet. Es handelt sich dabei jedoch nicht um einen reinen Dienst für Frauen. Seit 2018 gibt es in jeder Region Ungarns einen solchen Dienst. Vier der sieben bestehenden Dienste werden von der ungarischen kirchenübergreifenden Hilfe betrieben.

■ **Finanzierung der Unterstützungsdienste für Frauen**

Die Finanzierung der nationalen Frauennotrufe erfolgt hauptsächlich durch Spenden von Trusts, Stiftungen und Einzelpersonen sowie durch internationale Mittel. Unter internationalen Mitteln versteht man Zuschüsse aus dem Ausland und von privaten/zuschussgebenden Organisationen, nicht nur von der EU, sondern auch von anderen internationalen Organisationen/Institutionen.¹⁴⁷

Was die von NANE angebotenen Unterstützungsdienste betrifft, so wird die Beratungsstelle hauptsächlich durch private Mittel und Einzelspenden finanziert. Diese Mittel ermöglichen es der Organisation, die Bereitstellung von Unterstützungsdiensten für Frauen nur teilweise zu decken. Dank eines dreijährigen Unterstützungspakets des Sigrid Rausing Trusts aus dem Jahr 2019 verfügt NANE über genügend Mittel, um bezahltes Personal einzustellen, benötigt aber mehr bezahltes Personal, um die Nachfrage nach seinen Unterstützungsdiensten zu decken. Mit Ausnahme der Büroleitung arbeiten alle Mitarbeiterinnen in Teilzeit oder arbeiten auf Vertragsbasis - die Mitarbeiterinnen werden dann im Rahmen anderer Aktivitäten der Organisation (Projekte und andere Aktivitäten) bezahlt, aber nicht unbedingt für die Erbringung von Leistungen. Ein weiteres Problem, mit dem die Organisation konfrontiert ist, sind die Schwierigkeiten, die mit der Erbringung der Leistungen verbundenen Betriebskosten zu decken. Die Finanzierung der Unterstützungsdienste hängt daher von der Verfügbarkeit zusätzlicher Mittel ab.

Nach Angaben von NANE ist das Finanzierungsvolumen in den letzten fünf Jahren nicht zurückgegangen, aber es war unbeständig. In den letzten fünf Jahren fluktuierte die Höhe der Finanzierung. Im Jahr 2018 zum Beispiel hatte der Verein eines seiner schwierigsten Jahre und kämpfte darum, sich über Wasser zu halten. Der Verein verfügt derzeit im Vergleich zu früheren Jahren über relative finanzielle Sicherheit, sieht sich aber als unterfinanziert an, da er nur einen kleinen Prozentsatz der nachgewiesenen Nachfrage von Frauen und Kindern nach seinen Unterstützungsdiensten decken kann und bei fast allen seinen Aktivitäten, einschließlich Schulungen, Kampagnen, Primärprävention oder Lobbyarbeit, mit ständigen Einschränkungen zu kämpfen hat.

Auf die Frage nach den negativen Auswirkungen einer unsicheren Finanzierung gab NANE an, dass es nicht nur darum geht, wie oben erwähnt die tatsächliche Nachfrage nach ihren Leistungen nicht befriedigen zu können. Es gibt noch andere Einschränkungen, die eine solche Finanzierung

¹⁴⁶ Adaptiert aus: WAVE Country Report 2019, S. 88-89, https://www.wave-network.org/wp-content/uploads/WAVE_CR_200123_web.pdf

¹⁴⁷ Ibid.

mit sich bringt - z. B. kann die Organisation ihr Leistungsangebot nicht erweitern und keine neuen Arten von Leistungen anbieten. Außerdem nimmt die Bürokratie im Zusammenhang mit der Verwaltung der erhaltenen Mittel zu viel Zeit in Anspruch, sodass NANE nur wenig Zeit und Raum für andere Aktivitäten bleibt. Der Wettbewerb um Gelder mit allgemeinen Diensten bzw. mit Diensten, die von den Landes- oder Regionalregierungen eingerichtet wurden, trägt zu der allgemeinen finanziellen Instabilität der Organisation bei.

▪ **Risiken für die Nachhaltigkeit von Frauen-NGOs**

Abgesehen von der unsicheren Finanzierung, die zu einer erheblichen finanziellen Unsicherheit führt, gibt es noch andere Faktoren, die zu den Bedenken von NANE in Bezug auf die Nachhaltigkeit beitragen. Auf politischer Ebene ist die Organisation besorgt über die zunehmende Macht populistischer oder rechtsgerichteter politischer Kräfte und anderer (religiöser, konservativer usw.) Gruppen im Land, die zu dem derzeitigen Backlash gegen Menschenrechte, Frauenrechte und/oder (Frauen-)NGOs sowie zu politischer Instabilität und Korruption beitragen. NANE befürchtet auch, dass Frauen-NGOs von den staatlichen Behörden in der Folge auf eine schwarze Liste gesetzt und/oder strafrechtlich verfolgt werden.

Darüber hinaus zeigt die jüngste Entwicklung in der Debatte über die Ratifizierung der Istanbul-Konvention in Ungarn, die in der Einführung zu den Fallstudien erwähnt wurde, die Gefahr eines verstärkten Drucks in Richtung geschlechtsneutraler Politik und Gesetzen zu GBV/IPV und eine Verlagerung des politischen und öffentlichen Diskurses über GBV/IPV von geschlechtsspezifisch auf geschlechtsneutral, was einen Verlust des Diskurses über die strukturellen Ursachen von Gewalt gegen Frauen bedeutet.

■ **Die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, die sich auf die Finanzierung auswirken**

Die derzeitige Situation im Bereich der Finanzierung wurde durch mehrere entscheidende politische und gesellschaftliche Entwicklungen beeinflusst, die in der Einführung zu den Fallstudien beschrieben wurden. Infolgedessen ist der Verein NANE gezwungen, projektbasiert zu arbeiten, was bedeutet, dass die Grundfinanzierung für die Betriebskosten und die Mittel für die kontinuierliche Beschäftigung von Fachpersonal (Sozialarbeiterinnen, Psychologinnen usw.) nicht verfügbar sind. Obwohl die Organisation mehr EU-Mittel in Anspruch nehmen könnte, steht sie bei der Beantragung dieser Mittel vor dem Problem, dass eine Kofinanzierung in Höhe von 20 % aus Eigenmitteln der Organisation erforderlich ist, über die sie nicht verfügt. Darüber hinaus ist das zunehmend feindselige politische Umfeld im Land ein ernsthaftes Hindernis für die Organisation, neue individuelle Unterstützer und lokale Unternehmen einzubeziehen und an Bord zu holen.

■ **Künftige Risiken für die Finanzierung von Diensten für Frauen in der Zeit nach der COVID-19-Pandemie**

Im Zusammenhang mit den erwarteten negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie rechnet NANE damit, dass kleine und mittlere Unternehmen weniger Interesse an finanzieller Unterstützung und Sachleistungen für ihre Organisation zeigen werden. Die Organisation hat bereits einen erheblichen Rückgang der von den Kommunen bereitgestellten Finanzierungsmöglichkeiten festgestellt. Darüber hinaus hat die Pandemie viele Organisationen vor die Frage gestellt, wie sie ihr Leistungsangebot an die neue Realität anpassen können, mit der die Menschen jetzt konfrontiert sind. Dazu benötigen die Dienste zur Unterstützung von Frauen nach Ansicht von NANE zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen, um die Art und Weise der Bereitstellung von Unterstützungsleistungen grundlegend zu überarbeiten.

■ **Wie man sich im feindlichen Raum bewegt**

NANE setzt mehrere Strategien ein, um im feindlichen Raum zu navigieren. Eine davon ist die Entwicklung mehrstufiger, zielgruppenspezifischer Kommunikationskampagnen, vor allem über soziale Medien. In einem feindseligen politischen Umfeld, das dazu neigt, die Arbeit von NGOs und ihr Fachwissen zu diskreditieren, ist es für die Organisation wichtig, einen hohen Standard bei der Erbringung von Leistungen zu gewährleisten und die Position einer erfahrenen NGO mit unbestrittenem Fachwissen auf dem Gebiet der Unterstützung von Frauen, die Gewalt überlebt haben, aufrechtzuerhalten.

Schließlich ist es nach Ansicht von NANE von entscheidender Bedeutung, den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene sowie die Entwicklung eines vielfältigeren beruflichen Netzwerks mit Unterstützung lokaler Basisinitiativen noch stärker zu fördern.

5.3.5. Italien - Donne in Rete Contro la Violenza (D.i.Re.)

■ **Unterstützungsdienste für Frauen in Italien**¹⁴⁸

In Italien gibt es eine nationale Frauenberatungsstelle, die rund um die Uhr besetzt ist, kostenlos ist und mehrsprachige Unterstützung bietet. Darüber hinaus bieten auch die meisten Frauenzentren eine Hotline an, die rund um die Uhr erreichbar ist.

In Italien gibt es 232 Frauenhäuser, von denen die meisten rund um die Uhr geöffnet und kostenlos sind. Davon sind 120 reine Frauenhäuser. Die Frauenhäuser befinden sich in den meisten Regionen Italiens. Zu den Organisationen, die ausschließlich Frauenhäuser für von Gewalt betroffene Frauen führen, gehören 80 Frauen-NGOs mit einem geschlechtsspezifischen/feministischen Ansatz (Mitglieder des Netzwerks D.i.Re) und andere NGOs. Es fehlen 87 % der erforderlichen Betten.

In Italien gibt es 253 Frauenzentren. Die Frauenzentren werden von Frauen-NGOs betrieben und befinden sich in allen Regionen Italiens. Zu den angebotenen Leistungen gehören Beratung, psychologische und rechtliche Unterstützung, Beratung und Interessenvertretung (z. B. in Bezug auf Wohnung, Beschäftigung und andere Formen der Unterstützung). Darüber hinaus gibt es in Italien weitere 85 Frauenzentren, die in den Statistiken der Regierung nicht erfasst sind, da sie nicht den staatlichen Anforderungen entsprechen.

Italien hat die Istanbul-Konvention im Jahr 2013 ratifiziert.

■ **Finanzierung der Unterstützungsdienste für Frauen**

Die Helpline erhält staatliche Mittel von nationalen und lokalen Behörden. Die Notunterkünfte erhalten staatliche Mittel von nationalen und lokalen Behörden sowie Spenden von Trusts, Stiftungen und Privatpersonen.

Die Frauenzentren werden von Frauen-NGOs betrieben und erhalten zu 75 % staatliche Mittel, während die anderen durch private Spenden und europäische Mittel unterstützt werden.¹⁴⁹

■ **Risiken für die Nachhaltigkeit von Frauen-NGOs**

Trotz einiger positiver Entwicklungen im Land, die auf die staatlichen Verpflichtungen im Rahmen der Istanbul-Konvention zurückzuführen sind, gibt es Bedenken hinsichtlich der jüngsten Entwicklungen im Bereich der Finanzierung und des geschlechtsneutralen Ansatzes.

Auf die Frage nach den wichtigsten (zukünftigen) Risiken für die Finanzierung und Nachhaltigkeit von spezialisierten Unterstützungsdiensten für Frauen nannte D.i.Re. eine begrenzte oder keine finanzielle Sicherheit aufgrund der Art ihrer Finanzierungsquellen, geschlechtsneutraler Politiken und Gesetze zu GBV/IPV, die den Zugang von spezialisierten Unterstützungsleistungen zu angemessenen Finanzmitteln und auch zu Ressourcen für ihre anderen Aktivitäten wie Schulungen oder Kampagnen einschränken. Angesichts einiger Entwicklungen in jüngster Zeit äußerte D.i.Re. auch die Befürchtung, dass sie gezwungen sein könnten, die Werte und Grundsätze von Frauen-NGOs aufzugeben, um ihre Arbeit aufrechtzuerhalten.

In der Region Lombardei beispielsweise haben zwei Zentren ihre Finanzierung verloren, weil die Regionalregierung beschlossen hat, die Steuernummern der Klientinnen der Frauenzentren zu erfragen, um einen besseren Überblick über die Verwendung der öffentlichen Mittel zu erhalten. Zuvor hatten die Zentren in der Lombardei den Nutzerinnen einen zufälligen alphanumerischen Code zugewiesen und diese anonymisierten Daten an die Behörden weitergegeben. Darüber

¹⁴⁸ Adaptiert aus: WAVE Country Report 2019, S. 93-95, https://www.wave-network.org/wp-content/uploads/WAVE_CR_200123_web.pdf

¹⁴⁹ Ibid.

hinaus mussten zwei Frauenhäuser am Stadtrand von Mailand, die ausschließlich aus regionalen Mitteln finanziert wurden, aufgrund der Entscheidung schließen.¹⁵⁰

■ Die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, die sich auf die Finanzierung auswirken

Was die Geschlechtsneutralität anbelangt, so stellt der GREVIO-Bericht fest, dass „die Auswirkungen der Anti-Gender-Bewegungen besonders stark von den auf lokaler Ebene tätigen Frauen-NGO zu spüren sind, wo bestimmte lokale Wählerschaften ihre Unterstützung von den seit langem bestehenden NGO, die sich für die Verteidigung der Frauenrechte und die Selbstbestimmung der Frauen einsetzen, auf traditionellere und konservativere Bewegungen verlagert haben, die einen geschlechtsneutralen Ansatz verfolgen.“¹⁵¹ Dieser Trend wurde von GREVIO auch auf Grund des „Fehlens eines Überprüfungssystems vor der Vergabe von Finanzmitteln an Organisationen der Zivilgesellschaft“ festgestellt. Infolgedessen werden staatliche Zuschüsse für Anti-Gewalt-Zentren und -unterkünfte vergeben, ohne dass ausreichend geprüft wird, welches Wertesystem die Organisationen durch ihre Arbeit fördern und ob sie grundlegende Werte wie die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Menschenrechte hochhalten.¹⁵²

Im Bericht wird auch ein Beispiel für die wechselnde Haltung der Behörden am Beispiel der Stadt Rom beschrieben, die beschlossen hat, jahrelang rückständige Mieten von NGOs, einschließlich Frauenhäusern, die in Gebäuden im Besitz der Stadt wohnen, einzutreiben. Diese Situation wurde von der UN-Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen analysiert, die feststellte, dass eine solche Einziehung von Mietrückständen erfolgte, obwohl in den Verträgen festgelegt ist, dass die Gebäude für die Bereitstellung von Hilfe und Unterstützung für Frauen mit Gewalterfahrungen genutzt werden, und obwohl ein Gesetz vorsieht, dass die Gemeinde „ihre Immobilien und anderes Eigentum, das nicht für institutionelle Zwecke benötigt wird, kostenlos an Organisationen des ‚dritten Sektors‘ verleihen kann, die einen Dienst von öffentlichem Nutzen erbringen“, und sie bezeichnete eine solche Praxis als „Vorgehen gegen Frauenräume“.¹⁵³

■ Wie man sich im feindlichen Raum bewegt

Als Netzwerk verfolgt D.i.Re. Aktivitäten und setzt Strategien um, um die Arbeit und den geschlechtsspezifischen und feministischen Ansatz seiner Mitgliedsorganisationen zu unterstützen. Eine dieser Strategien besteht darin, gegenüber Institutionen eine klare Position zu beziehen, zum Beispiel in Bezug auf ständige Anfragen zur Bereitstellung von Daten und Gesetzesvorschlägen, die das Prinzip der Selbstbestimmung von Frauen in Frage stellen oder Kinder gefährden, indem sie sich stark auf Familienfragen konzentrieren und Gewalt in Familien praktisch leugnen.

D.i.Re. unterstützt seine Mitglieder gegenüber regionalen Behörden, wenn diese beispielsweise den Zugang zu staatlichen Fördermitteln von der Abfrage der Steuernummern der Frauen abhängig machen, was den wesentlichen Grundsätzen der Vertraulichkeit, der Anonymität und des Vertrauens widerspricht.

Der GREVIO-Bericht ist ein weiteres Instrument, das D.i.Re. nutzen kann, um den Bericht zu verbreiten und die Institutionen aufzufordern, die im Bericht enthaltenen Empfehlungen umzusetzen.

¹⁵⁰ E. Allaby: Italian centres for abused women lose funding as lockdown fuels demand, verfügbar unter: https://www.thejakartapost.com/news/2020/05/28/italian-centers-for-abused-women-lose-state-funding-as-lockdown-fuels-demand.html?fbclid=IWAR2LkutzYuEaGKRSHbFcvxPJEA0nA6zsHzsNdx8cxaNILA1_6VSg3KW59yQ

¹⁵¹ GREVIO's (Baseline) Evaluation Report on legislative and other measures giving effect to the provisions of the Council of Europe Convention on Preventing and Combating Violence against Women and Domestic Violence (Istanbul Convention), Italien, 2020, S. 26, <https://rm.coe.int/grevio-report-italy-first-baseline-evaluation/168099724e>

¹⁵² GREVIO's (Baseline) Evaluation Report on legislative and other measures giving effect to the provisions of the Council of Europe Convention on Preventing and Combating Violence against Women and Domestic Violence (Istanbul Convention), Italien, 2020, S. 26, <https://rm.coe.int/grevio-report-italy-first-baseline-evaluation/168099724e>

¹⁵³ Mandate der Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen, ihre Ursachen und Folgen und der Arbeitsgruppe zur Frage der Diskriminierung von Frauen in Recht und Praxis, 2018, S. 4-5, https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Women/WG/Communications/OL_ITA_5_2018.pdf

SCHLUSSFOLGERUNG

In diesem Kapitel wird nicht nur der Neoliberalismus als eine der treibenden Kräfte hinter dem derzeitigen Backlash gegen die Rechte der Frauen beschrieben, sondern auch untersucht, wie er die Art der Politikgestaltung beeinflusst und wie er zum Machtzuwachs verschiedener populistischer, konservativer oder rechtsextremer Gruppen und politischer Parteien in Europa beiträgt. Das Kapitel enthält Beispiele für die Risiken, die diese Kräfte zusammengenommen für Frauen-NGOs darstellen, die Unterstützungsdienste für Frauen - Überlebende von Gewalt gegen Frauen - anbieten. Diese sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen haben schwerwiegende Auswirkungen auf die finanzielle Sicherheit und Stabilität der Organisationen und geben Anlass zur Sorge über die Nachhaltigkeit des geschlechtsspezifischen Ansatzes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Feministische Analysen und Fachkenntnisse im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen werden entweder als schädliche, ausländische Propaganda angesehen, die in einigen Ländern beseitigt werden muss, oder sie werden in einen geschlechtsneutralen oder geschlechtsblinden Ansatz umgewandelt, weil Gender-Mainstreaming- und Gleichstellungsstrategien in einer Weise umgesetzt werden, wie es nie beabsichtigt war, und andere oben genannte soziale und politische Faktoren dazu beitragen.

Infolgedessen verlieren viele Frauen-NGOs und spezialisierte Unterstützungsdienste für Frauen ihre Autonomie, laufen Gefahr, ihre Werte zu kompromittieren, wenn sie ihre Arbeit fortsetzen wollen, und kämpfen darum, ihre Position als Schlüsselakteure bei der Gestaltung des Diskurses über Gewalt gegen Frauen zu behalten. Darüberhinaus gehen vielerorts frauenspezifische Räume verloren oder werden erheblich eingeschränkt. Frauen-NGOs, die mit minorisierten Frauen arbeiten, sind einem noch größeren Risiko ausgesetzt. Wie zu Beginn dieses Kapitels erwähnt, können die Fallstudien hier als gute Grundlage dienen, um die Debatte innerhalb des WAVE-Netzwerks über Backlash und Geschlechterblindheit und über verschiedene Strategien, die Frauen-NGOs bereits anwenden oder anwenden könnten, um sich im feindlichen Raum zu bewegen, fortzusetzen.

6. Geschlechtsneutralität bei der Auftragsvergabe - der Backlash und das feindselige Umfeld gegenüber dem Gegennarrativ

Dieses Kapitel befasst sich mit den Auswirkungen der Politik des öffentlichen Auftragswesens auf spezialisierte Frauenorganisationen und auf Organisationen schwarzer und minorisierter Frauen, wobei der Fall des Vereinigten Königreichs herangezogen wird, um zu zeigen, wie die Politik des öffentlichen Auftragswesens auf den Neoliberalismus als Wirtschaftswachstumsmodell zurückzuführen ist, das von den Regierungen umgesetzt wird und zu einem Backlash, einem feindlichen Umfeld und Geschlechtsneutralität führt. Anhand des britischen Falles wird auch die Rassenauslöschung zusätzlich zur Geschlechtsneutralität im Rahmen der öffentlichen Beschaffungspolitik analysiert. Das Kapitel endet mit der Feststellung, dass es notwendig ist, ein Gegennarrativ zu konstruieren und Strategien zu erwägen, um den Schaden, der im Zusammenhang mit solcher Auftragsvergabe für alle Frauen entsteht, rückgängig zu machen.

6.1 Der Kontext für Beschaffung und Auftragsvergabe: Bewertung der Kosten von Gewalt gegen Frauen und umfassendere wirtschaftliche Überlegungen zu einer geschlechtsspezifischen Wirtschaft

Die Istanbul-Konvention enthält Maßnahmen zur Bekämpfung, zum Schutz und zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen. Regierungen, die die Konvention ratifizieren, müssen die Unterstützung und den Schutz, den sie Opfern und Überlebenden bieten, durch die Verfügbarkeit von spezialisierten Diensten zur Unterstützung von Frauen verbessern. Dies setzt voraus, dass sich die Regierungen politisch und finanziell verpflichten, spezialisierte Dienste für Frauen zu finanzieren. Im Jahr 2008 waren in allen europäischen Ländern bereits Sparmaßnahmen in Kraft, und Frauenorganisationen waren bereits in unverhältnismäßig hohem Maße von Mittelkürzungen betroffen. Die Sparmaßnahmen des Neoliberalismus waren auch der Auslöser für den Backlash gegen Frauenorganisationen. Die Istanbul-Konvention trat 2014 in Kraft und wurde in diesem Kontext

umgesetzt. In gewisser Weise war die Istanbul-Konvention eine Reaktion auf die neoliberale Umstrukturierung der europäischen Volkswirtschaften und den Backlash.

Bei der Betrachtung der Kosten von Gewalt gegen Frauen ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Backlash (das durch das Wirtschaftswachstumsmodell geschaffene politische und soziale Umfeld) und die Sparmaßnahmen (das wirtschaftliche Instrument, durch das der Backlash hervorgerufen wird) in der Zusammenschau diskutiert werden. Die öffentliche Beschaffungspolitik und andere Auftragsvergabe- und Zuschussfinanzierungssysteme wurden in diesem Umfeld gestaltet. Es ist erwähnenswert, dass die britische Regierung eine Sparpolitik einführte, um das Defizit durch die Umstrukturierung des öffentlichen Sektors zu beseitigen, indem sie die öffentlichen Ausgaben um 30 % kürzte und sich dabei hauptsächlich auf Kürzungen im Sozialbereich konzentrierte, um einen Überschuss zu erzielen.¹⁵⁴ Die Women's Budget Group schätzte, dass 80 % der Kürzungen den Frauensektor betrafen und dass Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand bis zu 20 % ihres Einkommens aufgrund von Sparmaßnahmen verloren (dies waren die Prognosen vor der COVID-19-Krise).¹⁵⁵ Und ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz dieser Kürzungen (die weiter unten erörtert werden) betraf den Sektor und die Haushalte schwarzer und minorisierter Frauen.

Unter dem Neoliberalismus ist es schwierig, die Kosten von Gewalt gegen Frauen zu messen, da die Kürzungen der Finanzmittel von 40 % des Umsatzes auf 100 % anstiegen, was zur Schließung von Frauenhilfsorganisationen führte. Durch die Sparmaßnahmen wurde der Sektor der Unterstützung für Frauen geschrumpft, und aufgrund der Art der Kürzungen sind eine Erholung und die Entstehung von Nachhaltigkeit höchst unwahrscheinlich geworden. Bei der Schätzung der Kosten von Gewalt gegen Frauen im Hinblick auf die Festlegung von Finanzierungszielen und öffentlichen Ausgabenbudgets müssen unbedingt die folgenden Faktoren berücksichtigt werden (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- Eine Schätzung der durchschnittlichen Kosten für die Versorgung im Rahmen eines ganzheitlichen Leistungsmodells vor den Sparmaßnahmen.
- Die Kosten der Prävention durch traumainformierte Ansätze (die Idee, dass intensive Unterstützung zu einer Verringerung der wiederholten und sekundären Viktimisierung und häuslicher Tötungsdelikte führt).
- Die Kosten für Dienste wie jene der aufsuchenden Beratung in der Gemeinde und die Reduzierung von Diensten für sexuelle Gewalt, die im Zuge der Sparmaßnahmen weggefallen sind, sowie für viele andere Dienste.
- Die Kosten für den Abbau von Frauenhäusern, die von Frauenorganisationen betrieben werden, und der unverhältnismäßige Abbau von Frauenhäusern für Schwarze und Angehörige von Minderheiten.

Obwohl es schwierig ist, die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Sparmaßnahmen zu messen, werden in den meisten Studien die folgenden Bereiche als wichtige Faktoren betrachtet:

- Die erhöhte Belastung der Strafverfolgungsstrukturen (zivil-, straf- und verwaltungsrechtlich).
- Prozesskosten (für einzelne Parteien) und Verfahrenshilfe.
- Gesundheitskosten, einschließlich der Kosten im Zusammenhang mit einem verbesserten sicheren Zugang für verschiedene Gruppen von Frauen.
- Die Kosten für erschwinglichen Wohnraum, um Frauen den sicheren Auszug aus den Frauenhäusern zu ermöglichen.
- Entschädigung für Lohnverluste aufgrund von Gewalt.
- Allgemeine Beschäftigung und Produktivität in einer neoliberalen, marktorientierten Wirtschaft.
- Die sozialen Kosten der fehlenden Gewaltprävention.

¹⁵⁴ Perrons, D. 2017. Gender and Inequality. Austerity and Alternatives. London. LSE.

¹⁵⁵ Ibid.

- Die Kosten für Unterstützungsdienste zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs und die Auswirkungen größerer struktureller Ungleichheiten.
- Eine ‚Kostenberechnung‘ für die Lebensqualität der Überlebenden und der Opfer zusätzlich zu anderen Kosten.¹⁵⁶
- Es entstehen auch Kosten, wenn es nicht gelingt, umfassende Strategien zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu verabschieden, die von rechtbasierten Systemen zum Schutz der Rechte von Frauen und zur Schaffung von Ressourcen für sie unterstützt werden. Zu diesen Kosten gehören die Folgenden:
 - Kosten für sekundäre und wiederholte Viktimisierung, wenn Regierungen und Staaten sowie das Rechtssystem beim Schutz von Frauen versagen.
 - Die Kosten, die durch die fehlende Gewaltprävention entstehen.
 - Die Beeinträchtigung von Nachhaltigkeit, langfristiger Unterstützung und Überleben durch die unverhältnismäßigen Auswirkungen der Sparmaßnahmen.
 - Die Kosten des feindlichen Umfelds für Migrantinnen und Frauen mit unsicherem Aufenthaltsstatus.
 - Die Kosten einer Politik, die es versäumt, gegen die intersektionelle Unterdrückung und Diskriminierung, der verschiedene Gruppen von Frauen ausgesetzt sind, vorzugehen.
 - Die Kosten der Vereinfachung, die nahelegen, dass es kostengünstige Maßnahmen wie die Meldung von Gewalt durch Frauen in Apotheken und Lebensmittelläden im Vergleich zur Bereitstellung umfassender sicherer Unterstützung in nur für Frauen gedachten Diensten gibt.
 - Die Kosten für Sensibilisierungsinitiativen ohne die sichere Weiterverweisung an nur für Frauen gedachte Dienste.
 - Fehlende Investitionen in spezialisierte Dienste für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen, Dienste für behinderte Frauen, Dienste für Migrantinnen und andere.

Die Frauenerwerbsquote lag 2011 europaweit bei 62 %.¹⁵⁷ Im Jahr 2012 berichtete die Europäische Frauenlobby über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Sparmaßnahmen. Frauen machten 70 % des öffentlichen Dienstleistungssektors aus. Die Sparmaßnahmen in diesem Sektor hatten zur Folge, dass Frauen durch Umstrukturierungen ihren Arbeitsplatz verloren, keine internen Aufstiegsmöglichkeiten mehr hatten und die Löhne eingefroren wurden.¹⁵⁸ Viele Frauen in diesem Sektor waren auch in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig, die vor der Sparmaßnahme aus schlecht bezahlten Jobs bestanden (Reinigung und Sozialfürsorge) und mit Null-Stunden-Verträgen arbeiteten, die ihnen keinen Schutz boten, wenn sie krank waren, Mutterschaftsurlaub benötigten oder Betreuungsaufgaben hatten. Außerdem waren Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit Null-Stunden-Verträgen aufgrund ihrer prekären Lage (Einkommensarmut, unsichere Wohnverhältnisse und strukturelle Beschäftigungsbedingungen) in unverhältnismäßig hohem Maße sexueller Belästigung, sexueller Gewalt und Vergewaltigung am Arbeitsplatz ausgesetzt. In den offiziellen Arbeitslosenzahlen wurden diese Frauen nicht berücksichtigt, da sie „versteckt“ und häufig Schwarze, Angehörige von Minderheiten und Migrantinnen waren.

Der Ansatz der politischen Ökonomie der Gewalt¹⁵⁹ bietet einen Rahmen für das Verständnis der Auswirkungen des Neoliberalismus aus einer intersektionellen Perspektive. So ist beispielsweise der Sektor der prekären Beschäftigung nicht nur geschlechtsspezifisch, sondern auch rassistisch geprägt. Dieser Ansatz berücksichtigt die kumulativen Auswirkungen der sozioökonomischen Indikatoren, die zu Armut führen, wie sie von Frauen erlebt wird.¹⁶⁰ Sektoren, die überwiegend von

¹⁵⁶ European Women's Lobby. 2012. The Price of Austerity: The Impact on Women's Rights and Gender Equality. European Women's Lobby.

¹⁵⁷ European Women's Lobby. 2012. The Price of Austerity: The Impact on Women's Rights and Gender Equality. European Women's Lobby.

¹⁵⁸ Ibid.

¹⁵⁹ True, J. 2012, The Political Economy of Violence against Women. Oxford. Oxford University Press.

¹⁶⁰ Ibid.

Frauen besetzt sind, waren mit den härtesten Kürzungen von Mitteln und öffentlichen Ausgaben konfrontiert. Die Tatsache, dass diese Kosten nicht in der marktorientierten neoliberalen Wirtschaft gemessen werden, bedeutet, dass die unverhältnismäßigen Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf spezialisierte Dienste für Frauen im Rahmen des Wirtschaftsmodells¹⁶¹ nicht berücksichtigt werden und es daher an einer sozioökonomischen Analyse aus einer intersektionellen Sichtweise mangelt.¹⁶² Beispielsweise sind die Kosten der Gewalt gegen Frauen kein Bestandteil der nationalen Haushalte oder umfassender Ausgabenprüfungen (wie im Vereinigten Königreich). Es gibt keine gesetzliche Zuweisung zur Unterstützung von Spezialdiensten für Frauen, die sich mit Gewalt gegen Frauen befassen. Im neoliberalen Wirtschaftskontext wird Gewalt gegen Frauen unsichtbar gemacht, weil sich die Wirtschaftspolitik auf das Wachstum konzentriert und dabei die Umverteilungsmechanismen in der Sozialpolitik „verdrängt“, indem beispielsweise die Ausgaben für die soziale Infrastruktur, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Beseitigung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern führen kann, reduziert werden.¹⁶³

Die neoliberale Wirtschaft führt zu einer Reihe von Verzerrungen: Wirtschaftswachstum und Entwicklung werden als wettbewerbsorientiert betrachtet, um Kosteneinsparungen zu erzielen, und der soziale Sektor wird als Belastung angesehen, die eine staatliche Reaktion und Intervention durch öffentliche Ausgaben erfordert. Dies steht der Notwendigkeit der Deregulierung und der zunehmenden Ausweitung von Gebühren für Leistungen (durch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen) auf individualisierte Rechte und Schutzmaßnahmen durch die Rechtssysteme entgegen. Die politische Ökonomie der Gewalt deutet darauf hin, dass der Backlash als Mittel zur Kontrolle der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen begann, was soziale Folgen hatte, darunter die Untergrabung der politischen und bürgerlichen Teilhabe von Frauen. Dies bedeutet, dass der Neoliberalismus und der Backlash strukturell miteinander verknüpft sind, wobei der Neoliberalismus einen Kontext für die Anhäufung von wirtschaftlichem Reichtum schafft, der innerhalb der bestehenden kapitalistischen Systeme besonders maskulinisiert ist.¹⁶⁴ Im Neoliberalismus ist eine Verschiebung erforderlich, um den sozialen Sektor und in der Folge die Beteiligung von Frauen in allen Bereichen durch Sparmaßnahmen zu reduzieren.

Der Backlash ist ein sozioökonomisches Konstrukt, das darauf abzielt, die Machtdynamik und die Vermögenskonzentration durch systemische Effekte zu erhalten: Marginalisierung, Ausgrenzung und Ungleichheit. Um den Backlash umzukehren, muss die Vorstellung von der Wertschätzung der in der „feminisierten Wirtschaft“ ausgeübten Tätigkeiten über die Betrachtung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles oder der Leistungssteigerung hinausgehen, um anzuerkennen, dass diese Tätigkeiten überhaupt wichtig sind.¹⁶⁵

6.2 Die Einführung der Politik des öffentlichen Auftragswesens

Die Gender Economy, der Backlash und die öffentliche Beschaffungspolitik gehen Hand in Hand. Seit den 1970er Jahren hat die EU Rechtsvorschriften erlassen, um sicherzustellen, dass der EU-Markt für öffentliche Aufträge offen und wettbewerbsorientiert ist und dass die Anbieter gleich und fair behandelt werden. Die Vorschriften betreffen Aspekte wie die Bekanntmachung von Aufträgen, Verfahren zur Bewertung der Eignung von Unternehmen, die Auftragsvergabe und Rechtsmittel (Sanktionen) bei Verstößen gegen diese Vorschriften. Diejenigen, die öffentliche Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsaufträge vergeben, sind verpflichtet, die Beschaffungsaktivitäten in einer gesetzeskonformen, effizienten und kostengünstigen Weise durchzuführen. Der europäische Rechtsrahmen wurde für Unternehmen in ganz Europa entwickelt, um einen Binnenmarkt für den Wettbewerb um öffentliche Aufträge zu schaffen. Der Rahmen basiert auf einer Reihe von Grundsätzen, darunter Gleichbehandlung und Transparenz, Effizienz der öffentlichen Ausgaben, Betrugs- und Korruptionsbekämpfung sowie die Beseitigung rechtlicher und administrativer

¹⁶¹ Europarat. 2014. Overview of the Studies on the Cost of Violence against Women and Domestic Violence. Equality Division. DirectorateGeneral

of Democracy. Council of Europe. Siehe auch Lynch, J. 2013. Public Procurement: Principles, Categories and Methods. Lean Publishing.

¹⁶² Williams, F. 1989. Social Policy. A Critical Introduction. Cambridge. Polity Press.

¹⁶³ Perrons, D. 2017. Gender and Inequality. Austerity and Alternatives. London. LSE.

¹⁶⁴ True, J. 2012. The Political Economy of Violence against Women. Oxford. Oxford University Press. Weiters auch bei Mies, M. 2014. Patriarchy and Accumulation on a World Scale. Women in the International Division of Labour. New York. Zed Books.

¹⁶⁵ Ibid.

Hindernisse.¹⁶⁶ Der Leitfaden enthält auch Indikatoren für ökologische Nachhaltigkeit, Integration und Innovation im Einklang mit den strategischen Zielen der EU-Politik, strengere Bestimmungen für die Beteiligung von KMU und eine verbesserte Konsultation von Interessengruppen zur Ermittlung des lokalen Bedarfs. Der Leitfaden stützt sich jedoch auf standardisierte Vorlagen, um den Beschaffungsmarkt zu definieren, Marktforschung zu betreiben und Leistung und Auftragswert zu bewerten. Der Business Case für komplexe Beschaffungen erfordert einen Test der strategischen Eignung, der den Bedarf und die Bewertung der Optionen sowie die Erschwinglichkeit der Leistungen umfasst.¹⁶⁷

Als die EU-Vergaberichtlinien 2014 in Kraft traten, räumte die Regierung der Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe Vorrang ein, um die Vorschriften für die Auftragsvergabe zu deregulieren und zu vereinfachen. Die Richtlinie verpflichtete öffentliche Einrichtungen, Aufträge mit höherem Auftragswert für Angebote aus der gesamten EU zu öffnen. Außerdem wurden sie verpflichtet, bei Ausschreibungen ab einem bestimmten Wert einen fairen und transparenten Wettbewerb durchzuführen, um den Gewinner auszuwählen. Für Ausschreibungen von geringerem Wert galten die nationalen Vorschriften, wobei jedoch die allgemeinen Grundsätze des EU-Rechts zu beachten waren.¹⁶⁸ Die Änderungen ermöglichten es den Einkäufern, Beschaffungen schneller und mit weniger Bürokratie durchzuführen und sich stärker darauf zu konzentrieren, den richtigen Lieferanten und das beste Angebot in Übereinstimmung mit einer soliden Geschäftspraxis zu erhalten.¹⁶⁹

Im Vereinigten Königreich wurden mit der Umsetzung der Public Contracts Regulations 2015 zwei wichtige Vorschriften eingeführt: Die Gleichstellungspflicht des öffentlichen Sektors gemäß dem Equality Act 2010 muss eingehalten werden, und die Behörden müssen in der Phase vor der Auftragsvergabe das soziale, ökologische und wirtschaftliche Wohlergehen des Gebiets, in dem der Auftrag ausgeführt wird, gemäß dem Public Services (Social Value) Act 2012 berücksichtigen.¹⁷⁰ Bei der Umsetzung der Public Contracts Regulation 2015 beliefen sich die Ausgaben des öffentlichen Sektors im Vereinigten Königreich auf 255 Milliarden Pfund Sterling, von denen 195 Milliarden Pfund auf den Kauf öffentlicher Güter und Dienstleistungen entfielen. In Bezug auf Effizienzinsparungen durch die Regierung wurden 225 Millionen Pfund durch den Crown Commercial Service durch die Zentralisierung des Beschaffungsprozesses eingespart, und 879 Millionen Pfund wurden bei der Beschaffung im Zusammenhang mit ‚komplexen Verträge‘ eingespart, indem hauptsächlich große Organisationen bevorzugt wurden.¹⁷¹ KMU machten weniger als 10 % der 2016 und 2017 vergebenen Aufträge aus. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe wurden weiterhin große Bieter bevorzugt, obwohl sie ein erhebliches Risiko trugen, da sie in der Regel zahlreiche hochwertige Verträge innehatten.¹⁷² Was den sozialen Wert betrifft, so wurde Abschnitt 2 des Public Services (Social Value) Act 2012 weiterhin in finanziellen Begriffen ausgedrückt, was bedeutete, dass Faktoren wie Preis-Leistungs-Verhältnis und Kosteneffizienz oft mit der Gleichberechtigung beim Zugang kollidierten.¹⁷³ Bei der Auftragsvergabe für Frauenhäuser wurde der soziale Wert oft als Preis im Verhältnis zu Qualität interpretiert, wobei in einigen Ausschreibungen 70 % Preis zu 30 % Qualität angegeben wurde und diese Berechnung der lokalen Regierung von der Zentralregierung nicht angefochten wurde.

6.3 Der durch Sparpolitik erreichte Backlash: Wenn die Sozialwirtschaft auf den Korporatismus trifft

Geschlechtsneutralität und Backlash werden durch die Sparmaßnahmen der Regierungen zur Kontrolle der öffentlichen Ausgaben und zum Abbau der Sozialwirtschaft noch verstärkt. In ganz Europa hat die Sparpolitik das Empowerment von Frauen untergraben. Kürzungen der Sozialausgaben und die Privatisierung von Dienstleistungen treffen Frauen stärker, da sie in Haushalten mit niedrigem Einkommen überrepräsentiert sind, im sozialen Sektor als Pflegekräfte

¹⁶⁶ European Commission. 2018. Public Procurement Guidance for Practitioners.

¹⁶⁷ Ibid. und Bennett, F. The Impact of austerity on women IN Impact of Welfare Reforms. WBG.

¹⁶⁸ CPS. 2018. Procurement Policies and Guidelines.

¹⁶⁹ Ibid. und Bennett, F. The Impact of austerity on women IN Impact of Welfare Reforms. WBG.

¹⁷⁰ Ibid. und Bennett, F. The Impact of austerity on women IN Impact of Welfare Reforms. WBG.

¹⁷¹ Booth, L. 2018. Public Procurement and Contracts. House of Commons Briefing Paper Number 6029. 19. September 2018.

¹⁷² Ibid.

¹⁷³ Ibid.

unterbezahlt sind und viele prekäre Tätigkeiten mit Null-Stunden-Verträgen und geringem Beschäftigungsschutz ausüben.¹⁷⁴ Das Instrument, das zur Umsetzung der Sparmaßnahmen eingesetzt wird, nennt sich „Auftragsvergabe“, die im Rahmen der öffentlichen Beschaffungspolitik verwaltet wird und auf der Kontrolle der Ressourcen anhand von Indikatoren wie der Effizienz von Kostendegressionseffekten, der Professionalisierung des sozialen Sektors und der Übernahme unternehmensähnlicher Ansätze bei der Erbringung von Dienstleistungen zur Lösung sozialer Probleme beruht. Mit der Auftragsvergabe werden durch die Art und Weise, wie Leistungen in Zeiten der Sparmaßnahmen in Auftrag gegeben werden, grundlegende Veränderungen in der Sozialwirtschaft für Frauen eingeführt. Letztlich führt die Auftragsvergabe zu einer Umgestaltung des sozialen Sektors für Frauen und zur Verbreitung geschlechtsneutraler Politiken und Praktiken durch Regierungen, die von einem breiten Bündnis unter Führung der konservativen Rechten unterstützt werden.

Eine Möglichkeit, die Sparmaßnahmen im Zusammenhang mit der Vergabe von Aufträgen und der Stilllegung von Dienste für Frauen zu untersuchen, die in der Gegenreaktion gipfelten, besteht darin, den Rahmen der messbaren Ergebnisse zu betrachten. Das Konzept der messbaren Ergebnisse wurde von den für die Vergabe zuständigen Personen bei der Auftragsvergabe im öffentlichen Sektor eingeführt, um eine effektive und effiziente Umsetzung der Verträge zu gewährleisten. Im sozialen Sektor bedeutete dies, dass komplexe soziale Probleme, die von Diensten zur Erfüllung der Bedürfnisse von vulnerablen Menschen adressiert werden, mit der Mittelzuweisung an Organisationen zur Erbringung von Leistungen gelöst werden mussten.¹⁷⁵ Bei der Beauftragung von Diensten im Bereich Gewalt gegen Frauen ging es im Wesentlichen darum, dass diese das Patriarchat beenden, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen sicherstellen und alle Formen von Gewalt gegen Frauen beenden mussten.

Obwohl die messbaren Ergebnisse bei ihrer Einführung nicht als solche definiert wurden, war es klar, dass spezialisierte Frauenorganisationen, die sich um eine Finanzierung bewarben, Schwierigkeiten hatten, messbare Ergebnisse für den Sektor sinnvoll zu nutzen. Die messbaren Ergebnisse reichten von der Zufriedenheit einer Frau mit den Leistungen bis hin zu ihrem Gefühl des Empowerment, nachdem sie die Unterstützung erhalten hatte, die sie aufgrund der ihr widerfahrenen Gewalt benötigte. Das Konzept des Empowerment hatte viele Bedeutungen, von der Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, über ein Gefühl der Unabhängigkeit bis hin zur Vermeidung von Gewalt in ihrem Leben (wiederholte und sekundäre Viktimisierung).

Später war man der Ansicht, dass Entscheidungsfindung und Unabhängigkeit separate Variablen waren und als Auswirkungen der Leistungen auf das Leben der Frauen gemessen werden konnten. Empowerment wurde dann zu einem ambivalenten, selbst definierten Begriff, der sich für die einzelnen Frauen unterschied. In diesem Sinne begannen messbare Ergebnisse, den Weg der Frauen zu den Diensten anzuerkennen, und verschiedene Wege zu Sicherheit und Unterstützung wurden als messbare Ergebnisse betrachtet. Letztlich konnten die verschiedenen Wege aber nicht systematisch gemessen werden, und im Laufe der Zeit wurden sie sehr eng definiert.

Messbare Ergebnisse müssen vergleichbar sein, damit die Auftraggeber die Leistung der einzelnen Organisationen bewerten können. Eine Organisation, die zu wenig leistet, könnte bei der Finanzierung benachteiligt werden, weil sie keine messbaren Ergebnisse erzielt hat. Wenn zu viele Frauen sagen, dass ihr Selbstvertrauen und ihr Selbstwertgefühl nicht wiederhergestellt wurden, dann haben entweder sie selbst oder die Organisation die öffentlichen Gelder für die Erbringung der Leistungen nicht effektiv eingesetzt.

Messbare Ergebnisse wurden insofern individualisiert, als die Organisationen gute Leistungen erbringen mussten, um sie zu erreichen, und mit anderen Organisationen in Bezug auf dieselben Ergebnisse konkurrieren mussten, oder Frauen, die Leistungen in Anspruch nahmen, mussten ein akzeptables Maß an Intervention erreichen, damit ein zufriedenstellendes Ergebnis zu verzeichnen war. Komplexe soziale Probleme wie Gewalt gegen Frauen wurden von einem theoretischen Rahmen, in dem Gewalt gegen Frauen in Patriarchat und struktureller Ungleichheit verwurzelt ist, auf individuelle Umstände reduziert. Dies bedeutete, dass Frauen „Entscheidungen“ trafen - ein

¹⁷⁴ Gender and Development Network. 2018. Austerity.

¹⁷⁵ Hirst, A. und S. Rinnie. 2012. The Impact of Changes in Commissioning and Funding on Women-only Services. Equality and Human Rights Commission. Manchester.

weiteres messbares Ergebnis, das sich auf ihre Fähigkeit auswirkte, der Gewalt zu entkommen. In diesem Sinne verorteten messbare Ergebnisse Begriffe wie Schuldzuweisung und Urteil in der Leistungsbewertung. Wenn eine Frau wiederholt viktimisiert wurde, bedeutete das, dass entweder die geförderten Organisationen versagt hatten oder dass sie die Dienste nicht angemessen in Anspruch genommen hatte. Das Versagen der Dienste wurde der einzelnen Frau und den Frauenorganisationen, die sie unterstützten, angelastet. Gewalt gegen Frauen ist ein komplexes soziales Problem, aber durch die Anwendung messbarer Ergebnisse wurden die Konzepte des Patriarchats und der Ungleichheit als Grundursachen ausgeblendet. Dies legte nahe, dass Gewalt von Männern gegen Frauen gelöst werden kann, wenn Frauen und Frauenorganisationen zu messbaren Ergebnissen gelangen.

In diesem Zusammenhang wurde die Geschlechtsneutralität eingeführt und die staatliche Verantwortung für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aufgehoben. Ergebnismessungen oder Leistungsbewertungen schufen eine Reihe von Bedingungen, die das Wirtschaftliche gegenüber dem Sozialen begünstigten, z. B. wurden öffentliche Aufträge über den Preis vergeben. Die Qualität der Leistungen, die insbesondere auf eine traumabezogene Unterstützung ausgerichtet sind, wurde nach und nach durch Preiserwägungen ersetzt, was langfristig den sozialen Wert der lokalen Dienste für Frauen untergrub.

Wo es um spezialisierte Dienste für Frauen geht, wie z. B. solche, die intersektionelle Unterstützung für schwarze oder Minderheiten angehörende Frauen, Migrantinnen, Frauen mit Behinderungen und andere Gruppen von Frauen anbieten, werden Ergebnismessungen verwendet, um diese Dienste aus den Finanzierungssystemen auszugrenzen, indem sie weniger wettbewerbsfähig gemacht und ein falsches Narrativ von den Kosten verbreitet wird. Da diese Dienste auf intersektionelle Bedürfnisse ausgerichtet waren, wurde eine intensivere und maßgeschneiderte Unterstützung über längere Zeiträume angeboten. Die Unterstützung richtete sich auch nach der Intersektionalität bzw. der verschränkten Unterdrückung, der die Frauen ausgesetzt waren. Konzepte wie multiple komplexe Bedürfnisse wurden aus dem intersektionellen Framing der Gewalt gegen Frauen übernommen und in messbare Ergebnisse umgewandelt, was zu einem Drehtüreffekt bei der Erbringung von Leistungen führte, der als Preis-Leistungs-Verhältnis quantifiziert wurde, oder Organisationen, die mit den geringsten Ressourcen die meisten Frauen betreuen, erhielten häufig den Zuschlag. Letztendlich führte dies zu einer Verschiebung der Finanzmittel zugunsten von ‚großen‘ Organisationen, die nicht nach Geschlechtern getrennt sind und Vorteile durch Kostendegression erzielen. Die Einführung messbarer Ergebnisse verdrängte das Geschlecht und die Intersektionalität, d. h. die Rasse und andere Diskriminierungen waren für die Leistungskonzepte nicht mehr zentral.

6.4 Ausschluss von spezialisierten Diensten für Frauen von Auftragsvergaben: Der Fall des Vereinigten Königreichs

Im Vereinigten Königreich haben die beiden in der Verordnung über das öffentliche Auftragswesen 2015 enthaltenen Grundsätze - Gleichstellung und sozialer Wert - in der Praxis wenig Bedeutung. Das Spielfeld, auf dem spezialisierte Frauenorganisationen an der Auftragsvergabe teilnehmen sollen, ist nicht für alle gleich, weil es an nationaler Unterstützung für lokale spezialisierte Frauenorganisationen mangelt.¹⁷⁶ Für schwarze und minorisierte Frauenorganisationen ist die Situation noch ungleicher. Es besteht eine erhöhte Fragilität an den Schnittstellen zwischen Geschlecht und marginalisierten ethnisch-kulturellen Identitäten; Versuche, strukturelle Ungleichheiten zu beseitigen, sind aufgrund des mangelnden Engagements der Regierungen und des Sektors nicht sinnvoll.¹⁷⁷ Eine spezialisierte Frauenorganisation, die aus der Gemeinschaft kommt, der sie dient, kann keine Ausschreibungen gewinnen, wenn Lokalismus (die lokale Gebietskörperschaft bestimmt willkürlich die lokalen Ausgabenprioritäten), Multikulturalismus (Assimilierung der Vielfalt ohne Abhilfe für umfassendere Strukturen der Ungleichheit) und Kürzungen der öffentlichen Ausgaben herrschen.¹⁷⁸

¹⁷⁶ Frances, J. ed. 2011. BAME Women's Sector. Fighting for Survival. Ausgabe 2. London. ROTA.

¹⁷⁷ Ibid.

¹⁷⁸ Ibid.

Geldwertindikatoren verleihen Dienstleistungen einen Wert, indem sie die Gesamtkosten für die Erbringung der Leistungen durch die Gesamtzahl der durchgeführten Sitzungen berechnen, um zu vergleichbaren Kosten pro Sitzung zu gelangen. Die Annahmen bezüglich des Kosten-Nutzen-Verhältnisses beruhen jedoch auf einer falschen Ökonomie, d. h. die Kosten für Prävention, Frühintervention, Unterstützung und andere wesentliche Aspekte der Leistungen werden aus den Berechnungen herausgenommen.¹⁷⁹ Um gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen, muss Folgendes geschehen:

- Es muss eine Angemessenheitsprüfung geben, d. h. das Preisangebot der Organisation in einer Ausschreibung muss ihrem Einkommensniveau angemessen sein.
- Es muss eine Fairnessprüfung stattfinden, d. h. das Angebot muss für kleine spezialisierte Frauenorganisationen gleiche Bedingungen schaffen.

Wenn die Wettbewerbsbedingungen nicht gleich sind und die Gewichtung in den Ausschreibungen bei bis zu 70 % für den Preis bleibt, und wenn durch den bloßen Vergleich des Angebotspreises ohne Berücksichtigung der Qualität, der Geschichte der Leistungserbringung oder der Spezialisierung der Organisation, dann sollte die Ausschreibung einem Ausschluss von kleinen spezialisierten Frauenorganisationen gleichkommen, was eine Diskriminierung (Geschlechtsneutralität, feindliche Umgebung und Backlash) gegen sie darstellt.¹⁸⁰

Bei der Behandlung von Gleichstellungsfragen muss die vollständige Gleichstellungspflicht des öffentlichen Sektors gemäß der Verordnung erfüllt werden. Im Beispiel einer Auftragsvergabe durch eine Kommunalverwaltung kam eine Gleichstellungsfolgenabschätzung zu dem Schluss, dass das Gleichstellungsziel erreicht wurde und die Kommunalbehörde ihrer Pflicht gemäß dem Gleichstellungsgesetz 2020 gegenüber Menschen mit geschützten Merkmalen nachgekommen ist, da schwarze und minorisierte Frauen das örtliche Frauenhaus aufsuchten. Die meisten dieser Bewertungen werden nur in begrenztem Umfang durchgeführt und spiegeln nicht die spezifischen Bedürfnisse schwarzer und minorisierter Frauen in der örtlichen Region wider. Die vollständige Pflicht gemäß dem Gesetz bedeutet: Beseitigung ungesetzlicher Diskriminierung, Förderung der Chancengleichheit und Förderung und Unterstützung guter Beziehungen. Die Förderung der Chancengleichheit im Rahmen des Gesetzes und als zugrundeliegender Grundsatz für die Arbeit der Kommunalverwaltung deutet darauf hin, dass einige Personengruppen, die ein geschütztes Merkmal wie die Rasse teilen, besondere Benachteiligungen erfahren oder besondere Bedürfnisse haben können. Die Erfüllung dieser Pflicht geht über die Messung des Zugangs hinaus. Sie erfordert einen umfassenden Ansatz, der sich mit allen Formen der Diskriminierung befasst, von dem Moment an, in dem jemand Leistungen in Anspruch nimmt, bis hin zur Qualität der Betreuung, die er erhält, und den erzielten Ergebnissen. Öffentliche Stellen müssen im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes von 2010 darüber nachdenken, wie sie Benachteiligungen, die Menschen aufgrund eines geschützten Merkmals erfahren, beseitigen oder verringern können, und sie müssen Menschen mit geschützten Merkmalen ermutigen, am öffentlichen Leben und anderen Aktivitäten teilzunehmen. Das bedeutet, dass alle Hindernisse beseitigt werden müssen, um sicherzustellen, dass schwarze und Minderheiten angehörende Frauen in Frauenhäusern gerecht und fair behandelt werden und dass sie Zugang zu spezialisierter Unterstützung haben, die von einer auf Frauen spezialisierten Organisation bereitgestellt wird, welche ihre spezifischen Bedürfnisse erfüllen kann, ohne dass die Gefahr weiterer Diskriminierung und Schädigung besteht.

Wenn Ungleichheit in der breiteren Gesellschaft über das Gebiet der lokalen Verwaltung hinaus besteht, bedeutet dies, dass die Menschen im lokalen Gebiet weiterhin diskriminiert werden. Die Kommunalverwaltungen müssen die Gesamtheit ihrer Aufgaben im öffentlichen Sektor berücksichtigen und nicht nur ein Kriterium, das sich auf eine Analyse der Nachfrage beschränkt. Die isolierte Betrachtung der Nachfrage unter Ausklammerung aller Faktoren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wirkt sich nachteilig aus, d. h. sie verweigert den schwarzen und minorisierten Frauen die Unterstützung, die sie benötigen.

Das Gleichstellungsgesetz aus 2010 steht im Einklang mit der Istanbul-Konvention, die besagt, dass Schutzmaßnahmen die Menschenrechte und die Sicherheit der Opfer berücksichtigen, eine

¹⁷⁹ Frances, J. ed. 2011. BAME Women's Sector. Fighting for Survival. Ausgabe 2. London. ROTA.

¹⁸⁰ Imkaan. 2016. Capital Losses. The State of the Specialist BME Ending VAWG Sector in London. London. Imkaan.

sekundäre Viktimisierung vermeiden und auf spezifische Bedürfnisse eingehen müssen, die sich aus der Gefährdung ergeben. Diese beiden Instrumente können gemeinsam genutzt werden, um Beschaffungsentscheidungen anzufechten, bei denen spezialisierte Frauenorganisationen, die geschützte Merkmale abdecken, und insbesondere Organisationen für schwarze und minorisierte Frauen de facto von der Vergabe ausgeschlossen. Tatsächlich verlieren Organisationen für schwarze und minorisierte Frauen landesweit die Möglichkeit zur Erbringung von Leistungen an eine Handvoll nicht spezialisierter und nicht-VAW-konformer Wohnbaugesellschaften. Der Ausschreibungsprozess schafft ungewollt ein Monopol, da ein einziger Anbieter zum Nutznießer der Unterbringungsmöglichkeiten für von häuslicher Gewalt/Gewalt gegen Frauen Betroffenen wird. Während man glaubt, dass dies durch die Regeln des fairen Wettbewerbs erreicht wird, scheitert derselbe Prozess an Gleichheit, Nachhaltigkeit und Optimierung und führt zu unverhältnismäßigen Auswirkungen auf schwarze und minorisierte Gemeinschaften. Die öffentliche Beschaffungspolitik muss mit umfassenderen Zielen verknüpft werden.

6.5 Geschlechtsneutralität und Rassenauslöschung: Eine Folge der Auftragsvergabepraxis des öffentlichen Sektors im Vereinigten Königreich

Das obige Beispiel ist eines, das sowohl Geschlechtsneutralität als auch Rassenauslöschung aufzeigt. Die Rassenauslöschung legt eine Lücke in der Sozialpolitik und der öffentlichen Beschaffungspolitik offen, bei der es um Rasse geht. Die Erkenntnisse aus dem Beschaffungswesen deuten darauf hin, dass schwarze und minorisierte Frauen und die sie vertretenden Organisationen nicht nur von geschlechtsneutralen Maßnahmen betroffen sind, sondern auch von Maßnahmen und Praktiken, die auf der Rassenauslöschung als kritischem Konzept basieren. Auslöschung bedeutet in diesem Zusammenhang das Fehlen eines Diskurses, eines Dialogs und einer Darstellung von Rasse und rassistischer Diskriminierung. Hier sind die Annahmen, die angesprochen werden müssen:

- Durch die Auseinandersetzung mit der Geschlechtsneutralität (Geschlechtsblindheit) werden alle Formen der Diskriminierung und Unterdrückung adressiert.
- Sexismus und Frauenfeindlichkeit müssen zuerst angesprochen werden, bevor andere Formen der Unterdrückung bekämpft werden können. Dies steht im Einklang mit dem geschlechtsspezifischen Schwerpunkt der Frauenbewegung.
- Alle Frauen sind in gleicher Weise repräsentiert, haben gleichen Zugang zu den Räumen, die innerhalb und außerhalb der Frauenbewegung geschaffen werden (die Bewegung wird bewusst im Singular angeführt), und alle Frauen werden in gleicher Weise unterdrückt.

Bei der Bekämpfung der Rassenauslöschung geht es darum, diese Annahmen in Frage zu stellen und die Intersektionalität in einem politisch-historischen Sinne zu betrachten, der die Ursachen der Unterdrückung in ihrer Gesamtheit berücksichtigt - Geschlecht, Rasse, Sexualität, Behinderung, ethnische Zugehörigkeit, Klasse und andere Unterdrückungsformen. Für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen geht es nicht nur um Geschlechtsneutralität, sondern auch um Rasse. Die Beschäftigung mit Geschlechtsneutralität und Rassenauslöschung ist notwendig, um zu verstehen, wie Frauen mehreren Formen von Unterdrückung gleichzeitig ausgesetzt sind. Die Einbeziehung des Konzepts der Rassenauslöschung führt zu einer Analyse mehrerer Ebenen der Machtmanifestation, die zusammenkommen, um Geschlechts- und Rassenneutralität (Blindheit) für schwarze und minorisierte Frauen zu schaffen.

Untersuchungen, die sich mit den Auswirkungen der Beschaffungspolitik des öffentlichen Sektors auf den Bereich schwarzer und minderjähriger Frauen befassen, zeigen, dass die Auswirkungen unverhältnismäßig groß sind. Eine Studie von Imkaan ergab, dass Organisationen für schwarze und minorisierte Frauen im Vereinigten Königreich Ende 2017 durchschnittliche Jahreseinnahmen von 400.000 Pfund hatten.¹⁸¹ Allgemeine Frauenorganisationen hatten Einnahmen von 2,5 Millionen Pfund. Die Berechnung basiert darauf, dass sich 25 Organisationen für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen Einnahmen von 10 Millionen Pfund teilen, während sich 10 allgemeine Frauenorganisationen Einnahmen von 25 Millionen Pfund teilen. Das öffentliche

¹⁸¹ Die in diesem Abschnitt dargestellten Daten stammen aus Imkaan. 2018. From Survival to Sustainability. Black Services Matter. London. Imkaan.

Beschaffungswesen hat zu einer ungleichen Einkommensverteilung geführt, die sich auch auf andere Weise auf Organisationen schwarzer und minorisierter Frauen auswirkt:

- Durch mangelnde Wachstumschancen, da sie über lange Zeiträume hinweg klein blieben.
- Kaum Veränderung bei den Einnahmen, es sei denn, es ist ein Rückgang zu verzeichnen.
- Probleme mit der langfristigen Nachhaltigkeit.

Betrachtet man die Frauenhäuser zwischen 2007 und 2017, so betreiben 17 von 27 Organisationen für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen in England, Schottland und Wales als Kernelement ihrer Arbeit Frauenhäuser. In den Fällen, in denen Frauenhäuser ein Kernelement der Arbeit sind, machen sie im Durchschnitt ein Drittel bis 50 % der Gesamteinnahmen der jeweiligen Organisation aus. Notunterkünfte im Vereinigten Königreich werden auf zwei Arten finanziert: durch Zuschüsse der lokalen Verwaltungen, die als ‚Supporting People‘-Zuschüsse bezeichnet werden und die Gehälter der Schlüsselarbeitskräfte für Notunterkünfte abdecken, und durch Einnahmen aus der Erhebung von Wohnungsmieten, die als ‚Housing Benefit‘ bezeichnet werden. Supporting People war ein Instrument, das von den lokalen Stellen gegen Organisationen schwarzer und minorisierter Frauen im Vereinigten Königreich eingesetzt wurde, um sie aus dem Verkehr zu ziehen. Im Jahr 2017 wurden 12 Organisationen komplett aus dem Programm genommen, da sie 100 % der Supporting People-Zuschüsse verloren. Das bedeutete, dass sie ihr Unterkunftsangebot entweder an eine allgemeine Frauenorganisation oder an eine große, nicht spezialisierte Organisation verloren, die nichts mit Gewalt gegen Frauen zu tun hatte. Von den 17 Einrichtungen, die über Supporting People-Zuschüsse verfügten, verloren 15 diese Finanzierung oder waren stark gefährdet. Zehn Organisationen schwarzer und Minderheiten angehörender Frauen wurden zu Fusionen/ungleichen Partnerschaften gezwungen, damit sie ihre Supporting People-Zuschüsse retten konnten. Bei ungleichen Partnerschaften ist der Anteil an den Einnahmen ungleich. Das bedeutet, dass einige Partner zwar von den Ressourcen profitieren, die Organisationen für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen aber weiterhin mit einer Verringerung der Gemeinkosten, einer Verkleinerung des Backoffice und der fehlenden Möglichkeit, Rücklagen zu bilden, konfrontiert sind, was sich auf die langfristige Nachhaltigkeit auswirkt. Die Partnerschaft geht nicht auf das strukturelle Ungleichgewicht ein, sondern nutzt es aus.¹⁸² Der ‚Marktplatz‘-Ansatz verdrängt die lokalen Anbieter, in der Regel die spezialisierte Organisation für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen, durch Vereinbarungen mit ‚bevorzugten Lieferanten‘, d.h. mit einer einzigen großen Agentur.

Bis Ende 2019 gingen 50 % der Bettenkapazitäten in spezialisierten Einrichtungen für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen verloren. Eine Studie von Women's Aid ergab, dass es 2013 zwar 98 mehr Schlafplätze, aber 21 weniger spezialisierte Frauenhausanbieter gab.¹⁸³ Es gab einen Verlust von 71 spezialisierten Frauenhausbetreibern und einen Zuwachs von 24 allgemeinen, nicht auf Frauen ausgerichteten VAW-Diensten.¹⁸⁴ In dieser Studie mussten 47 % der Dienste für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen einen Einnahmerückgang hinnehmen.¹⁸⁵ Diese Zahlen zeigen die direkten Auswirkungen der Auftragsvergabe auf den für Frauen spezialisierten Sektor aus den folgenden Gründen:

- Der Druck auf reine Dienste für Frauen, auch Männer zu unterstützen, steigt.
- Die Hürden für den Ausstieg aus der Gewalt nehmen zu, wenn keine angemessene Unterstützung für Frauen bereitgestellt wird.
- Es wird Personal abgebaut, damit ‚kosteneffiziente‘ Leistungen erbracht werden können, um den Verlust an Mitteln auszugleichen.
- Es gibt Kürzungen bei den Diensten zur Unterstützung der Wiedereingliederung von Frauen.¹⁸⁶

¹⁸² Imkaan. 2016. Capital Losses. The State of the Specialist BME Ending VAWG Sector in London. London. Imkaan.

¹⁸³ Women's Aid. 2013. A Growing Crisis of Unmet Need. Bristol. Women's Aid.

¹⁸⁴ Ibid.

¹⁸⁵ Ibid.

¹⁸⁶ Women's Aid. 2013. A Growing Crisis of Unmet Need. Bristol. Women's Aid.

Die Auswirkung auf Frauen ist, dass sie länger von Gewalt betroffen sind und dass bei alleinstehenden Frauen die versteckte Obdachlosigkeit zunimmt. Abgesehen von der Finanzierung und den Überstunden geht die Führungsrolle und der Einfluss schwarzer und minorisierter Frauen verloren, ihre Rolle bei der politischen Einflussnahme und der strategischen Interessenvertretung wird geschmälert, und dieser sehr spezialisierte Sektor wird zu einem Anhängsel, einem Zusatz, der die Arbeit zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen nur noch am Rande wahrnimmt und nicht mehr im Zentrum steht.

Das Narrativ verschiebt sich, und die Frage, wessen Stimmen gehört werden und wessen nicht, wer vertreten ist und wer nicht, wird zum zentralen Anliegen. Dadurch wird die strukturelle Ungleichheit verschärft. Was die Rassenauslöschung und die Geschlechtsneutralität betrifft, so wird die Wiederherstellungsrate der Organisationen stark beeinträchtigt und die Infrastruktur der Organisationen geschwächt. So sieht die Verlagerung an den Rand der Gesellschaft aus. Das Problem ist nicht die Finanzierung, sondern die Struktur, denn sie bestimmt alle Bereiche der Politik. Die Rassenauslöschung bedeutet, dass Diskussionen über die Bewegung der extremen konservativen Rechten und den Backlash geführt werden, ohne dass Rassismus erwähnt wird. Es bedeutet, dass Organisationen schwarzer und Minderheiten angehörender Frauen von lokalen Behörden einem feindseligen Umfeld ausgesetzt sind, indem sie von Sitzungen ausgeschlossen, von Beamtinnen der Stadtverwaltung offen lächerlich gemacht und schikaniert, bei der Leistungsbewertung ungerechtfertigt kontrolliert und aus E-Mail-Verteilerlisten gestrichen werden. Die umfassenderen strukturellen Probleme, die sich in diesen Verhaltensweisen niederschlagen, sind bei der Auftragsvergabe ein Nebenschauplatz.

6.6 Das Gegenarrativ zur Rückeroberung des ungleichen Spielfelds

Die Praktiken des öffentlichen Auftragswesens haben nicht dazu geführt, dass spezialisierte Frauenorganisationen mit der Einrichtung von Frauenhäusern und der Erbringung des breiten Spektrums an Spezialdiensten für gewaltbetroffene Frauen beauftragt wurden. Es gibt jedoch Bestimmungen in den Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen, die genutzt werden können, um diese Praktiken in Frage zu stellen. Die spezialisierten Frauenorganisationen müssen ein Gegenarrativ schaffen, insbesondere unter einem intersektionellen Blickwinkel, um jene Veränderungen im öffentlichen Beschaffungsumfeld zu bewirken, auf Grund derer spezialisierte Frauenorganisationen, die sich mit Gewalt gegen Frauen befassen, einbezogen werden. Im Folgenden finden Sie eine Zusammenfassung der fünf wichtigsten Gegenargumente

6.6.1. Gleichbehandlung

Bei der Gleichbehandlung geht es nicht nur um die Einladung zur Teilnahme an einem Vergabeverfahren. Sie muss über die Teilnahme hinausgehen, um sicherzustellen, dass Aufträge so vergeben werden, dass eine gleichberechtigte Teilnahme von spezialisierten Diensten für Frauen an der Auftragsvergabe gewährleistet ist. Eine Handvoll großer Anbieter, die zahlreiche hochwertige Aufträge vergeben, entspricht nicht den Grundsätzen der Gleichbehandlung. Das öffentliche Beschaffungswesen muss das soziale und wirtschaftliche Umfeld so umgestalten, dass unterschiedliche Organisationen die gleichen Chancen haben, sich zu beteiligen und Aufträge für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Güter zu erhalten. Der Gleichbehandlungsgrundsatz muss lokale spezialisierte Frauenorganisationen einschließen, die in der lokalen Wirtschaft verankert sind und die Möglichkeit haben müssen, sich um Aufträge zu bewerben und den Zuschlag zu erhalten, damit die sichtbare Präsenz dieser Organisationen bei der Erbringung von Leistungen für die von ihnen vertretenen lokalen Gemeinschaften gewährleistet wird. Dazu müssen auch spezialisierte Organisationen schwarzer und Minderheiten angehörender Frauen gehören, die als lokale Vertreterinnen der lokalen Sozial- und Wirtschaftssysteme, in denen sie ansässig sind, angesehen werden können. Ohne eine solche Berücksichtigung wird die Gleichbehandlung im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe verdrängt. Um dieser Verdrängung entgegenzuwirken, muss die Gleichbehandlung im Zusammenhang mit der Beseitigung umfassenderer struktureller Ungleichheiten und der Beseitigung von Benachteiligungen und Ausgrenzungen, die diese Systeme verursachen, betrachtet werden.

6.6.2. Effizienz

Effizienz wurde in finanzieller Hinsicht definiert, und man geht davon aus, dass sie von großen, nicht spezialisierten Organisationen erreicht wird, die sich um öffentliche Aufträge bewerben. Diese Organisationen geben höhere Zielvorgaben und kürzere Bearbeitungszeiten für Frauen an, die Zugang zu Frauenhäusern haben, indem sie die Zeitspanne verkürzen, in der Frauen in Frauenhäusern untergebracht und betreut werden. Auf diese Weise bieten große, nicht spezialisierte Organisationen höhere Zielvorgaben für quantitative Maßnahmen wie die Anzahl der untergebrachten Frauen an, was auf Kosten der Qualität der Dienstleistungen für die in den Frauenhäusern untergebrachten Frauen geht. Große, nicht spezialisierte Organisationen verkennen die Notwendigkeit, traumainformierte Unterstützung nur von Frauen für Frauen zu bieten, um die Genesung von der Gewalt zu unterstützen und eine erneute und sekundäre Viktimisierung zu verhindern. Das Effizienzargument muss sich auf die Qualität der Leistungen beziehen, wie sie von spezialisierten Frauenorganisationen seit Jahrzehnten angeboten werden, und die Überbetonung der finanziellen Effizienz aufheben. Das Argument muss auch Überlegungen zur finanziellen Effizienz in Frage stellen, indem es sich auf die Verringerung der wiederholten und sekundären Viktimisierung konzentriert. Auch wenn sich dies nicht angemessen beziffern lässt, so können spezialisierte Frauenorganisationen doch nachweisen, dass Frauen aufgrund der Art der in spezialisierten Frauenorganisationen angebotenen Dienste von Gewalt frei bleiben und ein unabhängiges Leben führen können. Das Effizienzargument muss daher langfristige Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen berücksichtigen und nicht nur kurzfristige Gewinne aus der unmittelbaren Erbringung von Leistungen, die die wesentlichen Kosten der Bereitstellung von Unterstützung durch Schnellverfahren verbergen können. Unter dem Blickwinkel der Intersektionalität demonstrieren die Dienste für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen ihre Effizienz durch die spezifische und differenzierte Unterstützung, die sie anbieten und die zu einem Mehrwert und zum Aufbau eines Gemeinschaftswerts führt, da sie sich mit den verschränkten Gefahren und Unsicherheiten befassen, denen Frauen ausgesetzt sind; so erzielen durch Effizienz langfristige Einsparungen.

6.6.3. Nachhaltigkeit

Die geschlechtsspezifische Nachhaltigkeitsplanung ist ein entscheidender Aspekt bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit und der Erfüllung der Wohnbedürfnisse von Frauen, einschließlich schwarzer und minorisierter Frauen sowie Frauen mit unterschiedlichen intersektionellen Erfahrungen. Die Einbeziehung aller Frauen, die unterschiedliche Bedürfnisse haben, in den Planungsrahmen trägt dazu bei, die Nachhaltigkeit im Rahmen der Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe zu erfüllen, indem sichergestellt wird, dass die Angebote für Frauen den Bedürfnissen der Allgemeinheit, auch der Bedürfnisse von Kindern, entsprechen; erschwinglicher und nachhaltiger Wohnraum, der sicher und geschützt ist und mit Gewaltprävention verbunden ist; Nutzung des Fachwissens von spezialisierten Frauenorganisationen und von Organisationen schwarzer und minorisierter Frauen, damit das ‚Rad nicht neu erfunden‘ wird. Nachhaltigkeit im Wohnbau und in anderen Planungsrahmen führt zu einem nachhaltigen und langfristigen Mitteleinsatz, der wirtschaftlich sinnvoll ist.

6.6.4. Optimierung und Innovation

Spezialisierte Frauenorganisationen und Organisationen von schwarzen und Minderheiten angehörenden Frauen schaffen sozialen Wert (auch Gemeinschaftswert genannt), beanspruchen aber nicht, dass ihre Arbeit zu Optimierung führt. Organisationen schwarzer und Minderheiten angehörender Frauen haben beispielsweise den Rahmen für die Bereitstellung von frauenzentrierter, traumainformierter, bedarfsorientierter, ganzheitlicher und ergebnisorientierter Rundumbetreuung entwickelt. Zu den Verbesserungen, die dieser Ansatz im Sinne einer Optimierung mit sich bringt, gehört eine verbesserte Risikoerkennung durch einen bedarfsorientierten Ansatz, der die Erfahrungen der Frauen in den Mittelpunkt stellt. Der Ansatz schafft sichere Meldewege, die die Frauen selbst bestimmen. Er gewährleistet ein frühzeitiges Eingreifen und Prävention, die eine Eskalation vermeidet, was zu kostensparenden Maßnahmen und Interventionsformen führt, die die Lebenserfahrung der Frauen widerspiegeln. Er verringert die wiederholte Viktimisierung durch die vollständige und sichere Offenlegung von Bedürfnissen,

wobei auch die Reaktionen lokaler öffentlicher Dienste, der Polizei und des Strafrechtssystems einbezogen sind, durch die koordinierter auf Rechten basierender Schutz gewährt wird. Sie verringert die Gefährdung, indem sie strukturelle Faktoren wie die Erfahrung von Diskriminierung und Rassismus anspricht. Sie ermöglicht den Frauen den eigenständigen Zugang zu weiteren Diensten wie Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie zu anderen Lebenschancen. Sie verbessert die Ergebnisse für die Gemeinschaft, indem sie Frauen dabei unterstützt, für sich selbst und ihre Kinder in einer Weise zu sorgen, die ihre Unabhängigkeit und Freiheit fördert. Es gewährleistet Wahlmöglichkeiten für Frauen, angefangen beim Zugang zu sicheren Weiterverweisungswegen, die es ihnen ermöglichen, eine Reihe von Diensten ihrer Wahl in Anspruch zu nehmen. Und schließlich gewährleistet es eine vollständig kostenmäßig durchkalkulierte Nachsorge, die eine frühzeitige Identifizierung des Nachsorgebedarfs auf integrierte Weise ermöglicht.¹⁸⁷

6.7 Die Auswirkungen der Politik des öffentlichen Auftragswesens auf spezialisierte Dienste für Frauen: Vorschläge für einen strategischen Ansatz

In diesem Kapitel wurde dargelegt, dass die öffentliche Beschaffungspolitik in besonderer Weise zur Umgestaltung des spezialisierten Frauensektors eingesetzt wurde. Die Politik diene als wesentliches Instrument für Geschlechtsneutralität und war eingebettet in einen breiteren Rahmen des Backlash gegen Dienste für Frauen und ein feindliches Umfeld, was die Notwendigkeit eines Gegennarrativs nahelegt (wie oben angeführt). Das Gegennarrativ wird durch Intersektionalität konstruiert (wie im Kapitel über die Definition von Geschlechtsneutralität erörtert) und verweist auf die Notwendigkeit solidarischer Maßnahmen, die sich mit den unverhältnismäßigen Auswirkungen auf verschiedene Gruppen von Frauen befassen müssen.

¹⁸⁷ Imkaan. 2018. From the Margin to the Centre. A Proposal for an Alternative Bill Addressing Violence against Women and Girls. London. Imkaan.

6.8 Zusammenfassung der wichtigsten Fragen und Bedenken, Auswirkungen und Strategien¹⁸⁸

FRAGE/BEDENKEN	AUSWIRKUNGEN	STRATEGIEN
<p>Begrenzte Reaktion der Staaten und Regierungen auf Gewalt gegen Frauen:</p> <p>Zentrale staatliche Finanzierung für einzelne Themen wie Genitalverstümmelung oder Zwangsheirat.</p> <p>Dezentrale Entscheidungsfindung in Bezug auf Finanzierung in einer Reihe von Ministerien, in denen es viele widersprüchliche Prioritäten gibt; lokale Regierungen erbringen Dienstleistungen in Zeiten der Sparpolitik intern</p>	<p>-> Organisationen werden dazu gezwungen, auf ganzheitliches Arbeiten und umfassende Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen zu verzichten.</p> <p>-> Organisationen für schwarze und minorisierte Frauen wegen der geschwächten Rahmen für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen instrumentalisiert. Die Instrumentalisierung verbreitet Narrative, wonach Kulturen Schuld an Gewalt gegen Frauen tragen anstatt Patriarchat und strukturelle Ungleichheit.</p> <p>-> Es fehlt ein kohärenter Ansatz zur Finanzierung von Diensten in der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, da die staatlichen Stellen auf lokaler und nationaler Ebene ihre eigenen Prioritäten durch Lokalismus und Entscheidungsfindung über öffentliche Ausgaben nach eigenem Gutdünken setzen.</p>	<p>Gender Responsive Budgeting wird von spezialisierten Frauenorganisationen gemeinsam gefordert, jedoch müssen die folgenden Kriterien für eine geschlechtsspezifische Ausrichtung einbezogen werden, um dem Schaden, der durch Geschlechtsneutralität, Rassenauslöschung und andere im derzeitigen System eingebetteten Formen der Exklusion und Diskriminierung entsteht, entgegenzuwirken:</p> <p>-> Disaggregation von Daten zu unverhältnismäßigen Auswirkungen.</p> <p>-> Transformative Ansätze bei der Budgeterstellung, die sozialen Wert und Gemeinschaftswert anerkennen.</p> <p>-> Berücksichtigung der in finanziellem Wert ausgedrückten Ergebnisse langfristiger Vorbeugung im Bereich Gewalt gegen Frauen gegenüber kurzfristigen Ergebnissen seitens des wirtschaftlichen Systems</p> <p>-> Demokratische Prozesse bei der Erstellung der nationalen Budgets.</p> <p>-> Verstärkte soziale Investitionen in Verbindung mit sinkenden Militärausgaben und anderen maskulinisierten Merkmalen der derzeitigen Wirtschaftssysteme, die das Patriarchat als Weltanschauung bei der Lösung von Problemen aufrechterhalten.</p> <p>-> Eingehende sozioökonomische Analyse mit Ansätzen wie dem der politischen Ökonomie der Gewalt, um strukturelle Ungleichheit und unverhältnismäßige Auswirkungen (Geschlecht, Rasse, ethnische Zugehörigkeit, Sexualität, Migrantenstatus, Behinderung und andere Kategorien) anzusprechen</p>
<p>Schließung von ganzheitlichen Diensten zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (sexuelle Gewalt und aufsuchende Aktivitäten):</p> <p>Lokalismus bei der Festlegung der Finanzierungsprioritäten in lokalen Gebieten, die durch Geschlechtsneutralität und Rassenauslöschung beeinflusst werden, wo Framing als gemeinschaftlicher Zusammenhalt durch die Geschlechtsneutralität mit Prioritäten bei der Auftragsvergabe verschmolzen wird.</p> <p>Reduzierung bei sicheren Notfallunterkünften, während die Vermittlung von Schlafplätzen stetig steigt</p>	<p>-> Mangel an koordinierten Ansätzen zu Gewalt gegen Frauen im Rahmen der Auftragsvergabe strategie.</p>	<p>Eine Alternative zum öffentlichen Auftragswesen, basierend auf dem Folgenden:</p> <p>-> Zuschussfinanzierung durch die zentrale Regierung und durch Anleitung für lokale Behörden, in der die nationalen Prioritäten im Bereich der Gewalt gegen Frauen enthalten sind.</p> <p>-> Zweckbindung eines Frauenfonds, der von Frauenorganisationen verwaltet und dessen Mittel für solche Organisationen, unter Einschluss der Organisationen für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen, zu verwenden sind.</p> <p>-> Anerkennung von spezialisierten Diensten für Frauen sowie von Diensten für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen in der Sozialwirtschaft.</p> <p>-> Anerkennung von sicheren Unterkünften für Frauen im Rahmen einer zweckgebundenen Priorität, die darauf abzielt, den Notbedarf dauerhaft zu decken.</p>

¹⁸⁸ Imkaan. 2018. From the Margin to the Centre. A Proposal for an Alternative Bill Addressing Violence against Women and Girls. London. Imkaan. Imkaan und Women's Aid. 2014. Successful Commissioning. A Guide for Commissioning Services that Support Women and Children Survivors of Violence. Bristol. Women's Aid. GEO. 2009. Understanding the Stability and Sustainability of the Violence against Women Voluntary Sector Gender and development Network. 2018. Gender Responsiveness.

FRAGE/BEDENKEN	AUSWIRKUNGEN	STRATEGIEN
<p>Unverhältnismäßige Auswirkungen:</p> <p>Verringerung und/oder Verlust von Spezialisierung innerhalb der Organisationen schwarzer und minorisierter Frauen.</p> <p>Abschaffung der zweckgebundenen Zuschüsse, die spezialisierten Frauenorganisationen die Möglichkeit zur Nachhaltigkeit geboten haben.</p> <p>Fehlende Anleitung der Zentralregierung für die lokalen Behörden in Bezug auf Ausschreibungen und Auftragsvergabe</p> <p>Feindseliges Umfeld für Organisationen, die Leistungen für bestimmte Gruppen erbringen (Migrantinnen, Frauen mit unsicherem Einwanderungsstatus sowie schwarze und Minderheiten angehörende Frauen).</p>	<p>-> Fehlende Investitionen in Gemeinschaftswert, der von spezialisierten Frauenorganisationen geschaffen wird.</p> <p>-> Die Politik der Geschlechtsneutralität und der Rassenauslöschung demontiert geschützten Raum für Frauen.</p> <p>-> Ausschluss von lokaler Auftragsvergabe und strategischen Sitzungen.</p>	<p>Langfristige strukturelle Änderungen der Systeme zur Verwaltung finanzieller Mittel sind erforderlich, um die systembedingte Ungleichheit zu beseitigen, die in diese Systeme eingebettet ist und sich in Form von Geschlechtsneutralität und Unverhältnismäßigkeit auf der Grundlage von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Sexualität und anderen Kategorien äußert. Das neue System muss Gedanken der Umverteilungsgerechtigkeit berücksichtigen, um die Ungleichheit anzusprechen.¹⁸⁹ Diese Gedanken befassen sich auch mit den strukturellen Auswirkungen der Ausschließung von Aufträgen und bieten einen Rahmen für ein Verständnis von Vermögensbildung und -verteilung.</p> <p>Kurzfristig müssen geschlechtsneutrale Politiken und Praktiken vollständig abgeschafft werden, und zwar auf folgender Grundlage: Akzeptanz von spezialisierten Diensten für Frauen und Diensten für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen innerhalb der Finanzierungsverwaltungsstrukturen, zweckgebundene Finanzierung, dauerhafte Mittelzuweisung in Anerkennung des gesellschaftlichen Problems der Gewalt gegen Frauen, integrative Finanzierungsstrukturen für alle Gruppen von Frauen, einschließlich schwarzer und Minderheiten angehörender Frauen, Migrant:innen, Frauen mit unsicherem Einwanderungsstatus (neben anderen Gruppen), langfristige Nachhaltigkeit der Finanzierung für diese Organisationen.</p>
<p>Ausschreibungen unter Wettbewerbsbedingungen:</p> <p>Vermehtes Aufkommen von Ausschreibungen, die große, nicht auf VAW spezialisierte Anbieter von Leistungen begünstigen, die mit Kostendegression arbeiten.</p> <p>Eine rein performance-orientierte Erbringung von Leistungen, die sich auf Ziele und Ergebnisse konzentriert, erreichbar durch Rationalisierungsmaßnahmen, wie z. B. einen Standardansatz für alle, wie es am besten zu Kostendegression passt.</p>	<p>-> Verstärkte Präsenz von nicht auf VAW spezialisierten Anbietern bei Leistungen im Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.</p> <p>-> Das langfristige Ziel der Beendigung von Gewalt gegen Frauen wird bei der Erbringung von Leistungen verdrängt, da die Organisationen wettbewerbsorientierte Ziele verfolgen.</p>	<p>Wettbewerb ist eine Praxis des privaten Sektors. Er passt nicht in den sozialen Sektor. Er wirkt sich nachteilig aus: Er untergräbt den sozialen Wert von Organisationen, die sich mit sozialen Problemen befassen, die nicht durch Wettbewerb bewertet werden können. Sie begünstigt Größenvorteile, bei denen der Preis schwerer wiegt als die Qualität. VAW-Dienste können sich nicht in die maskulinisierten Wettbewerbsregeln einfügen. Bei Ausschreibungen müssen spezialisierte - Frauenorganisationen, die Gewalt gegen Frauen anbieten, ausgeschlossen werden.</p>
<p>Ressourcendruck:</p> <p>Kurzfristige Finanzierungszyklen.</p> <p>Die lokalen Behörden wenden im Rahmen der Vertragsüberwachung Strafmaßnahmen an.</p>	<p>-> Diese stören sowohl die Stabilität als auch die Nachhaltigkeitspläne von Organisationen.</p> <p>-> Dadurch werden Organisationen zur Anpassung an neue Regelungen gezwungen, die sozialen Wert nicht anerkennen.</p>	<p>Langfristige Nachhaltigkeitsplanung, gestützt durch langfristige Finanzierungs- und Ressourcenstrategien des Staates und der Regierung, wenn diese Stellen die Verantwortung für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen übernehmen und entsprechende Maßnahmen ergreifen.</p>
<p>Umgestaltete Leistungen:</p> <p>Einführung des ‚unternehmerischen‘ Ansatzes im sozialen Sektor, da spezialisierte Frauenorganisationen die Sprache der Leistung und Professionalität übernehmen.</p> <p>Bildung ungleicher Partnerschaften und Zusammenschlüsse, von denen insbesondere Organisationen für schwarze und minorisierte Frauen betroffen sind, welche durch lokale Auftragsvergaben gezwungen werden, Vereinbarungen einzugehen.</p> <p>Kostenwirksamkeit und Effizienz bzw. Bevorzugung des Preises gegenüber der Qualität bei lebensrettenden Maßnahmen für Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt geworden sind.</p>	<p>-> Internalisierung des Wettbewerbs, die zu einer Spaltung des spezialisierten Sektors für die Unterstützung von Frauen führt; dieser kämpft um sein Überleben, wobei sich große Organisationen kleine Organisationen einverleiben.</p> <p>-> Verdrängung der spezialisierten Leistungen und der Aneignung von spezialisiertem Wissen und Fähigkeiten.</p> <p>-> Langfristige Auswirkungen auf Autonomie, Schwerpunkt und Nachhaltigkeit.</p>	<p>Ratifizierung der Istanbul-Konvention und vollständige Umsetzung, die zu umfassenden nationalen Gesetzen, Strategien und Finanzierungsstrukturen in der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen führt.</p> <p>Durchführung von Kosten-Nutzen- und sozioökonomischen Analysen sowie von Studien über die Auswirkungen der Gleichstellung auf die Vergabe von Dienstleistungen im Bereich der Gewalt gegen Frauen, bevor diese Aufträge vergeben werden, und Erwägung einer wirksameren Zuschussfinanzierung für bestehende Leistungen.</p>

¹⁸⁹ Villanueva, E. 2018. Decolonising Wealth. Indigenous Wisdom to Heal Divides and Restore Balance. Oakland. Berrett-Koehler Publishers.

7. Die Verantwortung der Staaten bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

7.1 Neudefinition der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung zur Gleichstellung der Geschlechter. Die Auswirkungen von Covid-19

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die 2015 von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet wurde,¹⁹⁰ „bietet einen gemeinsamen Entwurf für Frieden und Wohlstand für die Menschen und den Planeten, jetzt und in Zukunft. Ihr Kernstück sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), die eine dringende Aufforderung zum Handeln für alle Länder darstellen.“ Ziel 5 betrifft die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen. Laut der Plattform für nachhaltige Entwicklungsziele¹⁹¹ zeigten einige Indikatoren für das Jahr 2019, dass die Gleichstellung der Geschlechter gut vorankommt, jedoch gab es einen deutlichen Rückgang der Indikatoren für die Prävalenz von weiblicher Genitalverstümmelung und Frühehen, obwohl die Gesamtzahlen weiterhin hoch sind. Darüber hinaus waren die Fortschritte bei einer Vielzahl von Indikatoren unzureichend, was bedeutet, dass das Ziel für nachhaltige Entwicklung Nr. 5 nicht erreicht wurde. Die „rechtliche Diskriminierung, ungerechte soziale Normen und Einstellungen, die Entscheidungsfindung in sexuellen und reproduktiven Fragen und die geringe politische Beteiligung untergraben die Fähigkeit, das Ziel für nachhaltige Entwicklung 5 zu erreichen.“

Angesichts der aktuellen Pandemie, bei der Regierungen in aller Welt den Menschen raten, in ihren eigenen vier Wänden zu bleiben, ist klar, dass das Zuhause für viele Frauen, die Gewalt erleben, kein sicherer Hafen ist. In der jüngsten Grundsatzerklärung von WAVE zu COVID-19 und Gewalt gegen Frauen und Mädchen¹⁹² wurde auf die weit verbreiteten Auswirkungen von COVID-19 auf Frauen und Mädchen, die Gewalt erleben, sowie auf den Zugang von Frauen zu spezialisierten Diensten hingewiesen. Angesichts des aktuellen Umfelds in der durch COVID-19 geprägten Zeit sind diese Ziele noch wichtiger und bilden einen notwendigen Rahmen für die Unterstützung, den Schutz und die Rechte von Frauen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, die vorgenannten Ziele an die aktuellen Herausforderungen der COVID-19 anzupassen. Laut dem UN Policy Brief über die Auswirkungen von COVID-19¹⁹³ wird COVID-19 für Frauen, die bereits am wirtschaftlichen Rande leben, verschärfte Auswirkungen haben. Schon vor der COVID-19-Pandemie war das Ungleichgewicht in der geschlechtsspezifischen Verteilung der unbezahlten Arbeit eklatant: Frauen leisteten dreimal so viel unbezahlte Pflege- und Hausarbeit wie Männer. Da die Kinder nicht zur Schule gehen und der Pflegebedarf älterer Menschen, kranker Familienmitglieder bei überlasteten Gesundheitsdiensten¹⁹⁴ zunimmt, steigt der Bedarf an Pflegearbeit deutlich an, was bestehende Ungleichheiten offenlegen und verstärken kann.

In Notfällen wie diesen, in denen die Gewalt gegen Frauen tendenziell zunimmt,¹⁹⁵ stellt sich eine Fülle von Fragen zum Schutz der Frauenrechte. Abgesehen von den verheerenden Folgen der Pandemie für die öffentliche Gesundheit und Sicherheit, die Wirtschaft und den Sozialschutz hat COVID-19 nicht nur die offensichtlichen Ungleichheiten verstärkt, mit denen Frauen konfrontiert sind, die Minderheiten und vulnerablen Gruppen angehören, sondern auch deutlich gemacht, wie unverhältnismäßig stark sie von bereits bestehenden strukturellen Ungleichheiten betroffen sind. Migrantinnen, Frauen mit Behinderungen, Frauen in der Prostitution, indigene Frauen, ältere Frauen, Flüchtlingsfrauen, asylsuchende Frauen und andere dürfen von der Debatte nicht ausgeschlossen werden.

Der UN Policy Brief über die Auswirkungen von COVID-19 enthält besorgniserregende Zahlen über die Auswirkungen der Pandemie auf die Gewalt gegen Frauen in der ganzen Welt. In

¹⁹⁰ A/RES/70/1, 25. September

¹⁹¹ UN-Plattform für nachhaltige Entwicklungsziele, verfügbar unter www.sustainabledevelopment.un.org

¹⁹² WAVE Grundsatzerklärung: Covid-19 und Gewalt gegen Frauen und Mädchen

¹⁹³ UN Policy Brief on the impact of COVID-19, 9. April 2020, S. 6

¹⁹⁴ Ibid.

¹⁹⁵ Erklärung des Ausschusses der Vertragsparteien des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) zur Umsetzung des Übereinkommens während COVID-19, 20. April 2020.

Frankreich haben die Meldungen über häusliche Gewalt seit dem Lockdown im März 2020 um 30 % zugenommen. In Zypern und Singapur¹⁹⁶ haben die Notrufstellen einen Anstieg der Anrufe um 30 % bzw. 33 % verzeichnet. In Argentinien haben die Notrufe wegen häuslicher Gewalt seit dem Lockdown im März 2020 um 25 % zugenommen.¹⁹⁷ Darüber hinaus haben die Vereinten Nationen in einem kürzlich erschienenen Artikel über die „Gleichstellung der Geschlechter in Zeiten von COVID-19“ festgestellt, dass Zentralamerika die höchste Zahl an Femiziden in der Welt aufweist. In Zeiten einer Pandemie, in denen Frauen in einem Raum mit dem Gewalttäter gefangen sind, sollten die Staaten alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um dieses Verbrechen zu verhindern und auszumerzen. Der WAVE-Länderbericht 2019 empfiehlt den Staaten, sich zu bemühen, die Kategorie der „Femizid-Opfer“ bei der Datenerhebung zu berücksichtigen. Der Bericht hebt auch hervor, dass die Daten nach Alter und Geschlecht von Opfern und Tätern aufgeschlüsselt werden sollten.¹⁹⁸ Darüber hinaus sollten die Daten auch nach ethnischer Zugehörigkeit und Rasse aufgeschlüsselt werden, da sonst eine unverhältnismäßige Auswirkung verborgen bleibt.

Während einige ultrakonservative Regierungen in ganz Europa Maßnahmen ergriffen und Gesetze verabschiedet haben, die die Rechte der Frauen aktiv einschränken und untergraben, ist es von größter Bedeutung, die Nachwirkungen dieser Pandemie und die potenzielle Einschränkung der Freiheit und der Rechte der Frauen nicht aus den Augen zu verlieren: Der Zugang der Frauen zur Justiz, Fragen wie das gemeinsame Sorgerecht, der unverhältnismäßig schwierige Zugang zu spezialisierten Diensten für Frauen, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, die reproduktiven und gesundheitlichen Rechte der Frauen und die Finanzierung von NGOs gehören zu den Hauptanliegen, die in einer Fülle von kürzlich veröffentlichten Strategiepapieren hervorgehoben werden. Die Diskussion ist aktueller denn je, und sie sollte eine ganzheitliche, behördenübergreifende und koordinierte Reaktion aller Beteiligten umfassen: Polizei, Sozialdienste, Gesundheitsfachkräfte und andere einschlägige Organisationen, die Leistungen an vorderster Front anbieten.^{199 200}

Laut Ziel 5 der Ziele für nachhaltige Entwicklung ist „die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur ein grundlegendes Menschenrecht, sondern auch eine notwendige Grundlage für eine friedliche, wohlhabende und nachhaltige Welt.“ Auch wenn in den letzten Jahrzehnten Fortschritte erzielt wurden: „Mehr Mädchen gehen zur Schule, weniger Mädchen werden zu einer frühen Heirat gezwungen, mehr Frauen sitzen im Parlament und in Führungspositionen, und Gesetze werden reformiert, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben,“²⁰¹ bleiben viele Herausforderungen bestehen.²⁰² Die Vereinten Nationen haben in der Tat auf die nachteiligen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie hingewiesen und darauf, wie sie „die begrenzten Fortschritte, die in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frauen erzielt wurden, wieder umkehren könnte.“ In Bezug auf die COVID-19-Pandemie haben die Vereinten Nationen darauf hingewiesen, dass jeder Plan zur Bekämpfung der Pandemie auch die geschlechtsspezifischen Auswirkungen dieser Pandemie berücksichtigen muss: Einbeziehung von Frauenorganisationen in die COVID-19-Pandemieplanung und -Entscheidungsfindung, Umwandlung der Ungleichheiten bei der unbezahlten Betreuungsarbeit in eine neue, integrative Betreuungswirtschaft und Ausarbeitung sozioökonomischer Pläne mit einem bewussten Schwerpunkt auf dem Leben und der Zukunft von Frauen und Mädchen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten „sich dafür einsetzen, auf dem gesamten Kontinent solidarisch zu handeln und Frauen davor zu schützen, die Last der Krise zu tragen.“²⁰³ Die Europäische Frauenlobby (EWL) hat in ihrem Policy Brief Empfehlungen an die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten gerichtet, die

¹⁹⁶ UN Policy Brief on the impact of COVID-19, 9. April 2020

¹⁹⁷ Ibid.

¹⁹⁸ Andrada Filip, WAVE Thematic Paper: "Prevention and eradicating femicide", 2017 S. 5.

¹⁹⁹ Erklärung des Ausschusses der Vertragsparteien, 20. April 2020.

²⁰⁰ Bericht der Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen, ihre Ursachen und Folgen, Juni 2017, Absatz 101

²⁰¹ UN-Plattform für nachhaltige Entwicklungsziele, verfügbar unter: www.sustainabledevelopment.un.org

²⁰² „Diskriminierende Gesetze und soziale Normen sind nach wie vor allgegenwärtig, Frauen sind auf allen politischen Führungsebenen unterrepräsentiert, und 1 von 5 Frauen und Mädchen zwischen 15 und 49 Jahren berichtet, dass sie innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten körperliche oder sexuelle Gewalt durch einen Intimpartner erlebt haben“, UN-Plattform für nachhaltige Entwicklungsziele, verfügbar unter: www.sustainabledevelopment.un.org.

²⁰³ Women must not pay the price for COVID-19: Putting equality between women and men at the heart of response to COVID-19 across Europe, European Women's Lobby Policy Brief, April 2020.

sofortige und langfristige Maßnahmen zur Festlegung von Standards für den Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen beinhalten und dazu genutzt werden können, die Regierungen zur Gleichstellung der Geschlechter herauszufordern.

Die EWL hat festgestellt, dass die EU-Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass „Frauen Gehör finden und in Entscheidungsprozessen gleichberechtigt vertreten sind und dass zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen bei der Entwicklung und Umsetzung lokaler, nationaler und europäischer Maßnahmen und Pläne für die Umgestaltung und Erneuerung von Systemen konsultiert werden.“²⁰⁴ Darüber hinaus empfiehlt der Policy Brief den Staaten, einen Gender-Mainstreaming-Ansatz zu verfolgen, „insbesondere bei der Erbringung, Überwachung und Bewertung von geschlechtergerechten öffentlichen Dienstleistungen und Konjunkturpaketen.“²⁰⁵ Außerdem müssen die EU-Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Frauenorganisationen, die wichtige Leistungen für gefährdete Frauen und Mädchen erbringen, während dieser Krise und ihrer Folgen angemessen finanziert werden.²⁰⁶ Die Verabschiedung vorübergehender Sondermaßnahmen wird ebenfalls als wichtige Maßnahme genannt, um „Frauen davor zu schützen, die Hauptlast dieser Sparmaßnahmen zu tragen, und um sicherzustellen, dass solche Maßnahmen in künftigen Zeiten wirtschaftlicher Rezession nie wieder in Betracht gezogen werden.“²⁰⁷ Daher müssen die Staaten „geschlechtsspezifische soziale und wirtschaftliche Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen und Mädchen in prekären Situationen bereitstellen, einschließlich derjenigen, die vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht sind, die Gefahr laufen, in Armut zu leben und/oder von Armut trotz Erwerbstätigkeit betroffen sind.“

7.2 Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, allgemein bekannt als Istanbul-Konvention, ist das erste rechtsverbindliche Instrument in Europa im Bereich der Gewalt gegen Frauen.²⁰⁸ Es bietet einen geschlechtsspezifischen Rahmen für Gewalt gegen Frauen, die als „Menschenrechtsverletzung und Form der Diskriminierung“ (Artikel 2) verstanden wird.²⁰⁹ Interessanterweise wurden Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt erst in den frühen 1990er Jahren vom internationalen Recht als Menschenrechtsverletzung anerkannt.²¹⁰ Tatsächlich wurden viele Formen der Gewalt gegen Frauen, insbesondere häusliche Gewalt, „nicht als ernsthaftes völkerrechtliches Problem betrachtet.“²¹¹ Nach den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda lag der Schwerpunkt des internationalen Rechts auf Vergewaltigungen im Krieg, und „private Gewalt, wie häusliche Gewalt oder Zwangsheirat, wurde nicht ernsthaft als globales Menschenrechtsthema akzeptiert.“²¹²

Das vorgenannte Rechtsinstrument enthält Normen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und zielt darauf ab, Gewalt gegen Frauen nicht zu tolerieren.²¹³ Darüber hinaus gilt sie als das weitreichendste und umfassendste Rechtsdokument, das sich mit dem Problem der Gewalt gegen Frauen befasst.²¹⁴ Die Istanbul-Konvention ist das einzige internationale Rechtsinstrument, das den Staat dazu verpflichtet, die Verfügbarkeit

²⁰⁴ European Women's Lobby Policy Brief, April 2020, S. 3.

²⁰⁵ Ibid., S. 3.

²⁰⁶ Ibid., S. 3.

²⁰⁷ Ibid., S. 4.

²⁰⁸ Erläuternder Bericht zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

²⁰⁹ Dubravka Simonović, *Human Rights Quarterly*, Vol. 36, No. 3 (August 2014), S. 590-606, 590.

²¹⁰ Bonita C. Meyersfeld, *Introductory note to the Council of Europe Convention on Preventing and Combating Violence Against Women and Domestic Violence*, *International Legal Materials*, Bd. 51 (2012).

²¹¹ Ibid.

²¹² Ibid.

²¹³ Erläuternder Bericht zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, 2011.

²¹⁴ Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention): Fragen und Antworten.

spezieller, auf die Bedürfnisse von Frauen zugeschnittener Dienste mit geschulten Fachkräften sicherzustellen, die in der Lage sind, weibliche Überlebende von Gewalt zu unterstützen.²¹⁵

Bis heute ist die Istanbul-Konvention erst dabei, geschlechtsspezifische Gewalt in den „Vordergrund der öffentlichen Debatte“ zu rücken.²¹⁶ Es lässt sich nicht leugnen, dass sie einen herausragenden und innovativen Charakter hat, indem sie Schlüsseldefinitionen für die Sorgfaltspflichtnorm, geschlechtsspezifische Gewalt und schließlich die Möglichkeit, geschlechtsspezifische Asylanträge zu stellen, enthält.²¹⁷ ²¹⁸ Dennoch können die jüngsten (unbegründeten) Angriffe gegen die Konvention in einem breiteren Kontext eines Backlash gegen Frauenrechte verstanden werden.

In seinen Schlussfolgerungen hat der Ausschuss für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung des Europarats festgestellt, dass die Geschlechtsneutralität ein dringendes Problem ist, das den Fortschritt im Bereich der Frauenrechte und des Schutzes vor geschlechtsspezifischer Gewalt behindert.²¹⁹

In einigen europäischen Ländern identifizierte man die sogenannten „Väterbewegungen“,²²⁰ die „Familien-Mainstreaming-Politik“²²¹ und die „Gender-Ideologie“²²² als etwas, was darauf abzielt, die Rechte der Frauen zu untergraben und Frauen und Mädchen in eine schlechtere Position zu bringen. Mit großer Besorgnis betont der Europarat die negativen Auswirkungen der Propaganda gegen die Istanbul-Konvention auf die Förderung der Geschlechtergleichstellung.²²³ Darüber hinaus verzögert diese Propaganda offensichtlich die Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul (z. B. in Ungarn und der Slowakei).

Der Bericht der politischen Abteilung für Bürgerrechte und konstitutionelle Angelegenheiten über den Backlash gegen die Gleichstellung der Geschlechter unterstreicht die schädlichen Auswirkungen der zuvor erwähnten Bewegungen: die ungarische Sozialpolitik für die Familie, die eher ein Family Mainstreaming²²⁴ als eine Gender Mainstreaming-Politik fördert, und die polnische „Gender-Ideologie“, eine „pronatalistische traditionelle Familienpolitik“, die im Bereich der Bildung zu einer erklärten Priorität der Regierung geworden ist. In Bezug auf die bereits erwähnten Angriffe auf die IK erinnert der Ausschuss für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung des Europarats daran, dass „die Istanbul-Konvention keine Definition dessen enthält, was eine Familie ausmacht, oder ein bestimmtes Familienumfeld fördert.“²²⁵

Mit der Ratifizierung des Übereinkommens sind die Regierungen verpflichtet, ihre Gesetze zu ändern, praktische Maßnahmen einzuführen und Ressourcen bereitzustellen, um umfassende und koordinierte Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von sexueller Ausbeutung wirksam umzusetzen.²²⁶ Es sei darauf hingewiesen, dass die Verpflichtung der Staaten zur Ratifizierung des Übereinkommens auch in Zeiten einer Pandemie fortbesteht; daher werden die Staaten ermutigt, das Übereinkommen zu ratifizieren. Der Beitritt der Europäischen Union zu dem Vertrag liegt noch immer auf Eis.

Die Istanbul-Konvention enthält eine umfassende Liste rechtsverbindlicher Verpflichtungen zur Verhütung von und Reaktion auf Gewalt gegen Frauen (die im Toolkit näher erläutert werden): Die

²¹⁵ WAVE-Handbuch: The Strength-Based Needs-Led Approach as a Tool of Empowerment in Women's Specialist Services Supporting Survivors of Domestic Violence. A Pilot Study, September 2018.

²¹⁶ Report of the Committee on Equality and Non-Discrimination: The Istanbul Convention on violence against women: achievements and challenges, Juni 2019, Abs. 70.

²¹⁷ Dubravka Simonović, Human Rights Quarterly, Vol. 36, No. 3 (August 2014), S. 602.

²¹⁸ Introductory note to the Council of Europe Convention on Preventing and Combating Violence Against Women and Domestic Violence, International Legal Materials, Bd. 51, S. 107.

²¹⁹ Report of the Committee on Equality and Non-Discrimination: The Istanbul Convention on violence against women: achievements and challenges, Juni 2019, Abs. 70.

²²⁰ Ibid.

²²¹ Backlash in Gender Equality and Women's and Girls' Rights. The Main Concerns identified in Austria, Hungary, Italy, Poland, Romania and Slovakia. Policy Department for Citizens' Rights and Constitutional Affairs.

²²² Ibid.

²²³ Report of the Committee on Equality and Non-Discrimination: The Istanbul Convention on violence against women: achievements and challenges, Juni 2019, Abs. 41, 42.

²²⁴ Backlash in Gender Equality and Women's and Girls' Rights.

²²⁵ Report of the Committee on Equality and Non-Discrimination: The Istanbul Convention on violence against women: achievements and challenges, Juni 2019, Abs. 47.

²²⁶ Council of Europe: The Istanbul Convention and the CEDAW framework: A comparison of measures to prevent and combat violence against women.

Einführung von Straftatbeständen (Artikel 45), die unverzügliche Reaktion auf Gewalt (Artikel 50), die Risikobewertung und das Risikomanagement (Artikel 51) sowie die Gewährleistung angemessener zivilrechtlicher Rechtsbehelfe für die Opfer gehören zu der umfassenden Liste der staatlichen Verpflichtungen.²²⁷

Im Gegensatz zu anderen internationalen Verträgen, die sich mit geschlechtsspezifischer Gewalt befassen, bietet die Istanbul-Konvention Standards für die Umsetzung umfassender und koordinierter Maßnahmen zwischen nationalen und staatlichen Stellen, die an Präventions-, Strafverfolgungs- und Schutzmaßnahmen beteiligt sind.²²⁸ Darüber hinaus stellt die Aufnahme des Straftatbestands der häuslichen Gewalt in einen Menschenrechtsvertrag eine sehr wichtige Entwicklung dar.²²⁹

Laut der Autorin Ronagh McQuigg „bauen die Bestimmungen der Istanbul-Konvention, die sich auf häusliche Gewalt beziehen, im Wesentlichen auf den Pflichten auf, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den Staaten in dieser Frage auferlegt hat, da die Bestimmungen der Istanbul-Konvention viel umfassender sind.“²³⁰ Darüber hinaus ist die Tatsache, dass die IK in erster Linie durch einen Berichtsmechanismus überwacht wird, anstatt die Opfer zu verpflichten, die Fälle vor Gericht zu bringen (wie es in der Europäischen Menschenrechtskonvention der Fall ist), von großem Vorteil.²³¹

Andererseits sieht sich die IK mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert, die notwendigerweise mit seiner Umsetzung und Durchsetzung zusammenhängen, da es sehr schwierig ist, Staaten zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu zwingen.²³² Um ein optimales Maß an Wirksamkeit zu gewährleisten, ist es sehr wichtig, dass die Konvention „von der Mehrheit, wenn nicht sogar von allen Mitgliedstaaten des Europarats ratifiziert wird.“²³³ „Es ist möglich, dass eine Reihe von Staaten zögert, die Istanbul-Konvention zu ratifizieren, da den Vertragsstaaten dieses Instruments erhebliche Pflichten auferlegt werden.“²³⁴ Insbesondere die Verpflichtungen, die sich auf die Bereitstellung sozialer Unterstützungsmaßnahmen für die Opfer beziehen, erfordern erhebliche Ausgaben der Regierungen.²³⁵ Die Wirksamkeit von Menschenrechtsverträgen hängt daher in hohem Maße von der Bereitschaft der Staaten ab, ihren Verpflichtungen nachzukommen.²³⁶

7.3 Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)

CEDAW enthält Normen zur Verhinderung und Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen. Ihr Hauptzweck ist die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen.²³⁷ Sie wird gemeinhin als "International Women's Bill of Rights" bezeichnet.²³⁸ Obwohl CEDAW keine spezifische Bestimmung über Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt enthält, geht sie indirekt gegen Gewalt vor, indem sie schädliche Geschlechterstereotypen, Praktiken und Gesetze bekämpft, die geschlechtsspezifische Voreingenommenheit aufrechterhalten und letztlich gegen die Gleichstellung der Geschlechter wirken.²³⁹ In der Allgemeinen Empfehlung 19 (1992) zu Gewalt gegen Frauen wird die in Artikel 1 des CEDAW enthaltene Definition näher erläutert, indem präzisiert wird, dass die Diskriminierung von Frauen auch geschlechtsspezifische Gewalt umfasst, d.h. „Gewalt, die sich gegen Frauen richtet, weil sie eine Frau sind, oder die Frauen unverhältnismäßig stark betrifft.“

²²⁷ Directorate General for Internal Policies, Policy Department C: Citizens' Rights and Constitutional Affairs. Gender Equality: How could the Convention on the elimination of all forms of discrimination against women (CEDAW) be implemented in the EU legal framework? 2011.

²²⁸ The Istanbul Convention: A tool to tackle violence against women and girls. Dezember 2019.

²²⁹ McQuigg, R. The Istanbul Convention, Domestic Violence and Human Rights. Routledge, 2017, S. 169.

²³⁰ Ibid., S. 170.

²³¹ Ibid., S. 170.

²³² Ibid., S. 183.

²³³ McQuigg, R. The Istanbul Convention, Domestic Violence and Human Rights. Routledge, 2017, S. 177.

²³⁴ Ibid., S. 177.

²³⁵ Ibid., S. 177.

²³⁶ Ibid., S. 184.

²³⁷ Council of Europe: The Istanbul Convention and the CEDAW framework: A comparison of measures to prevent and combat violence against women.

²³⁸ Ibid.

²³⁹ Ibid.

Die genannte Konvention ist der erste und einzige Menschenrechtsvertrag, der die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, soziale Einstellungen und kulturelle Muster und Praktiken zu ändern und abzuschaffen, die auf der Vorstellung von Minderwertigkeit und Überlegenheit oder stereotypen Rollen für Männer und Frauen beruhen (Artikel 5). Diese Verpflichtung verlangt von den Staaten, geschlechtsspezifische Stereotypen zu bekämpfen und somit aktiv gegen jede Form der Diskriminierung von Frauen vorzugehen. Der Staat hat also eine dreifache Verpflichtung: die Verpflichtung, die Rechte der Frauen zu achten, zu schützen und zu gewährleisten, und somit für die Verwirklichung der Rechte der Frauen zu sorgen.²⁴⁰

Die Verabschiedung des Fakultativprotokolls im Jahr 2000 stärkte die Konvention als Rechtsinstrument zum Schutz der Menschenrechte von Frauen, indem sie es dem Ausschuss ermöglichte, sowohl individuelle Petitionen als auch Beschwerden über schwerwiegende oder systematische Verletzungen der Konvention zu prüfen.²⁴¹ Laut Dubravka Simonović wurde eine geschlechtsneutrale Norm „durch die Verabschiedung des geschlechtsasymmetrischen Antidiskriminierungsinstruments für Frauen für immer verändert“.

Die CEDAW verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz zur Gleichstellung. Sie erwähnt die formale Gleichstellung, die materielle Gleichstellung und die transformative Gleichstellung. Formale Gleichstellung bedeutet, dass es keine direkte oder indirekte Diskriminierung von Frauen gibt. Das reicht jedoch nicht aus. Im Mittelpunkt des Übereinkommens steht die Verpflichtung der Vertragsparteien, nicht nur eine formale Gleichstellung offiziell zu verankern, sondern auch eine faktische oder materielle Gleichstellung zu gewährleisten (Artikel 4). Damit sind die Vertragsstaaten verpflichtet, die unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen zu beseitigen und sich überschneidende Formen der Diskriminierung zu erkennen und zu beseitigen. Der letzte Ansatz, den CEDAW verfolgt, ist die transformative Gleichstellung (Artikel 5 (a)). Dieser Gleichstellungsansatz verlangt von den Staaten, dass sie sich mit den vorherrschenden Geschlechterverhältnissen und dem Fortbestehen von geschlechtsspezifischen Stereotypen auseinandersetzen. In der Allgemeinen Empfehlung 25²⁴² heißt es: „Die Lage der Frauen wird sich nicht verbessern, solange die der Diskriminierung von Frauen und ihrer Ungleichheit zugrunde liegenden Ursachen nicht wirksam angesprochen werden.“

CEDAW wurde mehrfach kritisiert, was zu komplexen Debatten führte, die teilweise durch mehrere Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses gelöst wurden. Diese Empfehlungen sind in der Tat eine äußerst relevante Rechtsquelle, wenn der CEDAW-Ausschuss individuelle Beschwerden in Bezug auf staatliche Verpflichtungen und häusliche Gewalt beurteilt. Eine der Kritiken bezieht sich auf die Tatsache, dass der Text von CEDAW Frauen als eine homogene Gruppe behandelt (mit Ausnahme von Artikel 14), ohne einen intersektionellen Ansatz zu verfolgen. Laut Marsha A. Freeman, Christine Chinkin und Beate Rudolf „erkennt die Intersektionalität an, dass es Gruppen von Frauen gibt, die neben der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung gleichzeitig auch Diskriminierung aus anderen Gründen wie Alter, Behinderung, Indigenität, Rasse und sexueller Orientierung erfahren können.“²⁴³ In der allgemeinen Empfehlung 28²⁴⁴ und der allgemeinen Empfehlung 35²⁴⁵ heißt es, dass „die Diskriminierung von Frauen aufgrund von Geschlecht und Gender untrennbar mit anderen Faktoren verbunden ist, die Frauen betreffen, wie Rasse, ethnische Zugehörigkeit, Religion oder Weltanschauung, Gesundheit, Status, Alter, Klasse, Kaste, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität.“ Außerdem wurde Kritik an der Heteronormativität der Konvention geäußert, da die sexuelle Ausrichtung nicht erwähnt wird und davon ausgegangen wird, dass das Familienleben auf der Ehe basiert.

²⁴⁰ The UN Convention on the Elimination of all forms of Discrimination against Women: A commentary (Marsha A. Freeman, Christine Chinkin and Beate Rudolf eds., Oxford 2012) S. 275, 276.

²⁴¹ Ibid., S. 594.

²⁴² Allgemeine Empfehlung Nr. 25 zu Artikel 4, Absatz 1 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, zu vorübergehenden Sondermaßnahmen, 2004, Absatz 10.

²⁴³ Kimberlé Crenshaw, "Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics" (1989) University of Chicago Legal Forum 139; The UN Convention on the Elimination of all forms of Discrimination against Women: A commentary (Marsha A. Freeman, Christine Chinkin and Beate Rudolf eds., Oxford 2012) S. 275.

²⁴⁴ CEDAW/C/GC/28, Allgemeine Empfehlung Nr. 28 zu den Hauptpflichten der Vertragsstaaten nach Artikel 2 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, Absatz 18.

²⁴⁵ CEDAW/C/GC/35, Allgemeine Empfehlung Nr. 35 zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen, Aktualisierung der allgemeinen Empfehlung Nr. 19, Absatz. 12

Der Fall González Carreño gegen Spanien (CEDAW/C/58/D/47/2012)^{246 247} ist ein Beispiel für das Versäumnis des Staates, häusliche Gewalt bei der Festlegung von Besuchszeiten zu berücksichtigen, um sicherzustellen, dass diese Frauen und Kinder nicht gefährden.^{248 249} Dieser Fall stellt einen äußerst wichtigen Präzedenzfall dar, da er der erste Fall von häuslicher Gewalt ist, der gegen Spanien vorgebracht wurde. Der CEDAW-Ausschuss stellte fest, dass die inländischen Justiz- und Verwaltungsbehörden die Rechte der Beschwerdeführerin verletzt hatten, weil sie nicht mit der gebotenen Sorgfalt gehandelt hatten²⁵⁰ und ihre Entscheidungen auf stereotypen Vorstellungen darüber beruhten, was häusliche Gewalt ist. Ángela González Carreño lebte viele Jahre lang in einer missbräuchlichen Beziehung mit ihrem Ehemann. Sie hatten eine gemeinsame Tochter namens Andrea. Selbst als sie ein Trennungs- und Scheidungsverfahren einleitete, ließen die Gewaltepisoden nicht nach. Angela zeigte jeden Übergriff bei der Polizei und den Gerichten an, aber der Täter wurde nie verurteilt, und es wurden keine Maßnahmen zu ihrem Schutz und dem ihrer Tochter ergriffen. Schließlich nutzte der Täter einen unbegleiteten Besuch, um Andrea zu töten und sich das Leben zu nehmen.²⁵¹

Der CEDAW-Ausschuss entschied, dass die Antworten der spanischen Behörden auf einer „stereotypen Auffassung des Besuchsrechts auf der Grundlage formaler Gleichheit“ beruhten, ohne die häusliche Gewalt gebührend zu berücksichtigen, die die Beschwerdeführerin und ihre Tochter in eine gefährdete Lage brachte.^{252 253} Durch die Entscheidung, unbegleitete Besuche zuzulassen, ohne den Hintergrund der häuslichen Gewalt ausreichend zu berücksichtigen, haben die spanischen Behörden daher ihre Sorgfaltspflichten gemäß CEDAW nicht erfüllt.^{254 255} Darüber hinaus wurde das Versäumnis des Staates, Angela zu schützen, vom Ausschuss als eine Form der Diskriminierung und eine Verletzung der Verpflichtungen des Staates gemäß Artikel 2(a-f), 5(a) und Artikel 16(1)(f) CEDAW betrachtet.^{256 257}

Zuzulassen, dass Kinder Zeugen von Gewalt sind, wurde vom Ausschuss für die Rechte des Kindes in seiner allgemeinen Bemerkung Nr. 13 als eine Form von Fahrlässigkeit und psychologischer Gewalt beschrieben.²⁵⁸

Laut dem CEDAW-Ausschuss „haben die Staaten die Pflicht, das Recht des Kindes auf Anhörung zu schützen. Im vorliegenden Fall wurde dieses Recht in den gerichtlichen Entscheidungen nicht beachtet. Auf der Grundlage von Stereotypen wurde das Besuchsrecht lediglich als ein Recht des Vaters und nicht auch als ein Recht des Kindes angesehen. Im Interesse des Kindeswohls wäre es erforderlich gewesen, die Besuche, wenn schon nicht zu verweigern, so doch zumindest auf begleitete Besuche von kurzer Dauer zu beschränken.“ Die Verpflichtung der Staaten, Kinder als besonders schutzbedürftige Gruppe zu schützen, kommt in den folgenden Bestimmungen zum Ausdruck:

²⁴⁶ Ángela González Carreño gegen Spanien (CEDAW-Ausschuss, 2014) Com No 47/2012 UN Doc CEDAW/C/58/D/47/2012 (2014)

²⁴⁷ AT gegen Ungarn (CEDAW-Ausschuss, 26. Januar 2005) Com Nr. 2/2003, UN Doc A/60/38 (2005); Goekce gegen Österreich (CEDAW-Ausschuss, 2005) Com Nr. 5/2005, UN Doc CEDAW/C/39/D/5/2005 (2007); Yddirim gegen Österreich (CEDAW-Ausschuss, 2005) Com Nr. 6/2005, UN Doc CEDAW/C/39/D/6/2005 (2007); VK gegen Bulgarien (CEDAW-Ausschuss, 2011) Com Nr. 20/2008, UN Doc CEDAW/C/49/D/20/2008 (2011); Isatou Jallow gegen Bulgarien (CEDAW-Ausschuss, 2012) Com Nr. 32/2011, UN Doc CEDAW/C/52/D/32/2011 (2012).

²⁴⁸ Platform of undersigned United Nations and regional independent mechanisms on violence against women and women's rights, „intimate partner violence against women is an essential factor in determination of child custody, say women's rights experts“, Mai 2019.

²⁴⁹ Ausschuss für die Rechte des Kindes, Allgemeine Bemerkung Nr. 13(2011) über das Recht des Kindes auf Freiheit von jeglicher Form von Gewalt, Absatz 20 und 21(e).

²⁵⁰ Staatliche Verantwortung für geschlechtsspezifische Gewalt, die von öffentlichen Behörden, aber auch von privaten Akteuren ausgeübt wird.

²⁵¹ Ángela González Carreño gegen Spanien (CEDAW-Ausschuss, 2014).

²⁵² Kanetake, M. (2019). Marla de los Angeles Gonzalez Carrero v. Ministry of Justice. American Journal of International Law, 113(3), 586-592.

²⁵³ Ángela González Carreño gegen Spanien (CEDAW-Ausschuss, 2014) Com Nr 47/2012 UN Doc CEDAW/C/58/D/47/2012 (2014), Absatz 9.4.

²⁵⁴ Kanetake, M. (2019). Marta de los Angeles Gonzalez Carrero v. Ministry of Justice. American Journal of International Law, 113(3), 586-592.

²⁵⁵ Ángela González Carreño /Spanien, Abs. 9.5.

²⁵⁶ Kanetake, M. (2019). Marta de los Angeles Gonzalez Carrero v. Ministry of Justice. American Journal of International Law, 113(3), 586-592.

²⁵⁷ Ángela González Carreño /Spanien, Abs. 9.7.-9.10.

²⁵⁸ Ausschuss für die Rechte des Kindes, Allgemeine Bemerkung Nr. 13(2011) über das Recht des Kindes auf Freiheit von jeglicher Form von Gewalt, Abs. 20, 21.

Artikel 2 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes lautet wie folgt:

„2. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass das Kind vor jeder Form der Diskriminierung oder Bestrafung aufgrund des Status, der Tätigkeiten, der zum Ausdruck gebrachten Meinungen oder Überzeugungen der Eltern, des Vormunds oder der Familienangehörigen des Kindes geschützt wird.“

Artikel 19 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes lautet wie folgt:

„1. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen, um das Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltausübung, Verletzung oder Misshandlung, vor Vernachlässigung oder nachlässiger Behandlung, vor Misshandlung oder Ausbeutung, einschließlich des sexuellen Missbrauchs, zu schützen, solange es sich in der Obhut der Eltern, des Vormunds oder einer anderen Person befindet, die die Sorge für das Kind hat.“

Der Ausschuss für die Rechte des Kindes hat in seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 13 über das Recht des Kindes auf Freiheit von jeglicher Form von Gewalt zu Artikel 3 Stellung genommen:

„(e) Das Recht der Kinder darauf, gehört zu werden, und dass ihre Ansichten gebührend berücksichtigt werden, muss in allen Entscheidungsprozessen systematisch respektiert werden, und ihre Befähigung und Beteiligung sollte im Mittelpunkt der Strategien und Programme für die Betreuung und den Schutz von Kindern stehen.“²⁵⁹

Dieser Fall stammt aus dem Jahr 2012, wirft aber immer noch sehr aktuelle und strittige Fragen auf, insbesondere im Zusammenhang mit der bereits erwähnten „Väterbewegung“. Diese Bewegung verfolgt verschiedene Ziele, insbesondere die Diskreditierung der Frauenbewegung,²⁶⁰ aber auch die „Einführung von Sorgerechtsgesetzen für ‚gleichberechtigte Elternschaft‘ oder von Sorgerechtsgesetzen, die die Partei, die die Scheidung einleitet, benachteiligen.“ Diese „versteckte Agenda“ konzentriert sich jedoch hauptsächlich darauf, Mütter der „elterlichen Entfremdung“ zu beschuldigen, um zu versuchen, der Mutter das Sorgerecht zu verweigern und es dem der häuslichen Gewalt beschuldigten Vater zu gewähren. Die Risikobewertung sollte von allen beteiligten Behörden ernst genommen werden und die Muster und die Vorgeschichte der Gewalt berücksichtigen, um den wirksamen Schutz und die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten. Einige Gerichte „ignorieren“ die Vorgeschichte häuslicher Gewalt und erlauben den Kindern den Kontakt zu ihrem gewalttätigen Vater. Der jüngste Fall Kurt gegen Österreich ist ein bedauerliches Beispiel für das Versagen staatlicher Behörden dabei, Frauen und Kinder zu schützen, wenn sie bei anhaltender häuslicher Gewalt „ein Auge zuzudrücken“; dies gipfelte tragischerweise darin, dass ein gewalttätiger Vater seinen Sohn tötete.

7.4 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Die Europäische Menschenrechtskonvention (im Folgenden EMRK) „gilt weithin als das erfolgreichste Experiment des transnationalen justiziellen Schutzes der Menschenrechte in der Welt.“²⁶² Die Konvention wurde am 4. November 1950 in Rom unterzeichnet und trat 1953 in Kraft. Zu den in der Konvention verankerten Rechten und Freiheiten gehören das Recht auf Leben, das Recht auf ein faires Verfahren, das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, die Meinungsfreiheit, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie der Schutz des Eigentums.²⁶³ Die Konvention verbietet insbesondere Folter und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, Zwangsarbeit, willkürliche und rechtswidrige Inhaftierung sowie Diskriminierung beim Genuss der durch die Konvention gesicherten Rechte und Freiheiten.²⁶⁴ Urteile, in denen Verstöße festgestellt werden, sind für die betreffenden Staaten

²⁵⁹ Ausschuss für die Rechte des Kindes, Allgemeine Bemerkung Nr. 13(2011) über das Recht des Kindes auf Freiheit von jeglicher Form von Gewalt, Abs. 20, 21.

²⁶⁰ Barbara Stelmazek, „The father’s right movement and anti-feminism“, Fempower, 2013 ed.

²⁶¹ Ibid.

²⁶² Steven Greer, „What’s Wrong with the European Convention on Human Rights? Human Rights Quarterly, Bd. 30, Nr. 3 (Aug., 2008), S. 680-702.

²⁶³ Europarat: Die EMRK in 50 Fragen, Februar 2014

²⁶⁴ Ibid.

verbindlich, und sie sind verpflichtet, sie zu vollstrecken. Das Ministerkomitee des Europarats ist für die Überwachung der Vollstreckung der Urteile zuständig.²⁶⁵

Vor der Annahme der Istanbul-Konvention war der EGMR die einzige internationale Ansprechstelle, die sich mit Fällen von Gewalt gegen Frauen in Europa befasste. Die Konvention gilt als „ein lebendiges Instrument, das in der Realität der Mitgliedstaaten, in denen es gilt, verankert ist. Daher berücksichtigt sie bei der Auslegung des Geltungsbereichs der Rechte auch andere regionale und internationale Rechtsentwicklungen.“²⁶⁶

Erst im Jahr 2007 (Kontrová gegen die Slowakei)²⁶⁷ befasste sich der EGMR mit der Frage der häuslichen Gewalt in einer substanziellen Weise. Seitdem wurden Fälle von häuslicher Gewalt und die Verpflichtung des Staates, mit der gebotenen Sorgfalt zu handeln, regelmäßig vom Gerichtshof auf der Grundlage der EMRK bewertet: Artikel 2 über das Recht auf Leben, Artikel 3 über das Verbot von Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung und Artikel 8 über das Recht auf Privat- und Familienleben.²⁶⁸ Die Rechtsprechung des EGMR hat eine wichtige Rolle bei der Klärung des Inhalts der positiven Verpflichtungen des Staates gespielt. Dennoch wurde häusliche Gewalt in der Rechtsprechung des EGMR viele Jahre lang nicht als eine Form der Diskriminierung von Frauen bezeichnet. Mit der Verabschiedung der CEDAW im Jahr 1979 änderte sich diese Sichtweise grundlegend.²⁶⁹

Im Jahr 2009 bezeichnete der EGMR in dem bahnbrechenden und Präzedenzfall²⁷⁰ Opuz gegen die Türkei²⁷¹ zum ersten Mal häusliche Gewalt als eine Form der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen im Lichte von Artikel 14 der EMRK (Diskriminierungsverbot), Artikel 2 (Recht auf Leben) und Artikel 3 (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung).²⁷² Der Gerichtshof stellte fest, dass „häusliche Gewalt hauptsächlich Frauen betraf, während die allgemeine und diskriminierende Passivität der Justiz in der Türkei ein Klima schuf, das ihr förderlich war. Die von der Beschwerdeführerin und ihrer Mutter erlittene Gewalt kann daher als geschlechtsspezifisch und diskriminierend gegenüber Frauen angesehen werden.“²⁷³ Darüber hinaus bestätigte das Gericht das Vorhandensein einer „allgemeinen Untätigkeit des Justizsystems und Straflosigkeit“ sowie einen allgemeinen Mangel an offiziellem „Engagement, angemessene Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt zu ergreifen.“²⁷⁴

In der jüngsten Rechtssache Kurt gegen Österreich, an der WAVE als Drittpartei beteiligt war, warf der EGMR eine Fülle von Fragen hinsichtlich des wirksamen Schutzes auf, die Wegweisungen und weitere Verfügungen bei Gewalt gegen Frauen in Fällen häuslicher Gewalt bieten. Die Antragstellerin (Frau Kurt) lebte seit 2003 in einer missbräuchlichen Ehe mit ihrem Ehemann. Nach sieben Jahren zeigte die Klägerin die von ihr erlittene Gewalt zum ersten Mal bei der Polizei an. Gegen den Ehemann (im Folgenden "E." genannt) wurde ein Betretungsverbot und eine Wegweisung zum Schutz vor Gewalt ausgesprochen. Drei Tage, nachdem die Antragstellerin die Scheidung eingereicht hatte (25. Mai 2012), ging der Gewalttäter zur Schule seiner Kinder und tötete den gemeinsamen Sohn. E. wurde später an diesem Tag tot in seinem Auto aufgefunden, nachdem er Selbstmord begangen hatte. Die Klägerin schöpfte alle verfügbaren innerstaatlichen Verfahrensstufen aus, bevor sie den Fall dem EGMR vorlegte.

Unter Berufung auf Artikel 2 (Recht auf Leben), 3 (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) und 8 (Recht auf Achtung des Familienlebens) der Europäischen Menschenrechtskonvention machte die Beschwerdeführerin vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geltend, dass die österreichischen Behörden es versäumt hätten, sie und ihre

²⁶⁵ Ibid.

²⁶⁶ Europarat: Interpretative mechanisms of ECHR case-law: The concept of European consensus, verfügbar unter <https://www.coe.int/en/web/help/article-echr-case-law>.

²⁶⁷ Kontrová gegen Slowakei, Nr. 7510/04, 31. Mai 2007.

²⁶⁸ Vibeke Blaker Strand (2019): Interpreting the ECHR in its normative environment: Interaction between the ECHR, the UN Convention on the elimination of all forms of discrimination against women and the UN Convention on the rights of the child. The International Journal of Human Rights, S. 3.

²⁶⁹ Ibid., S. 4.

²⁷⁰ Introductory Note to the European Court of Human Rights: Opuz vs. Turkey. ROSA M. CELORIO, International Legal Materials, Bd. 48, Nr. 5 (2009), S. 907-908.

²⁷¹ Opuz gegen die Türkei, Nr. 33401/02, EGMR 2009.

²⁷² Dubravka Simonović, Human Rights Quarterly, Vol. 36, No. 3 (August 2014), S. 605.

²⁷³ EGMR Factsheet zur Gleichstellung der Geschlechter, Juni 2018.

²⁷⁴ Opuz gegen die Türkei, Antrag Nr. 33401/02, Urteil vom 9. Juni 2009, Abs. 200.

Kinder vor ihrem gewalttätigen Ehemann zu schützen, was dazu geführt habe, dass dieser den gemeinsamen Sohn ermordet habe. Der EGMR argumentierte, dass keine Verletzung von Artikel 2 (Recht auf Leben) der Europäischen Menschenrechtskonvention vorliege, und kam zu dem Schluss, dass die zuständigen Behörden nicht gegen ihre positiven Verpflichtungen verstoßen hätten, die Beschwerdeführerin und ihre Kinder vor ihrem gewalttätigen Ehemann zu schützen.²⁷⁵

Die bereits erwähnte Rechtsprechung des EGMR zeigt, dass es dringend notwendig ist, eine Vielzahl von Risiken zu berücksichtigen, denen Frauen und Kinder ausgesetzt sind. In der Stellungnahme von WAVE zum EGMR-Fall (Kurt gegen Österreich)²⁷⁶ wurden mehrere dieser Risiken genannt: frühere häusliche Gewalt gegen das Opfer, Gewalt gegenüber den Kindern oder anderen Familienmitgliedern, erhöhte Häufigkeit oder Schwere der Gewalttaten, Nötigung und Androhung von Schaden, Besitzdenken, extreme Eifersucht und Morddrohungen. Es ist von größter Wichtigkeit, dass die Behörden und Gerichte akribisch agieren und „alle angemessenen Maßnahmen ergreifen, um die Wiederholung gewalttätiger Übergriffe zu verhindern.“²⁷⁷

7.5 Werkzeugkasten

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Kapitel I - Ziele, Definitionen, Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung, allgemeine Verpflichtungen (Artikel 1-6)

Kapitel II - Integrierte Politiken und Datenerhebung (Artikel 7-11)

Kapitel III - Prävention (Artikel 12-17)

Kapitel IV - Schutz und Unterstützung (Artikel 18-28)

Kapitel V - Materielles Recht (Artikel 29-48)

Kapitel VI - Ermittlungen, Strafverfolgung, Verfahrensrecht und Schutzmaßnahmen (Artikel 49-58)

Kapitel VII - Migration und Asyl (Artikel 59-61)

7.5.1. Prävention

Artikel 13 - Bewusstseinsbildung

Nach dieser Bestimmung sollte die Öffentlichkeit umfassend über die verschiedenen Formen von Gewalt, die Frauen regelmäßig erfahren, sowie über die verschiedenen Erscheinungsformen häuslicher Gewalt informiert werden. Die Verpflichtung beinhaltet, dass die Vertragsstaaten regelmäßig öffentliche Sensibilisierungskampagnen oder -programme durchführen, die diese Themen in einer geschlechtsspezifischen Weise ansprechen und erläutern. Zu den Sensibilisierungsmaßnahmen sollte die Verbreitung von Informationen über die Gleichstellung von Frauen und Männern, über nicht stereotype Geschlechterrollen und über gewaltfreie Konfliktlösung in zwischenmenschlichen Beziehungen gehören.²⁷⁸

Angesichts der aktuellen Pandemie hat der Ausschuss der Vertragsparteien für die Umsetzung der Istanbul-Konvention in seiner Erklärung den Vertragsstaaten empfohlen, eine breite Palette von Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die darauf abzielen, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die erhöhten Risiken von Gewalt gegen Frauen zu schärfen. Der Ausschuss nannte als Beispiel einige Maßnahmen wie die Verteilung von Broschüren in Supermärkten oder Apotheken.²⁷⁹

²⁷⁵ Kurt gegen Österreich, EGMR, Antrag Nr. 62903/15, Urteil vom 4. Juli 2020.

²⁷⁶ Die Stellungnahme von WAVE als Drittpartei in der Sache Kurt gegen Österreich, Antrag Nr. (62903)/2015, 10. Februar 2020, S.2

²⁷⁷ Opuz gegen die Türkei, EGMR, Antrag Nr. 33401/02, Urteil vom 9. Juni 2009, Abs. 162.

²⁷⁸ Erläuternder Bericht zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, Absatz 91.

²⁷⁹ Erklärung des Ausschusses der Vertragsparteien des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) zur Umsetzung des Übereinkommens während der COVID-19-Pandemie, 20. April 2020, S. 3.

Artikel 15 – Aus- und Fortbildung von Angehörigen bestimmter Berufsgruppen

Die Vertragsstaaten sollten Maßnahmen ergreifen, um staatliche und öffentliche Bedienstete, die in kritischen Sektoren (z. B. Gesundheit, Justiz, Strafverfolgung) tätig sind, für die potenziellen Auswirkungen von Maßnahmen wie sozialer Distanzierung und ganz allgemein für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise für Frauen und Kinder zu sensibilisieren, die in einer gewalttätigen Beziehung und/oder häuslichen Umgebung leben

Der Ausschuss der Vertragsparteien hat Fachleute, die mit spezialisierten Diensten für Opfer häuslicher Gewalt arbeiten, ermutigt, an Schulungen, Online-Tutorials und Webinaren auf nationaler und internationaler Ebene teilzunehmen, um sicherzustellen, dass sie mit den angemessenen Fähigkeiten ausgestattet sind, um Frauen, die Opfer von Gewalt sind, zu unterstützen.

7.5.2. Schutz

Artikel 22 - Spezialisierte Hilfsdienste

Laut dem Erläuternden Bericht zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt unterstreicht diese Verpflichtung zusammen mit Artikel 20²⁸⁰ die Bedeutung des Zugangs für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder, wobei die komplexe Aufgabe der Stärkung der Opfer gewährleistet werden muss.

Artikel 23 – Schutzunterkünfte

Der Zweck der Frauenhäuser besteht darin, Frauen und Kindern sofortige und bestmögliche Unterstützung zu gewähren. Nach dieser Bestimmung sind die Vertragsstaaten verpflichtet, für die Einrichtung geeigneter, leicht zugänglicher Schutzunterkünfte in ausreichender Zahl zu sorgen.²⁸¹²⁸² Darüber hinaus sollten die Schutzunterkünfte so ausgestattet sein, dass man sich dort um Kinder kümmern kann, die ihre Mütter begleiten.²⁸³ Auch wenn Kinder nicht direkt von der Gewalt betroffen sind, werden sie Zeugen der Gewalt und können daher negative Langzeitfolgen erfahren.²⁸⁴ Es sei darauf hingewiesen, dass es gemäß Artikel 46 als erschwerender Umstand gilt, eine Straftat gegen oder in Gegenwart eines Kindes zu begehen. Außerdem müssen Frauen, die ein Frauenhaus aufsuchen, keinen Beweis für die erlittene Gewalt erbringen.²⁸⁵

COVID-19 hat die Staaten dazu veranlasst, nationale Maßnahmen zu ergreifen, die einer wirksamen Unterstützung von Frauen Vorrang einräumen. Der UN Policy Brief zu den Auswirkungen von COVID-19 hat die Notwendigkeit unterstrichen, die Kapazität der Schutzräume zu erweitern, indem Räume wie Hotels oder Bildungseinrichtungen für die Unterbringung von Quarantänebedürftigen genutzt werden.²⁸⁶

Artikel 24 - Telefonberatung

Beratungsstellen sind eine der wichtigsten Möglichkeiten für Opfer, Hilfe und Unterstützung zu finden.²⁸⁷ Diese Bestimmung enthält die Verpflichtung, landesweite telefonische Beratungsstellen einzurichten, die rund um die Uhr erreichbar und kostenlos sind.²⁸⁸ Darüber hinaus sollten sie eine

²⁸⁰ Artikel 20, Istanbul-Konvention (2011): „Allgemeine Unterstützungsdienste beziehen sich auf Hilfe, die von öffentlichen Behörden angeboten wird, wie z. B. Sozialdienste, Gesundheitsdienste, Arbeitsvermittlungsdienste, die langfristige Hilfe bieten und nicht ausschließlich zum Nutzen der Opfer bestimmt sind.“

²⁸¹ A/HRC/35/30, 13. Juni. Menschenrechtsrat, Fünfunddreißigste Tagung: Bericht der Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen, ihre Ursachen und Folgen.

²⁸² WAVE-Handbuch: The Strength-Based Needs-Led Approach as a Tool of Empowerment in Women's Specialist Services Supporting Survivors of Domestic Violence. A Pilot Study, September 2018. https://www.wave-network.org/wp-content/uploads/WAVE_Handbook_200205_web.pdf.

²⁸³ Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt (Istanbul-Konvention): Kinderrechte, Sicher vor Angst, sicher vor Gewalt

²⁸⁴ Ibid.

²⁸⁵ WAVE-Handbuch: The Strength-Based Needs-Led Approach as a Tool of Empowerment in Women's Specialist Services Supporting Survivors of Domestic Violence. A Pilot Study, September 2018. S. 37. https://www.wave-network.org/wp-content/uploads/WAVE_Handbook_200205_web.pdf.

²⁸⁶ UN Policy Brief zu den Auswirkungen von COVID-19, 9. April 2020, S. 617.

²⁸⁷ Erläuternder Bericht zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

²⁸⁸ Ibid.

vertrauliche Unterstützung durch geschulte Fachkräfte anbieten und dabei einen geschlechtsspezifischen Ansatz verfolgen.²⁸⁹

Der Ausschuss der Vertragsparteien hob spezifische Maßnahmen hervor, die von den Vertragsparteien unterstützt werden können, z. B. Helplines mit Chat-Systemen und Beratungsplattformen, die Opfern online soziale Unterstützung und psychologische Hilfe bieten.²⁹⁰ Der WAVE-Länderbericht 2019 stellte fest, dass 71 % der nationalen Frauennotrufe in Europa die Standards der Istanbul-Konvention erfüllen, d. h. sie sind kostenlos und arbeiten rund um die Uhr.²⁹¹

Artikel 25 - Unterstützung für Opfer sexueller Gewalt

Die traumatische Natur sexueller Gewalt, wozu Vergewaltigung gehört, erfordert eine besonders sensible Reaktion durch geschultes und spezialisiertes Personal. Opfer dieser Art von Gewalt benötigen sofortige medizinische Versorgung und Traumabetreuung in Verbindung mit sofortigen gerichtsmedizinischen Untersuchungen, damit die für die Strafverfolgung erforderlichen Beweise gesammelt werden können. Darüber hinaus besteht oft ein großer Bedarf an psychologischer Beratung und Therapie - oft noch Wochen und Monate nach dem Ereignis. Der folgende Artikel betont die Verpflichtung der Vertragsstaaten, für die Einrichtung von zugänglichen Krisenzentren bei Vergewaltigung oder sexueller Gewalt in ausreichender Zahl zu sorgen. Den Vertragsstaaten wird eine Alternative angeboten, nicht die Verpflichtung, beide Arten von Zentren einzurichten.²⁹²

Der WAVE-Länderbericht 2019 präsentiert besorgniserregende Zahlen über die bestehenden Dienste für Überlebende sexualisierter Gewalt: 33% der europäischen Länder haben spezielle Beratungsstellen für Überlebende sexualisierter Gewalt. Darüber hinaus fehlen in außereuropäischen Ländern 99 % der Dienste, die von den in der IC festgelegten Standards gefordert werden, und in EU-Ländern sind es 87 %.²⁹³

Artikel 26 - Schutz und Unterstützung Zeuginnen und Zeugen, die Kinder sind

In diesem Artikel wird die Verpflichtung festgelegt, dass bei der Bereitstellung von Diensten und Hilfe für Opfer mit Kindern, die Zeugen von Gewalt geworden sind, deren Rechte und Bedürfnisse berücksichtigt werden müssen. Der Begriff „Kinder als Zeugen“ bezieht sich nicht nur auf Kinder, die während der Gewalttat anwesend sind und diese aktiv miterleben, sondern auch auf Kinder, die Schreie und andere Geräusche der Gewalt hören, während sie sich in der Nähe verstecken, oder die den langfristigen Folgen der Gewalt ausgesetzt sind.

Artikel 27 - Berichterstattung

Mit diesem Artikel wollten die Verfasser die wichtige Rolle hervorheben, die Einzelpersonen – Freundinnen, Nachbarinnen, Familienmitglieder, Kolleginnen, Lehrerinnen oder andere Mitglieder der Gemeinschaft - spielen können, um das Schweigen zu brechen, das sich oft um Gewalt rankt. Es liegt in der Verantwortung jeder Partei, die zuständigen Behörden zu bestimmen, denen solche Verdachtsfälle gemeldet werden können.²⁹⁴

Artikel 28 - Meldung durch Angehörige bestimmter Berufsgruppen

Gemäß diesem Artikel müssen die Vertragsparteien des Übereinkommens sicherstellen, dass Angehörige von Berufsgruppen, die normalerweise an ein Berufsgeheimnis gebunden sind (wie z. B. Ärzte und Psychiater), die Möglichkeit haben, den zuständigen Organisationen oder Behörden Meldung zu erstatten, wenn sie hinreichende Gründe für die Annahme haben, dass eine schwere Gewalttat, die in den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens fällt, begangen wurde und dass weitere schwere Gewalttaten dieser Art zu erwarten sind. Es sei darauf hingewiesen, dass diese Bestimmung keine Meldepflicht für diese Berufsangehörigen vorsieht. Mit dieser

²⁸⁹ WAVE-Handbuch: The Strength-Based Needs-Led Approach, S. 40.

²⁹⁰ Erklärung des Ausschusses der Vertragsparteien, 20. April 2020.

²⁹¹ WAVE-Länderbericht 2019, S. 7.

²⁹² Erläuternder Bericht zum Übereinkommen des Europarats, Abs. 138, 139.

²⁹³ WAVE-Länderbericht, S. 14.

²⁹⁴ Erläuternder Bericht zum Übereinkommen des Europarats, Abs. 145.

Bestimmung soll sichergestellt werden, dass keine Art von Vertraulichkeitsregel der Meldung schwerer Gewalttaten im Wege steht.²⁹⁵

Im Vereinigten Königreich laufen Frauen mit einem unsicheren Einwanderungsstatus Gefahr, dem Innenministerium gemeldet, inhaftiert und abgeschoben zu werden. In der Tat haben nicht alle Frauen aufgrund ihres Migrationsstatus den gleichen Zugang zu Gesundheitsdiensten. Viele Frauen weigern sich aufgrund ihres unsicheren Einwanderungsstatus, die Gesundheitsdienste im Vereinigten Königreich aufzusuchen, da dies dazu führen könnte, dass der Arzt sie an das Innenministerium meldet.

Artikel 31- Sorgerecht, Besuchsrecht und Sicherheit

Mit diesem Artikel soll sichergestellt werden, dass die Justizbehörden keine Kontaktrechtsverfügungen erlassen, ohne frühere oder aktuelle Gewalttaten zu berücksichtigen. Absatz 2 befasst sich mit der komplexen Frage der Gewährleistung der Rechte und der Sicherheit von Opfern und Zeugen unter Berücksichtigung der elterlichen Rechte des Täters. Daher sollte die Ausübung des Besuchs- oder Sorgerechts niemals die Sicherheit der Opfer oder ihrer Kinder gefährden. Für viele Opfer und ihre Kinder kann die Befolgung von Kontaktrechtsverfügungen ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko darstellen, da dies häufig bedeutet, dass sie den Täter von Angesicht zu Angesicht treffen. (Siehe Kurt gegen Österreich, Antrag Nr. 62903/15; Ángela González Carreño gegen Spanien (CEDAW Ausschuss, 2014) Com Nr. 47/2012 UN Doc CEDAW/C/58/D/47/2012 (2014)).²⁹⁶

²⁹⁵ Ibid., Abs. 146, 147.

²⁹⁶ Ibid., Abs. 175, 176

7.5.3. Strafverfolgung

Artikel 50 - Soforthilfe, Prävention und Schutz

Absatz 1 verlangt von den Strafverfolgungsbehörden eine unverzügliche und angemessene Reaktion, indem sie den Opfern einen angemessenen und sofortigen Schutz bieten, während Absatz 2 ihren unverzüglichen und angemessenen Einsatz bei der Verhütung von und dem Schutz vor allen Formen von Gewalt, die in den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens fallen, fordert, dazu gehören auch die Anwendung präventiver operativer Maßnahmen und das Sammeln von Beweisen.²⁹⁷ (Vd. Jallow vs. Bulgarien, Com Nr. 32/2011, UN Doc. CEDAW/C/52/D/32/2011 (28. August 2012)).²⁹⁸

Artikel 51- Gefährdungsanalyse und Gefahrenmanagement

Mit dieser Bestimmung soll sichergestellt werden, dass ein wirksames Netzwerk von Fachleuten aus diversen Behörden eingerichtet wird, um hochgefährdete Opfer zu schützen. Die Risikobewertung muss daher im Hinblick auf die Bewältigung des festgestellten Risikos durchgeführt werden, indem ein Sicherheitsplan für das betreffende Opfer erstellt wird, um erforderlichenfalls koordinierte Sicherheit und Unterstützung zu bieten.²⁹⁹

Dieser Artikel sieht daher die Verpflichtung vor, dafür zu sorgen, dass alle zuständigen Behörden, die sich nicht auf die Polizei beschränken, die Sicherheitsrisiken, denen ein bestimmtes Opfer ausgesetzt ist, von Fall zu Fall nach einem standardisierten Verfahren und in Zusammenarbeit und Koordinierung miteinander wirksam bewerten und einen Plan zur Bewältigung dieser Risiken erstellen.³⁰⁰

Artikel 52 - Eilschutzanordnungen

Diese Bestimmung verpflichtet die zuständigen Behörden dazu, den Täter bei häuslicher Gewalt aus der Wohnung des Opfers wegzuweisen und ihm die Rückkehr oder den Kontakt mit dem Opfer zu untersagen. Die unmittelbare Gefahr muss von den zuständigen Behörden bewertet werden. (Siehe Kurt gegen Österreich)

Artikel 53 – Kontakt- und Näherungsverbote oder Schutzanordnungen

Der Hauptzweck dieses Artikels besteht darin, die Sicherheit der Opfer häuslicher Gewalt zu gewährleisten, indem eine physische Distanz zwischen Opfer und Täter sichergestellt wird. Daher müssen die zuständigen Behörden den Opfern häuslicher Gewalt ohne ungerechtfertigten finanziellen und administrativen Aufwand sofortigen Schutz bieten.³⁰¹

Diese Bestimmung verpflichtet dazu, dafür zu sorgen, dass die innerstaatlichen Rechtsvorschriften Kontakt- und Näherungsverbote und/oder Schutzanordnungen für Opfer aller Formen von Gewalt, die in den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens fallen, vorsehen. Darüber hinaus legt sie eine Reihe von Kriterien für solche Anordnungen fest, um sicherzustellen, dass sie dem Zweck dienen, Schutz vor weiteren Gewalttaten zu bieten.³⁰²

Obwohl sich diese Bestimmung auf Kontakt- und Näherungsverbote „oder“ Schutzanordnungen bezieht, haben die Verfasser bedacht, dass die innerstaatlichen Rechtsvorschriften einiger Vertragsparteien die kombinierte Anwendung von Kontakt- und Näherungsverbote und Schutzanordnungen vorsehen können. Ein Kontakt- und Näherungsverbot oder eine Schutzanordnung kann als Ergänzung zu einer kurzfristigen Eilschutzanordnung angesehen werden.³⁰³

Kapitel VII - Migration und Asyl

Migrantinnen, mit oder ohne Papiere, und Asylwerberinnen sind besonders anfällig für geschlechtsspezifische Gewalt und sind einander überschneidenden Formen von Diskriminierung

²⁹⁷ Erläuternder Bericht zum Übereinkommen des Europarats, Abs. 257.

²⁹⁸ Jallow gegen Bulgarien, Com Nr. 32/2011, UN Doc CEDAW/C/52/D/32/2011 (28. August 2012)

²⁹⁹ Erläuternder Bericht zum Übereinkommen des Europarats, Abs. 261.

³⁰⁰ Ibid., Abs. 260.

³⁰¹ Ibid., Abs. 31.

³⁰² Ibid., Abs. 267.

³⁰³ Erläuternder Bericht zum Übereinkommen des Europarats, Abs. 268.

und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt. Obwohl ihre Gründe für das Verlassen ihres Landes und ihr rechtlicher Status unterschiedlich sind, sind beide Gruppen einem erhöhten Risiko von Gewalt ausgesetzt und haben ähnliche Schwierigkeiten, diese Gewalt zu überwinden.³⁰⁴ Das Asylrecht hat es lange versäumt, den Unterschied zwischen Frauen und Männern in Bezug auf die Gründe und die Art und Weise, wie sie Verfolgung erfahren, zu berücksichtigen.³⁰⁵ Diese geschlechtsspezifische Blindheit bei der Feststellung des Flüchtlingsstatus und des internationalen Schutzes hat dazu geführt, dass Ansprüche von Frauen, die vor geschlechtsspezifischer Gewalt fliehen, nicht anerkannt wurden.³⁰⁶ Daher ist es von größter Bedeutung, dass die Asylgesetze geschlechtsspezifische Formen der Verfolgung anerkennen und geschlechtsspezifische Asylverfahren einführen.

In den letzten zehn Jahren haben jedoch die Entwicklungen in den internationalen Menschenrechtsgesetzen und -normen sowie in der Rechtsprechung dazu geführt, dass immer mehr Mitgliedstaaten des Europarates einige Formen der Gewalt gegen Frauen als eine Form der geschlechtsspezifischen Verfolgung im Sinne von Artikel 1, A(2) des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 (Flüchtlingskonvention von 1951) anerkennen.³⁰⁷

Artikel 60 - Asylanträge auf Grund des Geschlechts

Dieses Kapitel enthält eine breite Palette von Verpflichtungen, die darauf abzielen, ein geschlechtsspezifisches Verständnis von Gewalt gegen Migrantinnen und Asylwerberinnen einzuführen.

In Artikel 60 (1) werden die Vertragsstaaten aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass geschlechtsspezifische Ansprüche im rechtlichen Rahmen von Artikel 1, A (2) des Abkommens von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge geltend gemacht werden können. In der Tat ist es interessant festzustellen, dass der Text der genannten Konvention das „Geschlecht“ nicht als einen der Verfolgungsgründe nennt. Die meisten geschlechtsspezifischen Fälle, die in der Konvention von 1951 angesprochen werden, fallen allerdings unter das Element der „Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe“ (Artikel 1 (A) (2)).³⁰⁸

Darüber hinaus wird in diesem Kapitel die Verpflichtung festgeschrieben, geschlechtsspezifische Verfahren, Leitlinien und Unterstützungsdienste im Asylverfahren einzuführen. Schließlich enthält es Bestimmungen über die Einhaltung des Grundsatzes des Zurückweisungsverbot in Bezug auf die Opfer von Gewalt gegen Frauen.³⁰⁹

³⁰⁴ Europarat, Schutz von Migrantinnen, weiblichen Flüchtlingen und Asylwerberinnen vor geschlechtsspezifischer Gewalt.

³⁰⁵ Ibid.

³⁰⁶ Ibid.

³⁰⁷ Ibid.

³⁰⁸ Erläuternder Bericht zum Übereinkommen des Europarats, Abs. 298, 299.

³⁰⁹ Ibid.

8. Feministische Kommunikation und wirksame Botschaften

In diesem Kapitel werden Strategien für eine effektive Kommunikation vorgestellt, die sich in der jüngsten Vergangenheit für Organisationen bewährt haben. Bitte beachten Sie, dass nicht alle Beispiele in direktem Zusammenhang mit dem Kampf gegen geschlechtsneutrale Politiken stehen. Wir haben jedoch festgestellt, dass diese Strategien für spezialisierte Unterstützungsdienste für Frauen und Frauen-NGOs dennoch nützlich sind, um geschlechtsneutrale Politiken wirksam bekämpfen zu können. Das Kapitel beginnt mit einigen vielversprechenden Praktiken für eine wirksame Kommunikation, gefolgt von kurzen Erläuterungen der Ergebnisse und Hinweisen, wie Sie diese Strategien für Ihre eigene Organisation nutzen können. Diesem Abschnitt folgen Beispiele für vorteilhafte und nachteilige Allianzen, die darauf hinweisen sollen, dass man seine Verbündeten sorgfältig auswählen sollte, wenn man bei einem Thema zusammenarbeitet, von dem man annimmt, dass es für beide Seiten von Vorteil ist. Der letzte Abschnitt über Kampagnenarbeit während einer Schattenpandemie befasst sich mit der Reaktion in den sozialen Medien auf die COVID-19-Pandemie im Rahmen der WAVE Step Up! Kampagne.

8.1 Beispiele für wirksame Kommunikation im Kampf gegen die Geschlechtsneutralität

Im Kapitel über den historischen Kontext und die sprachliche Gestaltung geschlechtsneutraler Maßnahmen wurde deutlich gemacht, welche Art von Sprache von rechtsextremen und „Väterrechte“-Aktivisten in Bezug auf Gesetze wie die Istanbul-Konvention verwendet wird, die darauf abzielen, Gewalt gegen Frauen zu beenden. Dies verdeutlicht auch, wie wichtig Sprache und Formulierungen im Kampf gegen die Aushöhlung von Unterstützungsdiensten für Frauen durch geschlechtsneutrale Politik sind.

In Großbritannien wollte die Organisation Imkaan schwarze und minorisierte Frauen und Mädchen vom Rand ins Zentrum rücken, indem sie ein tiefes Verständnis für die Erfahrungen aller Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt wurden, vermittelte; in diesem Zusammenhang arbeitete die Organisation bei der Ausarbeitung eines alternativen Entwurfs zum geschlechtsneutralen Gesetz über häusliche Gewalt 2018 mit dem VAWG-Sektor zusammen. Das vielversprechende Praxisbeispiel aus Belgien veranschaulicht die wahre Bedeutung der Bezeichnung eines Ministeriums und die positiven Ergebnisse, die erzielt wurden, als das geschlechtsneutrale „Ministerium für Chancengleichheit“ in „Ministerium für Frauenrechte“ umbenannt wurde. Schließlich wird Dänemark in den Fokus gerückt, wo LOKK darauf abzielt, die Sichtbarkeit der Organisation speziell gegenüber politischen Entscheidungsträgern zu erhöhen.

8.1.1. Vielversprechende Praxis: Vereinigtes Königreich

Mit dem Gesetz zur Umgestaltung des Umgangs mit häuslicher Gewalt (auf Englisch kurz: Domestic Abuse Bill 2018) wurde neben anderen Rechtsbehelfen und gesetzlichen Leitlinien eine neue gesetzliche Definition von häuslicher Gewalt eingeführt. Die neue Definition deckte nicht alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen ab, war geschlechtsneutral und entsprach nicht den geschützten Merkmalen laut Gleichstellungsgesetz 2010. Durch die Verabschiedung einer eng gefassten Definition versäumte es die Regierung auch, die strukturelle Natur der Ungleichheit anzusprechen, die in Institutionen sowie öffentlichen und privaten Räumen besteht. Die Verwendung des Begriffs „häusliche Gewalt“ bedeutete auch, dass die Definition der britischen Regierung nicht mit internationalen Konventionen übereinstimmte. So beziehen sich beispielsweise sowohl die Istanbul-Konvention als auch das CEDAW-Übereinkommen der Vereinten Nationen ausdrücklich auf Gewalt gegen Frauen oder Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Der Schwerpunkt des Gesetzentwurfs lag auf dem Strafrechtssystem, ohne dass auf die Nachhaltigkeit der spezialisierten Unterstützungsdienste für Frauen und der Notfallversorgung für Frauen und Mädchen eingegangen wurde. Die Bestimmungen des Gesetzentwurfs forderten eine Ausweitung der polizeilichen Befugnisse ohne Rücksicht auf mögliche Verletzungen der Bürgerrechte und schlugen vor, dass staatliche Stellen als zentrale Meldestellen dienen sollten. Dies hätte zur Folge, dass einheitliche Anlaufstellen eingerichtet und die Finanzierungsstrukturen innerhalb der lokalen Behörden konsolidiert würden, wodurch spezialisierte Frauenorganisationen von der Bereitstellung lokaler Dienste ausgeschlossen würden. Es gab nur wenige Hinweise auf die Bewältigung vielfältiger, komplexer Bedürfnisse ohne einen übergreifenden Rahmen für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, der hilft, diese Bedürfnisse zu erkennen, zu verstehen und

darauf zu reagieren. Die Sprache des Gesetzentwurfs spiegelte keine geschlechtsspezifischen Reaktionen oder Interventionen wider, was den Weg für allgemeine, nicht geschlechtsspezifische Dienste ebnete, welche die im Gesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen umsetzen. Dem Thema sexuelle Belästigung wurde keine große Aufmerksamkeit gewidmet, wobei der Gesetzentwurf suggerierte, dass die bestehenden Gesetze ausreichen würden, um Frauen und Mädchen zu schützen. Die Regierung verabsäumte es, die von schwarzen und minorisierten Frauen und Mädchen geäußerten spezifischen Bedenken bezüglich sexueller Belästigung anzuerkennen, die sich auf rassistische Formen der sexuellen Belästigung beziehen, durch die sie besonders zu Zielgruppen und Opfern werden. Die enge Auslegung dieses sehr komplexen Themas bedeutete, dass der Ansatz zu sexueller Belästigung und Gewalt gegen Frauen ahistorisch und unpolitisch blieb. In der Praxis bedeutete dies, dass auf Kosten eines umfassenden, ganzheitlichen Ansatzes zur Bekämpfung von sexueller Belästigung und Gewalt gegen Frauen ein Dauerzustand unkoordinierter Reaktionen in Politik, Strategie, Planung und Finanzierung aufrecht gehalten wurde. Das Fehlen einer auf die Menschenrechte ausgerichteten Reaktion, das Fehlen von Bestimmungen für Frauen, die keinen Anspruch auf öffentliche Mittel haben, oder Frauen mit unsicherem Einwanderungsstatus jeglicher Art bedeutete, dass Frauen weiterhin einem feindlichen Umfeld ausgesetzt waren. Die Regierung verwies auf künftige Reformen des Einwanderungssystems und sah keine neuen Bestimmungen zur Unterstützung von Frauen ohne Ehegattenvisum und ohne Anspruch auf öffentliche Mittel oder mit einer anderen Form von unsicherem Einwanderungsstatus vor. Die derzeitige „Destitution and Domestic Violence Concession“ (die Möglichkeit, wegen Mittellosigkeit und häuslicher Gewalt Unterstützung aus öffentlichen Geldern zu beantragen) wurde als ausreichend angesehen, um den Bedürfnissen der Frauen gerecht zu werden. Die Unterstützung von Migrantinnen wurde nicht erwähnt, obwohl Frauenorganisationen ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck brachten, dass Frauen nicht die benötigte Unterstützung erhalten und aus Angst vor Inhaftierung und Abschiebung im Elend gelassen werden. Für Imkaan war es wichtig sicherzustellen, dass die Stimmen und Erfahrungen Schwarzer und minorisierter Frauen und Mädchen in der Stellungnahme zum Gesetzesentwurf berücksichtigt wurden, aber es gab auch andere wichtige Bereiche im Gesetzesentwurf, die angesprochen und in Frage gestellt werden mussten. Imkaan beschloss, dass der beste Ansatz zur Lösung der zahlreichen Probleme darin bestand, einen alternativen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der die Erfahrungen von Frauen und Mädchen, die Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen, mit Gewalt gegen Frauen und Mädchen beleuchtet.

Der alternative Gesetzentwurf zielte darauf ab, schwarze und minorisierte Frauen und Mädchen vom Rand ins Zentrum zu rücken, indem er ein tiefes Verständnis für die Lebenserfahrungen aller Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt gegen Frauen wurden, vermittelte und einen Wandel in der Reaktion forderte, eingebettet in einen auf Gleichberechtigung und Menschenrechten basierenden Ansatz, der im Einklang mit internationalen und regionalen Konventionen und den Gesetzen dieses Landes steht, die durch die Gleichstellungspflicht des öffentlichen Sektors gegen Diskriminierung jeglicher Art verstärkt werden. In diesem Sinne befasste sich der alternative Gesetzentwurf mit den Erfahrungen von Frauen in allen Sektoren und Branchen und stellte die Vorstellung der Regierung von Vulnerabilität im Sinne von Gefährdung in Frage, die im sozialpolitischen Kontext als ein Umstand definiert wird, der auf dem individuellen Status beruht (unabhängig davon, ob er sozial, kulturell, politisch und/oder wirtschaftlich definiert ist). Imkaan vertrat die Auffassung, dass Gefährdung eine umfassendere Kategorie der Unterdrückung sei, die alle Frauen in allen Sektoren und Branchen betreffe; dabei bestehe der wesentlichste Umstand darin, dass Frauen einer Ungleichheit ausgesetzt seien, die sich in ihrer ungleichen Vertretung und Beteiligung und/oder als Bedingung für die Strukturen und Institutionen manifestiere, mit denen sie in Berührung kämen und die von Männern dominiert seien. Imkaan schlug vor, einen alternativen Gesetzentwurf zu erarbeiten, um eine geschlechtsspezifische Reaktion auf Frauen, die Opfer von Gewalt gegen Frauen sind, zu gewährleisten, da Frauen unverhältnismäßig stark von Gewalt betroffen sind. Dies waren die Schlüsselbotschaften, die die Notwendigkeit eines alternativen Gesetzes stützten. Es war wichtig, die Kommunikation zu nutzen, um ein Gegennarrativ zu schaffen. Imkaan war sich darüber im Klaren, dass der Rahmen für die Reaktion auf Gewalt die im Patriarchat verwurzelte Ungleichheit breit angesprochen werden muss, unter Betrachtung der Strukturen, Institutionen und Kulturen der Gesellschaft. Es wurde davon ausgegangen, dass die Rechte aller Frauen auf ein Leben frei von Gewalt und Schaden geschützt werden müssen, damit

sie ihre Lebenschancen und ihre Rechte in vollem Umfang wahrnehmen können. Bei dieser Arbeit erkannte Imkaan an, dass Frauen viele unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben. Indem man die Politik in diesen Erfahrungen verortete, wollte man das Wesen der strukturellen Ungleichheit und des Patriarchats sowie die Macht- und Kontrolldynamik, die in solche Systeme eingebettet sind, ansprechen und die Betrachtung durch die Linse der Intersektionalität fördern, wodurch ein tieferes Verständnis der gelebten Erfahrungen aller Frauen angesichts der Unterdrückung, der sie ausgesetzt sind, und der Art und Weise, wie sie diese Kämpfe angehen, ermöglicht wird. Es war daher von entscheidender Bedeutung, diese Erfahrungen und Gruppen von Frauen im Kontext und Inhalt des alternativen Gesetzentwurfs zu identifizieren. Es wurde erkannt, dass Frauen unverhältnismäßig stark von Gewalt betroffen sind, und zwar sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum, bei der Bestreitung ihres Lebensunterhalts und ihrer Möglichkeiten und auf viele andere Arten. Dies bedeutete, dass Frauen in der Wirtschaft, in den Medien, in der Unterhaltung, im Sport, in der Technik, in der Wissenschaft und in vielen anderen Sektoren und Branchen sowie im Privathaushalt von Menschenrechtsverletzungen betroffen waren. Der alternative Gesetzentwurf zielte darauf ab, die von Frauen erlebte Ungleichheit zu beseitigen, die Ausdruck von Macht und Kontrolle und des Patriarchats ist. Auf diese Weise befasste sich der alternative Gesetzentwurf mit allen Formen der Gewalt gegen Frauen, denen Frauen aufgrund der Ungleichheit in allen Sektoren und Branchen ausgesetzt sind. Die Dynamik von Macht und Kontrolle half uns zu verstehen, wie Frauen in allen Sektoren und Branchen betroffen waren. Als Teil der Kernbotschaft und der Kommunikationsstrategie waren wir aufgerufen, im alternativen Gesetzentwurf die Vulnerabilität in den Macht- und Kontrollstrukturen zu verorten, und zwar als eine Bedingung, die durch diese Strukturen erzeugt und den Frauen durch Ungleichheit aufgezungen wird. Damit änderte sich die Sichtweise auf die Vulnerabilität, d. h. es sind nicht nur die individuellen Umstände einer Frau, die sie gefährden, sondern vielmehr die Bedingungen, die ihrem Status als Frau durch jene gesellschaftlichen Strukturen auferlegt werden, in denen die Macht- und Kontrolldynamik angesiedelt ist. Im Zusammenhang mit dem alternativen Gesetzentwurf wurde Vulnerabilität als eine Bedingung des Patriarchats betrachtet. Imkaan schlug den alternativen Gesetzesentwurf vor, weil sie die Reaktion auf Gewalt gegen Frauen verändern wollten, indem sie die Strukturen, den Zustand der Kontrolle und Überwachung, die Institutionen und Kulturen, in denen Ungleichheit und Unterdrückung fortbestehen, ansprach.

■ Das Ergebnis:

Der alternative Gesetzentwurf wurde in den Änderungsanträgen größtenteils ignoriert und die zweite Lesung wurde im Frühjahr 2020 abgeschlossen. Dennoch ist IMKAAN der Ansicht, dass die Erfahrungen aus dem Gesetzentwurf von Nutzen sein können, und nennt die folgenden Punkte:

- Es hat gezeigt, dass geschlechtsneutrale Politik nicht akzeptiert werden muss und dass es für einen Sektor möglich ist, dafür zu sorgen, dass eine Diskussion über Gewalt gegen Frauen und Mädchen geführt wird.
- Es gibt jetzt eine verstärkte Mobilisierung in Bezug auf Migrantinnen und Frauen ohne Anspruch auf öffentliche Mittel.
- Die Forderungen nach einer Finanzierung des Sektors haben unterschiedliche Ansätze zu Tage gefördert, zum Beispiel die Erwägung einer sektorweiten Forderung nach dauerhafter Finanzierung im Rahmen der umfassenden Ausgabenprüfung.
- In allen Ministerien und Gebietskörperschaften wurden die aufgeworfenen Fragen verstärkt diskutiert.
- Imkaan ist der Meinung, dass die Dinge anders gelaufen wären, wenn es nicht eine konservative Regierung gegeben hätte, die auch nicht so sehr auf den Brexit konzentriert gewesen wäre.
- **Welche Strategien aus diesem Beispiel verwendet werden können:**
- Die Erstellung eines Lösungsvorschlags oder einer Alternative zur aktuellen Situation. In der alternativen Gesetzesvorlage wurde ausführlich dargelegt, warum Macht- und Kontrollstrukturen zu einer Gefährdung von Frauen führen, was in der Gesetzesvorlage

über häusliche Gewalt 2018 völlig fehlt. Mit dieser Strategie hat Imkaan die Notwendigkeit einer geschlechtsspezifischen Politik aufgezeigt.

8.1.2. Vielversprechende Praxis: Belgien

Bei den Parlamentswahlen 2014 forderte eine Koalition feministischer NGOs unter der Federführung von Vie Féminine die politischen Parteien auf, sich zu verpflichten, das „Ministerium für Chancengleichheit“ in „Ministerium für Frauenrechte“ umzubenennen, sollten sie mit dieser Zuständigkeit betraut werden. Nur die Regierung der Fédération Wallonie-Bruxelles, die für alle sprachbezogenen Angelegenheiten im französischsprachigen Belgien zuständig ist, setzte diese Forderung in die Tat um. Die neu ernannte Ministerin für Frauenrechte, Isabelle Simonis, wählte einen neuen Weg der Chancengleichheit, der die Umbenennung widerspiegelt. Sie rief einen jährlichen partizipativen Prozess, AlterEgales, ins Leben, der es Frauen- und feministischen NGOs ermöglichte, die politischen Prioritäten im Bereich der Frauenrechte zu bestimmen (mit entsprechenden zusätzlichen Projektzuschüssen) und Empfehlungen zu bestimmten Politikbereichen zu erarbeiten, die die Ministerin dann an ihre zuständigen Kollegen weiterleitete. Bei den darauffolgenden Wahlen 2019 übernahm auch die Regierung der Region Wallonien den neuen Titel und schuf gemeinsam eine interministerielle Konferenz (IMK) für Frauenrechte, bei der die föderalen, regionalen und kommunalen Regierungen Belgiens zusammenkommen, um ihre Politik zu koordinieren. Die oberste Priorität der Ministerinnen für Frauenrechte und der IMK ist die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen im Zusammenhang mit dem ersten GREVIO-Bericht, der für September 2020 erwartet wird. Vor diesem Hintergrund ist der Titel der IMK besonders wichtig, da er es den progressiveren Regierungen ermöglicht, die Diskussionen beim Thema zu halten, während in Flandern und auf föderaler Ebene eine eher geschlechtsneutrale Tendenz zu beobachten ist.

▪ **Ergebnis:**

Die Umbenennung und damit die Neuformulierung dessen, was das Ministerium repräsentiert. In diesem Fall war der Name „Ministerium für Chancengleichheit“ recht allgemein und geschlechtsneutral. Niemand konnte wissen, dass dieses Ministerium die Aufsicht über die Unterstützung der Fédération Wallonie-Bruxelles auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Frauen innehaben würde. Mit der Annahme des neuen Namens widmete sich die neue Frauenministerin voll und ganz der Rolle und lud feministische NGOs ein, ihre Meinung zur Politik zu äußern. Bei der darauffolgenden Wahl zog die Regierung der Region Wallonie nach und änderte ebenfalls den Namen ihres Ministeriums, was zu einem Domino-Effekt mit positiven Ergebnissen für die Überlebenden von Gewalt gegen Frauen führte.

▪ **Welche Strategien aus diesem Beispiel verwendet werden können:**

- Beginnen Sie mit der (verstärkten) Lobbyarbeit vor einem wichtigen politischen Ereignis wie einer Wahl und sprechen Sie alle Parteien an, die bei dieser Wahl antreten.
- Arbeiten Sie mit anderen Frauen-NGOs zusammen, bilden Sie eine Koalition speziell für diese Sache. Einigen Sie sich auf ein bestimmtes gemeinsames Ziel wie die Umbenennung eines Ministeriums oder die Ratifizierung der Istanbul-Konvention.
- Lassen Sie nicht nach, wenn Sie Ihr Ziel erreicht haben! Halten Sie den Kontakt zu den Frauenorganisationen und politischen Entscheidungsträgern aufrecht und informieren Sie sie über Veranstaltungen und positive Nachrichten aus Ihrer Organisation. Suchen Sie sich ein neues Ziel, auf das Sie hinarbeiten können, z. B. Lobbyarbeit für eine regionale Politikkoordination oder eine stärkere Einbeziehung von Frauenorganisationen in die politische Entscheidungsfindung.

8.1.3. Vielversprechende Praxis: Dänemark

LOKK hat großen Wert darauf gelegt, regelmäßig und kontinuierlich mit der dänischen Regierung in Kontakt zu stehen. LOKK hofft, dass die politischen Entscheidungsträger dann beginnen, sie einzuladen, ihr spezielles Wissen im Bereich Gewalt gegen Frauen zur Verfügung zu stellen. Die Organisation nimmt Kontakt zu Ministerinnen und Berichterstatterinnen auf, die auf dem Gebiet der Gewalt gegen Frauen tätig sind, um mit ihnen Schutzunterkünfte zu besuchen und sie auf neue

Initiativen aufmerksam zu machen. Die Organisation überarbeitet derzeit ihre Strategie, um den Schwerpunkt auf die Sichtbarkeit zu legen, die sie als „Nährboden für die Finanzierung“ erkannt hat.

■ **Das Ergebnis:**

Die erhöhte Sichtbarkeit wird den politischen Entscheidungsträgerinnen zeigen, dass LOKK tatsächlich über Expertenwissen auf dem Gebiet der Gewalt gegen Frauen ist. Man hofft, dass die zunehmende Sichtbarkeit auch Mittel für LOKK erschließt, da die politischen Entscheidungsträgerinnen von der Existenz und den fachlichen Fähigkeiten der Organisation wissen werden.

■ **Welche Strategien aus diesem Beispiel verwendet werden können:**

- Setzen Sie sich regelmäßig mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Beamtinnen in Verbindung und informieren Sie sie über die erfolgreichen Initiativen Ihrer Organisation (z. B. senden Sie einen Jahresbericht und andere Werbematerialien, laden Sie sie ein, auf Ihren Veranstaltungen zu sprechen, laden Sie sie in Ihre Büroräume oder Ihre Schutzunterkunft ein). Wenn sich die Kontaktaufnahme mit politischen Entscheidungsträgerinnen als schwierig erweist, erstellen Sie eine Übersicht über Politikerinnen, die den Frauenrechten und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen positiv gegenüberstehen. Beginnen Sie damit, diese zu kontaktieren.
- Steigern Sie die Sichtbarkeit in den (sozialen und/oder klassischen) Medien, soweit dies möglich ist. Achten Sie darauf, dass Ihre Website und Ihre Seiten in den sozialen Medien auf dem neuesten Stand sind, da dies die ersten Orte sind, an denen Menschen mehr über Ihre Organisation erfahren.

8.2 Nützliche und schädliche Allianzen

„Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“

- Ein altes Sprichwort, das erstmals im Sanskrit-Traktat über Staatskunst, dem Arthashastra, zu finden ist.

Bündnisse zwischen feministischen Organisationen und ungewöhnlichen Verbündeten können oft für beide Parteien von Vorteil sein. Ein gemeinsames Ziel (oder ein gemeinsamer Feind) verspricht jedoch nicht unbedingt, dass das Ergebnis zu einem größeren Nutzen für die Frauenrechte führen kann. Allianzen, die feministische Organisationen mit Organisationen zusammenbringen, die nicht das Wohl der Menschenrechte, insbesondere der Frauenrechte, im Auge haben, können als unheilige Allianzen bezeichnet werden und führen oft zu nachteiligen Ergebnissen.

8.2.1. Beispiel einer schädlichen Allianz: Deutschland

Ein Beispiel für eine solche unheilige Allianz ist ironischerweise die Zusammenarbeit konservativer katholischer Frauen mit radikalen westdeutschen Feministinnen in den 1980er Jahren gegen die genetische Präimplantationsdiagnostik und die Fortpflanzungs- und Gentechnologie. Die ehemalige Präsidentin der größten katholischen Frauenorganisation in Westdeutschland reagierte auf die Ansiedlung eines amerikanischen Leihmuttervermittlers in Frankfurt, indem sie Kontakt zu den säkularen Feministinnen der Grünen aufnahm, was zu einer unerwarteten Zusammenarbeit führte, die viele überraschte, wenn man bedenkt, dass das Zentralkomitee der deutschen Katholiken den Grünen wegen deren Haltung zu, Schwangerschaftsabbruch kürzlich die Teilnahme an einem Katholikentag verboten hatte. Während die katholischen Frauen ihre Ablehnung der Reproduktions- und Gentechnologien mit der Überzeugung begründeten, dass das Leben mit der Empfängnis beginnt, betonten die Feministinnen der Grünen die „technopatriarchalische“ Ausbeutung der Frauen und befürchteten, dass die zunehmende Nutzung der Technologien dazu führen würde, dass die Rolle der Frau nur noch aus der Mutterschaft bestünde und sonst nichts. Gemeinsam begannen die katholischen Frauen und die Feministinnen der Grünen eine koordinierte Anstrengung, in der sie die Präimplantationsdiagnostik mit den biologischen Rassenhygieneprogrammen der Nazis verglichen, wodurch es ihnen gelang, die Argumentation von einer Risiko-Nutzen-Analyse zu einem deontologischen Ansatz zu verlagern.³¹⁰ Sie hatten Erfolg damit, dass Bayern das Fortpflanzungsmedizingesetz in den Bundesrat einbrachte, mit dem die Regelungskompetenz von der Ärzteschaft auf die Länder übertragen und die embryologische Forschung verboten wurde. Dies führte dazu, dass der Deutsche Ärztetag, das Max-Planck-Institut und die Deutsche Forschungsgemeinschaft entgegen ihrer bisherigen Positionen ein Moratorium für die embryologische Forschung forderten. Im Jahr 1990 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz zum Verbot der embryologischen Forschung.³¹¹

▪ Ergebnis:

Bis heute dürfen überzählige Embryonen, die durch IVF-Verfahren in Deutschland erzeugt wurden, nicht für Forschungszwecke verwendet werden. Das Erbe des Bündnisses zwischen den katholischen Frauen und den grünen Feministinnen wirkt jedoch fort und hat sich negativ auf die Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland ausgewirkt. Im Jahr 2009 zogen die Katholiken in der Abtreibungsdebatte erneut den Vergleich zwischen Reproduktionsmedizin und nationalsozialistischer Eugenik. Auf diese Weise gelang es ihnen, die Unterstützung von Sozialdemokraten und Grünen für eine obligatorische dreitägige Wartezeit für Spätabtreibungen zu finden, wenn bei dem Fötus eine Behinderung diagnostiziert wurde. Der Zugang zu solchen Schwangerschaftsabbrüchen wird noch schwieriger als in Deutschland, wo es ein Gesetz aus der Zeit der Nazis gibt, das die „Werbung“ für Abtreibungen verbietet. Tatsächlich ist Abtreibung in Deutschland technisch gesehen illegal, wird aber nicht geahndet.

Allianzen wie die oben erwähnte können entstehen, wenn Organisationen an den entgegengesetzten Enden des Wertespektrums aus sehr unterschiedlichen Gründen das gleiche Ziel verfolgen. Mit einem gemeinsamen Ziel kann diese Art von Bündnis verlockend sein. Wie oben dargestellt, können sich solche unheiligen Allianzen jedoch oft zum Nachteil für die Menschenrechte von Frauen auswirken. Wenn Frauenorganisationen Bündnisse eingehen, müssen sie sich vergewissern, dass die komplementäre Organisation eine ähnliche Haltung in Bezug auf die Menschenrechte der Frauen vertritt. In Situationen wie der mit der katholischen Frauenorganisation Westdeutschlands hätte im Nachhinein betrachtet mehr Vorsicht und Nachdenken angebracht gewesen sein müssen.

Ungewöhnliche Bündnisse müssen jedoch nicht immer unheilige Allianzen sein. Allianzen zwischen Organisationen oder Gruppen, die sich auf den ersten Blick gar nicht ähneln, können sich letztlich als vorteilhaft für die Rechte der Frauen erweisen. Dies zeigt sich in Schottland, das

³¹⁰ Deontologie bezeichnet eine Klasse von ethischen Theorien, die den moralischen Status einer Handlung nicht anhand ihrer Konsequenzen bestimmen. Bestimmte Handlungen können daher als intrinsisch gut oder schlecht bezeichnet werden (Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Deontologische_Ethik).

³¹¹ Tichenor, Kimba. (2013). „The Unholy Alliance“: Radicale Feminists, Catholic Women and Reproductive Technologies Before and After the Wende.

eines der jüngsten und fortschrittlichsten Parlamente in Europa hat; es wurde erst 1999 konstituiert.

8.3.2 Beispiel einer nützliche Allianz: Schottland

Die Existenz des schottischen Parlaments und der Grund für seine Fortschrittlichkeit stehen in direktem Zusammenhang mit der aktiven Rolle, die die schottische Frauenrechtsbewegung gespielt hat.

Im Jahr 1987 war die Verfassungsdebatte in Schottland unaufhaltsam in Gang gekommen, da Thatchers Konservative Partei drei aufeinanderfolgende Wahlsiege im Vereinigten Königreich verbuchen konnte, ohne dass die schottischen Wähler, von denen gerade einmal 24 % für die Partei stimmten, sie besonders unterstützt hätten. Es begann sich eine Kampagne für ein schottisches Parlament zu formieren, die schließlich im Sommer 1987 in der Einberufung des schottischen Verfassungskonvents mündete. Auch die Frauenbewegung war im Verfassungskonvent vertreten, indem sie eine Delegierte des schottischen Frauenkonvents, Yvonne Strachan, entsandte. Die schottische Frauenbewegung konnte die Verfassungsdebatte in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mitbestimmen und wurde durch weltweite Kampagnen und Frauenrechtskonferenzen, insbesondere die Vierte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen 1995 in Peking, weiter unterstützt. Dank der Beteiligung der Frauenbewegung „wirkte sich die öffentliche Debatte auf die geschlechtsspezifische Zusammensetzung des ersten Parlaments sowie auf einige seiner Regeln und Praktiken aus, wie z. B. die Arbeitszeiten des Parlaments oder die Einrichtung eines Ausschusses für Chancengleichheit, die von der konstitutionellen Lenkungsgruppe aufgegriffen wurden.“³¹² Als sich das schottische Parlament mit dem Erfolg des Dezentralisierungsreferendums von 1997 und dem darauf folgenden Scotland Act 1998 zu konstituieren begann, wurden Frauenrechtsgruppen als eigenständige Akteurinnen in der Verfassungsdebatte akzeptiert; also folgte richtete die Labour Party, die damals in Schottland an der Macht war, das so genannte Women in Scotland Consultative Forum (WSCF) ein, das als ein Mechanismus angesehen wurde, der Frauengruppen die Möglichkeit bot, „Prioritäten vorzuschlagen, die die Regierungspolitik beeinflussen konnten.“³¹³

Das WSCF wurde vor der Gründung des schottischen Parlaments ins Leben gerufen, um die Konsultation zwischen der dezentralisierten Verwaltung und den Frauengruppen auch über das Jahr 1999, als das Parlament gegründet wurde, hinaus zu erleichtern. Das erste schottische Parlament verzeichnete eine Frauenquote von 37,2 % unter den Abgeordneten. Diese Abgeordneten hatten einen vielfältigen Hintergrund in der Gemeindeorganisation, arbeiteten in Wohnbaugesellschaften und unterstützten Arbeitslose sowie Frauen, die Opfer von Gewalt geworden waren. Dies führte zweifellos dazu, dass der erste Gesetzentwurf, der von einem Ausschuss des schottischen Parlaments, dem Ausschuss für Justiz und Inneres, initiiert wurde, der Gesetzentwurf zum Schutz vor Missbrauch war, der darauf abzielte, Frauen besser zu schützen. Zur Berichterstatterin für diesen Ausschuss wurde die Labour-Abgeordnete Maureen Macmillan ernannt, die zu diesem Zeitpunkt zufällig auch schon zwanzig Jahre bei der schottischen Frauenhilfe in der Region Highlands and Islands aktiv gewesen war. Auf diese Weise hatten Frauenrechtsgruppen einen direkten Zugang zu den Ausschüssen und zur Ausarbeitung von Gesetzen, die Frauen betreffen, wie z. B. das Gesetz über das Stillen (Schottland) 2005 oder das Gesetz über Hypothekenrechte (Schottland) 2001. Darüber hinaus haben sich sowohl die schottische Exekutive als auch das schottische Parlament seit 1999 dem Mainstreaming der Gleichstellung verschrieben, das von der schottischen Exekutive als „die systematische Integration einer Gleichstellungsperspektive in die alltägliche Arbeit der Regierung unter Einbeziehung von politischen Entscheidungsträgerinnen in allen Ministerien sowie von Gleichstellungsspezialistinnen und externen Partnerinnen“³¹⁴ definiert wird.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die weiblichen Abgeordneten des schottischen Parlaments von ihren männlichen Kollegen und den Medien nicht unbedingt mit offenen Armen empfangen wurden. Vielmehr wurden sie mit sexistischen Äußerungen angegriffen, in denen ihr Aussehen und sogar ihre „Unverfrorenheit“, keine Überstunden in ihren Büros zu machen, kritisiert wurden. Die

³¹² Thiec, A. (2010). Women and Politics in post devolution Scotland. *Caliban*, (27), 177-190. doi:10.4000/caliban.2119

³¹³ Ibid.

³¹⁴ Ibid.

weiblichen Abgeordneten erklärten jedoch, dass dies sogar zu einer Solidarität untereinander führte, sogar über Parteigrenzen hinweg, da sie alle die gleichen Arten von Missbrauch erlebten.

Darüber hinaus wurde Anfang der 1990er Jahre eine Allianz zwischen Frauenaktivistinnen und Kommunalverwaltungen gebildet, die schließlich zu der Sensibilisierungskampagne gegen Gewalt gegen Frauen, der Zero-Tolerance-Kampagne, führte; sie zielte darauf ab, die gesellschaftliche Einstellung gegenüber häuslicher Gewalt zu ändern. Bis März 1998 wurde die Kampagne vom Rat für den Bezirk Edinburgh und von 11 weiteren schottischen Gebietskörperschaften übernommen.

▪ **Ergebnis:**

Das kontinuierliche Engagement von Frauenrechtsaktivistinnen in der Verfassungs- und Dezentralisierungsdebatte in Schottland hat zu einem anhaltenden Dialog zwischen Frauenrechtsgruppen und dem Parlament geführt, der zur Verabschiedung progressiver Gesetze führte. Frauenrechtsaktivistinnen wurden von der damals regierenden Labour-Partei anerkannt, weil sie legitime Anliegen vorbrachten, und so führte die laufende Zusammenarbeit zu einer dauerhafteren Aufnahme feministischer Ziele in schottische Gesetzesvorlagen und Gesetze im Allgemeinen.

■ **Welche Strategien aus diesem Beispiel verwendet werden können:**

- Suchen Sie Unterstützung von außen, so etwa von anderen Kampagnen, internationalen oder regionalen Organisationen, die für Ihr Anliegen relevant sind.
- Achten Sie bei der Kontaktaufnahme mit neuen Verbündeten auf eine kontinuierliche Kommunikation und darauf, dass Ihre Botschaft gehört wird.

8.3 Kommunikation und Kampagnenarbeit in Zeiten einer Schattenpandemie

„Wir sehen eine wachsende Schattenpandemie der Gewalt gegen Frauen... Schon bevor es COVID-19 gab, war häusliche Gewalt eine der größten Menschenrechtsverletzungen. In den letzten 72 Monaten waren weltweit 243 Millionen Frauen und Mädchen (im Alter von 15-49 Jahren) sexueller oder körperlicher Gewalt durch einen Intimpartner ausgesetzt“
– Phumzile Mlambo-Ngcuka, Exekutivdirektorin von UN Women³¹⁵

Die Tatsache, dass ein Virus unsere Welt auf den Kopf gestellt hat, mag für Aktivistinnen, die seit Jahren gegen Gewalt gegen Frauen kämpfen, keine Überraschung sein. Die Pandemie der Gewalt gegen Frauen, in der das Virus „Patriarchat“ heißt, wird gefühlt seit unzähligen Jahren bekämpft. Gewalt gegen Frauen ist ein weltweiter Notstand, und das hat sich während der COVID-19-Pandemie noch deutlicher gezeigt. Die ersten Berichte über einen Anstieg der Gewalt gegen Frauen kamen aus dem ersten Land, das von dem Virus betroffen war, nämlich China, und als sich das Virus über den gesamten Globus ausbreitete und Frauen und ihre Kinder zwang, ihren Lebensraum für lange Zeit mit ihren Tätern zu teilen, ohne die geringste Chance zu entkommen, wurde das wahre Ausmaß der „Schattenpandemie“ deutlich.

Die Frauen sind mehr denn je in akuter Gefahr, da sie noch weniger Möglichkeiten haben, die Wohnung zu verlassen oder eine Beratungsstelle oder ein Frauenhaus zu kontaktieren, insbesondere wenn sich der Täter in derselben Wohnung aufhält. Als unmittelbare Reaktion auf den Lockdown in Europa brachte die WAVE-Kampagne Step Up! COVID-19-spezifisches Kampagnenmaterial heraus, das allen WAVE-Mitgliedern und allen Aktivistinnen mit Online-Zugang kostenlos zur Verfügung gestellt wurde.

³¹⁵ Violence against women and girls: the shadow pandemic. (6. April 2020). Abgerufen am 18. Mai 2020 von <https://www.unwomen.org/en/news/stories/2020/4/statement-ed-phumzile-violence-against-women-during-pandemic>



Als Reaktion auf diese akute Krise hat die WAVE Step! Up-Kampagne drei Vorlagen erstellt, um die Verbreitung wichtiger Informationen über Frauennotrufe und andere Dienste in den sozialen Medien von Frauenorganisationen zu erleichtern. Die Vorlagen können einfach von der WAVE-Website heruntergeladen werden und enthalten Anweisungen, welche relevanten Informationen in die leeren Felder der Vorlagen geschrieben werden sollen (z. B. wie die Frauenorganisation aus der Ferne kontaktiert werden kann, Telefonnummern von Notrufdiensten, zusätzliche Dienste für Frauen, die aufgrund von COVID-19 Gewalt erfahren, Informationen darüber, wie man sich verhalten soll und was zu tun ist, wenn sich eine Frau zu Hause in einer gefährlichen Situation befindet). Diejenigen, die die Vorlage verwendeten, wurden ermutigt, das fertige Bild in ihren sozialen Medien zu posten, wo sie die Step Up!-Kampagne und das WAVE-Netzwerk zu markieren. Auf diese Weise wurden die beiden offiziellen WAVE-Konten in den sozialen Medien über den Beitrag informiert und konnten das Bild mit einem noch größeren Publikum im WAVE-Netzwerk teilen.

Die improvisierte Online-Kampagne zur Sensibilisierung für das erhöhte Risiko von Gewalt in intimen Partnerbeziehungen in der aktuellen COVID-19-Situation begann Mitte März und erhöhte die Sichtbarkeit des Netzwerks, seiner Mitglieder, der Bedeutung von Unterstützungsangeboten und des vorherrschenden Problems der Gewalt gegen Frauen. In den ersten drei Wochen der Kampagne konnte die Step Up!-Kampagne auf der Facebook-Seite 288 % mehr Follower und 292 % mehr Likes als im Vormonat verzeichnen. Die COVID-19-spezifische Verbreitung in den sozialen Medien ist die bisher erfolgreichste Online-Kampagne von WAVE.

9. Selbstfürsorge - Wie man sich organisiert, um die Reproduktion des Problems zu vermeiden, das wir bekämpfen

Die Weltgesundheitsorganisation definiert Gesundheit als einen Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur als das Fehlen von Krankheit und Gebrechen.³¹⁶

Das Recht auf den höchsten Standard an körperlicher und geistiger Gesundheit gilt auch für Frauen. Geschlechtsspezifische Risikofaktoren³¹⁷ wie geschlechtsspezifische Rollenverteilung, sozioökonomische Benachteiligung, untergeordneter sozialer Status, Betreuungsarbeit und negative Lebenserfahrungen, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt, wirken sich jedoch nachteilig auf die Gesundheit von Frauen aus.

In diesem Abschnitt geht es um die Bedeutung der Selbstfürsorge für diejenigen, die sich im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt engagieren. Als feministische Aktivistinnen sehen wir uns mit repressiven Institutionen konfrontiert, die ihre Macht dadurch ausüben, dass sie den Anti-Gewalt-Zentren, Frauenhäusern und anderen Organisationen mit feministischem Ansatz nur ein Minimum an finanziellen Mitteln zur Verfügung stellen, um die Bedürfnisse und Anliegen von Frauen und ihren Kindern in vollem Umfang berücksichtigen und unterstützen zu können. All dies trägt zu dem sogenannten „Minderheitenstress“ bei, der sich aus der Schwierigkeit ergibt, in einem Kontext von allgemeinem Antifeminismus voranzukommen, mit negativen Folgen für das Privatleben, in dem wir mit Kritik und Widerspruch zu unserer Entscheidung, Feministinnen zu sein, konfrontiert sind, bis hin zu echten physischen Angriffen als Verteidigerinnen der Menschenrechte. Aus diesen Gründen ist es notwendig, ausgehend von der tiefen und realen Bedeutung von Gesundheit, alle möglichen Maßnahmen zur Vorbeugung und Behandlung von stellvertretenden Traumata zu ergreifen, wobei die Erfahrung der Selbstfürsorge Vorrang hat.

Wir finden nur selten die notwendigen Ressourcen, um ein gesundes, sicheres und flexibles Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem unser Wohlbefinden angemessen berücksichtigt wird, weil wir es als etwas betrachten, das keine Priorität hat, als ob es ein Luxus wäre.

Daraus ergibt sich ein grundlegender Widerspruch: Während wir Frauen auf einem Weg der Heilung und Selbstbestimmung hin zu individueller und kollektiver Freiheit unterstützen, sind wir selbst in prekären Lebenssituationen gefangen und institutioneller Gewalt ausgesetzt, die uns zu unbezahlter oder unterbezahlter Arbeit zwingt. Die unterdrückerischen patriarchalischen Normen schreiben die Arbeit der Pflege und Betreuung den Frauen zu. Da die Pflegearbeit als natürliche Begabung und Verantwortung der Frauen gilt, können wir keine Anerkennung dafür erwarten. Unter diesen Bedingungen sind wir gezwungen, zwischen Aktivismus und Privatleben zu wählen und unsere eigene geistige und körperliche Gesundheit an die letzte Stelle zu setzen. Um die Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, sind wir gezwungen, uns selbst zu schaden und zu überanstrengen, ja Gewalt gegen uns und unsere Kolleginnen auszuüben.

Infolgedessen entstehen Spannungen, die Konflikte und Ausschlussmechanismen innerhalb der Bewegung und der feministischen Organisationen begünstigen und das Verhältnis zwischen Frauen und ihren Entscheidungen beeinträchtigen. Wie ist dies möglich? Wie können wir ein gesundes Arbeitsumfeld schaffen, Räume zum Nachdenken, zur Selbstfürsorge, für das Team und für Aktionen sowie politischen Aktivismus, die uns nicht der gleichen Gewalt und den gleichen Machtverhältnissen aussetzen, die wir jeden Tag zu bekämpfen versuchen? Wie können wir als Menschen und als Bewegung gedeihen und wachsen?

9.1 Folgen einer Unterschätzung

Viele spezialisierte Dienste zur Unterstützung von Frauen mussten wegen Geldmangels schließen, während andere in der Angst leben, schließen zu müssen. Diese Ungewissheit führt zu instabilen und unsicheren Arbeitsverhältnissen, unüberschaubaren Arbeitsbelastungen und der Sorge, andere Frauen nicht unterstützen zu können. Der Mangel an Ressourcen signalisiert, dass die Unterstützung von Frauen gegen Gewalt eine wirtschaftlich nicht ausreichend anerkannte Arbeit

³¹⁶ WHO: Satzung <https://www.who.int/about/who-we-are/constitution>

³¹⁷ WHO: Gender-specific disparities in mental health, https://www.who.int/mental_health/prevention/genderwomen/en/

ist, auch weil sie als typische Frauenbetreuungsarbeit wahrgenommen wird und daher unauffällig ist, wobei vernachlässigt wird, dass es sich in Wirklichkeit um hochqualifizierte Spezialistinnen und Aktivistinnen handelt. Dies betrifft alle Mitarbeiterinnen dieser Organisationen.

Aufgrund der unzureichenden Ressourcen müssen die Organisationen Entscheidungen treffen, die zu Lasten der Arbeitnehmerinnen gehen. Um Frauen und Kinder unterstützen und ermächtigen zu können, wird von ihnen erwartet, dass sie ihre eigene Selbstbestimmung aufgeben, die auf wirtschaftlicher Sicherheit, psycho-physischem Wohlbefinden und Entscheidungsfreiheit beruht. Daher befinden wir uns in einem Zustand tiefgreifender Widersprüche zwischen der Praxis der Unterstützung und Stärkung von Frauen und unserem eigenen Leben. Dies steht im Widerspruch zu dem feministischen Grundsatz, dass das Persönliche politisch ist. Da es sich um ein strukturelles Problem handelt, ist die einzige nachhaltige Lösung kollektives Handeln.

Als Anti-Gewalt-Arbeiterinnen bleiben wir mit unseren Frustrationen allein, stehen unseren Unterdrückern (Regierungen, Institutionen) allein gegenüber und versuchen, unsere Probleme im Privaten zu lösen. Die Kultur der unbezahlten Arbeit, die für Aktivistinnen und Feministinnen notwendig ist, schafft eine organisatorische Dynamik der Schuld und Schuldzuweisung unter den Beschäftigten.

Es gibt viele Ähnlichkeiten zwischen dieser Dynamik und geschlechtsspezifischer Gewalt, und wir müssen diese Unterdrückung bekämpfen und das Fortbestehen einer Kultur ablehnen, die nicht will, dass wir unabhängig, frei und selbstbestimmt sind.

Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Praxis der radikalen Selbstfürsorge in unser Leben tritt, indem wir das Private öffentlich machen. Nur so werden wir in der Lage sein, die Unterdrückung zu bekämpfen und sie auszumerzen, wenn sie sich zwischen uns schleicht.

Anti-Gewalt-Arbeiterinnen haben die Möglichkeit, den Frauen und Kindern, die bei Ihren Diensten Unterstützung suchen, Empathie und Ressourcen anzubieten, und sie müssen mit den Gefühlen, die in ihre Arbeit einfließen, auf verantwortungsvolle, konstruktive Weise umgehen. Die Erhaltung der physischen und psychischen Gesundheit aller in der Gewaltprävention Tätigen ist die erste und grundlegende Verantwortung, die wir als Bewegung übernehmen müssen, wenn wir Gewalt gegen Frauen und Kinder wirksam bekämpfen wollen. Der Schaden, der einem Teammitglied zugefügt wird, schwappt unweigerlich auf den Rest des Teams über und führt zu Frustration, Konflikten, Misstrauen, Gewalt und Ausgrenzung, bis hin zur Ausweitung auf alle Ebenen einer Organisation. Dies hat schwerwiegende Folgen für die Organisation und die Personen und Gemeinschaften, denen sie dient, und führt zu Ausgrenzung, gesundheitlichen Problemen, destruktiver Dynamik und Überlastung.

Das Personal muss sich im Alltag mit all dem auseinandersetzen, um gemeinsam eine effiziente Selbstfürsorgepraxis aufzubauen, und nicht erst, wenn Konflikte, Unterdrückung und Mobbingdynamik bereits entstanden sind.

Man kann auf Grund solcher Dynamik ausbrennen; Anzeichen dafür können Kopfschmerzen, Müdigkeit, eine verringerte Immunfunktion, Reizbarkeit und ein Verlust des Interesses an der Arbeit sein.

9.1.1. Burnout

Maslach (1993) beschreibt Burnout als einen Prozess und nicht als einen Zustand, der sich durch

1. Emotionale Erschöpfung

2. Depersonalisierung (negative Einstellung gegenüber Klientinnen, Verlust von Idealen)

3. Geringere persönliche Leistung und Engagement für den Beruf

ausdrückt. Fehlende Unterstützung für das Personal, niedrige und unsichere Gehälter, die Schwierigkeit, Mittel zur Unterstützung der Aktivitäten zu finden, mangelnde Klarheit über die Perspektiven und fehlende Beteiligung an Entscheidungsprozessen führen zu den höchsten Burnout-Raten.

9.1.2. Stellvertretende Traumatisierung

Das ABC des Umgangs mit stellvertretender Traumatisierung³¹⁸

Bewusstseinsbildung

Sich auf die eigenen Bedürfnisse, Grenzen, Emotionen und Ressourcen einzustellen. Alle Bewusstseins Ebenen und Informationsquellen beachten, kognitiv, intuitiv und somatisch. Achtsamkeit und Akzeptanz üben.

Gleichgewicht

Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen den Aktivitäten, insbesondere Arbeit, Vergnügen und Ruhe. Inneres Gleichgewicht ermöglicht die Aufmerksamkeit für alle Aspekte des eigenen Selbst.

Verbundenheit

Verbundenheit mit sich selbst, mit anderen und mit etwas Größerem. Kommunikation ist Teil der Verbundenheit und durchbricht das Schweigen des uneingestandenen Schmerzes. Diese Verbindungen gleichen die Isolation aus und geben mehr Bestätigung und Hoffnung.



Im spezifischen Kontext von Gewalt gegen Frauen stellt das stellvertretende Trauma eine zusätzliche Herausforderung für spezialisierte Dienste zur Unterstützung für Frauen dar. Die ständige Konfrontation der dort Tätigen und der Aktivistinnen mit Gewalt Narrativen und die Notwendigkeit, sich emotional auf die Überlebenden einzulassen, um ihnen Empathie und Unterstützung zu bieten, führen zu einem indirekten Trauma, das eine tiefgreifende individuelle Veränderung bewirken kann, bis hin zur Beeinflussung der Beziehung zur Welt, zu Familie und Freunden. Das stellvertretende Trauma ist die Erfahrung, die die Mitarbeiterinnen von Anti-Gewalt-Organisationen am meisten betrifft, d.h. alle, die sich auf allen Ebenen für die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt engagieren (Verwaltung, Vorstandsmitglieder, Mitarbeiterinnen, Ehrenamtliche, Juristinnen).

Auch sekundäre traumatische Belastung, sekundäre Viktimisierung oder Mitleidsmüdigkeit genannt, ist die stellvertretende Traumatisierung eine Form der posttraumatischen Belastungsstörung. Es handelt sich um den emotionalen Rest der Belastung, dem die Mitarbeiterinnen/Beraterinnen ausgesetzt sind, wenn sie die Trauma-Geschichten ihrer Klientinnen hören und Zeuginnen des Schmerzes, der Angst und des Terrors werden, den die Überlebenden des Traumas erlitten haben.

³¹⁸ Guidebook on Vicarious Trauma, 2001: Recommended Solutions for Anti-Violence Workers von Jan I. Richardson vom Centre for Research on Violence Against Women and Children in London, Ontario, for the Family Violence Prevention Unit, Health Canada. https://ovc.ojp.gov/sites/g/files/xyckuh226/files/media/document/os_vicarious_trauma_guidebook-508.pdf

9.2 Selbstfürsorge ist ein wirksamer Weg zur Unterstützung jeder Frau

Anti-Gewalt-Arbeiterinnen müssen durch die Organisationen der Selbstfürsorge unterstützt werden. Während die Institutionen weiterhin die Notwendigkeit ignorieren, Aktivitäten spezialisierter Dienst zur Unterstützung von Frauen mit angemessenen Ressourcen auszustatten, müssen wir unsere Energien ins Werk setzen, um die Bedürfnisse der Schaffung privater und öffentlicher Räume des Wohlbefindens für jede Frau zu erfüllen.



https://www.reddit.com/r/Feminism/comments/bl1i16/according_to_misogynistic_societal_norms_women

Jede Mitarbeiterin ist anders empfänglich und reagiert anders auf äußere Reize, auf die verschiedenen Geschichten von abgefangener Gewalt, auf den durch die Arbeitssituation verursachten Stress, daher ist es wichtig, die Selbstfürsorgepraxis dynamisch zu gestalten.

Es ist notwendig, den Emotionen ohne Vorurteile und ohne stereotype Vorstellungen Raum zu geben: Frauen sind seit jeher gezwungen, Emotionen und Gefühle wie Wut zu unterdrücken; wenn sie zum Ausdruck kommen, werden sie sehr oft als Aggression oder Gewalt interpretiert oder manipuliert. Eine der stereotypen Vorstellungen, die von der frauenfeindlichen Kultur weitgehend aufgegeben wurde, ist die, dass dort, wo Männer als „durchsetzungsfähig“ gelten, Frauen „aggressiv“ sind; aus diesem Grund müssen wir genau darauf achten, dass diese Lesart nicht in unsere Gruppen Einzug hält.

9.3 Selbstfürsorge organisieren

Es ist wichtig, einen individuellen Plan für die Selbstfürsorge zu haben: Als Feministinnen können wir nicht sagen, dass das Wohlbefinden für einige Frauen Vorrang haben und für andere nachrangig sein soll. Wir müssen Aktivitäten entdecken und praktizieren, um uns selbst zu aufzubauen, und Gefühle, Hindernisse und Vorschläge prüfen, um sie anderen mitteilen zu können. Wenn wir nicht in der Lage sind, uns selbst zu regulieren, können wir zu Überarbeitung, Überforderung, Burnout und ungesunder Lebensweise neigen. Selbstfürsorge ist die beste Form des Widerstands!

Aus diesem Grund müssen sich alle Mitarbeiterinnen und Führungskräfte darüber im Klaren sein, dass es von grundlegender Bedeutung ist, Schulungen zu organisieren und auf eine partizipative Weise mit allen Teammitgliedern zu interagieren, ohne Vorurteile zu haben und zu urteilen. Selbstfürsorge, Unterstützung und Supervision gewährleisten eine hohe Qualität der Leistungen und ein langes Berufsleben.

- Schaffen Sie Räume für Heilung;
- Halten Sie Räume für Mitarbeiterinnen bereit, die mit ihren eigenen Problemen zu kämpfen haben;
- Organisieren Sie die Arbeit auf flexible Weise;
- Reservieren Sie Bereiche zum Entspannen;
- Setzen Sie ein gemeinsames Führungsmodell um;
- Nehmen Sie sich die Zeit, einander in Personalbesprechungen zu informieren;

- Seien Sie kreativ, wenn es um die Finanzierung der Selbstfürsorge geht, sie ist einer der wichtigsten Bestandteile des Budgets ist;
- Rechnen Sie die Kosten für die Einführung einer kollektiven Achtsamkeitskultur in das Organisationsbudget ein und prüfen Sie sie.

Es gibt einfache Regeln für die Selbstfürsorge am Arbeitsplatz:

- Machen Sie während des Arbeitstages eine Pause;
- Nehmen Sie sich Zeit zum Teilen;
- Nehmen Sie sich Zeit, in der Sie Aufgaben in Ruhe erledigen können;
- Finden Sie Projekte oder Aufgaben, die spannend und lohnend sind;
- Setzen Sie Klientinnen und Kolleginnen gegenüber Grenzen;
- Managen Sie das tägliche Arbeitspensum so, dass es nicht zu viel wird;
- Richten Sie einen bequemen Arbeitsplatz ein;
- Nehmen Sie regelmäßig Supervision oder Beratung in Anspruch;
- Verhandeln Sie für Ihre Bedürfnisse (Sozialleistungen, Gehaltserhöhung);
- Suchen Sie eine Gruppe Gleichgesinnter, die sie unterstützt;
- Entwickeln Sie einen beruflichen Bereich, der nichts mit Trauma zu tun hat.

Es ist wichtig, einen individuellen Plan für die Selbstfürsorge zu haben: Als Feministinnen können wir nicht sagen, dass das Wohlbefinden für einige Frauen Vorrang haben und für andere nachrangig sein soll. Wir müssen Aktivitäten entdecken und praktizieren, um uns selbst zu aufzubauen, und Gefühle, Hindernisse und Vorschläge prüfen, um sie anderen mitteilen zu können.

Wenn die finanziellen Mittel nicht ausreichen, könnte es hilfreich sein, angemessene Selbsthilfemaßnahmen zu planen und Fundraising-Projekte zur Bereitstellung spezifischer Ressourcen durchzuführen.

Bevor es so weit ist, steht uns ein großes Netzwerk zur Verfügung, das es uns ermöglicht, gute und vielversprechende Praktiken der Selbstfürsorge zu vergleichen und zu diskutieren, und das uns in die Lage versetzt, darüber zu sprechen, wie sie in die Budgets der Organisationen aufgenommen werden können und wie die Ergebnisse aussehen.

9.4 Feministische Kommunikation und Unterdrückung von Kritik

„...es ist verlockend, Kritik zum Schweigen zu bringen und sich tapfer zusammenzureißen, in der Hoffnung, dass niemand merkt, dass etwas schief gelaufen ist.“

- Barbara Epstein³¹⁹

Das Unterdrücken von Kritik an abweichenden Ansichten ist in jeder Bewegung zu finden, auch in der feministischen Bewegung. Es mag wie eine einfache Lösung erscheinen, diejenigen mit gegenteiligen Ansichten zum Schweigen zu bringen, was wir zum Beispiel in Bezug auf den Online- und Offline-Diskurs über Transfrauen erleben, wo diejenigen, die versuchen, kritisch über die Geschlechtsidentität zu diskutieren, in einigen Fällen sogar mit Gewalt bedroht werden.³²⁰ Kontroverse Themen einfach unter den Teppich zu kehren, nützt jedoch am Ende niemandem und führt höchstwahrscheinlich zu einer weiteren Zersplitterung innerhalb der Gruppe oder sogar der Bewegung. Können wir nicht erkennen, dass wir, wenn wir uns gegenseitig zum Schweigen

³¹⁹ Goodwin, J. (2015). The social movements reader: cases and concepts (3. Aufl.). Abgerufen von https://books.google.at/books?id=HjbcBAAAQBAJ&pg=PA348&lpg=PA348&dq=avoiding+silencing+in+feminist+movement&source=bl&ots=tHU6DhJRRg&sig=ACfU3U2daE-11axl-mEhZLrj_M_GC5AYSg&hl=de&sa=X&ved=2ahUKEwjzmamgOrXpAhUWUxU1Hf_RANQQ6AEwBXoECAsQAQ#v=onepage&q=avoiding+silencing+in+feminist+movement&f=false

³²⁰ Hamm, A. E. (5. Februar 2020). Women's Liberation Front holds sold-out event at Seattle Public Library despite bomb threat, interruptions, arrests. Abgerufen am 18. Mai 2020, von <https://www.feministcurrent.com/2020/02/03/womens-liberation-front-holds-sold-out-event-at-Seattle-public-library-despite-bomb-threat-interruptions-arrests/>

bringen, einfach nur die Muster des Missbrauchs wiederholen, denen das Patriarchat uns schon so lange unterworfen hat? Die Frauenbewegung ist zu einem gesunden, sinnvollen und produktiven Diskurs fähig, wie die vielen Erfolge zeigen, die wir Aktivistinnen im Laufe der Jahre erzielt haben.

Natürlich sind die feministischen Aktivistinnen des neuen Jahrtausends nicht die ersten, die auf das Thema Schweigen stoßen. Da alle Frauen in einer patriarchalischen Gesellschaft aufgewachsen sind, können wir davon ausgehen, dass das Schweigen in uns allen verinnerlicht sein kann.

Kit Evans, die damalige Geschäftsführerin der National Coalition Against Domestic Violence (NCADV), auch bekannt als AWAKE, schlug bereits 1980 vor, die folgenden Grundprinzipien für ethische Kommunikation auf allen Ebenen³²¹ anzuwenden:

1. Persönliche Agenden sind legitim. Geheime Agenden sind gruppenfeindlich und nicht legitim. Unehrllichkeit/Geheimhaltung von Zielen führt zu unehrlicher/unethischer Kommunikation.
2. Die Abwertung einer anderen Frau ist ein unethisches Mittel, um einen bestimmten Standpunkt zu vertreten.
3. Das Streben nach Macht über die Gruppenausrichtung, indem die Stimmen anderer Frauen blockiert werden, ist in der Absicht und im Ergebnis kein Konsensmittel.
4. Es liegt in der Verantwortung der Gruppe, dafür zu sorgen, dass keine Frau allein ist, auch wenn sie einen Einzelstandpunkt vertritt.
5. Die Ermächtigung des einzelnen Mitglieds liegt in der Verantwortung der anderen Mitglieder.
6. Personen haben ein Recht auf Informationen, die sie betreffen.
7. Jedes Mitglied hat die Pflicht, mit jedem anderen Mitglied ins Reine zu kommen/zu sein/zu bleiben; jede Frau schuldet es jeder anderen Frau, dieses Reine mit ihr zu tun, nicht indem sie es mit anderen anspricht.
8. Der Zweck der Kommunikation jeder Einzelnen in einer Gruppe ist es, auf eine Einigung hinzuarbeiten, und nicht, Entscheidungen nach ihrem eigenen Bild zu gestalten.
9. Es gibt Zeiten, in denen es legitim ist, wenn sich die Mitglieder darauf einigen, dass das, was im Raum gesagt wird, auch im Raum bleibt. Es liegt der Gruppe und ihren Mitgliedern fern, zu verlangen, dass über bestimmte Dinge nur als Gruppe, in der Gruppe, gesprochen wird.
10. Frauen wissen/bemerken, wenn es Konflikte, Schmerz oder Misstrauen zwischen/unter den Mitgliedern gibt. Es gibt einen patriarchalischen Prozess, der Gefühle im Geschäftsleben ignoriert. Es sind die Frauen, die Pionierarbeit leisten, indem sie einen Weg suchen, der Gefühle als Teil unserer Arbeit anerkennt und validiert.
11. Jede persönliche Beziehung zwischen Mitgliedern einer Gruppe wirkt sich auf die Gruppe aus und kann daher persönlich sein, ist aber nicht immer privat.
12. DAS MITTEL IST DER ZWECK.

Evans Vorschläge mögen grundlegend erscheinen, aber es lohnt sich, sie immer wieder aufzugreifen, denn gerade das Thema Gewalt gegen Frauen berührt die meisten Aktivistinnen zutiefst, da ein großer Teil der Frauen selbst Opfer von Gewalt ist. Da Diskussionen schnell hitzig werden, sollte man sich auf Evans 12 Punkte beziehen, insbesondere auf den 4. Punkt, der besagt, dass „es in der Verantwortung der Gruppe liegt, dafür zu sorgen, dass keine Frau allein ist, auch wenn sie einen Einzelstandpunkt vertritt.“

Effektive und offene Kommunikation kann zu Revolutionen führen, wie der Netflix-Dokumentarfilm Crip Camp zeigt.³²² Der Film beginnt in den 1960er Jahren an einem Ort namens Camp Jened, der im Wesentlichen ein Sommercamp für Behinderte war, das von Hippies in den Catskill Mountains in den USA betrieben wurde. Das Camp war insofern radikal, als Jugendliche mit Behinderungen dort zum ersten Mal die Möglichkeit hatten, eine offene Kommunikation zu erleben, anstatt dass

³²¹ Evans, K. (1980). A Feminist Perspective on the Ethics of Communication. Explored in the Context of an Ongoing Group of Women with Decision making Responsibility. PDF.

³²² (25. März 2020). Abgerufen am 18. April 2020, von <https://www.netflix.com/at/title/81001496?source=35>

ihre Meinung ignoriert oder sie einfach wie Kinder behandelt wurden, die nicht für sich selbst sorgen konnten und es daher nicht verdienten, gehört zu werden. Im Camp Jened wurde ihnen endlich der Raum gegeben, sich zu äußern, unabhängig davon, ob sie aufgrund einer zerebralen Lähmung eine Sprachbehinderung hatten. Dieses Camp gilt als Auslöser der radikalen Behindertenrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten. Den Jugendlichen, die an diesem Camp teilnahmen, wurde zum ersten Mal gezeigt, wie das Leben aussehen könnte, wenn sie als respektierte und vollwertige Menschen angesehen würden; diese Jugendlichen wurden schließlich zu Aktivistinnen und Organisatorinnen in der Gemeinschaft, deren Einsatz schließlich im Jahr 1990 zur Verabschiedung des Americans with Disabilities Act führte, „einem der umfassendsten Bürgerrechtsgesetze Amerikas, das Diskriminierung verbietet und garantiert, dass Menschen mit Behinderungen die gleichen Möglichkeiten wie alle anderen haben, am normalen amerikanischen Leben teilzunehmen.“³²³

Das bedeutet einer Person einen Raum zum Sprechen und eine Möglichkeit, die Stimme zu erheben, zu geben, auch wenn es einem möglicherweise unangenehm sein kann. Einige der Stimmen, denen wir besonders zuhören sollten, sind die der Jugend, unserer kommenden Generation von Aktivistinnen, und von Frauen, die intersektionelle Diskriminierung erfahren.

³²³ Introduction to the ADA (undatiert). Abgerufen am 18. Mai 2020, von https://www.ada.gov/ada_intro.htm

9.5 Die Unterstützung von Frauen-NGOs und spezialisierten Unterstützungsdiensten für Frauen ist nicht nur eine Formalität

In spezialisierten Diensten für Frauen, die auf feministischen Ansätzen beruhen und von feministischen Organisationen geleitet werden, stehen die Frauen im Mittelpunkt des Unterstützungsprozesses, der ihre Stärken und Bedürfnisse berücksichtigt. Das Ziel der Unterstützung ist es, ihre Selbstbestimmung und Autonomie zu stärken.

Diese spezialisierten Anlaufstellen verfügen über das Fachwissen, um Frauen auf ihrem Weg zu unterstützen und mit den Diensten, die mit ihnen in Kontakt kommen, zu vernetzen.

Das Eingreifen dieser Dienste verhindert die Wiederholung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, und sie spielen eine große Rolle bei der Reduzierung der Kosten von Gewalt. Ausschließlich auf Frauen ausgerichtete Dienste sind die wichtigste Ressource bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, da sie sicherstellen, dass Frauen keine stereotype, diskriminierende Hilfe erhalten, wie es in Diensten der Fall ist, in denen Oothering praktiziert wird.

Frauen-NGOs spielen eine zentrale Rolle bei der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention, ihre Existenz ist jedoch aufgrund der geringen oder fehlenden Finanzierung gefährdet.

Tatsächlich haben die meisten spezialisierten Dienste für Frauen mit einem Mangel an Ressourcen und mit der fehlenden Anerkennung durch Institutionen zu kämpfen, die den Grundsatz der Nichtdiskriminierung bei der Mittelverwaltung nicht anwenden. In vielen Fällen erlaubt es die Finanzierung nicht, Qualitätsstandards einzuhalten. Die patriarchalische Kultur, die noch immer in vielen Einrichtungen vorherrscht, macht den Weg frei für den derzeitigen Rückschlag gegen die Rechte der Frauen. Diese Kultur macht den Mangel an Ressourcen für spezialisierte Dienste für Frauen zu einer Form von institutioneller Gewalt: Die Ressourcenzuweisung resultiert aus einer bewussten Entscheidung zur Unterdrückung von Frauen. All dies schafft die Mechanismen, die wir ansprechen müssen, angefangen bei uns selbst.

Die besten Partnerschaften zwischen Frauen-NGOs und Regierungen sind in Kontexten entstanden, in denen die Unabhängigkeit der spezialisierten Dienst für die Unterstützung von Frauen als Mehrwert anerkannt wird. Was wir jedoch am häufigsten beobachten, ist das Fehlen von Kooperationsnetzwerken. Spezialisierte Dienste für Frauen und NGOs werden nicht offiziell als Akteure des Wandels anerkannt, und infolgedessen setzen die Regierungen ihre Unterstützung an letzter Stelle auf die institutionelle Agenda.

Die Diskriminierung von NGOs und spezialisierten Diensten für Frauen führt dazu, dass ihr Fachwissen verloren geht und der Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt geschwächt wird.

Die Kommission der Vereinten Nationen zur Rechtsstellung der Frau (UN CSW) fordert die politischen Entscheidungsträger auf, diejenigen zu unterstützen und zu schützen, die sich für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen einsetzen, darunter auch Menschenrechtsverteidigerinnen, die einem besonderen Risiko von Gewalt ausgesetzt sind.³²⁴

³²⁴ UN CSW, 2013, Agreed conclusions on the elimination and prevention of all forms of violence against women and girls, - [https://www.un.org/womenwatch/daw/csw/csw57/CSW57_Agreed_Conclusions_\(CSW_report_excerpt\).pdf](https://www.un.org/womenwatch/daw/csw/csw57/CSW57_Agreed_Conclusions_(CSW_report_excerpt).pdf)

Istanbul-Konvention

-> **Artikel 8:** Finanzielle Mittel: Die Vertragsparteien stellen angemessene finanzielle und personelle Mittel bereit für die geeignete Umsetzung von ineinandergreifenden politischen und sonstigen Maßnahmen sowie Programmen zur Verhütung und Bekämpfung aller in den Geltungsbereich dieses Übereinkommens fallenden Formen von Gewalt, einschließlich der von nichtstaatlichen Organisationen und der Zivilgesellschaft durchgeführten.

-> **Artikel 9:** Nichtstaatliche Organisationen und Zivilgesellschaft: Die Vertragsparteien anerkennen, fördern und unterstützen auf allen Ebenen die Arbeit einschlägiger nichtstaatlicher Organisationen und der Zivilgesellschaft, die Gewalt gegen Frauen aktiv bekämpfen, und begründen eine wirkungsvolle Zusammenarbeit mit diesen Organisationen.

9.6 Bewährte Praktiken

9.6.1. Selbstfürsorge bei COHORT 4³²⁵ - Vereinigtes Königreich

COHORT 4 ist eine Peer-Support-Organisation für Frauen mit Sitz in North Warwickshire. Es handelt sich um eine mittelgroße Organisation ohne die Finanzierungskapazitäten einer großen Organisation. Als soziales Unternehmen erwirtschaftet sie einen Teil ihres eigenen Einkommens durch die Durchführung und den Verkauf von Schulungen, Ressourcen und zugehörigen Artikeln. Die Einnahmen werden direkt in die Unterstützung von Frauen investiert, die Missbrauch überlebt haben. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass sie nicht vollständig von karitativen Mitteln abhängig sind (im letzten Jahr wurden 16 % der Einnahmen selbst erwirtschaftet). Sie nehmen keine Gelder von der Regierung oder von Auftraggebern an, die ihnen vorschreiben, was sie anzubieten haben, da dies ihren Zweck und ihre Rolle als Spezialdienst für Frauen verwässert. Sie nehmen auch keine Gelder aus der Strafjustiz an, da der zwangsweise Überwachungsprozess auch hier ihre Werte und Ziele bei der Unterstützung von Frauen beeinträchtigen würde.

Eines ihrer Grundprinzipien ist die Ablehnung von schlecht bezahlter oder unbezahlter ehrenamtlicher Arbeit.

Sie setzen sich für den Wert und die Fähigkeiten ihres Teams ein. Zu diesem Zweck erhalten die Mitarbeiterinnen einen hohen Stundensatz und werden wöchentlich betreut, um sicherzustellen, dass sich alle Mitarbeiterinnen unterstützt, sicher und wertgeschätzt fühlen.

Die unbezahlte ehrenamtliche Arbeit ist auf Frauen beschränkt, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, über eigenes Vermögen und/oder unabhängiges Einkommen verfügen und daher von der Organisation nicht ausgebeutet werden. Als Organisation besteht ihre wichtigste Ressource darin, dass sie sich als Team zusammengehörig fühlen, und ihr Auftrag, überlebende Frauen zu unterstützen, kann nicht erfüllt werden, wenn sie sich nicht als Team gesund und wohl fühlen, vorhersehbar und insbesondere im Hinblick auf das psychische Wohlbefinden und die Selbstfürsorge.

Nützliche Strategien der Selbstfürsorge für Organisationen:

- Kleingruppenzeit: Wöchentliche Supervisionssitzungen mit einer operativen Mini-Support-Supervisionssitzung;
- Einzelsupervision mit jedem Teammitglied, um sicherzustellen, dass es allen gut geht, sie sicher sind und sich in der Lage fühlen, andere Frauen mit verschiedenen Problemen zu unterstützen;
- Beratung;
- Eine Beschwerde- und Whistleblowing-Politik, die es den Kolleginnen ermöglicht, eine Kollegin, ein Vorstandmitglied oder eine andere Person aus Cohort 4 über ein möglicherweise unangemessenes und einer gesunden Organisation nicht zuträgliches Verhalten zu informieren. Es gibt vier Vorstandsmitglieder, von denen eines die Untersuchung von Mobbing oder Unstimmigkeiten leitet;

³²⁵ <http://www.cohort4.org.uk/>

- Away Day - Glass Fusion Team Session (eine Teamaktivität, bei der Glasstücke in einem Brennofen zusammengeschmolzen werden).

Weitere Informationen über Aktivitäten wie das Glasschmelzen und Kontakte:

Beverley Gilbert

Senior Lecturer für Gewaltprävention

Zulassungstutorin für das Masterstudium „Häusliche und sexuelle Gewalt verstehen“

ORCID

9.6.2. Selbstfürsorge für Mitarbeiterinnen von NGOs, die mit Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt arbeiten - Albanien

Das Albanian Women Empowerment Network (AWEN) ist ein Netzwerk, das aus 10 Mitgliedsorganisationen besteht, die in ganz Albanien tätig sind, wo zwei Drittel der albanischen Bevölkerung leben. Neben der Förderung der Menschenrechte von Frauen konzentriert sich AWEN auch auf die Unterstützung des organisatorischen und beruflichen Wachstums seiner Mitgliedsorganisationen, hauptsächlich mit Unterstützung der schwedischen Regierung.

In dem Bewusstsein, dass die Mitarbeiterinnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die mit Überlebenden von Gewalt gegen Frauen arbeiten, sehr belastet sind, wurde ein zweitägiger Workshop sorgfältig geplant und durchgeführt, der zwei wichtige Komponenten miteinander verband. Ziel des Workshops war es, berufliches Burn-out als ernsthaftes psychisches und physisches Gesundheitsproblem anzusprechen und Frauen zu stärken, die an vorderster Front Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt unterstützen und schützen.

Der Workshop war als Rückzugsort konzipiert, als totale Auszeit von allen beruflichen und persönlichen Sorgen der teilnehmenden Mitarbeiterinnen. Der Veranstaltungsort wurde sorgfältig ausgewählt und liegt in einer sehr ruhigen und grünen Gegend in den Bergen, weit weg von der Stadt, damit sich die Mitarbeiterinnen zwei Tage und Nächte lang wohlfühlen und entspannen können.

Zwei Fachleute, eine Psychotherapeutin und eine internationale Trainerin für Empowerment durch Selbstverteidigung, führten den Workshop durch, wobei sie das Programm so zusammenstellten, dass die Hälfte eines jeden Tages dem Thema gewidmet werden konnte:

- Einschätzung des persönlichen Burnout-Grades;
- Untersuchung allgemeiner und individueller Faktoren für Burn-out;
- Techniken, Strategien und Ressourcen zur Bewältigung dieses Problems;
- Förderung des Austauschs und der Unterstützung unter Fachleuten;
- Vorschläge für Übungen und Rituale zur Vorbeugung und Bewältigung von Burnout;
- Verbesserung des Gruppenzusammenhalts und der Gruppenidentifikation als Mittel zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Gruppe.

Etwa zwei Drittel der Teilnehmerinnen wiesen ein mittleres bis hohes Burnout-Risiko auf. Die von den Teilnehmerinnen beschriebenen Hauptfaktoren, die zum Burnout beitragen, standen vor allem im Zusammenhang mit der hohen Arbeitsbelastung, dem unverhältnismäßigen Verhältnis zwischen intensiven beruflichen Bemühungen und der geringen Reaktionsbereitschaft der Leistungsempfängerinnen sowie unrealistischen Erwartungen.

Die andere Hälfte eines jeden Workshop-Tages war der Selbstverteidigung gewidmet, mit dem Ziel, Mädchen und Frauen und durch sie ihre Familien und Gemeinschaften, aber auch die Personen, die sie bei ihrer täglichen Arbeit unterstützen, zu stärken, um Situationen von Missbrauch, Gewalt, Mobbing, Kriminalität und Viktimisierung zu verhindern, die Mythen über Gewalt gegen Frauen zu zerstören und einfache, leicht anzuwendende Selbstverteidigungstechniken zu entwickeln.

Im Mittelpunkt dieser Initiative standen das Konzept und die Dynamik des Prinzips „Frauen unterrichten Frauen“, wobei es für Mädchen und Frauen wichtig ist, sich selbst schützen zu können

und andere Frauen als Vorbilder zu haben, wenn es um diesen wichtigen Bereich der persönlichen Entwicklung und Stärkung geht.

Anstatt zu denken: „Natürlich kann sie das“, haben die Frauen und Mädchen in diesem Programm das Gefühl, dass sie das tun können, was sie von anderen Frauen vorgemacht bekommen: „Wenn sie es kann, kann ich es vielleicht auch!“ Um diese Botschaft zu verstärken, war die Ausbilderin eine Frau und verkörperte somit dieses Konzept während des gesamten Prozesses. Der Selbstverteidigungsteil wurde nach dem „Think-Yell-Run-Fight-Tell“-Ansatz von ESD Global for Self Defence organisiert.

Der Workshop wurde von allen Teilnehmerinnen sehr geschätzt und es ist geplant, diese erfolgreiche Erfahrung mit den übrigen Mitarbeiterinnen der Organisationen zu wiederholen. Das Feedback zeigte, dass die Teilnehmerinnen sich fähiger (zur Selbstverteidigung) und durchsetzungsfähiger fühlten, aufgeladen, sehr energiegeladen, motiviert und mit mehr Selbstvertrauen, körperlich und emotional stärker, motivierter, sich selbst und ihren persönlichen Raum zu respektieren, und motiviert für ihre (persönlichen und beruflichen) Ziele.

Eine Empfehlung wäre, dass dieser Workshop im Idealfall mindestens drei volle Tage dauern sollte, sofern das Budget dafür zur Verfügung steht.

Weitere Informationen erhalten Sie bei AWEN unter info@awenetwork.org.

10. Schlussfolgerungen

Wir veröffentlichen dieses Handbuch zu einer Zeit, in der die Welt sich sozial distanziert, sich selbst isoliert und mit restriktiven Maßnahmen arbeitet, die zum Wohle der Allgemeinheit gedacht sind, um die globale Pandemie im Bereich der Gesundheit zu bekämpfen. Während der globalen Pandemie im Bereich der Gesundheit hat die Gewalt gegen Frauen sowohl an Schwere als auch an Häufigkeit zugenommen, da die Frauen in ihren Häusern gefangen sind und nur begrenzten (oder eingeschränkten) Zugang zu Unterstützungsdiensten haben. Die Welt, in der wir derzeit leben, ist auch eine Welt, in der bestehende Ungleichheiten - strukturelle, institutionelle und soziale - noch verschärft wurden. COVID hat aufgezeigt, wie sich Ungleichheit auf verschiedene Gruppen von Frauen und ihren Zugang zu Rechten, Schutz und Ressourcen auswirkt. In diesem Zusammenhang sind Frauen unabhängig von Rasse, Klasse und anderen ineinander greifenden Unterdrückungen und Identitäten vermehrt häuslicher Gewalt und sogar dem Tod ausgesetzt. Frauenorganisationen waren mit der kumulativen Wirkung der Not ohne angemessene Ressourcen konfrontiert und hatten Mühe, das gesamte Spektrum an Leistungen anzubieten. Disproportionalität ist ein entscheidender Begriff, wenn es um die Geschlechtsneutralität in der Zeit nach COVID geht, denn hier sind schwarze und Minderheiten angehörende Frauen, Migrantinnen, asylsuchende und geflüchtete Frauen und viele andere Gruppen von Frauen der Marginalisierung ausgesetzt und werden durch die Sozial- und Wirtschaftspolitik entrechtet. COVID hat die Beschränkungen und Ausschlüsse innerhalb der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen aufgedeckt und den Trugschluss einer gleichberechtigten Vertretung und eines gleichberechtigten Schutzes innerhalb der bestehenden politischen Systeme ans Licht gebracht.

Aus der Analyse in diesem Handbuch geht klar hervor, dass bei der Behandlung des Themas Geschlechtsneutralität der breitere sozioökonomische Kontext zu berücksichtigen ist. Die Analyse ergab, dass der Neoliberalismus als Wirtschaftssystem ein Umfeld schafft, das der Geschlechterneutralität förderlich ist, weil Ungleichheit in die Systeme des Wirtschaftswachstums, der Ressourcenkonzentration und -akkumulation sowie der Verteilung eingebettet ist. Strukturelle Ungleichheit, die vom Neoliberalismus durch die Politik und den normativen Rahmen verschärft wird, schafft soziale Umstände, welche die Ungleichheit, Unverhältnismäßigkeit und Unterrepräsentation von Frauen in allen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen reproduzieren.

In diesem Handbuch wird der wesentliche und kritische Rahmen der Intersektionalität hervorgehoben, der die Geschlechtsneutralität in Frage stellt. Intersektionalität ermöglicht eine Analyse der verschränkten Unterdrückung, die Geschlecht, Rasse, Klasse und andere Gründe für Unterdrückung berücksichtigt, die sich auf verschiedene Gruppen von Frauen und ihren Zugang zu Ressourcen, Rechten und Schutz auswirken. Bei der Intersektionalität geht es in diesem Zusammenhang nicht um enge und allgemein gültige Definitionen oder um eine andere Art und Weise, vielfältige komplexe Bedürfnisse auszudrücken. Bei der Intersektionalität besteht ein politisches und historisches Framing, und das Handbuch erkennt an, dass aufgrund dieses Framings verschiedene Gruppen von Frauen in Bezug auf ihre Rechte, Ressourcen und Schutzmaßnahmen unterschiedlich betroffen sind. Rasse und andere verschränkte Formen der Unterdrückung sind daher von entscheidender Bedeutung für die Analyse, die sich mit der Geschlechtsneutralität befasst. In diesem Handbuch schließt sich der Kreis, indem wir Sexismus und Frauenfeindlichkeit als historisch verwurzelte Unterdrückung und als Akt der politischen Diskriminierung kontextualisieren. Durch die Verwendung des Begriffs Intersektionalität sind wir in der Lage, die rassistische Unterdrückung und andere verschränkte Formen der Unterdrückung in der Politik und Praxis der Geschlechtsneutralität in den Mittelpunkt zu stellen, indem wir den Begriff der Rassenauslöschung verwenden. Das Handbuch macht deutlich, dass Geschlechtsneutralität aus einer intersektionellen Sichtweise ein Akt staatlicher Gewalt ist.

Das Handbuch wirft die Frage auf, wie eine neue Welt aussehen könnte und ob es möglich ist, die sozialen und wirtschaftlichen Systeme zu verändern, die verschiedene Gruppen von Frauen von Natur aus unterdrücken. Das Handbuch zeigt auf, wie Feminismus und Frauenrechte im weiteren Sinne durch rechtsnationale und rechtspopulistische Ideologien verdrängt und vereinnahmt werden können, da diese eine traditionelle patriarchalische Familienwerte-Agenda fördern, die darauf abzielt, Gewalt gegen Frauen weiterhin als Privatangelegenheit zu betrachten. Diese Ideologie ist das Herzstück der Geschlechtsneutralität als rückschrittlicher politischer und normativer Rahmen,

in dem Gewalt gegen Frauen toleriert, normalisiert und akzeptiert wird. Dies geschieht unter anderem durch die Einführung einer geschlechtsneutralen Sprache, die männliche Gewalt gegen Frauen leugnet und Männer und Frauen als gleichermaßen betroffen betrachtet. Diese Rhetorik wird auf dem Hintergrund der konservativen Väterrechteagenda gefördert, die Väter als Täter bei Gewalt gegen Frauen ignoriert. In dem Handbuch wird die Politik der Geschlechtsneutralität eindeutig als opferverachtend, als Verharmlosung von Missbrauch und als Verstärkung männlicher Privilegien dargestellt. Indem das Handbuch die rechte Ideologie als Kontext für die Geschlechtsneutralität identifiziert, erkennt es an, dass die Geschlechtsneutralität rassifiziert werden kann, indem sie auf bestimmte Gruppen von Frauen abzielt, indem Frauenrechte mit rückschrittlichen Agenden verbunden werden, insbesondere in Bezug auf die polizeiliche Kontrolle und Überwachung von Frauen. Ein neu konzipierter Feminismus in diesem Kontext muss sich daher auf die gelebten Erfahrungen und Kämpfe ALLER Frauen konzentrieren und sich von einer Politik abgrenzen, die staatliche Gewaltausübung in all ihren Erscheinungsformen stärkt.

Die Analyse ergab, dass die Geschlechtsneutralität ein Beispiel für eine rückschrittliche Politik und Gesetzgebung in der gesamten Region ist, die sich auf verschiedene Gruppen von Frauen auswirkt, was ihren Zugang zu sicherem Wohnraum, Gesundheit, Beschäftigung, Bildung und Ausbildung und anderen Rechten und Möglichkeiten betrifft, die für Frauen beim Wiederaufbau ihres Lebens entscheidend sind. Das Handbuch zeigt auf, wie die Kürzung der Mittel für den spezialisierten Sektor für die Unterstützung von Frauen in der gesamten Region dazu geführt hat, dass die Rechte und der sichere Zugang von Frauen zu ganzheitlichen Leistungen eingeschränkt wurden. Wie in der Istanbul-Konvention dargelegt, sind Rechte, Ressourcen und Schutzmaßnahmen miteinander verknüpft. Geschlechtsneutralität untergräbt alle drei Elemente, die für die Beendigung von Gewalt gegen Frauen entscheidend sind.

Die Leserinnen sind aufgefordert, die Analyse und die Instrumente zu nutzen, um sich in der Region und in den Sektoren solidarisch für die Geschlechtsneutralität einzusetzen. Das Handbuch bietet einen volkswirtschaftlichen Ansatz zur Bekämpfung der Geschlechtsneutralität, der Argumente aufzeigt, die in der öffentlichen Politik - von der Gesundheits- und Sozialfürsorge über den Wohnbau bis hin zum öffentlichen Auftragswesen - verwendet werden können und die den Wert von Diensten für Frauen als Teil einer dynamischen Wirtschaft anerkennen, die durch Finanzierung geschützt werden muss. In Bezug auf die Finanzierung erkennt das Handbuch die Auswirkungen der neoliberalen Sparmaßnahmen auf Dienste für Frauen an und stellt fest, dass einige Frauengruppen, wie z. B. Dienste für schwarze und Minderheiten angehörende Frauen, unverhältnismäßig stark von den Kürzungen betroffen sind. In diesem Zusammenhang warnt das Handbuch vor korporatistischen Interessen, die die Sozialwirtschaft von den Zielen der sozialen Gerechtigkeit weg umgestalten. Mit diesen Argumenten sollen die politischen Argumente genutzt werden, um die Geschlechterneutralität anzusprechen. Die Leserinnen sind aufgefordert, die rechtlichen und normativen Instrumente und die Istanbul-Konvention zu nutzen, um ein auf Rechten basierendes System von Schutzmaßnahmen und Gesetzen zu stärken, das sich gegen Gewalt gegen Frauen und die damit einhergehenden Backlash und Anfeindungen richtet. Der Staat hat die Verantwortung, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, und dies ist in den Rahmen des CEDAW-Übereinkommens, der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der Ziele für nachhaltige Entwicklung eingebettet. Es werden spezifische Artikel der Istanbul-Konvention hervorgehoben, die sich mit den Menschenrechtsverletzungen und Formen der Diskriminierung befassen, die durch Geschlechtsneutralität hervorgerufen werden. Die Leserinnen können diese spezifischen Artikel nutzen, um die Geschlechtsneutralität in politischen Räumen in ihren jeweiligen Ländern in Frage zu stellen.

Das Handbuch endet mit Heilung. Die Arbeit an der Geschlechtsneutralität verursacht Schäden, die im Handbuch als strukturelle Ungleichheit, Gegenreaktion, feindliches Umfeld, Diskriminierung und Rassismus bezeichnet werden. Selbstfürsorge ist entscheidend für die Nachhaltigkeit dieser Arbeit und für den Aufbau von Solidarität. Das Handbuch bietet Selbstfürsorgestrategien an, damit wir für uns selbst und für andere sorgen können, während wir uns in dem vor uns liegenden Kampf engagieren. In diesem Punkt geht es im Kampf für die Rechte der Frauen um Mitgefühl und revolutionäre Liebe, die in der sozialen Gerechtigkeit begründet ist. Das soll nicht heißen, dass Politisierung und kritisches Bewusstsein keine zentralen Komponenten sind, sondern dass es bei dieser Arbeit um unsere kollektiven gelebten Erfahrungen geht, wobei die Vielfalt dieser

Erfahrungen und die unterschiedlichen Wege, die wir gehen, anerkannt werden. Als einzelne Frauen werden wir immer nur begrenzte Erfolge erzielen können. Der notwendige Kampf und die notwendige Fürsorge müssen kollektiv sein, und in dieser Zeit müssen wir den Kampf auf die Frauen konzentrieren, die strukturell ausgeschlossen sind, und uns auf die Kraft des Gegennarrativs verlassen, um den Weg zu bereiten.

11. Glossar

Aktivismus - der Einsatz direkter und spürbarer Maßnahmen, um ein Ergebnis zu erzielen, in der Regel ein politisches oder soziales Ergebnis.

Advocacy – Vertretung von Interessen, eine Aktivität einer Einzelperson oder Gruppe, die darauf abzielt, Entscheidungen in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen zu beeinflussen. Advocacy umfasst Aktivitäten und Veröffentlichungen zur Beeinflussung der öffentlichen Politik, der Gesetze und der Haushalte, indem Fakten, ihre Beziehungen, die Medien und Botschaften genutzt werden, um Regierungsvertreter und die Öffentlichkeit aufzuklären. Advocacy kann viele Aktivitäten umfassen, die eine Person oder Organisation unternimmt, darunter Medienkampagnen, öffentliche Reden, die Beauftragung und Veröffentlichung von Forschungsarbeiten. Lobbying (oft durch Lobbygruppen) ist eine Form der Interessenvertretung, bei der die Gesetzgeber zu einem bestimmten Thema oder einer bestimmten Rechtsvorschrift - direkt angesprochen werden.

Agender - verschiedene Geschlechter von Menschen, die in der Regel kein Geschlecht haben und/oder ein Geschlecht haben, das sie als neutral bezeichnen.

Ahistorisch - ohne historische Perspektive oder Kontext.

Allianzen - eine Gruppe von Ländern, politischen Parteien oder Menschen, die sich aufgrund gemeinsamer Interessen oder Ziele zur Zusammenarbeit entschlossen haben.

Alliierte – Bündnispartnerin, jemand, der mit einer anderen Person helfend verbunden ist. Eine Person oder Gruppe, die Hilfe und Unterstützung bei einer laufenden Anstrengung, Aktivität oder einem Kampf bietet

Antifeminismus - Opposition gegen einige oder alle Formen des Feminismus. In der Gegenwart sehen einige Antifeministen ihre Ideologie als Antwort auf eine Ideologie, die in der Männerfeindlichkeit verwurzelt ist, und machen den Feminismus für mehrere soziale Probleme verantwortlich, darunter die geringere Zahl junger Männer, die studieren, und den Verfall der Männlichkeit. Antifeministen sind gegen den Eintritt der Frauen in den öffentlichen Bereich, die Umgestaltung des privaten Bereichs, die Kontrolle der Frauen über ihren Körper und die Rechte der Frauen im Allgemeinen. Siehe auch Väterrechte.

Black or minoritised women/BME oder BAME - Schwarze und minderheitenangehörige Frauen - der von den Regierungen am häufigsten verwendete Begriff ist BME (black minority ethnic) oder BAME (Black Asian minority ethnic). Der Begriff „schwarz und minorisiert“ ersetzt diese Begriffe, da er anerkennt, dass die globale Mehrheit aus schwarzen und minderheitenangehörigen Menschen besteht, die durch die Migration einen Minderheitenstatus haben. Im britischen Kontext beispielsweise werden die Begriffe „BME“ und „BAMS“ schwarzen und minorisierten Frauen aufgezwungen, um sie als „Andere“, „Außenseiter“ und Migrantinnen zu kennzeichnen. Er fungiert als systemische Barriere gegen Rechte, sozialen Schutz und Darstellungen, die die Spaltung zwischen verschiedenen Gruppen von Frauen aufrechterhalten und kollektive Solidaritätsaktionen verhindern. Der Begriff Black/Schwarz bedeutet schwarz im politischen Sinn. Black/Schwarz erkennt an, dass Unterdrückung historisch verwurzelt und ein konstantes Merkmal der Erfahrungen von Rassismus und Diskriminierung ist. Durch die Identifizierung und Verankerung der Arbeit in den historischen Wurzeln der Unterdrückung und durch die Anerkennung der Tatsache, dass die Unterdrückungserfahrungen verschiedener Frauengemeinschaften miteinander verwoben sind, gibt es keine Hierarchie der Unterdrückung. „Black and minoritised“ erkennt die vielfältigen Gegennarrative an, die konstruiert und sichtbar gemacht werden müssen. Der Prozess der Sichtbarmachung trägt zu einem transformativen Wandel in einem Rahmen der sozialen Gerechtigkeit bei. Aus diesem Grund ist es wichtig, den Begriff "schwarz und minorisiert" zu verwenden.

BSI (Brief Symptom Inventory) ist ein Instrument zur Bewertung von psychischen Problemen und psychiatrischen Störungen bei Menschen.

By-and-For/Von-und-für - kann im Sinne von „von und für spezialisierte Organisationen zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen“ verwendet werden, was diese Organisationen von allgemeinen Organisationen unterscheidet. Von-und-für-Organisationen haben die folgenden

Merkmale: Sie sind geschlechtsspezifisch, d.h. sie erbringen ihre Leistungen für Frauen und Mädchen ausschließlich in einem geschützten Raum für Frauen und Mädchen; das „Von-und-für“-Ethos ist organisch in diesen Organisationen verankert, d.h. sie haben sich historisch als Organisationen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen unter verschiedenen feministischen Perspektiven entwickelt, die sich mit Patriarchat, struktureller Ungleichheit, Unterdrückung, Benachteiligung, Marginalisierung und Ausgrenzung befassen; sie stellen die Stimmen und die Repräsentation von Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt von Führung, Leistungserbringung und Entwicklung; die „Von-und-für“-Identität ist historisch in der Vision, Politik und Praxis dieser Organisationen verankert und bildet die grundlegenden Prinzipien, um die herum Governance-Rahmen entwickelt werden; die Führung und das Management von Von-und-für-Organisationen sowie die Personalstrukturen befassen sich mit struktureller Ungleichheit, indem sie sicherstellen, dass sie die Frauen und Mädchen widerspiegeln, die Leistungen in Anspruch nehmen; und ein Hauptmerkmal des vielfältigen Feminismus ist die Auseinandersetzung mit struktureller Ungleichheit und Patriarchat (Sexismus und Frauenfeindlichkeit). Innerhalb der „Von-und-für“-Organisationen gibt es auch spezifische und nuancierte Spezialisierungen, wie z. B. Organisationen, die mit schwarzen und minorisierten Frauen und Mädchen, behinderten Frauen und den vielen anderen Kategorien von Frauen arbeiten, die die schützenden Merkmale ausmachen. Diese „Von-und-für“-Organisationen arbeiten in einem intersektionellen Rahmen, in dem alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen anerkannt werden und Unterdrückung als verschränkt betrachtet wird. Der Begriff "von und für" ist kein Zusatz oder ein Etikett, das aus Bequemlichkeit bei der Finanzierung verwendet werden kann. Es beschreibt keine allgemeinen Organisationen, deren Hauptfunktion in einer Tätigkeit besteht, die sich nicht auf Gewalt gegen Frauen und Mädchen konzentriert.

CEDAW - Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) wurde 1979 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. CEDAW bildet den Rahmen für die Definition, den Schutz und die Förderung der Rechte von Frauen und Mädchen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Sie bildet einen Rahmen für die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen und die Förderung der Gleichstellung im öffentlichen und privaten Leben. CEDAW ist der einzige Menschenrechtsvertrag, der sich vollständig und ausschließlich auf Frauen konzentriert. Diskriminierung von Frauen wird in der Konvention definiert als jede Unterscheidung, jeder Ausschluss oder jede Beschränkung aufgrund des Geschlechts, die bewirkt oder bezweckt, dass die Anerkennung, der Genuss oder die Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, zivilen oder jedem anderen Bereich durch Frauen, unabhängig von ihrem Familienstand, auf der Grundlage der Gleichstellung von Männern und Frauen beeinträchtigt oder zunichte gemacht wird. CEDAW verwendet den Begriff der geschlechtsspezifischen Gewalt, der definiert wird als ungleiche Machtverhältnisse, Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Patriarchat und Unverhältnismäßigkeit, bei denen Frauen und Mädchen hauptsächlich Opfer und Überlebende von Gewalt sind und Männer hauptsächlich Täter von Gewalt gegen sie sind.

Cisgender (cis) - bezeichnet oder bezieht sich auf eine Person, deren persönliches Identitäts- und Geschlechtsempfinden mit ihrem Geburtsgeschlecht übereinstimmt

Civil society - Zivilgesellschaft - der „dritte Sektor“ der Gesellschaft, der sich von Staat und Wirtschaft unterscheidet und auch die Familie und den privaten Bereich umfasst. Die Zivilgesellschaft wird verwendet im Sinne

- 1) der Gesamtheit der nichtstaatlichen Organisationen und Institutionen, die die Interessen und den Willen der Bürger zum Ausdruck bringen oder
- 2) von Einzelpersonen und Organisationen in einer Gesellschaft, die von der Regierung unabhängig sind.

Cooperation - Zusammenarbeit - ein Prozess, bei dem zwei oder mehr Personen oder Organisationen zusammenarbeiten, um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Destitution Domestic Violence Concession (DDVC) - DDVC kann im Vereinigten Königreich mit einem befristeten Visum als Partner beantragt werden, wenn die Beziehung aufgrund häuslicher Gewalt zerbrochen ist und eine Frau kein Geld hat, um sich selbst zu versorgen.

Devolution – Dezentralisierung - Verlagerung von Befugnissen oder Verantwortung von einer Hauptorganisation auf eine niedrigere Ebene oder von einer Zentralregierung auf eine lokale Regierung.

Domestic violence - Häusliche Gewalt - alle Handlungen körperlicher, sexueller, psychologischer oder wirtschaftlicher Gewalt, die innerhalb der Familie oder der häuslichen Einheit oder zwischen ehemaligen oder derzeitigen Ehegatten oder Partnern stattfinden, unabhängig davon, ob der Täter mit dem Opfer denselben Wohnsitz teilt oder geteilt hat.

Empowerment – Ermächtigung - 1993 diskutierte Caroline Moser das Empowerment von Frauen als Umverteilung von Macht. Nach Rawland (1997) ist es für das Verständnis des Empowerment-Prozesses notwendig, sich bewusst zu machen, dass Macht viele verschiedene Formen annehmen kann (kontrollierende Macht - Macht über; generative und produktive Macht - Macht zu; Gruppenmacht - Macht mit; die geistige Kraft in jedem Einzelnen - Macht von innen). Rawland argumentiert, dass Empowerment die Rückgängigmachung negativer sozialer Konstruktionen beinhalten muss, sodass die Menschen sich selbst als fähig und berechtigt sehen, zu handeln und Entscheidungen zu beeinflussen. Empowerment hat eine persönliche, rationale und kollektive Dimension. Empowerment ist nicht nur eine Frage der Umverteilung von wirtschaftlicher und politischer Macht, sondern auch eine Frage des Wertewandels.

Far-Right - Rechtsextremismus - Politik des rechtsextremen Flügels oder mit Bezug zu diesem. Rechtsextreme Politik kann zu Unterdrückung, Gewalt, Zwangsassimilation, ethnischer Säuberung und sogar Völkermord an Menschengruppen führen, die auf ihrer vermeintlichen Minderwertigkeit oder ihrer wahrgenommenen Bedrohung für die einheimische ethnische Gruppe, die Nation, den Staat, die nationale Religion, die vorherrschende Kultur oder die ultrakonservativen traditionellen sozialen Einrichtungen beruhen.

Father's rights movement - Väterrechtebewegung - diese Bewegung versucht, die ihrer Meinung nach für einige Männer ungünstigen Bedingungen auszugleichen, indem sie eine tatsächliche Diskriminierung aller Männer unterstellt. Ihre Vertreter sind der Meinung, dass häusliche Gewalt ein gemeinsames Problem von Männern und Frauen ist, also keine geschlechtsspezifische Gewalt. Ursprünglich ging es der Bewegung darum, dass Männer mehr Rechte in Bezug auf das Sorgerecht für ihre Kinder erhalten. Die Bewegung bemüht sich jedoch auch darum, die Erfahrungen weiblicher Opfer von Gewalt in Intimbeziehungen zu diskreditieren und herunterzuspielen und den Opfern Schuld zuzuweisen.

Femicide - Femizid - der Begriff Femizid wurde 1976 von Diana Russell beim Internationalen Tribunal über Krisen gegen Frauen in Brüssel verwendet, um Fragen über die Viktimisierung von Frauen, die Überrepräsentation in den Kriminalitätsdaten und die Schuldzuweisung an Opfer aufzuwerfen, die Frauen für ihren eigenen Tod verantwortlich macht, während sie das gewalttätige Verhalten von Männern entschuldigt.³²⁶ Verbrechen gegen Frauen wurden als Gewalttaten beschrieben, die sich gegen Frauen richteten, z. B. 1989, als Frauen in einer technischen Schule in Montreal, Kanada, ermordet wurden, weil sie für Ingenieursstudien eingeschrieben waren. Der Begriff wurde erneut verwendet und schloss auch andere Formen ein, in denen Frauen männlicher Gewalt ausgesetzt waren, einschließlich sexueller Gewalt.³²⁷ Der Begriff beschrieb verschiedene Formen von Gewalt gegen Frauen, darunter auch die Ungleichheit der Geschlechter. Im Jahr 2004 verwendete Marcela Lagarde den Begriff, um die Massentötungen von Frauen in Juarez, Mexiko, zu beschreiben, die in Stadtteilen mit hoher Konzentration von Maquila-Produktion (Kleinindustrie und verarbeitende Industrie) stattfanden, wo Frauen auf dem Weg zur und von der Arbeit gefoltert und verstümmelt wurden.³²⁸ Femizid wurde als Frauenfeindlichkeit oder universelles Hassverbrechen gegen Frauen verstanden.³²⁹

Femizid liegt vor, wenn der Staat es durch unangemessenes Handeln oder Unterlassen verabsäumt, Schutzgesetze und -maßnahmen einzuführen, um die Situation zu verbessern, sodass es nicht mehr zu Tötung und Unterdrückung von Frauen kommt. Frauenmorde sind das

³²⁶ Shulman, M. 2010. The Rise of Femicide.

³²⁷ Ibid.

³²⁸ Shalhoun-Kavorkian, N. 2003. Re-examining Femicide, breaking the silence and crossing the 'scientific' borders IN Signs. 28:2. 581-608

³²⁹ Ibid.

Ergebnis struktureller Ungleichheit und systemischer institutioneller Verhaltensweisen oder des Patriarchats, die durch Untätigkeit und durch die Legitimierung von Sexismus, Frauenfeindlichkeit und der Unterdrückung und Ungleichheit von Frauen die Apathie verstärken. Kurz gesagt, wenn der Staat durch sein Verhalten wenig gegen Femizide und die Bedingungen der Ungleichheit von Frauen unternimmt, entsteht eine Femizid-Gesamtsituation. Diese Situation wird oft als staatliche Gewalt gegen Frauen beschrieben und mit struktureller Ungleichheit in Verbindung gebracht.

Gender-based violence (GBV) - Geschlechtsspezifische Gewalt - geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen bedeutet Gewalt, die sich gegen eine Frau richtet, weil sie eine Frau ist, oder die Frauen unverhältnismäßig stark betrifft.

Gender equality - Geschlechtergleichstellung - die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen, d. h. das Konzept, dass alle Menschen, sowohl Männer als auch Frauen, ihre persönlichen Fähigkeiten frei entwickeln und Entscheidungen treffen können, ohne durch stereotype Ansichten, starre Geschlechterrollen und Vorurteile eingeschränkt zu werden; die unterschiedlichen Verhaltensweisen, Bestrebungen und Bedürfnisse von Frauen und Männern werden gleichermaßen berücksichtigt, geschätzt und gefördert; Frauen und Männer haben die gleichen Rechte, Pflichten und Möglichkeiten.

Gender equity - Geschlechtergerechtigkeit - faire Behandlung von Frauen und Männern entsprechend ihren jeweiligen Bedürfnissen. Dies kann die Gleichbehandlung oder eine unterschiedliche, aber in Bezug auf Rechte, Leistungen, Pflichten und Möglichkeiten als gleichwertig angesehene Behandlung umfassen.³³⁰

Gender neutral - geschlechtsneutral - geschlechtsneutrale Praktiken sind eine Reihe von Strategien und Vorschriften für die Finanzierung und Bereitstellung von Leistungen, die vom Staat und von Regierungen verlangt werden, um Leistungen, die mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, sowohl Männern als auch Frauen zur Verfügung zu stellen. Geschlechtsneutrale Praktiken und Politiken verschleiern die Ursachen von Geschlechterungleichheit und geschlechtsspezifischer Gewalt oder spielen sie herunter, indem sie Leistungen ausschließlich für Frauen in Frage stellen. Geschlechtsneutralität ist eine Denkweise, die speziell auf reine Frauenorganisationen abzielt, um Männern und Frauen Zugang zu Leistungen zu verschaffen, ohne die historisch ungleichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen zu berücksichtigen. Geschlechtsneutralität bedroht die Demontage des Ethos von reinen Frauenorganisationen, die das Patriarchat als Hauptursache für die Ungleichheit von Frauen und die Gewalt gegen Frauen in Frage stellen. Geschlechtsneutralität verwehrt Frauen den Zugang zu einem sicheren Raum nur für Frauen.

Gender-specific approach - geschlechtsspezifischer Ansatz - in Artikel 18 (3) der Istanbul-Konvention wird Gewalt gegen Frauen als geschlechtsspezifische Gewalt anerkannt. Daher müssen alle Maßnahmen zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen auf der Grundlage eines geschlechtsspezifischen Verständnisses der von Frauen erlebten Gewalt, ihrer spezifischen Dynamik und Folgen umgesetzt werden und sollten sich auf die Stärkung der Opfer konzentrieren.

³³⁰ International Labour Office [ILO], 2000.

Groups of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence Expertengruppe zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (GREVIO) - GREVIO ist das unabhängige Expertengremium, das für die Überwachung der Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) durch die Vertragsparteien zuständig ist. GREVIO wird Berichte erstellen und veröffentlichen, in denen die von den Vertragsparteien getroffenen gesetzgebenden und sonstigen Maßnahmen bewertet werden, um den Bestimmungen des Übereinkommens Wirkung zu verleihen. In Fällen, in denen Maßnahmen erforderlich sind, um ein schwerwiegendes, massives oder anhaltendes Muster von unter das Übereinkommen fallenden Gewalttaten zu verhindern, kann GREVIO ein besonderes Untersuchungsverfahren einleiten. GREVIO kann gegebenenfalls auch allgemeine Empfehlungen zu Themen und Konzepten des Übereinkommens annehmen.³³¹

Intervision - eine Methode zur Analyse arbeitsbezogener Probleme bei Mitarbeiterinnen in Unterstützungsdiensten für Frauen, wenn es darum geht, mögliche Lösungen oder alternative Problemlösungskompetenzen bei von Gewalt im Verhalten betroffenen Frauen zu analysieren. Sie lässt sich am besten bei Problemen einsetzen, die sich aus der konkreten Fallarbeit ergeben, ist aber weniger geeignet, um längerfristige Unterstützungsprozesse zu beeinflussen.

Istanbul Convention (The Council of Europe Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence) - Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) - ein Menschenrechtsvertrag des Europarats gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, der am 11. Mai 2011 in Istanbul, Türkei, zur Unterzeichnung aufgelegt wurde. Die Konvention zielt darauf ab, jegliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verhindern, die Opfer zu schützen und „der Straflosigkeit der Täter ein Ende zu setzen“. Es ist das weltweit erste verbindliche Instrument zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, von Vergewaltigung in der Ehe bis hin zu weiblicher Genitalverstümmelung.

NGO - NRO - Abkürzung für Nichtregierungsorganisation oder nicht-staatliche Organisation: eine Organisation, die versucht, soziale oder politische Ziele zu erreichen, aber nicht von einer Regierung kontrolliert wird.

No Recourse to Public Funds (NRPF) - Kein Anspruch auf öffentliche Mittel - Paragraph 115 des Einwanderungs- und Asylgesetzes 1999 (Großbritannien) besagt, dass eine Person „keinen Anspruch auf öffentliche Mittel“ hat, wenn sie „der Einwanderungskontrolle unterliegt“. Dies bedeutet, dass diese Menschen keinen Anspruch auf die meisten Sozialleistungen haben, dazu gehören Sozialhilfe, Wohngeld und eine Reihe von Beihilfen und Steuergutschriften.

Patriarchy - Patriarchat - ein gesellschaftliches System, in dem Männer die Hauptmacht innehaben und in Rollen der politischen Führung, der moralischen Autorität, der sozialen Privilegien und der Kontrolle des Eigentums vorherrschend vertreten sind. Das Patriarchat wird mit einer Reihe von Ideen, einer patriarchalischen Ideologie, in Verbindung gebracht, die diese Vorherrschaft erklären und rechtfertigen soll und sie auf angeborene natürliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen zurückführt. Soziologen neigen dazu, das Patriarchat als soziales Produkt und nicht als Ergebnis angeborener Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu betrachten, und sie richten ihre Aufmerksamkeit auf die Art und Weise, wie die Geschlechterrollen in einer Gesellschaft das Machtgefälle zwischen Männern und Frauen beeinflussen.

Pre-implantation genetic diagnosis - Präimplantationsdiagnostik - ist ein Verfahren, das vor der Einpflanzung eines Embryo angewendet wird, um genetische Defekte im Embryo zu erkennen. Damit soll verhindert werden, dass bestimmte genetische Krankheiten oder Störungen an das Kind weitergegeben werden.

Queer - Menschen mit marginalisierten Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen, die nicht cisgender und/oder heterosexuell sind.

Restraining order/protective order - Kontakt- und Näherungsverbot/Schutzanordnung - eine gerichtliche Anordnung, eine einstweilige Verfügung, Wegweisung, Betretungsverbot. Es gibt

³³¹ GREVIO (undatiert). Abgerufen am 05. August 2020 von <https://www.coe.int/en/weh/istanbul-convention/grevio>

verschiedene Arten von Verfügungen zum Schutz von Personen, die belästigt oder verfolgt werden oder die Gewalt oder Gewaltandrohungen ausgesetzt waren.

Supervision - ein formeller Prozess, bei dem eine geschulte, erfahrenere Fachkraft einer weniger erfahrenen Mitarbeiterin hilft, zu lernen und sich beruflich weiterzuentwickeln, indem die Arbeit überprüft und reflektiert wird. Die Ziele der Supervision sind: Verbesserung der Arbeit der Supervisandin mit Klientinnen, Unterstützung der Arbeit und der beruflichen Entwicklung der Supervisandin, emotionale Unterstützung oder Sicherstellung des Wohls der Klientinnen. Die klinische Supervision unterscheidet sich von der Management-Supervision und beschreibt einen Prozess, der das Personal dabei unterstützen soll, eine bessere Dienstleistung für die Kundinnen zu erbringen.

Transgender (trans) - Menschen, deren Geschlechtsidentität sich von dem Geschlecht unterscheidet, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde. Der Begriff Transgender ist nicht indikativ für den Ausdruck des Geschlechts, die sexuelle Orientierung, den Hormonstatus, die körperliche Anatomie oder darauf, wie man im Alltag wahrgenommen wird

Vicarious/secondary trauma – stellvertretendes/sekundäres Trauma - wird dadurch verursacht, dass man durch Berichte oder Erzählungen aus erster Hand über traumatische Ereignisse indirekt diesen Ereignissen ausgesetzt ist. Beraterinnen und Therapeutinnen in Unterstützungsdiensten für Frauen können der Gefahr einer stellvertretenden Traumatisierung ausgesetzt sein. Die Symptome eines stellvertretenden Traumas lassen sich im Allgemeinen in eine der folgenden Kategorien einordnen: emotionale, verhaltensbezogene, psychologische, kognitive oder seelische Symptome.

Victim / Survivor - Opfer / Überlebende - wir verwenden die Begriffe „Opfer“ und „Überlebende“ synonym. Der Begriff „Überlebende“ wird im Zusammenhang mit Unterstützungs- und Schutzdiensten verwendet, um Frauen zu stärken, indem anerkannt wird, dass die Frau die Gewalt überlebt hat und nicht durch sie definiert ist. Der Begriff „Opfer“ ist ein juristischer Begriff, mit dem anerkannt wird, dass die Person zum Opfer geworden ist. Er wird im Zusammenhang mit dem Gerichtsverfahren verwendet.

Victim-centered, needs-led approach - Opferzentrierter, bedürfnisorientierter Ansatz - Dieser Ansatz ist definiert als die systematische Konzentration auf die Bedürfnisse und Anliegen eines Opfers, um eine mitfühlende und einfühlsame Erbringung von Leistungen ohne Vorverurteilung zu gewährleisten. Ein opferzentrierter Ansatz zielt darauf ab, die individuellen Bedürfnisse des Opfers zu berücksichtigen und die Schutzmaßnahmen darauf abzustimmen. Der Ansatz basiert auf den grundlegenden Überlegungen der Sicherheit, Vertraulichkeit und Nichtdiskriminierung.

Violence against Women (VAW) / Violence against Women and Girls (VAWG) - Gewalt gegen Frauen / Gewalt gegen Frauen und Mädchen - wurde als Konzept nach CEDAW entwickelt. Im Rahmen der Vereinten Nationen wird Gewalt gegen Frauen als eine Ungleichheit definiert, wobei anerkannt wird, dass ein Großteil der Gewalt geschlechtsspezifisch ist. Die Definition von Gewalt gegen Frauen stammt von der Aktionsplattform von Peking und besagt, dass Gewalt gegen Frauen jede geschlechtsspezifische Gewalthandlung ist, die Frauen körperlichen, sexuellen oder psychischen Schaden oder Leid zufügt oder zufügen kann, einschließlich der Androhung solcher Handlungen, Nötigung oder willkürlicher Freiheitsberaubung, unabhängig davon, ob sie im öffentlichen oder privaten Bereich stattfindet. Gewalt gegen Frauen umfasst körperliche, sexuelle und psychische Gewalt in der Familie, in der Gesellschaft allgemein und vom Staat ausgeübt oder geduldet. Ein strategischer Ansatz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen umfasst eine wirksame Planung der entsprechenden Dienste, einen integrierten Ansatz zur Prävention, einen wirksamen Schutz, den Zugang zu und die Bereitstellung von Unterstützung und Rehabilitation, eine wirksame Strafverfolgung und angemessene Ressourcen. Der Begriff „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ wird im Vereinigten Königreich verwendet, weil er den geschlechtsspezifischen Charakter des Problems und die unverhältnismäßigen Auswirkungen der Gewalt auf Frauen und Mädchen widerspiegelt und alle Formen von Gewalt umfasst, denen Frauen und Mädchen ausgesetzt sind. Durch die Verwendung dieses Begriffs werden spezifische Formen von Gewalt definiert, die einen Ansatz für Schutzgesetze und -maßnahmen ermöglichen, der diese Formen mit einschließt. In der Politik ist eine Art der Reaktion für alle Formen von Gewalt geeignet. VAWG erkennt an, dass sich Gewalt auf Mädchen unterschiedlich auswirkt. Der Begriff hilft auch dabei,

Gewalt historisch, strukturell und sozial zu verorten, und es ist klar, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen geschlechtsspezifisch ist und in der Unterdrückung der Geschlechter, dem Patriarchat, wurzelt. Diese Definition steht im Einklang mit der Definition des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt 2011 (Istanbul-Konvention). Die Definition lautet wie folgt: „Gewalt gegen Frauen wird als eine Verletzung der Menschenrechte und eine Form der Diskriminierung von Frauen verstanden und bezeichnet alle Handlungen geschlechtsspezifischer Gewalt, die zu körperlichen, sexuellen, psychologischen oder wirtschaftlichen Schäden oder Leiden von Frauen führen oder führen können, einschließlich der Androhung solcher Handlungen, Nötigung oder willkürlicher Freiheitsberaubung, unabhängig davon, ob sie im öffentlichen oder privaten Bereich stattfinden.“ Die Istanbul-Konvention legt fest, dass alle Formen von Gewalt gegen Frauen von den Staaten verurteilt werden müssen. Das bedeutet, dass die Definition von Gewalt gegen Frauen alle Formen von Gewalt innerhalb der Definition anerkennt. Die Istanbul-Konvention definiert häusliche Gewalt in diesem Zusammenhang wie folgt: „Häusliche Gewalt bezeichnet alle Handlungen körperlicher, sexueller, psychologischer oder wirtschaftlicher Gewalt, die innerhalb der Familie oder der häuslichen Einheit oder zwischen früheren und gegenwärtigen Ehegatten oder Partnern stattfinden, unabhängig davon, ob der Täter mit dem Opfer denselben Wohnsitz teilt oder geteilt hat.“

Women's centre - Frauenzentrum - der Begriff umfasst alle Dienste für Frauen, die eine spezialisierte Unterstützung für Opfer außerhalb des Wohnbereichs anbieten und ausschließlich oder überwiegend Frauen, die Gewalt überlebt haben, und deren Kinder betreuen. Folgende Dienste werden unter diesem Begriff subsumiert: Frauenberatungs- und Frauenkrisenzentren, die weibliche Überlebende aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt unterstützen; Dienste, die sich auf die Unterstützung von Überlebenden sexueller Gewalt konzentrieren, wie z.B. Krisenzentren für Vergewaltigung, sexuelle Übergriffe und Zentren für Mädchen, die sexuelle Gewalt erfahren haben; regionale Krisenzentren für häusliche Gewalt; proaktive Interventionszentren, die Opfer im Anschluss an polizeiliche Interventionen betreuen; spezielle Dienste für schwarze Frauen, Frauen aus ethnischen Minderheiten, Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen, die Opfer von Gewalt geworden sind; aufsuchende Dienste; Dienste, die unabhängige Beraterinnen für häusliche oder sexuelle Gewalt bereitstellen, und andere neuere Arten von Diensten. Diese Zentren bieten in der Regel folgende Arten von Unterstützung an: Information, Beratung, Vertretung und Beratung, praktische Unterstützung, Gerichtsbegleitung, proaktive Unterstützung, aufsuchende Hilfe und andere Dienste. Frauenzentren sind spezialisierte Dienste für Frauen, die Gewalt überlebt haben, und gegebenenfalls für ihre Kinder. Sie bieten kurz- und langfristige Unterstützung, die auf einem geschlechtsspezifischen Verständnis von Gewalt beruht und sich auf die Menschenrechte und die Sicherheit der Opfer konzentriert.

Women's shelter - Frauenhaus - eine spezialisierte Einrichtung zur Unterstützung von Frauen, die Gewalt überlebt haben, und ihren Kindern, falls sie Kinder haben; diese bietet eine sichere Unterkunft und eine stärkende Unterstützung, die auf einem geschlechtsspezifischen Verständnis von Gewalt beruht und sich auf die Menschenrechte und die Sicherheit der Opfer konzentriert. Frauenhäuser bieten unmittelbare und unbürokratische Leistungen und Sicherheitsvorkehrungen. In einigen Fällen bieten sie auch längerfristige Unterstützung an (z.B. Unterstützung bei der Wiedereingliederung nach dem Auszug einer Frau aus dem Frauenhaus), um den Frauen und ihren Kindern, falls vorhanden, die Möglichkeit und die Ressourcen zu geben, die sie benötigen, um ihr Leben frei von Gewalt wieder aufzunehmen. Um als Frauenhaus eingestuft zu werden, muss die Einrichtung überwiegend Frauen und deren Kinder betreuen.

Women's specialist support service (WSS) - Spezialisierter Unterstützungsdienst für Frauen - dieser Begriff wird als Sammelbegriff für alle Dienste verwendet, die Frauen, die Gewalt überlebt haben, und ihre Kinder unterstützen, z. B. Frauenhäuser, Frauennotrufe, Frauenzentren, Krisenzentren für Opfer von Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffen, spezialisierte Dienste für Migrantinnen und Frauen aus ethnischen Minderheiten, landesweite Frauennotrufe, aufsuchende Dienste, unabhängige Beraterinnen für häusliche Gewalt, Interventionszentren und andere. Dienste, die einen geschlechtsspezifischen Ansatz verfolgen und in erster Linie Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt geworden sind, und deren Kinder betreuen, fallen ebenfalls unter die Definition der spezialisierten Frauenhilfsdienste.

WAVE - WOMEN AGAINST VIOLENCE EUROPE

Werte

Feminismus,¹ Solidarität, Intersektionalität, Gleichheit, Respekt, Transparenz und Menschenrechte.

Vision

Eine Welt, in der alle Formen von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen² und ihre Kinder beseitigt sind und alle Frauen und Mädchen in den Genuss ihrer Menschenrechte kommen.

Zweck

Das WAVE-Netzwerk setzt sich für die Prävention und Beseitigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder ein, um die Menschenrechte von Frauen und Mädchen zu stärken und ihr Recht auf Zugang zu allen Diensten zu gewährleisten, die ihnen helfen, ihr Leben frei von Gewalt zu führen.

Mission

Allen Frauen und ihren Kindern ein gewaltfreies Leben zu ermöglichen, insbesondere durch die Stärkung und Aufrechterhaltung eines europäischen Netzes von spezialisierten Unterstützungs- und Präventionsdiensten, Experten und Überlebenden. Fachwissen und Erfahrungen auszutauschen, um Gewalt gegen alle Frauen und ihre Kinder zu verhindern, zu bekämpfen, anzugehen und schließlich zu beenden, und zwar durch einen intersektionellen feministischen Ansatz.

1 = WAVE definiert den Begriff „feministisch“ so, dass er die rechtliche und faktische Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft anstrebt. Siehe WAVE-Statuten, Seite 1 Referenz 3.

2 = WAVE versteht den strukturellen Charakter von Gewalt gegen Frauen als geschlechtsspezifische Gewalt und dass Gewalt gegen Frauen einer der entscheidenden sozialen Mechanismen ist, durch den Frauen gegenüber Männern in eine untergeordnete Position gezwungen werden.